REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 424 · 18.3.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 53 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Saarbrücker Kameradschaften
2. Die Nazis von der Saar - Anna Bartels
3. Lafontaine entsorgt - DSe
4. Eilmarsch nach rechtsaußen. Nationalrevolutionäre APO-Veteranen wollen "unser Land" retten - Jean Cremet
5. Doppelpaß im Visier der Neonazis. Faschistische Kundgebung in Magdeburg - Christian Grünert und Phillip Stein
6. Blauhelme nach Brandenburg! Nazis hetzen Flüchtling in den Tod - Antifaschistische Aktion Berlin
7. Grüne setzen zum Sprung an. Realos und Regierungslinke suchen den Weg aus der Krise - mb., Berlin
8. Liberale erleichtern Einbürgerung. Reform des Staatsbürgerschaftsrechts auf dem Weg - mb.
9. Türkei im Siegestaumel - Jan Keetman
10. Verhärtete Fronten statt politischer Lösung. Stationen einer kurdischen Odyssee: Rom, Nairobi, Imrali - Thomas Klein
11. Schily kanthert mal wieder. Hetze und Repression gegen KurdInnen - ari
12. Verspielte Chance? Interview mit Andreas Buro über den türkisch-kurdischen Konflikt
13. Taten voll Wut und Verzweiflung (PKK- Botschaftsbesetzung in Berlin) - mb., Berlin
14. Rot-Grün schickt Waffen in die Türkei - Andreas Kolling, Thomas Klein u.a.
15. Schweizer Mitschuld am Fall Öcalan. 20 Jahre Kriminalisierung von KurdInnen - Beat Leuthardt
16. Die albanische Gefahr. Organisierte Kriminalität und Rassismus in Italien - Js.
17. Atomare Erstschlagsbande feiert. Zum 50. Geburtstag der NATO ein neues strategisches Konzept - Vo
18. NATO bombardiert Ankara - Vo
19. Harrisburg war nur der Anfang. Geschichte einer Katastrophe - Jochen Schramm
20. Gestern - heute - morgen. Sind doch Vogel, sing ... - Wolfgang Ehmke
21. Gegen die Atommüllflut - DSe
22. Dokumentation: Für den sofortigen Ausstieg! - Anti-Atom-Initiativen
23. Entsorgungs-Rückstellungen: Strahlende Geschäfte - DSe
24. Internationaler Frauentag. Die Würde der Huren nicht mehr antasten! - Lobby für Menschenrechte
25. Abgesang auf eine Tomate. Betroffenheitspolitik ist verzichtbar - Feminismus nicht - Stefanie Gräfe
26. Auf dem Weg zum globalen Überwachungsstaat - Steve Wright
27. Vor Gebrauch schütteln! Die Existenzgelddiskussion kommt auch ohne Gebrauchsanweisung aus - dk.
28. Politik ohne festen Boden unter den Füßen. Möglichkeiten und Grenzen der Existenzgeldforderung - Frieder Dittmar
29. Rent a Goy. Nicht-jüdische Arbeitsmigration nach Israel - Achim Rohde
30. Deutsches Bier in Afrika. Agenda 2000: Weltmarktstrategien für die Landwirtschaft? - Gerhard Klas
31. Assoziatives Handeln. Rückschau auf den "Kongreß Neoliberalismus weltweit - 25 Jahre ‚Modell` Chile" - Olaf Kaltmeier
32. Neoliberalismus am Ende? Neue Hoffnung für Mittelamerika? - Hessenkoordination der Nicaragua-Partnerschaften
33. "Wir sind alle kleine Sünderlein." Zur Kritik der "Erlaßjahr 2000"-Kampagne - Moe Hierlmeier
34. Intervention und "nationale Revolution" im Kosovo. Interview mit Shkelzin Maliqi
35. Zwei "Wahlsieger" in Guerrero. Streit um Wahlergebnisse - Boris Kanzleiter
36. Chatami siegt an der Wahlurne. Erste Kommunalwahlen im Iran seit 1979 - Jan Keetmann
37. Machos, Militärs und Mythen. Diktatorendämmerung in Südostasien? - Rainer Werning
38. Eine Auslese von Führern. Vom Umgang des Internationalen Bundes (IB) mit seiner Geschichte - Georg Heisler
39. Kein Podium - kein Publikum. Konferenz "Befriedung oder Befreiung?"in Berlin - Konferenzbüro

40. Jaspers Goethe-Verriß ist platt. Kritik an "Von deutscher Nationaldichtung" in ak 422 - Jan Keetman
41. Probleme beim Gipfelsturm. Köln 99: Bündnispolitik, Sektierertum und Geldmangel - Georg Wißmeier
42. Zum Gedenken an Rudi Neumann - 7.8.1907-23.2.1999 - gw.
43. Konsens und Gegenmacht. Kritik an Michael Jägers linksreformistischer Strategie - Christoph Jünke
44. Die Interhandel-Affäre und der Rees-Bericht - Jella Glasberg
45. Prototyp für Europa? Jörg Haider siegt in Kärnten - Franz Schandl, Wien
46. Kraftvoll zubeißen
47. Quelldatei 39.htm
48. Quelldatei 45.htm
49. Quelldatei 51.htm
50. Noch fehlen 10.000 DM
51. Kosovo: Zwischen NATO und Nationalismus ...
52. ArbeitsmigrantInnen in Israel
53. Heraus zum 8. März ...

1. Saarbrücker Kameradschaften

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/wehr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:wehr

Kaum war die Bombe detoniert, da lag für den saarländischen CDU-Landesvorsitzenden Peter Müller der Fall klar. Der Anschlag auf die Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht" in Saarbrücken war die "kriminelle Tat eines Wahnsinnigen". Saarlands Innenminister Läpple (SPD) sah die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" als Angriffsziel. Gleichzeitig stellte er sich schützend vor die CDU, der eine Mitschuld an dem Bombenanschlag vorgeworfen werden muß.

Es ist unerheblich, wer von wem abgeschrieben hat - die Nazis von der CDU oder umgekehrt. Fest steht: Wenn es gegen die Wehrmachtsausstellung geht, kennen auch Christdemokraten keine Berührungsängste. Der NPD-Aufruf zur "Demonstration des nationalen Widerstandes" ist vergleichsweise kraftlos formuliert: "Sie waren keine Verbrecher", heißt es in der Überschrift; als Zweck des Aufmarsches wird die Verteidigung der "deutschen Soldatenehre" genannt. Die saarländischen CDU-Abgeordneten Bauer und Hayo, die dieses Anliegen wärmstens unterstützen, überschrieben ihre Zeitungsanzeige gegen die Ausstellung: "Unsere Väter waren keine Mörder!" Deutlicher als die Nazis benennen sie, warum die Auseinandersetzung von höchster politischer Brisanz ist: Ziel "dieser unglaublich einseitigen Ausstellung" sei "das systematische Zerstören von Nationalgefühl und Vaterlandsliebe." Diese nach 1945 vorübergehend in Mißkredit geratenen Tugenden werden nämlich noch gebraucht - im Kosovo ebenso wie an der Heimatfront. Wer sie untergräbt, macht sich der Wehrkraftzersetzung schuldig.

Das hatte vor ziemlich genau zwei Jahren auch Peter Gauweiler (CSU) im Sinn, als er den Machern der Ausstellung vorwarf, sie würden "einen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk" führen. Damals marschierten in München mehr als 4.000 Neonazis, mobilisiert von NPD und JN - und ermuntert von der Hetze der CSU. Seit dem Münchner Aufmarsch demonstrierten die Rechten an nahezu jedem Ort, an dem die Ausstellung Station machte.

Im Juni soll sie zum zweiten Mal in Hamburg gezeigt werden. Die Verteidiger der deutschen Soldatenehre bereiten sich schon jetzt auf Konfrontation vor. Der Weltkriegs-Kampfflieger Rüdiger Proske schult ein handverlesenes Publikum zum Thema "Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken". Eingeladen hat die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW), geworben wird in der Jungen Freiheit - und Veranstaltungsort soll das Gebäude der Bundeswehrverwaltung in Hamburg sein. Angst vor "falschen Freunden" hat Kriegsheld Proske nicht, und seinen Feinden bietet er mutig die Stirn. Als Drahtzieher der Ausstellung vermutet er einen "Schüler von Goebbels", denn: "Damals haben die rechten Radikalen die Juden verfolgt, jetzt verfolgen die linken Radikalen die Wehrmacht." Daß Proske mit seinen Vorträgen und Schriften nahezu zwangsläufig "Rächer" heranzüchtet, muß ihn und seinesgleichen nicht beunruhigen. Für alle Fälle liegen die Erklärungen bereit, in denen sich die konservativen Demokraten von "kriminellen Einzeltätern" distanzieren.

Die Nazis von der Saar Seite 2

2. Die Nazis von der Saar

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:57

"Wir haben die rechte Szene im Griff" - so lautet die einhellige Meinung von Polizei und Verfassungsschutz nach dem Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken. Die Existenz einer militanten Neonaziszene wird von staatlichen Stellen geleugnet. Dabei war das Saarland in den letzten zehn Jahren Schauplatz zahlreicher rechtsextremistischer Anschläge. Zwischen 1991 und 1993 verübten Neonazis mehrere Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und von MigrantInnen bewohnte Häuser. Bei einem solchen Anschlag in Saarlouis kam im Januar 1991 der Flüchtling Samuel Yeboah ums Leben, zwei weitere Bewohner wurden schwer verletzt. Doch nicht nur MigrantInnen und Flüchtlinge sind das Ziel der saarländischen Nazis, auch Linke befinden sich im Visier der Faschisten. 1990 konnte eine vor dem PDS-Parteibüro in Saarbrücken deponierte Rohrbombe erst kurz vor der eingestellten Explosionszeit entschärft werden. Nur eineinhalb Jahre später scheiterte ein Brandanschlag auf das damals linke Jugendzentrum KOMM in Saarlouis. Und im Mai 1997 wurden die Scheiben des Juso- wie auch des PDS-Büros in Saarbrücken eingeworfen. Beide Organisationen hatten sich in der jeweils letzten Ausgabe ihrer Publikationen mit dem Thema Neofaschismus beschäftigt.

Besonders in Saarlouis hat sich in den letzten Jahren eine gut organisierte Naziszene etabliert. Nach den rassistischen Anschlägen zu Beginn der 90er Jahre begannen sich Streetworker nach dem Prinzip der akzeptierenden Jugendarbeit mit den örtlichen Skinheads zu treffen. Auch ältere Kader wie der "Führer" der "Kameradschaft Saarlautern", Peter Strumpler, sind in die Sozialarbeit integriert. Dank dieses Projekts hat sich die Naziszene in Saarlouis in den letzten Jahren verdreifacht, linke Gruppen gibt es kaum noch. 1997 sicherte der CDU-Oberbürgermeister den Neonazis bei einem Treffen mit Strumpler Räume zu, gleichzeitig wurde linken Gruppen der Vertrag für das KOMM gekündigt. Seit April letzten Jahres wird der lokale Treffpunkt der Nazis mit Reichsfahnen beflaggt, ein Pavillon in der Nähe wurde schwarz-weiß-rot angestrichen. Vertreter der Kameradschaft sind bei Aufmärschen im ganzen Bundesgebiet präsent. Im Ort selbst werden beim 3.-Welt-Laden regelmäßig die Scheiben eingeworfen.

Auch im Umgang mit Sprengstoff sind saarländische Neonazis nicht ungeübt. Neben der Rohrbombe vor dem PDS-Büro 1990 deponierten sie 1992 einen Sprengsatz im Keller eines Flüchtlingsheimes. 1997 wurden in der Wohnung eines 22jährigen Nazi-Kaders aus Friedrichsthal zahlreiche Waffen (darunter eine Pump-Gun, eine Panzerfaust, Mörser und Munition), hochexplosiver Sprengstoff und Rohrbomben sichergestellt.

Auch die Explosion an dem VHS-Gebäude, in dem seit Ende Februar die Wehrmachtsausstellung gezeigt wird, wurde vermutlich mit einer Rohrbombe herbeigeführt, die mit einem Zeitzünder, bestehend aus Uhr oder Wecker, versehen war. Die 58köpfige Sonderkommission der Polizei verkündete, daß nur jemand mit technischem Sachverstand und Fachwissen über Sprengmittel eine solche Bombe hat bauen können. Einer mit einem derartigen Wissen hat erst am 20. Februar dieses Jahres auf der Saarbrücker Nazidemonstration gegen die Wehrmachtsausstellung einen Redebeitrag gehalten: Der Wiesbadener Peter Naumann ist Diplom-Chemiker und wegen mehrerer Sprengstoffanschläge vorbestraft. 1978 verübte er einen Bombenanschlag auf antifaschistische Gedenkanlagen in der Nähe von Rom, später sprengte er zwei Fernsehsendemasten in der BRD, um die Ausstrahlung des Filmes Holocaust zu verhindern. Und in einem 1981 entdeckten Waffendepot in der Lüneburger Heide mit über 150kg Sprengstoff, 50 Panzerfäusten und mehr als 13.000 Schuß Munition, das Forstmeister Heinz Lembke angelegt haben soll, wurde Naumanns Fingerabdruck sichergestellt. Später offenbarte Naumann, daß er Waffendepots von Lembke übernommen hatte. Zuletzt wurden 1995 bei einer Hausdurchsuchung in Naumanns Wohnung zwei Rohrbomben gefunden. An Kontakten zu Nazis mit dem entsprechenden Wissen und der Erfahrung bei militanten Aktionen mangelt es im Saarland also nicht.

Die saarländische Öffentlichkeit in Gestalt von Parteien und Medien ist angesichts des Anschlages vor allem "erschüttert" - einige vermutlich nur, um die demokratische Fassade zu wahren. So fordert die CDU-Landtagsfraktion den saarländischen Ministerpräsidenten Klimmt (SPD) weiterhin dazu auf, seine Schirmherrschaft über die "einseitige, tendenziöse und diffamierende Ausstellung" zu überdenken, und die Landespartei erwägt rechtliche Schritte gegen Ausstellungsmacher Hannes Heer, der nach dem Anschlag

verkündete, die Anzeigenaktion "Unsere Väter waren keine Mörder" der CDU-Abgeordneten sei vom Vokabular her rechtsextrem. Auch die AutorInnen der zahlreichen Briefe in der Saarbrücker Zeitung, die in den Wochen vor dem Anschlag gegen die Wehrmachtsausstellung polemisiert haben, dürften sich darüber freuen, daß ihre Worte zu Taten wurden.

Anna Bartels

Weitere Infos bei: Antifa Saar

c/o Verein für kommunikatives Wohnen und Leben e.V.

Postfach 103 207, 66032 Saarbrücken

Scall: 016810-9469992

3. Lafontaine entsorgt

Autor: DSe · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:58

Kommentar

Lafontaine entsorgt

Das Trommelfeuer der Versicherungsbranche, der Atomwirtschaft und der Wirtschaftsverbände hatte Erfolg. Wenige Stunden vor Oskar Lafontaines Rücktritt hatte Bundeskanzler Schröder während einer Kabinettssitzung schweres Geschütz aufgefahren: "Hier gehen immer noch einige davon aus, daß man das Land gegen die Wirtschaft regieren kann." Dafür aber werde er nicht länger die Verantwortung übernehmen. Doch tags darauf trat nicht er zurück, sondern Lafontaine.

Aktueller Hintergrund der von Schröder vor allem in Richtung Lafontaine zielenden Kritik waren die im Steuerentlastungsgesetz vorgesehenen Veränderungen bei den Rückstellungen der Unternehmen. Massiv betroffen sind vor allem die Versicherungs- und die Atomwirtschaft. Sie würden durch die geplanten Maßnahmen mit rund 50 Mrd. DM belastet. Unklar ist derzeit, wie es mit dem bereits im Bundestag beschlossenen und bei ak-Erscheinen möglicherweise auch im Bundesrat abgestimmten Gesetz weitergeht. Die Bundesregierung hat ihre Bereitschaft zu Neuverhandlungen zugesagt, wenn die Belastungen der beiden Branchen über 22 Mrd. DM hinausgehen.

Als Lafontaine nach dreitägigem Schweigen seinen Rücktritt mit dem "schlechten Mannschaftsspiel" der Regierung begründete, stellte er richtig fest, daß die im Rahmen der Ökosteuerreform und des Steuerentlastungsgesetzes vorgenommenen Veränderungen in starkem Maße auch die mittelständische Industrie bessergestellt haben. Steuererleichterungen auch für ArbeiterInnen und Angestellte wollte Lafontaine durch den Abbau von Vergünstigungen für die großen Industrieunternehmen finanzieren. Das ging zunächst derart still und leise vor sich, daß nicht einmal die betroffenen Unternehmen rechtzeitig mitbekamen, was da im Finanzministerium erarbeitet wurde. Erst kurz vor der Einbringung des Steuerentlastungsgesetzes mußten diese feststellen, daß Lafontaine eine durchaus ernsthafte Vision von sozialer Gerechtigkeit hatte. Die von ihm anvisierten und auf den Weg gebrachten Maßnahmen hätten eine deutliche Neuorientierung der bisher ausschließlich neoliberalen Wirtschaftspolitik bedeutet - sie hätten tatsächlich etwas für die Nachfrage und damit für die Geldbeutel der normal Verdienenden in diesem Land gebracht. Daß er sich dabei mit der Großindustrie anlegte, war folgerichtig und mutig. Denn diesen Konzernen nach nur rund 180 Tagen Regierungstätigkeit mal eben 50 Mrd. DM aus den Kassen zu ziehen, hat durchaus einen gewissen Charme.

Schröder dagegen hat sich - nicht zum ersten Mal - zum verlängerten Arm der Konzerne gemacht. Quasi vor aller Öffentlichkeit demontierte er den Finanzminister und SPD-Vorsitzenden und förderte damit den Eindruck, daß Lafontaine nicht mit Zahlen umgehen könne und sein Ministerium sich verrechnet habe. Das läßt Schlimmes für die Zukunft ahnen. Beklemmend auch die Reaktionen der Grünen. Die werden gerade in Sachen Doppelpaß mit einer sozialliberalen Kooperation an die Wand gespielt: Ein Vorgeschmack auf eine intensivere Zusammenarbeit zwischen SPD und FDP?

Die Bündnisgrünen begleiten diesen Annäherungsprozeß, ohne zu mucken. Ihre SprecherInnen beeilten sich zu erklären, daß Lafontaines Rücktritt keinerlei Auswirkungen auf die Regierungsarbeit haben werde. Ja, glauben die das wirklich? "Mehr Schröder" bei der SPD bedeutet auch "mehr Fischer" bei den Grünen, wie die taz richtig kommentierte. Fischer hat sich in der Stunde der Verwirrung erneut als verläßlicher Partner bewährt: Wo Lafontaine mangelnden Teamgeist kritisiert, sieht der oberste Grüne nichts als Harmonie. Regierungskrise? Gibt es nicht.

DSe

4. Eilmarsch nach rechtsaußen. Nationalrevolutionäre APO-Veteranen wollen "unser Land" retten

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechte, Neue; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:35

Der Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler ist zu seinen politischen Ursprüngen zurückgekehrt. Nein, nicht etwa zur revolutionären Parole des alten SDS, dem er sich wie viele andere aus Protest gegen den Vietnamkrieg angeschlossen hatte; erst recht nicht zur angeblich revolutionären Tat der RAF, die er heute als "Waffen-SDS" bezeichnet, sondern vielmehr zu den deutschnationalen Positionen, die er als Student in einer schlagenden Verbindung vertreten hatte. Nur die Ansprüche an das eigene Tun sind ebenso hochgesteckt wie in früheren Zeiten.

Seine unlängst gegründete Gruppe "Unser Land", die er als Sammlungsbewegung jenseits von links und rechts kennzeichnet, soll die Montagsdemonstrationen der ehemaligen DDR wiederbeleben, um einen Anstoß für die Umwälzung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu geben. Mit bescheidenem Erfolg bisher. Ganze 36 Menschen und ein deutscher Schäferhund umkreisten unter seiner Führung die Berliner SPD-Zentrale, um gegen den "Doppelpaß" zu protestieren.

Zudem war von einer Sammlungsbewegung "jenseits von links und rechts" kaum etwas zu spüren. Es waren vielmehr lediglich einige Splitter der extremen Rechten, die er um sich scharen konnte. Die Anti-Euro-Partei "Pro DM" des millionenschweren Werbekaufmanns Bolko Hoffmann hatte ihren Bundestagskandidaten Klaus Weichhaus geschickt; vom in galoppierender Auflösung befindlichen Bund Freier Bürger erschienen die Bundestagskandidaten Dr. Otto Oesterle und Torsten Witt, vom geschichtsrevisionistischen "Verlag der Freunde" und der dort herausgegebenen Zeitschrift "Sleipnir" deren Chef Andreas Röhler.

Der Sammlungsbewegung fehlen die Massen

Der einzige, der Mahlers eigentliche Zielgruppe einigermaßen repräsentierte, war der Berliner Lehrer Gert Schneider. Schneider, aus dem linken SPD-Flügel kommend, hatte 1967 den Sozialistischen Club mitgegründet und war später zur Alternativen Liste gestoßen. Dort engagierte er sich in den achtziger Jahren gemeinsam mit seinem Freund Herbert Ammon, der heute vorwiegend bei revanchistischen Organisationen wie der Sudetendeutschen Landsmannschaft als Referent auftritt, in der AG Deutschlandpolitik, die auch Nationalrevolutionären Platz bot und deren Theoretiker Henning Eichberg einlud.

1990 verließ Schneider die AL. Seine jetzigen Positionen spiegeln sich in einem Leserbrief an die taz wider: "Ich glaube, es ist endlich an der Zeit, daß eine gewisse Sorte von APO-Opas und Hochschullehrern ihre intellektuelle Überheblichkeit gegenüber dem eigenen Volk ablegt und damit aufhört, die deutsche Geschichte als Schauplatz der Psychopathologie zu sehen, wo die soziale und politische Entwicklung von Anfang an falsch gelaufen ist." Folgerichtig fand er zur Deutschland-Bewegung des ehemaligen Grünen-MdBs und Bundeswehrobersten Alfred Mechtersheimer, wo er zunächst Regionalbeauftragter für Berlin und im Februar dieses Jahres stellvertretender Vorsitzender wurde. Er löste damit den ehemaligen SDSler Rolf Stolz ab, der später dem Bundesvorstand der Grünen angehörte; Stolz setzte sich von Mechtersheimer ab, weil er dessen Annäherung an die REPs nicht mitmachen wollte.

Das Publikum, das Mahler anzieht, ist weitgehend identisch mit dem, das auch Mechtersheimer zu erreichen sucht. Dies führte bereits zur ersten Kontroverse, noch bevor sich Mahlers Rückkehr bei seinen alten/neuen Freunden rechtsaußen so recht herumgesprochen hatte. "Unser Land", so moniert Mechtersheimer, sei der Name eines eingetragenen Vereins, einer "Wissenschaftlichen Stiftung für Deutschland", die sich jeglicher politischer Aktivität enthalte. Mahler sei wiederholt und erfolglos aufgefordert worden, die Nutzung des Namens zu unterlassen, heißt es in einer Presseerklärung vom 4. März.

Doch solche Kleinigkeiten können die neue Freundschaft nicht ernsthaft trüben. Mahler und Mechtersheimer haben bald Gelegenheit, ihre Differenzen im persönlichen Gespräch beizulegen. Beide sind im April geladene Referenten bei einem Kongreß in Oberorke (Sauerland). Mahler spricht über die "Realität der multikulturellen Gesellschaft am Beispiel von Berlin-Kreuzberg", Mechtersheimers Thema lautet: "Deutschland braucht

Bewegung". Veranstalter des einwöchigen Spektakels ist die Kleingruppe "Die Deutschen Konservativen" des Rassisten Joachim Siegerist (Hamburg).

Ein Vorstandsmitglied von "Unser Land" (in der Mechtersheimer-Ausgabe), den Rechtsanwalt und CSU-Funktionär Hannes Kaschkat, hatte Mahler unlängst bei einer weiteren Veranstaltung erlebt, die seinen Wechsel zur extremen Rechten endgültig ins Licht der Öffentlichkeit rückte. Entsprechende Aktivitäten zuvor, so seine Laudatio auf den Paläo-Konservativen Günter Rohrmoser Ende 1997 oder ein Auftritt für die Junge Freiheit bei der Buchmesse 1998, waren nahezu unbemerkt geblieben. Dies galt jedoch nicht für die "Bogenhauser Gespräche" der Münchner Burschenschaft Danubia Anfang Dezember vergangenen Jahres.

"Die APO war nationalrevolutionär"

Zum Thema "30 Jahre nach '68" waren dort neben Kaschkat und Mahler nämlich zwei weitere APO-Veteranen aufgetreten, deren Anwesenheit damals noch als sensationell angesehen wurde. Der eine, Soziologie-Professor Bernd Rabehl, früher ein enger Freund Rudi Dutschkes, war einer der bekanntesten Vertreter der 68er Revolte; der andere, der emeritierte Professor Peter Furth, der im Freundeskreis des SDS und der Zeitschrift Argument aktiv gewesen war, hat durch seine publizistische Tätigkeit nachdrücklich bewiesen, daß er weiß, was die extreme Rechte ist. Er ist Mitverfasser der bis heute maßgeblichen Studie über die nazistische Sozialistische Deutsche Reichspartei.

Nach der Danubia-Tagung übergab Mahler das Redemanuskript Rabehls - sehr zu dessen Unwillen - der Jungen Freiheit, die es veröffentlichte. Ein Nachdruck folgte in dem nationalrevolutionären Blatt Wir selbst. Es wurde deutlich, daß Rabehl ebenso wie Mahler an einer Umschreibung der Geschichte arbeitet. Was die meisten Beteiligten nicht wußten, so Johannes Agnoli sarkastisch in der Jungle World, enthüllten jetzt Mahler/Rabehl: '68 war in Wirklichkeit eine nationalrevolutionäre Bewegung.

Die "nationale Frage", behauptet Rabehl, habe bereits bei der Konstituierung der neuen Opposition eine Rolle gespielt; eine "revolutionäre Linke" mußte "immer auch gesamtdeutsche und nationalrevolutionäre Ziele verfolgen". Die Absicht der Revolte habe darin gelegen, "Keimzellen einer europäischen Einheitsfront zu legen, um die Großmächte und ihre Kollaborateure aus Zentraleuropa zurückzudrängen". Rabehl entwickelt sogar eine Art Verschwörungstheorie, ohne dabei jedoch die Dinge deutlich beim Namen zu nennen: "Traditionelle Sozialisten, Parteigänger von SEW und SED oder der illegalen KPD, aber auch die unterschiedlichen Geheimdienste in Ost und West setzten alles daran, dieses Projekt zu zerschlagen. Am 11. April 1968 wurde auf Dutschke ein Attentat verübt." Folgen wir dem Gedankengang des Herrn Professors, so wären Demonstrationen vor den Parteibüros der SEW, vor den Botschaften der USA und der UdSSR die logische Konsequenz gewesen. Warum kam damals bloß niemand darauf - auch Bernd Rabehl nicht? Warum schien es allen Beteiligten logisch, den Springer-Verlag für das Attentat verantwortlich zu machen?

Rabehls Schlußfolgerung im Vortragsteil "Abgesang": "Die ‚psychologische Aktion`, von der die amerikanischen Deutschlandspezialisten 1944/45 sprachen, die nationale Tradition aufzulösen, die Eliten zu entmachten und auszutauschen, die Kultur und die psychische Disposition der Menschen zu verändern und vor allem Institutionen zu schaffen, die der Dynamik eines modernen Kapitalismus entsprachen, ist 1998 längst verwirklicht. So wie es keine Klassen- und Arbeiterkultur mehr gibt, so existiert in Deutschland kaum noch eine nationale Identität." Spätestens mit dieser Passage hatte Rabehl die Argumentation der extremen Rechten übernommen. Daß er dann über den "Import von Partisanenformationen" als Konsequenz der Einwanderung schwadroniert, über den Versuch der Durchsetzung von "Denk- und Diskussionsverboten", das "Problem der Überfremdung und der Auflösung einer nationalen Kultur" an die Wand malt, ist eigentlich nur noch eine logische Konsequenz.

Wenig später behauptete Rabehl, der Abdruck seiner Rede in der Jungen Freiheit sei "skandalös" gewesen. Diese hätte kein Aufsehen erregt, wenn sie in der FR oder in der taz abgedruckt worden wäre. Rabehl ignorierte vollkommen, daß es gerade der Inhalt seines Vortrags war, der die Kritiker - zunehmend auch aus Kreisen des alten SDS - empörte. "Nationalisten waren wir nie", stellte eine Gruppe ehemaliger SDSler in einer gemeinsamen Erklärung fest. Nun, Rabehl jedenfalls war es - nach eigenem Eingeständnis - schon immer.

Rechte Kaderschmiede Danubia

Trotzdem schien ihm schon zum Zeitpunkt seines Auftritts nicht ganz wohl in seiner Haut gewesen zu sein. Er schien zu ahnen, daß seine Ausführungen nicht auf den Kreis der anwesenden 120 Burschenschafter beschränkt bleiben würden. So begann er sein Referat mit dem Hinweis, daß "eine wohl eher linksradikale" Zeitung namens "Die Linke beobachtet die Rechte" im Oktober über einen weiteren Referentenauftritt Rabehls zum gleichen Thema in Prag berichtet habe. Er sei aber seit 15 Jahren nicht in Prag gewesen. Es fehlte auch nicht der Verweis auf das "Büro für Desinformation innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit".

Die angeführten "Informationen" jedoch waren selbst Desinformation pur. Das "linksradikale" Blatt war ein sozialdemokratischer Pressedienst, sein tatsächlicher Titel: Blick nach rechts. Dort war auch nicht behauptet worden, daß Rabehl in Prag gesprochen habe; vielmehr wurde darauf hingewiesen, daß Rabehl als Referent für die "neu"rechte Freie Deutsche Sommeruniversität zum Thema "Die Nationalrevolutionäre von 1968" angekündigt worden war. Er hat dort nicht gesprochen, weil die Veranstaltung ausfiel. Von Prag war in dem entsprechenden Artikel gar nicht die Rede, obwohl das der geplante Ort war. Rabehls Attacke enthielt also Insiderwissen, das zugleich die aufgestellten Behauptungen belegte. Dumm gelaufen.

Den Auftritt bei der Danubia rechtfertigte er ähnlich ungeschickt. Eine Verteidigung war auch deshalb notwendig geworden, weil inzwischen die Stipendiatengruppe der Hans-Böckler-Stiftung, deren Vertrauensdozent an der FU er ist, brieflich Aufklärung verlangt hatte. Rabehl führte aus, bereits in den Zeiten der Revolte sei er quasi der SDS-Spezialist für die Burschenschaften gewesen. Bei der Mobilisierung zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze sei es seine Aufgabe gewesen, die Burschenschaften zu gewinnen. Und er habe damals Erfolg gehabt. Angesprochen worden sei er durch einen "Jungsozialisten aus Leipzig". Da auch noch weitere "Genossen" anwesend sein sollten, habe er "keine Bedenken" gehabt.

Der "Jungsozialist aus Leipzig", der den Kontakt hergestellt hatte, war niemand anderes als Sascha Jung, einer der Mitbegründer und Kopf des rechten "Hofgeismarer Kreises", so benannt in Anlehnung an den alten Ernst-Niekisch-Zirkel. Diese Aktivitäten Jungs führten damals zu einem Parteiordnungsverfahren mit anschließendem Funktionsverbot. Der Fall ging damals breit durch die Presse. Rabehl dürfte er auch deshalb nicht unbekannt geblieben sein, weil ein anderer nationalistischer Alt-SDSler, der heutige National-Sozialdemokrat Tilman Fichter, sich vehement für den Hofgeismarer Kreis eingesetzt hatte. Sascha Jung ist heute Pressesprecher der Danubia. Zielsicher hatte sich der "Jungsozialist" zu Studienbeginn die radikalste Burschenschaft des völkischen Flügels als Betätigungsfeld ausgesucht. "Vergessen" hatte Burschenschaften-Spezialist Rabehl, daß die Danubia - zur Zeit der Debatte um die Notstandsgesetze - Durchlauferhitzer für den intellektuellen Nachwuchs der NPD war. Nicht abzustreiten ist, daß die Danubia Nationalrevolutionäre hervorbrachte. Rabehl konnte sich also wohlfühlen.

Ex-linke Hoffnungsträger der Rechten

Der nächste Schritt folgte umgehend. Das nationalrevolutionäre Blättchen DESG-inform kündigte eine Sammlungsbewegung an: "Initiatoren dieser geplanten Sammlungsbewegung jenseits von Rechts und Links sind neben Horst Mahler u.a. ehemalige Angehörige des ‚Sozialistischen Deutschen Studentenbundes` (SDS) wie die Berliner Professoren Bernd Rabehl und Peter Furth." Grundlage solle Mahlers "Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes" sein. Bisher sind Furth und Rabehl in Zusammenhang mit "Unser Land" noch nicht in Erscheinung getreten, dafür wurde Mahlers Flugschrift im Ostpreußenblatt publiziert, sein "Offener Brief an Ignatz Bubis" in der Deutschen Stimme der NPD und ein längerer Beitrag von Peter Furth, der zuvor von Tagesspiegel und FAZ abgelehnt worden war, in den rechtsextremen Staatsbriefen.

Der rührige Mahler wiederum veröffentlichte gemeinsam mit den beiden schon lange nach rechts gedrifteten ehemaligen SDSlern Reinhold Oberlercher und Günter Maschke eine "Kanonische Erklärung" (Staatsbriefe 1/99), in der die RAF in der Traditionslinie eines "ernsthaften Waffenstudententums" gesehen wird und die '68er-Revolte zur Neuauflage des deutschen Faschismus mutiert.

Von Rabehl gibt es vorläufig keine neuen Artikel. Er ist mit Verteidigungsschriften und -reden ausgelastet. So zuletzt am 5. März beim monatlichen Treffen der Berliner SDS-Veteranen. Er mußte einen völlig erzürnten Bommi Baumann über sich ergehen lassen, nannte resigniert eine Kritikerin nur "Frau Staatsanwältin". Da saß er nun auf der Anklagebank, sich noch immer keiner Schuld bewußt, und sein Verteidiger hatte ihn im Stich gelassen. Tilman Fichter, der ihm an diesem Abend auf dem Podium zur Seite stehen sollte, hatte es

vorgezogen, kurzfristig nach Vietnam zu fliegen. Rabehl bekam keine Bewährung. Das Tischtuch zwischen seinen alten GenossInnen und ihm ist - zumindest in Berlin - wohl endgültig zerschnitten. Bleibt abzuwarten, ob die Untersuchungen an der Uni im Sande verlaufen oder aber auch hier endlich einmal Klartext gesprochen wird. Rabehl ist vorläufig ruhiggestellt, Mahler aber missioniert weiter: quer durch "Unser Land".

Jean Cremet

5. Doppelpaß im Visier der Neonazis. Faschistische Kundgebung in Magdeburg

Autor: Christian Grünert und Phillip Stein · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:53

Seit Anfang Februar mobilisierte die NPD mit Unterstützung von "unabhängigen Kameradschaften" und Nazi-Gruppierungen aus Norddeutschland zu einem Aufmarsch in Magdeburg. Die vom NPD-Landesvorsitzenden Steffen Hupka angemeldete Veranstaltung stand unter dem Motto "Keine deutschen Pässe für Ausländer!" Anlaß für einen Blick hinter die Medienkulissen des Neofaschismus in Sachsen-Anhalt.

Einen explosionsartigen Aufschwung erfuhr die schon in den 80er Jahren in der DDR entstandene rechte Jugendsubkultur seit der Wiedervereinigung. Durch den Wegfall aller sozialen, kulturellen und ökonomischen Strukturen der DDR kam ein gesellschaftlicher Desintegrationsprozeß in Gang, der faktisch bis heute anhält. Zwar sind inzwischen alle Institutionen der alten Bundesrepublik einschließlich der Parteien und Vereine etabliert. Es mangelt jedoch an Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft. Mit Ausnahme der PDS verfügt keine der anderen Parteien über zahlenmäßig und organisatorisch dem Westen vergleichbare Strukturen. So stieß die Pogromwelle der Jahre 1990 bis 1993 auf keinerlei öffentlichen Widerstand einer zivilgesellschaftlichen Pufferzone. Kritische Gruppen aus Verbänden, Kirchen oder den Grünen sind schlicht nicht existent. Hinzu kommt eine stillschweigende Übereinkunft von örtlichen Behörden und regionalen Tageszeitungen, Probleme im Umgang mit rechten Strukturen unter den Teppich zu kehren.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich aus der rechten Skinheadsubkultur eine breite ausländerfeindliche Mainstreamjugendkultur. Verankert ist diese vor allem in den Neubaugebieten der Großstädte und in ländlichen Gegenden. Ihre faktische kulturelle Hegemonie bezieht diese Jugendkultur aus ihrer Allgegenwart in der sozialen Lebenswelt und dem Fehlen emanzipatorischer Gegenkulturen. Rechte Ideologieversatzstücke haben sich unter Jugendlichen im Osten derart verselbständigt, daß sich viele gleichzeitig als ausländerfeindlich und unpolitisch bezeichnen. Der rechte Straßenterror gegen AusländerInnen und Randgruppen ist zum Selbstläufer geworden, der kaum der oft gesuchten und beschworenen Drahtzieher bedarf. Hier liegen die Ressourcen für die Mobilisierungsanstrengungen politisch-strategisch arbeitender Neonazis.

Bisher war der NPD-Landesverband - bedingt durch die Schwäche der Strukturen vor Ort - kaum mit eigenen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit aufgetreten. Nach Schätzungen offizieller Seiten, die sich mit denen von AntifaschistInnen decken, hat der NPD-Landesverband nur einige Dutzend Mitglieder. Regionale Schwerpunkte liegen im Ostharz, im Burgenlandkreis (Saale-Unstrut-Region) und in der Altmark. Ähnlich ist die Situation bei den "Jungen Nationaldemokraten" (JN). Bei einem Delegiertentreffen vor einigen Wochen in der Nähe von Salzwedel (Altmark) vereinigten sich die Landesverbände von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Zum zweiten Vorsitzenden wurde dort Mirco Appelt aus Klötze gewählt. Er war bzw. ist führendes Mitglied der "Kameradschaft Klötze". Diese informell strukturierten Neonazigruppierun- gen sind das eigentliche Rückgrat organisierter rechter Aktivitäten im Osten. Mit der Organisation von Konzerten, dem Vertrieb von Fanzines und ihrer Präsenz auf der Straße stellen sie die Schnittstelle zwischen der rechten Jugendkultur und politisch arbeitenden Neonazis dar. Da solche Organisationsformen juristisch nicht durch das Parteien- oder Vereinsrecht zu greifen sind, gewinnen die Kameradschaften Freiraum für illegale Aktivitäten. Nach den Verbotsverfügungen gegen neofaschistische Parteien Anfang der 90er Jahre wurde diese Umorientierung der ostdeutschen Neonaziszene von Frank Schwerdt, Ex-Führungskader der aufgelösten "Die Nationalen", eingeleitet und mentoriert. Mit Hilfe von Schulungsmaterial und persönlichen Kontakten gelang es ihm, ein Netz von Kameradschaften aufzubauen. Inzwischen gibt es in fast jeder Region Ostdeutschlands Kameradschaftsstrukturen. Hieraus ergibt sich die Abhängigkeit der NPD von den Kameradschaften bei jeglichen öffentlichen Aktivitäten.

Unabhängige Kameradschaften

Dem Aufruf des NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt folgten 800 Nazis aus mehreren Bundesländern. Die Aufmarschteilnehmer kamen unter anderem aus Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Brandenburg, Sachsen und Berlin. Wie bei nahezu allen Aufmärschen der letzten Monate stellten die

Anhänger der "unabhängigen Kameradschaften" den größten Teil der Aufmarsch-TeilnehmerInnen und im konkreten Fall auch die Organisationsstruktur. So fungierte der "Selbstschutz Sachsen-Anhalt" wie bei der Frank-Schwerdt-Demo in Berlin im Dezember 1998 als Ordnerdienst. Deren arrogantes Auftreten sorgte allerdings bei nicht wenigen Nazis für Unmut.

Da der NPD per Gerichtsbeschluß ein Demonstrationszug durch die Innenstadt untersagt worden war, beschränkte sich die Kundgebung der Neonazis auf den Magdeburger Domplatz. Die Veranstalter hatten zunächst mit erheblichen organisatorischen und technischen Problemen zu kämpfen: So gab es Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Kameradschaften, der Lautsprecherwagen, einige Teilnehmer und Transparente trafen mit großer Verspätung ein, einige Neonazi-Kleingruppen waren betrunken und andere pinkelten öffentlich in die angrenzenden Parkanlagen.

Auf der Kundgebung sprach neben Steffen Hupka der Hamburger Thomas "Steiner" Wulff. Beide hetzten gegen die "multikulturell-kriminelle Gesellschaft" und redeten von "Genen", die sich nicht vermischen dürften. Am Ende seiner Rede wünschte Wulff "Ruhm und Ehre der Waffen-SS", was von den angereisten Neonazis als Parole aufgenommen wurde. Daraufhin verwarnte die Polizei Veranstaltungsleiter Steffen Hupka, griff jedoch nicht ein. Rechte Jugendliche aus Magdeburg, die das "Szene-Event" des Jahres erwartet hatten, blieben gelangweilt von den Reden der Neonazi-Größen am Rande stehen.

Anders verhielt sich die Polizei gegenüber den antifaschistischen Protestveranstaltungen. Die Demonstration "Nein zu Naziaufmarsch, Blutsrecht und Rassismus! Gleiche Rechte für MigrantInnen!", wurde von der Polizei mehrfach angegriffen. Höhepunkt der polizeilichen Provokationen war der überfallartige Angriff mehrerer Dutzend BereitschaftspolizistInnen auf die Veranstaltung des "Bündnis gegen den NPD-Aufmarsch". Dabei wurden auch einige der Bündnis-UnterstützerInnen von den aggressiven Beamten verletzt bzw. festgenommen.

Dennoch werten die Magdeburger AntifaschistInnen die Gegenaktionen als Erfolg. Das Bündnis ist - vor allem "dank" der Polizei-Übergriffe - stabiler als zuvor; einige Nazis und mehrere ihrer Fahrzeuge trugen Blessuren davon, Hupka und seine Aufmarsch-Organisatoren waren unzufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung. Bleibt abzuwarten, ob die Neonazis für den April noch einmal so viele Anhänger mobilisieren können, wenn die NPD erneut versuchen will, einen Aufmarsch durchzusetzen. Die antifaschistische Jugendszene der Stadt wurde durch die Gegenaktionen eher gestärkt.

Christian Grünert und Phillip Stein

Arbeitskreis Antifaschismus

Magdeburg

6. Blauhelme nach Brandenburg! Nazis hetzen Flüchtling in den Tod

Autor: Antifaschistische Aktion Berlin · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:47

Der Aufschrei in den Medien war erstaunlich groß, als bekannt wurde, daß eine Gruppe Nazis einen Algerier diesmal in Guben (Brandenburg) in den Tod getrieben hatte. "Wir können heute ein Gegenbild zu den rechtsextremen Gewalttätern schaffen", sagte Ministerpräsident Stolpe (SPD) und zündete eine Kerze an: "Das ganze Land war entsetzt". Aber nur rund 200 der 28.000 EinwohnerInnen nahmen an der vom CDU-Bürgermeister und der Landesregierung veranstalteten Mahnwache teil.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Februar war eine Gruppe von etwa 15 Nazis auf der Suche nach MigrantInnen stundenlang durch Guben gezogen. Bei einem Angriff auf MigrantInnen in einer Disco hatten sie den Kürzeren gezogen. Später entdeckten sie den Algerier Omar ben Noui mit zwei Begleitern an einer Tankstelle. "Da sind die Kanaken", leiteten die Deutschen ihre Hetzjagd ein. Während die Begleiter entkamen, jagten die Nazis Omar ben Noui mit ihren Autos durch die Stadt. Er flüchtete sich in ein Haus, schnitt sich dabei an der Türscheibe und verblutete im Treppenhaus. Für die Staatsanwaltschaft war der Sachverhalt gleich klar: Omar ben Noui hätte sich selbst auf der Flucht tödlich verletzt. Daher ermittelt sie nur wegen fahrlässiger Körperverletzung mit Todesfolge, obwohl blaue Flecken am Körper von Omar ben Noui für eine unmittelbare Fremdeinwirkung sprechen.

Die Nazis in Guben fühlen sich seither gestärkt, rassistische Angriffe und Bedrohungen sind an der Tagesordnung: Gedenkkränze wurden von Nazis auf die Straße geworfen und der Hausflur, in dem Omar ben Noui verblutete, mit Hakenkreuzen beschmiert. Nachdem die Polizei ihren Schutz vor dem Haus abgezogen hatte, zog eine Gruppe Neonazis zum Haus und grölte "Ausländer raus, Deutschland den Deutschen". Wenig später wurde ein Flüchtling auf offener Straße von Rechten mit einem Auto bedroht. Und nachts zog eine Gruppe von Nazis vor das Flüchtlingsheim in Guben. Die Polizei versucht, die Fälle zu vertuschen und sie nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Sie griff erst ein, als Gubener AntifaschistInnen eine Gedenktafel für Omar ben Noui anbringen wollten.

Seit dem Überfall trauen sich die Gubener Antifas kaum noch auf die Straße. Sie werden von Nazis bedroht, seitdem sie mit einer Demonstration auf die Hetzjagd reagierten. Die Flüchtlinge verlassen die beiden Asylbewerberheime nur in möglichst großen Gruppen und im Taxi.

Die Reaktionen von Stadtverwaltung und Polizei sind von Verharmlosung geprägt. Der Leiter der Gubener Polizeiwache bezeichnete die tödliche Hetzjagd als "bedauerlichen Unfall" und schloß aus, daß die Täter einer organisierten Neonazigruppe angehören. Der CDU-Bürgermeister schaffte es, die Worte Rassismus oder Nazis nicht einmal in den Mund zu nehmen, sondern sprach nur von "Gewalt" und "Jugendlichen". Fast schon zynisch wirkt, daß am Tag der tödlichen Hetzjagd in Potsdam eine SPD-Konferenz unter dem Motto "Toleranz leben" stattfand. Brandenburgs Innenminister Ziel (SPD) verkündete dort stolz einen deutlichen Rückgang rechtsextremer Straftaten - ein Signal für ausländische Investoren.

Die Jungle World bezeichnet die Situation in Guben als "Normalzustand" und meint, den Osten wieder als besonders braun entlarvt zu haben. Umfragen belegen aber, daß unter Jugendlichen in Ost wie West ein rechtes Potential von 15-20% vorhanden ist. In den neuen Bundesländern gehen die Stiefelfaschisten jedoch mit wesentlich mehr Gewalt vor. Die Identifikation mit dem politischen System Westdeutschlands hat (jedenfalls noch) keine breite Mehrheit gefunden. Rassismus findet so seine Verbindung zur Opposition zu "denen in Bonn". Hinzu kommt der rechte Mainstream in der Jugendkultur. Wer sich für links entscheidet, wählt die soziale Isolation. Die höhere Gewaltbereitschaft erklärt sich also aus der geringeren Systemidentifikation und der schwächeren antifaschistischen Gegenmacht.

Von den PolitikerInnen wird lediglich die offene rassistische Gewalt auf der Straße bekämpft. Jährlich werden mehrere Millionen Mark in "akzeptierende Sozialarbeit" investiert, bei der rassistische und faschistische Strukturen geduldet werden und nur ansatzweise versucht wird, die offene Gewalt einzudämmen. Das Ergebnis dieser Jugendarbeit ist, daß Nazis eine gute Infrastruktur aufbauen können, einen Ort für ihre Nachwuchsrekrutierung haben und eine rechte Hegemonie unter Jugendlichen herstellen können: Linke

werden aus den Jugendzentren verdrängt. Eine politische Auseinandersetzung mit dem Rassismus der Stiefelfaschisten findet in den meisten Parteien nicht statt. Schließlich haben rassistische Positionen, die in den 80er Jahren noch von der DVU verbreitet wurden, heute schon die SPD erreicht.

Da der deutsche Staat nicht fähig oder willens ist, MigrantInnen zu schützen, schlägt die US-amerikanische Zeitschrift TIME vor, in den "national befreiten Zonen", in die sich MigrantInnen nicht wagen, NATO-Truppen zu stationieren, um für deren Sicherheit zu sorgen. Wir können uns der Forderung nur anschließen. Das wäre endlich eine sinnvollere Aufgabe für die NATO, allerdings gilt auch hier: Ohne deutsche Beteiligung ...

Antifaschistische Aktion Berlin

http://www.nadir.org/aab

7. Grüne setzen zum Sprung an. Realos und Regierungslinke suchen den Weg aus der Krise

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:30

Der Schock über die Niederlage bei den hessischen Landtagswahlen am 7. Februar sitzt tief bei den Bündnisgrünen. Eine Reform der Partei an Haupt und Gliedern soll die Lösung sein - meinen die einen; die anderen sprechen sich für eine politische Umorientierung aus. Neue Themen müßten besetzt, der Wettbewerb mit der FDP um die "leistungsstarken Mittelschichten" gesucht werden.

In Hessen sind die Bündnisgrünen mit rund sieben Prozent auf das Niveau abgesackt, das sie bei der Bundestagswahl im September 1998 im Westen erreichten. Noch 1995 hatten sie in Hessen über elf Prozent erreicht. Der Verlust von vier Prozentpunkten innerhalb von vier Jahren ist außergewöhnlich groß ausgefallen, insgesamt liegt er im Trend. Seit den Bürgerschaftswahlen in Hamburg im September 1997, wo sie 0,5 Prozentpunkte hinzu gewannen, gab es für die Grünen nur Verluste. Im März 1998 verloren sie in Niedersachsen 0,4% und landeten bei 7%. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt im April 1998 flogen sie mit 3,2% (vorher 5,1%) aus dem Landtag. Abwärts ging es auch bei den drei Wahlen im September 1998: 5,7% (minus 0,4%) in Bayern, 6,7% bei der Bundestagswahl (gegenüber 7,3% 1994), und in Mecklenburg-Vorpommern wurden die mageren 3,7% vier Jahre zuvor noch einmal um einen Prozentpunkt unterschritten. (1)

In großer Sorge

In Hessen schockierten die Grünen vor allem ihre Verluste bei den Erst- und JungwählerInnen. Dort stimmten von den ErstwählerInnen 43% für die CDU, 31% für die SPD und lediglich 9% für Bündnis 90/Die Grünen. Bei den unter 30jährigen verlor die Partei 11Prozentpunkte, dagegen legte die Union in dieser Altersgruppe um 10 Prozentpunkte zu.

Ob das Debakel hausgemachten Fehlern der hessischen Grünen oder doch einer Krise der Gesamtpartei geschuldet ist, darüber gibt es in der Partei unterschiedliche Ansichten. Christian Ströbele, einer der letzten Altlinken in ihren Reihen, kritisierte den "verbrauchten Eindruck" des hessischen Landesverbandes. Verantwortlich dafür sei vor allem, daß die Hessen "etwas aufgegeben" hätten, was die Grünen "ansonsten auszeichnet: Alle Flügel in Regierung und Parteiführung einzubinden". (Freitag, 19.2.99)

In der Zeitschrift Andere Zeiten, die zum Umfeld des bundesweiten linken "Babelsberger Kreis" gehört, bezichtigten hessische Grüne ihren Landesverband des "Ökoliberalismus". "Im Vorfeld der Landtagswahlen lancierten Joschka Fischer und der Fraktionsvorsitzende Alexander Müller mehrmals in der Öffentlichkeit die Forderung an die eigene Partei, daß die Grünen das politische Erbe der FDP antreten müßten, und der Beginn dieser Auseinandersetzung sei die Hessenwahl. Statt der Stimmengewinne aus der WählerInnenklientel der FDP", so wird genüßlich festgestellt, "mußten die Grünen sogar Stimmen an sie abgeben." (Andere Zeiten, 1/99)

Da nicht sein kann, was nicht sein darf - daß nämlich der Realo-Landesverband Hessen mit seiner Strategie gescheitert sei -, meldete sich Daniel Cohn-Bendit via taz zu Wort. Den Grünen fehle es schon seit geraumer Zeit an Aufwind: "Die Themen, mit denen die Partei in den 80er Jahren groß wurde - Ökologie, Frauen und Frieden -, lassen sie nicht ohne weiteres vor dem Wind segeln." Und er warnte: "Wie immer nach Wahlniederlagen wird der wohlfeile Ruf nach grünem Profil erschallen. Doch grünes Profil zeigt nicht, wer unbeirrt auf Minderheitspositionen schwört, sondern wer durch Politik und Kommunikation Reformmehrheiten zu bilden versteht." (taz, 12.2.99)

Gunda Röstel, die Reala im noch quotierten Bundesvorstand, stößt in ihrem Papier "Für einen politischen Neuanfang von Bündnis 90/Die Grünen" in dasselbe Horn. (2) Wie Cohn-Bendit behauptet sie, die traditionellen Themen der Grünen - Umwelt, Frieden, Gleichberechtigung und Bürgerrechte - würden die Partei nicht mehr tragen. Die Bemühungen der Vergangenheit, das thematische Spektrum der Partei über Ökologie und Bürgerrechte zu erweitern - "dazu gehört auch Joschka Fischer mit seinen Büchern" - müßten intensiviert werden. Die Partei solle sich den Menschen zuwenden, "die mitten in der Gesellschaft das Ferment des ökologischen und ökonomischen Fortschritts sind oder sein können. Wir müssen uns konzentrieren auf die

engagierten Macher, auf die engagierten Verantwortungsträger." Anstatt wie in der Vergangenheit die Menschen am "Reformrand" der Gesellschaft anzusprechen, fordert Röstel, die "gesamte Partei- und Programmarbeit" müsse klar machen, "daß wir auch Bänker, die Managerin, die Geschäftsführerin, den Teamchef bei uns haben wollen".

Notwendig sei es für die Bündnisgrünen, sich als die "wahren Modernisierer" zu profilieren, dabei aber auch die eigene "wertkonservative Grundhaltung" nicht zu vergessen. Ansonsten drohe der Partei, zwischen den "Showmodernisierern der SPD und den Scheinmodernisierern der PDS zerreiben zu werden". (3)

Mehr als ein Warnsignal sei die Hessenwahl gewesen, findet auch Hubert Kleinert, Weggefährte Joschka Fischers und Realo der ersten Stunde. "Die angeblich moderne Mittelschichtspartei Grüne kommuniziert inzwischen in vielem schlicht an der Gesellschaft vorbei. Die achtziger Jahre sind lange vorbei", so singt er das bekannte Lied. Stärker als bisher müßten deshalb Themen und "Profilierungsfelder" nach vorne gebracht werden, um aus der Flügelposition herauszukommen, die man in der Bonner Koalition einnehme. (GALintern, 3/99)

Joschka Fischer meint: "Wir dürfen nicht verharzt die Ideologiedebatten der Vergangenheit führen oder im Stillstand verharren." Seine Sprechblasen erreichen Kohlsche Qualität: "Programmatische Öffnung, Neugier, Begeisterung und Dialog mit der Gesellschaft sind jetzt notwendig. Programmatische Erneuerung, personelle Öffnung und Organisationsreform gehören unlösbar zusammen." (Spiegel, 9/99)

Damit war der Startschuß für jene Debatte gegeben, die die Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt vom 5. bis 7. März bestimmte. Fischer hatte die Strukturreform der Grünen zur "Schicksalsfrage" erklärt. Doppelspitze, Trennung von Amt und Mandat, die Quotierung nach Geschlecht, Ost/West und Flügelzugehörigkeit - all das sollte nach seiner Meinung revidiert werden. Effizienz und Professionalität müsse Einzug bei den Grünen halten. Doch die Parteibasis verschloß sich diesem Ansinnen. Wolfgang Ullmann, scheidender Europa-Abgeordneter, sprach den meisten Delegierten aus der Seele, als er fragte, ob denn irgend jemand "im Saal meint, wir hätten die Wahl in Hessen verloren, weil wir zwei Sprecherinnen haben". (ND, 8.3.99) Nach der Strukturreform im November, bei der ein Parteirat gebildet wurde, war die Bereitschaft zur Aufgabe der letzten basisdemokratischen Reste bei der grünen Basis nicht vorhanden. Fischer, Trittin, Schlauch & Co. sind vorerst gescheitert. Mit Ablauf der Amtsperiode des jetzigen Bundesvorstandes wird es aber sicher zu einer Neuauflage der Debatte kommen.

Das Naheliegende ist doch so fern

"Gleichgültig, ob man einem radikaldemokratischen und kapitalismuskritischen oder einem sehr mittelstandsfreundlichen, wertkonservativen Kurs anhängt - mindestens mittelfristig wird sich die Partei in Bund und Land auf klare Ziele einigen müssen" - so mahnte Micha Brumlik seine Partei. Quer durch die Grünen wird die Notwendigkeit einer programmatischen Grundsatzdiskussion und Zielbestimmung anerkannt. Brumlik plädiert dabei für eine ergebnisoffene Diskussion - dabei dürfe "die Einsicht nicht fehlen, daß weniger bisweilen mehr ist. Genauer: daß die Beteiligung an Regierungen - welcher Art auch immer - nur ein Instrument unter vielen ist, gesellschaftliche Innovationen einzuleiten". (taz, 9.3.99)

Damit wirft er eine Frage auf, die von allen Grünen momentan noch mit einem Tabu belegt wird, nämlich ob es nicht an der Zeit wäre, sich über den weiteren Verbleib in der Bonner Koalition ernsthaft Gedanken zu machen. Die Bilanz der ersten 100 Tage ist ja beileibe nicht berauschend. Egal ob beim Atomausstieg, der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder dem Einstieg in die Ökosteuer - den drei zentralen Reformvorhaben der Grünen, die sie auch in den Koalitionsvertrag hinüberretten konnten -, überall stoßen sie auf den Widerstand des Koalitionspartners und werden von ihm ausgebremst. Die linke Bundestagsabgeordnete Amelie Buntenbach kommentierte trocken: "Schröder macht faktisch eine große Koalition über die Öffentlichkeit."

Was ist die Konsequenz für führende linke Grüne? "Es wäre gefährlich, wenn die an einem Regierungsbündnis in Bonn beteiligten Parteien dem Glauben erlägen, sie bräuchten sich jetzt nur noch um das Regierungshandeln kümmern und könnten alle anderen Politikebenen und Politikformen - vom Opponieren in vielen Bundesländern bis hin zu Unterschriftensammlungen oder zur Massendemonstration am Bauzaun - einfach fallenlassen", mahnt beispielsweise Frieder O. Wolf, Wortführer des "Babelsberger Kreises". (Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/99) Wer aber mit dem Gedanken spielt, die Regierungsbank zu verlassen, begeht seiner Meinung nach einen schweren Fehler: "Politisierung ist auf allen Ebenen der

Durchgangsprozeß zu wirklicher Innovation, während Entpolitisierung, ein Abfallen der politischen Spannung, fast zwingend zur politischen Entwicklungsblockade führt." So allgemein wie F.O. Wolf hier argumentiert, läßt sich alles legitimieren. Muß man auf allen Ebenen als Akteur präsent sein, um politisierend wirken zu können? Kann man nicht auch von außen und vermittelt dadurch "politische Spannung" erzeugen und aufrechterhalten? Dafür müßte man aber auch polarisieren wollen, Widerständen nicht vorauseilend ausweichen und die gesellschaftliche Auseinandersetzung suchen. Davon ist bei den Grünen nichts zu merken.

"Der Weg in die politische Mitte ist genauso unmöglich wie der Rückzug auf linken Traditionalismus" - so Ludger Volmer in seinen "Thesen zum Durchhänger der Grünen". (FR, 5.3.99) Die Linken in den Grünen können anscheinend nur noch in dieser Scheinalternative denken. Dabei hatten sie einmal versucht, genau dies mit ihren Überlegungen zum Verhältnis von Ökologie und Antikapitalismus zu durchbrechen.

Heute wünscht sich Volmer für seine Partei folgende Leitbilder: "ökologisch-sozialer Gesellschaftsvertrag, neuer Generationenvertrag, neue Aufklärung, modernisierungskritische Modernisierung, die Kraft der Sonne, politischer Pazifismus, Dialog der Kulturen ... Zu vermeiden sind die Worte ‚Innovation` und ‚Gestaltung`; sie sind Synonyme für grünes Scheitern".

Vielleicht kann er auf letzteres auch deshalb verzichten, weil seine Zielmarge etwas bescheidener ist als die seiner RealokollegInnen. Zielen sie auf gute 10 bis 15% der WählerInnen, indem sie die FDP beerben wollen, erkennt Volmer an, daß mehr als 5 bis 7% für die Grünen auf absehbare Zeit nicht zu holen sind. "Das kann reichen, um als Funktionspartei Regierungsmehrheiten zu bilden" - da ist man sich dann wieder einig. "Es reicht nicht, um Regierungspolitik zu bestimmen", fährt Volmer fort - hier fangen die Differenzen wieder an. Nur eins scheint klar, die Oppositionsrolle kommt für die Grünen nicht mehr in Frage - hier trifft sich Volmer mit Röstel -, weil man sich dabei nur auf die Ränder der Gesellschaft bezieht und dies nicht zur Stabilisierung der parlamentarischen Existenz der Partei ausreicht.

Inhaltliche Erneuerung ist angesagt. Statt nur vom Ausstieg aus der Kernenergie zu reden, soll nun der Einstieg in eine neue Energiepolitik in den Vordergrund gestellt werden. Das könnte man noch als Wechsel in der "Verkaufsstrategie" abtun. Aber es geht auch um eine inhaltliche Umorientierung hin zu sozialen und wirtschaftspolitischen Themen. Hier sind bislang die Realos und Neoliberalen der Partei bestimmend: Oswald Metzger, Christine Scheel, Manfred Berninger.

Schon seit einiger Zeit fällt auf, daß solche grünen Realpolitiker ihre Ansprech- und Bündnispartner in der SPD gewechselt haben. Gab es in den 80er Jahren Verbindungen zum linken SPD-Flügel, so sind die neuen Bezugspunkte Bodo Hombach, Sigmar Mosdorf (4) und andere SPD-Technokraten, die für das Modell der "Neuen Mitte" und des Umbaus des Sozialstaats nach britischem Vorbild stehen.

Klaus Dräger zeichnet folgendes Bild der grünen Partei: "Realpolitiker aller Couleur bekennen sich heißblütig zu Hombachs ‚Angebotspolitik von links` und streiten sich nur darüber, ob man dabei schrittweise oder ‚fundamentalistisch` nach dem Motto vorgehen solle, es müsse ein Ruck durch Deutschland gehen. Die Regierungslinke um Trittin, Volmer und Müller versucht sich derweilen zusammen mit Joschka Fischer in der Rolle als neue Parteimitte, die den Laden irgendwie zusammenhält. ... Währenddessen versucht eine im fachpolitischen Schachteldenken befangene grüne ‚Restlinke` zu begreifen, warum sie in ihrem jeweiligen politischen Kleingarten nicht mehr durchsetzen konnte." (Andere Zeiten, 6/98)

Wer will bei diesen innerparteilichen Kräfteverhältnissen eigentlich noch den Sprung verhindern, der die Grünen auf einen Platz rechts von der Sozialdemokratie landen läßt?

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) Angaben in Prozent, in Klammern die Ergebnisse der vorherigen Landtags- bzw. Bundestagswahl.

2) http://www.gruene.de/vorstand/roestel/neubeginn.htm

3) Der Übertritt des niedersächsischen MdL Christian Schwarzenberg von den Grünen zur PDS im Januar 1999, der der PDS ihren ersten Abgeordneten in einem westdeutschen Landtag bescherte, wird von Röstel zu einem regelrechten Horrorszenario ausgebaut: "Der Parteiübertritt ... symbolisiert für manche auch, daß die

radikale Reformalternative PDS heißt. Es wäre tendenziell eine existentielle Bedrohung für uns, wenn uns das auch nur 2% im Westen kostet."

4) Vgl. u.a. den gemeinsamen Artikel von Hubert Kleinert und Sigmar Mosdorf: Renaissance der Selbständigkeit im Spiegel 13/97.

8. Liberale erleichtern Einbürgerung. Reform des Staatsbürgerschaftsrechts auf dem Weg

Autor: mb. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:29

Cem Özdemir, seines Zeichens innenpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, bezeichnete schon den zweiten Entwurf des Bundesinnenministeriums zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts als die nur zweitbeste Lösung. Am 11. März einigte sich nun die Koalitionsrunde zwischen SPD und Grünen auf eine Reform, die vollkommen der FDP-Linie entspricht. Die Koalitionäre feiern die Einigung als Erfolg. Erfolgreich war vor allem aber die CDU/CSU mit ihrer rassistischen Kampagne. Von der generellen doppelten Staatsbürgerschaft ist nicht mehr viel übrig.

Die generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ist vom Tisch. Schon mit dem zweitem Entwurf zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes vom 3. März näherte sich das Schily-Ministerium den Vorstellungen der FDP an. Die nun abgesegnete Reform entspricht genau den FDP-Vorstellungen. Konsequenterweise soll der Gesetzentwurf zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes jetzt auch als Gruppenantrag von Abgeordneten der SPD, Grünen und FDP in den Bundestag eingebracht werden. Statt Doppelpaß heißt die Parole jetzt Optionsmodell.

Hier geborene Kinder nicht-deutscher Eltern sollen bis zum Alter von 23 Jahren den Doppelpaß haben dürfen, wenn ein Elternteil seit acht Jahren in der BRD lebt und seit drei Jahren einen unbefristeten Aufenthaltsstatus hat. Mit spätestens 23 Jahren müssen sie sich für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden, wovon die deutschen Behörden in Kenntnis gesetzt werden müssen. Wird diese Erklärung nicht abgegeben, dann wird ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft erfolgt auch dann, wenn sie freiwillig den Militärdienst eines anderen Staates ableisten.

Für Kinder, die zehn Jahre vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes geboren wurden, soll das Optionsmodell rückwirkend gelten. Auch sie haben mit spätestens 23 Jahren zwischen der deutschen und ausländischen Staatsbürgerschaft zu wählen.

Neben dieser Änderung des geltenden Staatsbürgerschaftsrechts war im zweiten Entwurf aus dem Hause Schily zusätzlich vorgesehen, daß bei ältere MigrantInnen eine doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert würde, wenn sie älter als 60 Jahre sind bzw. über 30 Jahre in der BRD gelebt haben. Jetzt ist für diese Gruppe lediglich eine "flexiblere Regelung" vorgesehen, die in Einzelfällen den Doppelpaß ermöglichen soll. Für die Integration der älteren MigrantInnen-Generation bringt der Kompromiß zwischen SPD und Grünen kaum Erleichterungen. Die Fristen für einen Einbürgerungsanspruch werden zwar von 15 auf acht Jahre gekürzt. Diese Bedingungen erfüllen aber ohnehin die meisten.

Zusätzliche Ausnahmeregelungen soll es für besondere Härtefälle geben, bei denen vom "Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatlichkeit" abgerückt werden soll, und zwar für politisch Verfolgte, bei unzumutbaren Bedingungen für eine Entlassung aus der alten Staatsbürgerschaft oder wenn dadurch erhebliche wirtschaftliche und erbrechtliche Nachteile verbunden sind.

Was die Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts anbelangt, so fällt der rot-grünen Bundesregierung also nach den verlorenen Wahlen in Hessen nichts Besseres ein, als an der alten Vorstellung der letzten Bundesregierung anzuknüpfen. Schon 1994 hatte die damalige Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP die Einführung der sogenannten Kinderstaatsbürgerschaft in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehen.

Gestrichen sind in der jetzigen Einigung allerdings all die Verschärfungen, die Schily noch in seinen zweiten Entwurf für ein Staatsbürgerschaftsrecht hineingenommen hatte. So hätten Straftäter schon bei einer Verurteilung zu 90 Tagessätzen keinen Anspruch auf Einbürgerung mehr gehabt - was in der Praxis schon nach einigen Verkehrsdelikten der Fall sein kann. Nach der Einigung vom 11.3. verfällt ein Anspruch auf Einbürgerung erst bei einer Verurteilung zu 180 Tagessätzen.

Die Sozialklausel bleibt gegenüber dem bisherigen Recht unverändert, d.h. wer unverschuldet Arbeitslosenhilfe- oder Sozialhilfe erhält, kann auch eingebürgert werden. Konkret bedeutet das eine deutliche Verbesserung gegenüber den bisherigen Schily-Entwürfen. Schon im ersten Arbeitsentwurf des

Bundesinnenministeriums war die Ausgrenzung von HilfebezieherInnen enthalten. Danach sollten MigrantInnen die Einbürgerung verweigert werden, wenn sie Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfe beziehen. Im zweiten Schily-Entwurf war das Ganze noch einmal wesentlich verschärft worden. So sollte die Einbürgerung verweigert werden, wenn nicht nachgewiesen werden können, daß der Einbürgerungswillige sich und seine Familie "nachhaltig" (was immer das heißen sollte) ohne Hilfebezüge versorgen könnte.

Ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sind weiterhin Bedingung für eine Einbürgerung. Daß gleiche gilt für die andere von Schily in die Diskussion gebrachte Bedingung, daß sich MigrantInnen durch eine schriftliche Erklärung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) bekennen müssen. "Die Einbürgerung von extremistischen Ausländern wird durch eine neue ‚Schutzklausel` ausgeschlossen", heißt es beim Bundesinnenministerium. Wer Bestrebungen gegen den Bestand der BRD und die Verfassung verfolgt oder "durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange" der BRD gefährdet, verliert seinen Anspruch auf Einbürgerung. Diese Klausel erlaubt die Einführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Wird nach erfolgter Einbürgerung bekannt, daß solche Bestrebungen verfolgt wurden, soll der ganze "Verwaltungsvorgang" als nichtig erklärt werden. Damit wird durch die Hintertür eine Staatsbürgerschaft auf Widerruf eingeführt. Dabei schließt Art. 16 des Grundgesetzes die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft aus.

Die Grünen feiern den nun verabschiedeten Kompromiß als Einstieg in das "ius soli", das Geburtsrecht. "An diesem antirassistischen Grundsatz haben wir nicht rütteln lassen", heißt es aus ihren Reihen. Das kann man so sehen. Wer aber in der Vergangenheit die Verweigerung des Doppelpasses als größtes Integrationshemmnis dargestellt hat, sollte sich seine Niederlage auch eingestehen.

Im Lauf der Verhandlungen zwischen SPD und Grünen soll sich gezeigt haben, daß Schily jede kleine Aufweichung im Punkte doppelter Staatsbürgerschaft mit massiven Verschärfungen bei den Einbürgerungsvoraussetzungen auf Verfassungstreue, Sprachkenntnisse, Straffreiheit und soziale Lage der Einzubürgernden bezahlt haben wollte. Wenn man den zweiten Entwurf von Schily betrachtet, muß man erkennen, daß die Grünen dem nichts entgegensetzen konnten. Das jetzt vorliegende Ergebnis sieht im Vergleich dazu weniger Verschärfungen und in einigen Fällen sogar Verbesserungen vor. Was den Grünen nicht gelang, konnte die FDP durchsetzen. A strange world!

mb., 12.3.99

9. Türkei im Siegestaumel

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:25

Der Seyrok, der Führer einer großen kurdischen Bewegung, ist gefangen auf der Marmara-Insel Imrali. Dort wo 1961 der türkische Präsident Adnan Menderes hingerichtet wurde. Alle 245 Gefangenen und auch das normale Wachpersonal mußten die Insel verlassen. Bewacht wird Abdullah Öcalan nun u.a. von der türkischen Kriegsmarine. Selbst die Baumaterialien für das neue Gefängnis, bzw. den Todestrakt, der hier extra für einen Menschen gebaut werden soll, wird von bewaffneten Kriegsschiffen gebracht. Die Fischer des Küstenortes Mudanya sind durch Öcalan arbeitslos geworden, denn sie dürfen nicht einmal mehr die Füße ins Wasser strecken. Um Apo ist ein kilometerbreiter Cordon sanitaire gelegt.

In der Welt draußen schafften es etliche Tausend seiner Anhänger, daß eben diese tagelang kopfstand. Nie gab es eine ähnliche Protestwelle von KurdInnen in Europa, im Iran, im Irak, in Syrien, im Libanon, in Australien und anderen Ländern. Nicht der Verrat Kissingers an Barzani 1975, nicht der Massenmord in Chalabja 1988, als das irakische Regime mit Gas made by German firms eine Stadt ausradierte, nicht der Mord an dem iranischen Kurdenführer Ghassemlu und zwei Begleitern 1989 in Wien oder an seinem Nachfolger Scharafkandi und drei weiteren Kurden 1992 in Berlin haben kurdische Proteste in einem irgendwie vergleichbaren Maßstab hervorgebracht wie die Entführung Abdullah Öcalans in die Türkei. Auch wenn sich tatsächlich nur eine Minderheit der KurdInnen an diesen Protesten beteiligte, so ist die Verbreitung der Aktionen und die verzweifelte Wut, mit der für einen einzelnen Menschen gekämpft wurde, doch so ziemlich ohne Beispiel.

Auf der anderen Seite blendet die Fokussierung des ganzen Problems auf nur eine einzelne Person alles, was hinter der Verschleppung Öcalans steht, einfach aus. Der ganze Kurdenkrieg schrumpft zur Tat eines einzigen Antimenschen, zur Dämonie des "Babymörders" Apo. Ein Mensch verantwortlich für - je nach Zählung - 30.000, 35.000 oder 40.000 Tote, d.h. auch für die Toten, die unter dem Kommando des Seyrok im Kampf gegen die türkischen Streitkräfte gefallen sind (nach den nicht unbedingt zuverlässigen türkischen Statistiken etwa 15.000 Kämpfer).

Als säße das kurdische Problem an sich auf Imrali gefangen, wird nun festgestellt, daß es sich ja nur um einen Terroristen handelt, welcher sich ganz unversehens als Werkzeug fremder Mächte, d.h. insbesondere einer Macht namens Griechenland herausstellt. Dieser streift, offenbar von Reue oder Angst geplagt, die Maske des "Babymörders" ab und schlüpft in die Rolle des Verteidigers der Türkei. Die Zeitungen wissen aus ungenannten Quellen zu berichten, wie er nach und nach die Feinde des türkischen Staates benennt, seine Anwälte anherrscht, sie sollten protokollieren lassen, daß er weder gefoltert worden sei noch daß Druck auf ihn ausgeübt werde. Schließlich berichtet die einzige englischsprachige Zeitung der Türkei, die Turkish Daily News, noch allen Ernstes, Öcalan habe sich geweigert, sich von Griechenland als Trumpfkarte gebrauchen zu lassen, und deshalb habe der griechische Geheimdienst beschlossen, Öcalan zu ermorden und die Schuld der Türkei zuzuschieben, um Aufstände zu provozieren. Das klingt, als sei Öcalan in der Türkei lediglich in Schutzhaft vor dem bösen Griechenland.

Öcalan wird nun in einem Maß als Trumpfkarte der Türkei benutzt, das ebenso wie die Verehrung seiner Anhänger irrationale Züge trägt. Der Trumpf wird bedenkenlos überreizt. Die Türkei kann doch kaum hoffen, die schwierige politische Diskussion mit Europa durch Verweis auf die Aussagen ihres Stargefangenen einfach umzudrehen. Da mag Staatspräsident Süleyman Demirel noch so laut feststellen, daß Griechenland, dieser "Schurkenstaat", nicht in die "Gemeinschaft der zivilisierten Staaten unserer Epoche" gehört, die EU wird deshalb Griechenland nicht ausschließen und die Türkei aufnehmen. Allenfalls der Wall gegen europäische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei ist etwas höher geworden. Wirklich beeindrucken lassen hat sich die Türkei von den europäischen Mahnern allerdings noch nie.

Das alles ist nun dem großen Prozeß vorgelagert, der doch ein "fairer Prozeß" werden soll, als könne ein Prozeß, in dem über Mord und Terrorismus geredet wird, aber Außen- und Innenpolitik gemeint sind, je ein "fairer Prozeß" sein. Dafür speziell die türkische Justiz anzuprangern, ist allerdings politisch kurzsichtig. Schließlich gibt es in Deutschland ein Kontaktsperregesetz. Italien hat die Käfighaltung der Angeklagten im Gerichtssaal erfunden, die altehrwürdige britische Justiz ist mit haarsträubenden Methoden gegen angebliche irische Bombenleger vorgegangen. In den USA liebt man die Todesstrafe fast wie das Sternenbanner. Wenn

die Türkei mit Öcalan ein erniedrigendes Schauspiel inszeniert, so mag dies viele spezielle Züge tragen, es ist aber nicht um Kategorien schlechter als der internationale Standard bei politischen Prozessen.

Sowohl das Gerede vom "fairen Prozeß" als auch ein Insistieren auf einem unfairen Prozeßverlauf lenkt von einer politischen Bewertung ab. Zwischen Überheblichkeit und blinder Sympathie ist dabei - soweit der Autor das aus einigem Abstand beurteilen kann - auch die deutsche Linke noch nicht sehr weit gekommen.

Jan Keetmann

10. Verhärtete Fronten statt politischer Lösung. Stationen einer kurdischen Odyssee: Rom, Nairobi, Imrali

Autor: Thomas Klein · Rubrik: PKK; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:43

Am 14. Februar verbreitete das Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) eine von dem PKK-Generalsekretär Öcalan "an die Öffentlichkeit" gerichtete Erklärung. Diese ließ, aus kurdischer Sicht, wenig Gutes erahnen: "Die Türkische Republik will den Versuch des Genozides an unserem Volk mit einem Komplott gegen meine Person zu einem besorgniserregenden Abschluß bringen. Angesichts dessen habe ich mehrmals versucht, von der internationalen Gemeinschaft eine juristische Absicherung zu erhalten. (...) Das Asylersuchen mit meiner Ankunft in Rom hat noch keine positive Antwort gefunden. Bis es eine Entscheidung in diesem Verfahren gibt, erwarte ich, daß meine Sicherheit an meinem jetzigen Aufenthaltsort gwährleistet wird. Gleichzeitig erwarte ich von der griechischen Regierung, die auf mein Asylsuchen aus mir unbekannten Gründen noch nicht geantwortet hat, daß sie reagiert. Von Deutschland und Frankreich, die uns in Europa kriminalisieren, erwarte ich, daß sie ihre Haltung überprüfen und daß sie sich ihrer Verantwortung für meine jetzige Situation bewußt werden. (...) Um die dringend notwendige persönliche Sicherheit und den politischen Status zu erhalten, erwarte ich Unterstützung in erster Linie von der italienischen und griechischen Bevölkerung, von den Freunden des kurdischen Volkes und von allen fortschriftlichen Kräften, bis in diesen Bemühungen ein positives Ergebnis erreicht ist."

Das ist die letzte Erklärung, die Abdullah Öcalan von seinem Versteck aus verbreiten ließ. Zu diesem Zeitpunkt gab es gesicherte, wenn auch keine offiziell bestätigten Informationen, daß die Flucht aus Syrien und eine mehrmonatige Odyssee nicht den Beginn eines von kurdischer Seite gewollten politischen Prozesses markieren würde: In der Nacht vom 15. auf den 16. Februar zerplatzte Öcalans Hoffnung, als politischer Führer von internationalem Parkett aus das Schicksal der kurdischen Bewegung in der Türkei und in Europa mitbestimmen zu können. Seine Verschleppung durch türkiche Geheimdienstler von Nairobi nach Istanbul bedeutet allerdings keineswegs, wie das Schlagzeilen in der türkischen Presse verkündeteten, das Ende der PKK, das Ende des türkisch-kurdischen Krieges, oder, wie es die Zeitung Radikal titelte, "Das Ende der Tränen". Erneut wurde dieser Tage in der Türkei das Ende eines Krieges verkündet, der aber mit der Festsetzung des PKK-Vorsitzenden gerade nicht seinen Schlußpunkt findet, sondern einen bestehenden Konflikt zusätzlich anheizt.

Allerdings hat die Türkei mit der Verschleppung Öcalans aus Nairobi ihr angegebenes Ziel, den PKK-Generalsekretär auszuschalten, das sie im Oktober 1998 sogar mit Kriegsdrohungen gegenüber Syrien durchzusetzen versuchte, erreicht: Der "Staatsfeind Nr.1" ist in der Türkei. Und diesmal können sich die in Jubel ausbrechenden nationalistischen Kreise in der Türkei sicher sein, daß sich ihre Begeisterung darüber, Öcalan ausgeschaltet zu haben, nicht wieder im Nichts auflöst. Vor einigen Monaten war die Begeisterung verfrüht: Als im November 1998 die Festnahme Öcalans in Rom gemeldet wurde, unterbrachen alle türkischen Fernsehsender ihr Programm mit der Meldung: "Der Staatsfeind Nr. 1 ist gefaßt. Die PKK ist am Ende". Schon damals glaubten viele in der Türkei, die Festsetzung in Rom sei das Ende eines gewonnenen Krieges. Nachdem ein Attentatsversuch auf Öcalan am 9. Oktober 1998 fehlschlug, schien sich zunächst - aus türkischer Sicht - doch noch die Hoffnung zu bestätigen, Öcalan zumindest "mundtot" machen, hinter Gitter bringen zu können.Was die Türkei in den ersten Tagen nach der Einreise Öcalans von offizieller Seite aus Italien zu hören bekam, machte dann aber die schnellen Erfolgsmeldungen in der türkischen Presse zur Makulatur. So erklärte Armando Cossuta, Vorsitzender der mitregierenden Kommunistischen Partei, die italienische Regierung habe Öcalan als "eine demokratische Regierung Asyl zu gewähren". Viele Politiker sprachen sich gegen eine Auslieferung Öcalans aus, und der grüne Politiker Boco erklärte, daß die Anhänger seiner Partei der Meinung seien, wie viele andere Demokraten auch, daß die PKK viele Kurden in der Türkei repräsentiere. Doch die anfänglich von zahlreichen italienischen Politikern bekundete Absicht, Öcalan Asyl zu gewähren und ihm einen politischen Status zukommen zu lassen, hatte nicht lange Bestand. Die Türkei setzte den NATO-Verbündeten erheblich unter Druck, auch Washington drang darauf, den PKK-Generalsekretär an die Türkei auszuliefern. Innerhalb der EU gingen die Regierungen auf Tauchstation. Zwar erklärten im November 1998 der deutsche Bundeskanzler und der italienische Ministerpräsident sowie die Außenminister

beider Länder, es müsse eine Friedensinitiative zur Beendigung des türkisch-kurdischen Konflikts gestartet werden und darin eingebettet einen politischen Umgang mit dem "Fall Öcalan" geben. Doch tatsächlich wurde diese Chance verspielt. Die Zeit verstrich, der Druck aus Ankara und Washington auf die italienische Regierung nahm zu, und am 16. Januar mußte Öcalan Italien verlassen: Es war der Beginn einer Odyssee, bei der einige Stationen noch unbekannt sind, aber an deren Ende nach vergeblichen Versuchen, in den Niederlanden und in Griechenland Zuflucht zu erhalten, eine Gefängnisinsel im Marmara-Meer steht.

Die USA agiert,

Europa schaut zu

Über den kurdischen Sender MED-TV erklärte danach Nizamettin Tas, Kommandant im Hauptquartier der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans, ARGK, dringenstes Ziel aller Protestaktionen sei es, das Leben Öcalans zu schützen, denn nach dessen Gefangennahme gebe es für ihn keine Sicherheit mehr: Der türkische Staat, so Tas weiter, betreibe seit Jahren an der kurdischen Bevölkerung einen Völkermord; daß er dessen führende Persönlichkeit am Leben lasse, sei vor diesem Hintergrund kaum vorstellbar. Deshalb sei es absolut notwendig, daß von Europa und von den USA sofortige und unverzügliche Schritte zur Sicherung seines Lebens unternommen würden. "Falls ein Unglück passiert", droht Tas damit, daß "mit Sicherheit die Länder, die in der besagten Angelegenheit eine Rolle spielen, zur Verantwortung gezogen werden".

An die Öffentlichkeit ergeht der Aufruf, "ohne Verzögerungen Beobachterdelegationen mit dem Ziel, die Garantie für das Leben des Vorsitzenden APO sicherzustellen, in die Türkei zu entsenden". In dieser kritischen Zeit, wo ein Kampf "um Überleben oder Vernichtung" geführt werde, müssten die fortschrittlichen Kräfte aktiv werden.

Der Mitverantwortung für die Verschleppung Öcalans aus Nairobi wurden schnell der israelische Geheimdienst Mossad und der US-amerikanische Geheimdienst CIA bezichtigt, was zu den tragischen Ereignissen vor dem israelischen Konsulat in Belin führte. Tatsächlich hatte sich der türkische Ministerpräsident Ecevit in seiner ersten Ansprach nach der Ergreifung Öcalans bei nicht genauer bezeichneten, befreundeten Ländern für die Mithilfe bei der Geheimaktion bedankt. Dieser Dank und die Tatsache, daß der türkische Geheimdienst MIT zwar im Inland eine Macht ist, aber nach Ansicht von Geheimdienstexperten im Ausland wohl kaum zu einer solchen Aktion in der Lage ist, lassen nur den Schluß zu, daß dem MIT andere Dienste zu Hilfe kamen. Nach den drei Toten und vielen Verletzten bei der versuchten Besetzung des israelischen Generalkonsulats in Berlin erklärte zwar die israelische Regierung, sie habe "keine Fehde" mit den Kurden und halte sich aus dem türkisch-kurdischen Konflikt heraus, die US-Administration aber legte lediglich Wert darauf, daß es keine "direkte Beteiligung" bei der Verschleppung Öcalans gab: Eine indirekte Beteiligung wird nicht bestritten und wäre nach den Äußerungen der letzten Woche auch völlig unglaubwürdig. Schließlich waren es die USA, die die Europäer drängten, Öcalan an die Türkei auszuliefern, und die Ankaras harter Haltung in dem Konflikt die nötige Rückendeckung gewährten. Außerdem weisen Berichterstatter aus Kenia zu Recht darauf hin, daß seit den Bombenanschlägen auf die dortige US-Botschaft im vergangenen Jahr der US-amerikanische Geheimdienst in dem ostafrikanischen Land, das traditionell enge Beziehungen zu westlichen Staaten unterhält, besonders aktiv sei und ihm kaum ein Ereignis wie die Einreise Öcalans verborgen geblieben wäre. Eine Beteiligung von US-amerikanischer Seite bei der Geheimoperation des MIT gilt deshalb als sicher. Der Aufruf von Nizamettin Tas, auch die USA möge sich für Öcalan einsetzen, ist vor diesem Hintergrund äußerst zweifelhaft. Ohne die Unterstützung Ankaras durch die USA wäre der PKK-Vorsitzende kaum in die Hände seiner türkischen Verfolger geraten.

Auch der Appell, ohne Verzögerungen Beobachterdelegationen in die Türkei zu entsenden, stößt sich an der Realität. Die türkische Regierung hat sich in rüdem Ton jede Einmischung von außen verbeten, und die am Mittwoch erfolgte Zurückweisung von Anwälten auf dem Istanbuler Flughafen vermittelt einen Vorgeschmack darauf, wie die Türkei gedenkt, mit ihrem "Staatsfeind Nr. 1" umzugehen.

Thomas Klein

11. Schily kanthert mal wieder. Hetze und Repression gegen KurdInnen

Autor: ari · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:50

Medien und PolitikerInnen waren sich nach den Botschafts- bzw. Parteibürobesetzungen und Demonstrationen von KurdInnen einig. Da war die Rede von "Raus mit den Terror-Kurden", "mißbrauchtem Gastrecht" und "importiertem Bürgerkrieg". "Tragen Sie ihre Konflikte nicht in Deutschland aus!" - so auch der Tenor der Regierungserklärung von Bundesinnenminister Schily Ende Februar im Bundestag. Die Forderung nach einer Verschärfung des Ausländerrechts - oder "Straffung", wie es Schily verharmlosend umschrieb - wurde im Zusammenhang mit den Aktionen der KurdInnen mal wieder von der Einheitsfront von CSU bis SPD öffentlich diskutiert. Altbekannte Vorschläge wurden in die Debatte geworden: MigrantInnen sollen bereits bei einer Verurteilung zu einer Strafe von einem Jahr abgeschoben werden können (bisher drei Jahre) oder mutmaßliche Straftäter seien ohne Gerichtsverfahren aus dem Land zu schaffen. Die CSU fordert in diesem Zusammenhang auch eine Verschärfung des Strafrechts, nach der etwa die Strafandrohung bei Landfriedensbruch erhöht werden soll. Wie so oft wird die in den Medien inszenierte vermeintliche Bedrohung durch Kriminalität (in diesem Falle die "Kurdenkrawalle") zum Anlaß genommen, generelle Verschärfungen des Straf- bzw. Ausländerrechts voranzutreiben.

Auf der Innenministerkonferenz wurde dann allerdings beschlossen, von einer Änderung des Ausländerrechtes zunächst abzusehen und erst einmal die bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Welchen Weg die Bundesregierung hier einschlagen möchte, ist nach den Erklärungen von Innenminister Schily deutlich. Er will an die Politik seines Amtsvorgängers anknüpfen und die bilaterale Vereinbarung erneuern, die Kanther Mitte der 90er Jahre mit der Türkei getroffen hatte: Danach hatten türkische Behörden Deutschland zugesichert, abgeschobene KurdInnen nicht mit Folter oder der Todesstrafe zu bedrohen. Viele der abgeschobenen politischen AktivistInnen wurden aber nach ihrer Landung auf dem Flughafen in Istanbul von den Sicherheitsbehörden erwartet, festgenommen und später gefoltert.

Doch selbst auf diese nur formale Zusicherung scheint Schily verzichten zu können. Auch angesichts der Massenverhaftungen von HADEP-AktivistInnen in der Türkei und einer verschärften Gangart der türkischen Behörden gegen KurdInnen gibt es weiterhin keinen Abschiebestopp. Im Gegenteil: Anfang März wurden bereits die ersten KurdInnen abgeschoben, die an Aktionen im Februar beteiligt waren. Das Verwaltungsgericht Münster etwa bestätigte die Abschiebung eines Kurden, der an der Besetzung des SPD-Büros in Köln teilgenommen hatte, und lehnte einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz mit der Begründung ab, mit der Verfolgung des 28jährigen in der Türkei sei nicht zu rechnen, da der Kurde in seinem Heimatland niemals als Sympathisant der PKK aufgefallen sei. Zudem sei nicht anzunehmen, daß die Beteiligung des Kurden an der Besetzung des SPD-Büros bekannt geworden sei. Auch aus Baden-Württemberg wurden schon drei KurdInnen abgeschoben, weitere befinden sich zur Zeit in Abschiebehaft.

Aber auch diejenigen, die zunächst nicht von einer Abschiebung oder Ausweisung bedroht sind, müssen mit verstärkter Repression rechnen. Die ersten der 2.500 KurdInnen, die in den Tagen nach der Entführung und Festnahme Öcalans in Gewahrsam genommen wurden, sind bereits in den umstrittenen beschleunigten Verfahren zu Haft- oder Bewährungsstrafen verurteilt worden, weit mehr als hundert sitzen noch in Untersuchungshaft. VertreterInnen mehrerer Parteien fordern das Verbot des kurdischen Fernsehsenders MED-TV, der seinen Standort in Belgien hat und in Deutschland per Satellit zu empfangen ist. Für viele KurdInnen ist er die einzige Informationsquelle, die nicht dem Zugriff oder der Einflußnahme türkischer Militärs unterliegt.

Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit in den Wochen nach den Aktionen der KurdInnen ist von einer Debatte über den Zustand der "inneren Sicherheit" der BRD geprägt: Polizei und BGS seien nicht in der Lage gewesen, die Situation zu kontrollieren, und müßten dementsprechend aufgerüstet werden. In diesem Zusammenhang will Schily "die Logistik der PKK zerschlagen", die "Voraufklärung verbessern" und die "Informationsgewinnung und Verwertung im internationalen Rahmen ausweiten, intensivieren und optimieren". Überwachung und Repression gegen in Deutschland lebende KurdInnen sind also die Antwort der deutschen Regierung auf die Festnahme und Entführung Öcalans. Über die Waffenexporte der BRD an die türkische

Armee, über die Ausbildung der türkischen Polizei durch deutsche GSG9-Beamte und über das Mitwirken deutscher Firmen am Bau der türkischen Kriegsmarine wird hingegen nicht gesprochen.

ari

12. Verspielte Chance? Interview mit Andreas Buro über den türkisch-kurdischen Konflikt

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:26

Interview mit Prof. Andreas Buro (70) zur Verschleppung von Öcalan. Buro ist Politologe und Friedensforscher. Er ist aktiv im Komitee für Grundrechte und Demokratie und Koordinator des Dialog-Kreises: "Krieg in der Türkei - Die Zeit ist reif für eine politische Lösung."

Nach der Verschleppung Öcalans in die Türkei sprechen Organisationen der Friedensbewegung von einer "verspielten Chance" - eine zutreffende Beschreibung der Situation?

Es ist zweifellos eine Chance für eine friedliche, politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts verspielt worden. Bei der Gewährung politischen Asyls in Italien und der Einleitung einer Friedensinitiative, wie sie der deutsche Bundeskanzler und der italienische Ministerpräsident und ihre Außenminister im November 1998 angekündigt hatten, wären gute Voraussetzungen für einen europäischen Friedensdialog über diesen unseligen Krieg in der Türkei geschaffen worden. Immerhin dauert dieser Krieg viel länger und ist mit etwa drei Millionen Vertriebenen und 3.000 zerstörten kurdischen Ortschaften mindestens genauso fürchterlich wie der Bosnien-Krieg. Bei der Unterdrückung der Kurden durch den NATO-Staat Türkei sind die NATO-Partner offensichtlich blind und engagieren sich nicht für die Menschenrechte.

Die kurdische Guerilla hat seit Jahren die Hand zum Frieden ausgestreckt und eine friedliche Lösung im Rahmen der Türkei - also nicht separatistisch, wie überall fälschlich berichtet wird - angeboten. Nach der arglistigen Entführung von Öcalan, dem nationalistischen Jubel darüber in der Türkei und den Straf- und Abschiebeandrohungen durch deutsche Politiker muß man leider jetzt von einer Verhärtung der Fronten sprechen. Was sollen die Kurden eigentlich noch tun, um wenigstens die ihnen international zustehenden Rechte eingeräumt zu bekommen?

In der Türkei ist vom Ende der PKK und einem gewonnen Krieg die Rede! Das Ende des türkisch-kurdischen Konfliktes ist die Festnahme Öcalans aber gerade nicht. Gibt es trotz der zugespitzten Situation Möglichkeiten, einen politischen, nicht-militärischen Weg zur Lösung des Konflikts zu ebnen?

Entscheidend wird sein, wie Ankara mit Öcalan umgeht und ob es angemessene Friedensangebote an die kurdische Bevölkerung gibt. Also ob auf türkischer Seite nicht nur Vernichtungswut, sondern auch Versöhnungswille zum Ausdruck kommt.

Ministerpräsident Bülent Ecevit wird von nicht wenigen Beobachtern als ein chauvinistischer Hardliner, der Positionen wie das Militär beziehe, bezeichnet. Außerdem hat das allmächtige Militär keinerlei politische Lösung der Kurdenfrage akzeptiert. Das heißt: Der Druck muß auch und vor allem von außen kommen?

Das Militär in der Türkei hat bisher jede Friedenslösung abgelehnt. Ob sich in der Türkei etwas bewegt, wird nicht zuletzt von dem Verhalten der EU-Staaten, aber besonders auch von dem der USA abhängen. Leider setzt die Supermacht USA in ihrer Nah- und Mittelostpolitik in hohem Maße auf den militärischen Faktor, wie der neue De-facto-Militärpakt der USA, der Türkei und Israels eindrücklich zeigen.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß in den USA eine neue Debatte über ihre Nahost-Politik beginnt, die sich nicht nur auf militärische Stärke und Rohstoffinteressen, sondern auch auf soziale Stabilität, Gerechtigkeit gegenüber Minderheiten und die Verwirklichung der Menschenrechte bezieht.

Die Türkei hat bei ihrem Kurs die volle Rückendeckung der USA. Es drängt sich der Eindruck auf, die Europäer sind zu schwach, unwillig oder unfähig, Eigeninitiativen zu einer politischen Lösung des Konflikts zu starten. Was können wir von der neuen Bundesregierung erwarten?

In der Tat muß man den Eindruck haben, die EU sei zu schwach, um selbst in zentralen Fragen - erinnert sei an den Wunsch der Türkei, in die EU aufgenommen zu werden - eine eigenständige Politik zu entwickeln. Ich verstehe die deutsche Präsidentschaft in der EU nicht. Sie spricht einerseits von der Notwendigkeit, eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln zu wollen, nutzt aber nicht die Möglichkeit, ihr Motto "Außenpolitik ist Friedenspolitik" zu verwirklichen. Man kann fast auf die Idee kommen, auch die neue

Regierung kann Friedenspolitik nur unter dem Vorzeichen von Militärinterventionen denken. Von der EU-Präsidenschaft ist zu fordern, daß sie sich nicht nur für ein öffentliches und rechtsstaatliches Verfahren gegen Öcalan einsetzt, sondern daß dabei die ganzen Umstände dieses Krieges einbezogen werden. Ich hoffe, die neue Regierung setzt endlich ein Signal der Hoffnung und nicht nur Signale des Abtauchens und der Kriegsförderung durch Waffenlieferungen an die Türkei.

13. Taten voll Wut und Verzweiflung (PKK-Botschaftsbesetzung in Berlin)

Autor: mb., Berlin · Rubrik: PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:44

Mit der Verschleppung aus Kenia durch den türkischen Geheimdienst MIT nahm die wochenlange Odyssee des PKK-Vorsitzender Abdullah Öcalan ein unrühmliches Ende. Nachdem der militärische Druck der Türkei auf die PKK-Guerilla in Kurdistan und die Schutz gewährenden Nachbarstaaten immer stärker wurde, versuchte Öcalan mit seiner Flucht nach Europa, den Konflikt zu "internationalisieren", ihn auf die europäische Ebene zu heben. Das ist gründlich gescheitert. Niemand in Europa wollte den Kurdenführer haben.

"Kurdischer Befreiungskampf und Öcalan standen in einem Verhältnis wie Gott zu Jesus", schrieb Ömer Erzeren in der Züricher WoZ. (25.2.99) Mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK begann ein Prozeß, den der türkische Soziologe Ismail Besikci als das "Abschütteln des akzeptierten Sklavendaseins" beschrieb. In ihm wurde zum erstenmal so etwas wie eine nationale kurdische Identität in der rückständigen, von Clans und Großgrundbesitz geprägten Region hergestellt. Verkörpert wurde der Aufstand gegen die staatliche türkische Unterdrückung in der Person Öcalans - und diese Ineinssetzung wurde von der Propaganda der PKK reichlich unterstützt.

Die Entführung und Inhaftierung der "Sonne Kurdistans" wirkte insofern wie ein Schock auf die meisten KurdInnen und beileibe nicht nur auf PKK-Anhänger. Der staatsterroristische Akt von Nairobi stieß so auch weit über das Umfeld der PKK auf Empörung. Für die wenige Stunden nach der Entführung begonnenen Protestaktionen in Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Rußland, Schweden, der Schweiz und der BRD bedurfte es keiner Anweisung des PKK-Zentralkomitees.

Die Botschafts- und Konsulatsbesetzungen waren Ausdruck spontaner Empörung von Menschen, denen ihre Hoffnung genommen wurde. Dies trieb sie auf die Straßen. Jahrelang war ihnen immer wieder suggeriert worden, der kurdische Befreiungskampf sei ohne Öcalan nichts. Gleichwohl dürfte im Hintergrund lenkend gewirkt worden sein. Konfrontiert mit einer Weltöffentlichkeit, die dem Krieg im Südosten der Türkei teilnahmslos zuschaute, sollte deren Aufmerksamkeit mit spektakulären Aktionen diesmal "erzwungen" werden. Die Aktionen zeigen allerdings die politische Perspektivlosigkeit der PKK nach der Verschleppung Öcalans, waren die Ziele doch alles in allem wahllos ausgesucht - in der Regel diplomatische Einrichtungen Griechenlands oder Kenias, aber auch eine SPD-Geschäftsstelle (in Hamburg) und anderer Einrichtungen. Anstatt die Proteste gegen die Türkei, die USA (deren tätige Mithilfe bei der Entführung Öcalans schien damals offensichtlich) oder die BRD wegen ihrer Rolle in Europa und gegenüber der Türkei zu richten, büßten die militanten Proteste an politischer Stoßkraft ein. Sie machten eher den Eindruck verzweifelten Aufbäumens.

Ganz im Gegensatz zu den Vermutungen der bürgerlichen Presse ist es wahrscheinlich den beteiligten PKK-Kadern zu verdanken, daß die diversen Geiselnahmen unblutig verliefen und lediglich zwei Selbstverbrennungen stattfanden. Nach den Schüssen in Berlin kam es zwar zu einigen Brandanschlägen - eine neue Welle von Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen blieb aber aus. Auch das geht wohl auf eine Entscheidung der Europazentrale der PKK zurück.

Die Aktion vor dem israelischen Generalkonsulat in Berlin, bei der vier KurdInnen getötet wurden, macht erneut die Widersprüchlichkeit und Ambivalenz der PKK deutlich, die eine unkritische Solidarität mit ihr unmöglich macht. Zwar gab es in den ersten Tagen nach der Verschleppung Öcalans überall Spekulationen über eine Beteiligung des israelischen Geheimdienstes; daß aber die nicht dementierte CIA-Beteiligung nicht zum Anlaß für Proteste vor der US-Botschaft genommen wurde, hat mit dem immer wieder in der PKK-Propaganda auftauchenden Bild des Erzfeindes Israel zu tun.

Immer wieder betont die PKK die Entwicklung guter Beziehungen zu allen arabischen Staaten; gleichzeitig hebt sie die Rolle Israels als imperialistischer Hauptpfeiler in der Region hervor. In Verbindung mit ethnischer Identitätspolitik, die auf die Einheit von Volk, Territorium und Kultur abzielt, entsteht so ein ideologischer Bodensatz mit antisemitischen Tendenzen. Dies, der MärtyrerInnenkult und die stalinistischen Politikformen der PKK bereiten großen Teilen der Linken Probleme. Das darf aber nicht zur Entsolidarisierung führen - auch weil die kurdischen Proteste in den Auseinandersetzungen um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und

zur Verschärfung des Ausländergesetzes instrumentalisiert werden. Ganz abgesehen davon, daß schon alleine die Rolle der BRD im Krieg gegen die KurdInnen zur Solidarisierung zwingt.

Auch wenn die Verantwortung für die tödlichen Schüsse in und vor dem israelischen Generalkonsulat nicht den kurdischen Opfern zugeschrieben werden darf, ist doch zu fragen, inwieweit ein Teil der politischen Verantwortung bei denjenigen liegt, die den Protest gelenkt haben. Die Besetzung einer israelischen Einrichtung ist nicht vergleichbar mit der Besetzung einer Botschaft irgend eines anderen Landes (mit Ausnahme der USA vielleicht). Angesichts zahlreicher Angriffe auf israelische Einrichtungen in aller Welt muß als bekannt vorausgesetzt werden, daß das israelische Sicherheitspersonal Anweisungen hat, alles Notwendige zum Schutz von israelischen Staatsbürgern zu unternehmen - notfalls auch unter Anwendung von Schußwaffen.

Gleichwohl drängen sich bei dem Schußwaffeneinsatz der israelischen Sicherheitsbeamten zahlreiche Fragen auf. Nachdem was in den letzten Wochen peu à peu bekannt wurde, kann von Verhältnismäßigkeit nicht gesprochen werden. Selbst bei der Berliner Polizei heißt es, wer ein ganzes Magazin leerfeuere, handle wohl eher nicht in Notwehr. Wie die Obduktionen der Toten und die Schußverletzungen der Angeschossenen ergaben, wurde selbst noch auf fliehende KurdInnen geschossen. Ungeklärt ist, ob nicht schon vor dem Gebäude geschossen wurde, also auf die noch anstürmenden KurdInnen.

Angesichts der Gerüchte um eine Beteiligung des Mossad an der Öcalan-Entführung mußte allen Verantwortlichen klar sein, daß es zu Protesten vor israelischen Einrichtungen kommen könnte. Warum die Berliner Polizei - die in der Vergangenheit alleine schon das Zeigen von PKK-Fahnen in Demonstrationszügen zum Anlaß für Knüppeleinsätze genommen hat - eine direkte Konfrontation zwischen kurdischen Demonstranten und israelischen Sicherheitskräften nicht verhindern konnte, ist unverständlich. Hinweise auf die Gefahrenlage waren bekannt. Politische Verantwortung trifft also auch Innensenator Werthebach und die Berliner Polizeiführung.

Mehrere Botschaftsbesetzungen, hunderte Festnahmen, Abschiebungen in die Türkei und vier erschossene Kurden - das ist die Bilanz der vergangenen Wochen. Das ist ein hoher Preis für das gerechte Anliegen, den Kampf in Kurdistan um Anerkennung und gegen staatliche Unterdrückung erneut in die Öffentlichkeit zu bringen. Im Zentrum der Proteste stand dabei gar nicht die Lösung des Konflikts, vielmehr ging es darum, Garantien für einen fairen Prozeß gegen Öcalan zu erzwingen. Leider ist zu vermuten, daß der Einsatz umsonst war.

War die Entführung Öcalans durch den türkischen Geheimdienst MIT und den US-amerikanischen CIA in Kenia auch purer Staatsterrorismus, in der BRD und im übrigen Europa ist das kein Thema. Außer hilflosen Appellen an die türkische Regierung, für einen fairen, rechtsstaatlichen Prozeß gegen Öcalan zu sorgen, fühlen sich die EU-Staaten nicht verpflichtet, Druck auszuüben. Von einer Friedensinitiative oder einer internationalen Konferenz zur Beendigung des türkisch-kurdischen Konflikts ist nichts mehr zu hören.

mb.

14. Rot-Grün schickt Waffen in die Türkei

Autor: Andreas Kolling, Thomas Klein u.a. · Rubrik: Rüstungsexport; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:27

Zu der Voranfrage deutscher Rüstungsfirmen für eine geplante Panzerlieferung an die Türkei haben die Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Winfried Wolf und die PDS-Fraktion am 27. Januar eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Jetzt liegt die Antwort vor. Sie unterscheidet sich in Inhalt und Duktus in keiner Weise von den Antworten der Vorgängerregierung.

Was zu Oppositionszeiten bitter beklagt und immer wieder der alten Bundesregierung vorgehalten wurde, der Einsatz deutscher Waffen im kurdischen Kriegsgebiet, wird nun in schlimmster "Kontinuität deutscher Außenpolitik" dreist abgestritten. Auf die Frage: "Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz deutscher Waffen durch das türkische Militär gegen die kurdische Zivilbevölkerung und bei grenzüberschreitenden Operationen in der Vergangenheit?" antwortet die neue Regierung: "Die Bundesregierung verfügt über keine Erkenntnisse, daß aus Deutschland gelieferte Waffen von den türkischen Streitkräften gegen die kurdische Zivilbevölkerung oder bei grenzüberschreitenden Operationen eingesetzt wurden. Sie ist in der Vergangenheit allen Hinweisen auf einen vermuteten Einsatz durch die Türkei entgegen vertraglichen Zusicherungen oder Endverbleibzusagen sehr sorgfältig nachgegangen. Bisher konnte in keinem Fall ein Beweis für einen Verstoß gegen eingegangene Verpflichtungen erbracht worden."

Das ist deutlich. Offensichtlich hat hier der schon unter der alten Bundesregierung zuständige Staatssekretär da weitergemacht, wo er zuletzt aufgehört hatte: Unter der Kohl-Kinkel-Regierung war es in dieser Frage zu einer routinierten Übung geworden, die Öffentlichkeit mit der nicht haltbaren Standardformulierungen "Es liegen diesbezüglich keine Erkenntnisse vor" zu täuschen. Daß die neue Regierung mit dieser absurden Leugnung einer durch unzählige Zeugenaussagen, Filmdokumente, Fotos usw. belegten Tatsache weitermacht, ist deshalb besonders kurios, weil in der Vergangenheit Parlamentarier der jetzt regierenden Parteien nicht mit deutlichen Kommentaren sparten. So fragte z.B. der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Kolbow angesichts der Tatsache, daß das Vorgehen türkischer Streitkräfte gegen die kurdische Bevölkerung unter Einsatz deutscher Waffen fast täglich für Schlagzeilen sorgte: "Ist die Bundesregierung", gemeint war die Kohl-Regierung: "blind und taub oder lügt sie einfach nur?".

Für die jetzige Regierungspartei Bündnis90/Die Grünen waren die immensen Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik (die zeitweise, nach der Überlassung der NVA-Waffen einer nahezu kompletten Armeeausstattung gleich kamen und Deutschland zum führenden Waffenlieferanten des NATO-Partners machten) und der vielfach dokumentierte vertragswidrige Einsatz dieser Waffen Grund genug, die Bundesregierung, zusammen mit Menschenrechts- und Friedensorganisationen, wegen Beihilfe zum Völkermord anzuklagen. Auch dazu gibt es zahlreiche, eindeutige Stellungnahmen. So sagte u.a. die verteidigungspolitische Sprecherin der Partei, Angelika Beer, in einen Interview zu Oppositionszeiten klipp und klar: "Eine Wende deutscher Außenpolitik hätte spätestens mit dem Nachweis des Einsatzes deutscher - und auch anderer - Waffen gegen die Zivilbevölkerung erfolgen müssen. Jetzt sitzt Kinkel in der Legitimationsfalle. Der Außenminister ist reif für den Rücktritt."

Während solche Schlagzeilen wie "Ankara gibt den Einsatz deutscher Waffen gegen die Kurden zu" (FAZ, 28.3.92), "Deutsche Granaten gegen Kurden / Britischer Bericht: Türken beschossen Sirnak mit deutschen Granaten" (taz, 17.9.92), "NVA-Panzer überrollt Kurden" (FR, 8.12.92) drastisch vor Augen führten, welche Konsequenzen die deutsche Türkei-Politik hat, entbrannte in Deutschland eine ganz und gar lächerliche Debatte: Was jedes Kind in Kurdistan weiß, war in Deutschland Teil einer öffentlichen Schmierenkomödie. Offensichtlich ist die neue Regierung dabei, zahlreiche Aussagen der eigenen Experten zur Makulatur zu machen und die absurde Schmierenkomödie der letzten Jahre bei dieser Frage fortzuführen.

Für die Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden, das Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg, Freiburg, die "AG Rüstungsexport" im Netzwerk Friedenskooperative hat sich nichts geändert: Solange deutsche Waffen vertragswidrig eingesetzt werden, solange die Menschenrechte im NATO-Partnerland mit Füßen getreten werden, Folter und Mord durch türkische Polizisten, Soldaten und Mitgliedern von Spezialtruppen - amnesty international sprach in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit sogar von "Todesschwadronen in der Türkei" - an der Tagesordnung sind, solange ist ein klares Signal gefordert: Ein

sofortiges Waffenembargo und Druck auf den NATO-Partner Türkei, einer politischen Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts endlich den Weg zu ebnen.

Andreas Kolling, BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Bremen

Dr. Wolfgang Menzel, Rüstungs-

Informationsbüro Baden-Württemberg, Freiburg

Thomas Klein, Kampagne

gegen Rüstungsexport, Wiesbaden

Manfred Stenner, "AG Rüstungsexport" im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn

15. Schweizer Mitschuld am Fall Öcalan. 20 Jahre Kriminalisierung von KurdInnen

Autor: Beat Leuthardt · Rubrik: PKK; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:42

Ein in der Türkei von Gefängnis, Folter und Todesstrafe bedrohter "Illegaler", der hastig einen Fluchtort sucht, wird von mehreren Staaten abgewiesen, darunter auch der Schweiz, und landet im Folterstaat. Der Fall Öcalan verstellt den Blick dafür, daß solche Fälle von Ausgrenzung, Abschottung und Kriminalisierung von KurdInnen in der Schweiz seit 20 Jahren unrühmliche Tradition haben.

Ungewohnten Einklang zwischen polizeilicher Innen- und diplomatischer Außenpolitik zeigte die offizielle Schweiz am Dienstag, kaum sechs Stunden, nachdem die Entführung des Kurdenführers Abdullah Öcalans von Nairobi auf eine türkische Gefängnisinsel bekannt geworden war. Einen fairen Prozeß für den Kurdenführer und internationale Beobachter; außerdem solle die Türkei darauf verzichten, ein etwaiges Todesurteil zu vollstrecken, forderten Franz von Däniken, der Chef der politischen Diplomatie (Abteilung I, Europa und speziell Europarat), und Urs von Daeniken, der Chef der politischen Polizei. Die beiden Kaderleute mit den so ähnlichen Namen bemühten sich bei ihrem gemeinsamen Auftritt in Bern um moderat klingende und dem Bild einer humanitären Schweiz würdige Worte.

Bisher war der diplomatische Tonfall gegenüber dem Unrechtsstaat deutlich schärfer gewesen. Nachdem 1993 das türkische Botschaftspersonal in Bern einen Kurden mit mehreren Salven umgebracht und acht weitere verletzt hatte, hatte Bundesrat Flavio Cotti als oberster Diplomat kleine Krisen mit der Türkei in Kauf genommen. Dadurch hatten seine BeamtInnen, soweit sie sich berufshalber mit den Menschenrechtsverletzungen am Schwarzen Meer beschäftigen müssen, etwas mehr Rückendeckung gespürt. Dies scheint seit Dienstag wieder vorbei. Die harte Hand ehemaliger und aktueller Staatsschützer innerhalb des Justiz- und Polizeidepartements von Arnold Koller - Peter Huber, Urs von Daeniken - zeichnet wieder das offizielle Bild der Schweiz.

Statt dessen hätte eine wirklich moderate und humanitäre Haltung gegenüber Öcalan eher darin bestanden, eine Aufnahmepflicht anzuerkennen. Statt dessen wurde ihm die Landeerlaubnis verweigert, als er sich vor einigen Tagen die Schweiz als Fluchtort aussuchte. Angesichts der dramatischen Bilder der zerstörten Hoffnungen und der Verzweiflung in der kurdischen Diaspora werden Gedanken an Aufnahme nachträglich wieder aktuell. In deutschen Medien beginnt jetzt eine Mediendebatte darüber, ob nicht eine "kontrollierte Aufnahme" Öcalans im Westen dem Frieden in Westeuropa und in der Türkei mehr gedient hätte. Und in Italien verweist man zu Recht darauf, pragmatisch und irgendwie menschenfreundlich ein internationales Gericht für den Kurdenführer vorgeschlagen zu haben, als er im Januar in Rom um Asyl nachsuchte.

Damals hatte der Rest Westeuropas inklusive Bundesrat Koller diesen Friedensvorschlag mit eisigem Schweigen beantwortet; da paßte sich Rom dieser Härte an und schob den ungebetenen Flüchtling ab. Später taten es die Niederlande, Belgien, Griechenland und eben die Schweiz Italien gleich. Diese Abweisungen sind nicht nur geeignet, den Gehalt der Europäischen Menschenrechts- und der Genfer Flüchtlingskonvention zu verletzen. Sie zeigen auch auf eindrückliche Weise, daß Abkommen innerhalb der Europäischen Union wie Europol, "Schengen" oder das "Erstasylabkommen", an welche die Schweizer Polizeibehörden den Anschluß suchen, keinerlei Ausnahme von der "Festung Europa" zulassen.

Verhaften ohne Verdacht, bestrafen ohne Delikt

So ist, was im "Fall Öcalan" geschehen ist, nicht außergewöhnlich, sondern die europäische und insbesondere die Schweizer Regel: Ein in der Türkei von Gefängnis, Folter und Todesstrafe bedrohter "Illegaler", der hastig einen Fluchtort sucht, wird von mehreren Staaten (Italien, Niederlande, Belgien, Griechenland, der Schweiz) abgewiesen und muß danach mit dem Schlimmsten rechnen.

Daß dabei in der Schweiz weder an Handlungen der Diplomatie durch Bundesrat Cotti noch an Vermittlung durch Justizminister Koller zu denken war, liegt an Koller - der in Amtsunion auch Polizeiminister ist - und seinen Beratern wie dem ehemaligen Staatsschützer Peter Huber, der jetzt das Bundesamt für Ausländerfragen leitet, sowie seinem Nachfolger Urs von Daeniken und dessen Crew. Denkzwänge scheinen sie unfähig zu machen, in KurdInnen mit Sympathien für Öcalans PKK etwas anderes als eine reale oder

mutmaßliche Bedrohung der so genannten Inneren Sicherheit zu sehen. Dies hat seit nunmehr fast 20 Jahren immer wieder zu Abschreckung, Fernhaltung und Kriminalisierung verfolgter und bedrohter Menschen geführt.

So setzte das Departement Koller 1992 pauschale Verdächtigungen gegenüber AusländerInnen und speziell gegen PKK-AnhängerInnen in ihrem "Extremismusbericht" frei. Darin finden sich keine wirklichen Beweise dafür, aber allerlei "On-dits". Dennoch werden als PKK-typisches Delikt massive "Schutzgelderpressungen" genannt. Solche Vorwürfe wurden gerichtlich allerdings nie vollständig erhärtet, vielmehr setzte es in den wenigen Verfahren zahlreiche Freisprüche ab. Wo es zu einzelnen Verurteilungen kam wie 1987 in Lausanne, blieb der schale Geschmack der Politjustiz zurück. Art und Weise von Darstellung und Formulierungen in den "Extremismus"-Schriften des Bundes - inklusive typischen Deliktsvorwürfen und Feindbildern - deuten darauf hin, daß die Berner Staatsschützer ständig bei ihrem großen Bruder, dem deutschen Verfassungsschutz, abkupfern.

Wiederholt Freisprüche gab es, etwa 1990 in Basel, auch, wo friedliche Besetzungen türkischer Reisebüros und deutscher Generalkonsulate auf Grund bloßer Aussagen eines "Blick"-Journalisten zu gewalttätigen Freiheitsberaubungen und Nötigungen umdefiniert wurden. Wo es nicht einmal zu einem Gerichtsverfahren kam wie 1988 bei zwei anti-kurdischen Großrazzien, wurden dennoch Maulkorbverfügungen verhängt: "Propagandaschriften aller Art, die gegen den türkischen Staat gerichtet, dessen Regierung und Gesandte oder gegen andere Behörden gerichtet sind", werden dadurch verboten. Als Lachnummer gilt noch immer die ein bis zweittägige Inhaftierung wegen "Vorbereitung terroristischer Verbrechen", Sprengstoffdelikten und Verstößen gegen das Kriegsmaterialgesetz: beschlagnahmt waren Holz-"Waffen" und "Uniform"-Requisiten aus dem Theaterfundus der PKK.

Immer wieder hat Kollers Departement, wie seit Jahresfrist offenbar auch gegen den PKK-Leader, Einreisesperren wegen "Gefährdung der Inneren Sicherheit" oder Auslieferungshaft wegen fragwürdiger Verdächtigungen verfügt. Opfer waren allerdings keineswegs schwere Kaliber wie Öcalan, sondern KurdInnen, die sich nichts zuschulden kommen ließen. So blieb 1990 ein Kurde einzig auf Grund eines der fragwürdigen türkischen Interpol-Ausschreibungen monatelang inhaftiert, obwohl er ein von Deutschland anerkannter verfolgter Flüchtling ist. Im selben Jahr hielt man einen an beiden Beinen gelähmten Kurden, dem noch die Kugel einer türkischen Polizeipistole in der Lunge steckte, mit der Begründung "Fluchtgefahr" in Untersuchungshaft fest, weil die deutschen Behörden in ihm einen gefährlichen PKK-Sympathisanten sahen.

Andererseits hegt der Bund keine Einwände, wenn es um die Zusammenarbeit mit der Türkei und der Duldung illegaler Handlungen geht. So blieben türkische Spitzel, obwohl von der WoZ und anderen Medien aufgedeckt, nicht nur unbehelligt, sondern in den Augen der Bundesanwaltschaft gar vertrauenswürdig für weitere Zusammenarbeit. Unbehelligt blieben auch die Aktivitäten als "Graue Wölfe" bekannter rechtsnationalistischer türkischer Kreise. Aussagen der Genfer Behörden, es gebe keinen einzigen politischen Gefangenen mehr in der Türkei (1987), fügen sich nahtlos zur Haltung des Bundesamtes für Polizeiwesen, ein türkisches Auslieferungsgesuch gehe "grundsätzlich den Flüchtlingsregelungen vor" (1990).

Die Facts in dieser Auflistung blieben unbestritten. Bestritten hat man beim Bund einzig die Ausschaffung in Gefängnis, Folter und Tod. Um entsprechende Augenzeugenberichte eines renommierten TV-Mannes zu attackieren, scheute sich das Departement Koller damals nicht, dessen Ruf zu ramponieren und ihn als Person anzuschwärzen. Dies mag der einzige Unterschied zur Haltung des Bundes gegenüber KurdInnen und der über sie berichtenden Medien sein: Die Gefahren der Folter, wie sie von amnesty international unermüdlich beschrieben werden, ist auch offiziell nicht mehr zu leugnen. Deshalb wird heute vermehrt die Geltung und Würde der KurdInnen an sich in Frage gestellt. "Jeder PKK-Sympathisant ein kleiner Terrorist", zumindest "gewaltbereit", ist die deutsche Losung, seit die PKK 1993 offiziell "verboten" wurde. Auch dies, so äußern derzeit empörte FreundInnen der KurdInnen, habe Bern dem bundesdeutschen Innenministerium abgekupfert.

Beat Leuthardt

16. Die albanische Gefahr. Organisierte Kriminalität und Rassismus in Italien

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:06

Das Böse lauert überall, der Staat aber ist hilflos und vor allem im Umgang mit "kriminellen Ausländern " viel zu rücksichtsvoll - die italienische Debatte um die "Ausländerkriminalität" klingt vertraut. Nachdem in Mailand innerhalb von neun Tagen neun Menschen ermordet wurden, schürt die Presse den Volkszorn gegen "illegale" Einwanderer, vorzugsweise "die Albaner". Linke warnen vor Rassismus und Bedrohungshysterie, Rechte geißeln die Nachgiebigkeit des Staates.

Beim Lesen der italienischen Massenpresse fragt man sich mitunter, was die albanische Bevölkerung, auch die des Kosovo, eigentlich zu meckern hat: Während der eine Teil in Italien mit kriminellen Machenschaften reich werde, seien die zu Hause Gebliebenen ebenfalls gut im Geschäft, vor allem in den Wachstumsbranchen Drogen und Prostitution. Als Opfer erscheinen in diesem Szenario allenfalls Kinder und Jugendliche, die von ihren Eltern verkauft und von modernen Sklavenhaltern zum Betteln und zur Prostitution gezwungen werden. Die Reportagen über Minderjährige auf dem Straßenstrich werden in der üblichen Weise zusammengebraut: aus großen Teilen Voyeurismus, etwas moralischer Empörung und einer Prise Mitleid.

Denn Hauptleidtragender, so die mehr oder weniger offene Botschaft, ist "Italien", seine arbeitsame und überwiegend ehrliche Bevölkerung. Selbst die einheimischen Schurken werden in die nationale Solidarität mit einbezogen; an die Mafia hat man sich schließlich gewöhnt - daß diese von aufstrebenden ausländischen Banden herausgefordert wird, geht manchem Kommentator entschieden zu weit. Besonders verwerflich erscheint Politikern wie Journalisten, daß derzeit nicht Neapel oder Palermo Schauplatz besonders spektakulärer Verbrechen sind, sondern Mailand; die lombardische Metropole, die bis zum Korruptionsskandal von tangentopoli als Italiens "moralische Hauptstadt" galt, ist immer noch eine der reichsten Städte Europas und Symbol italienischer Tüchtigkeit.

Nach der Mordserie im Januar erscholl allenthalben der Ruf nach dem starken Staat. Politiker des rechten Polo per le libertà (Forza Italia, Alleanza Nazionale u.a.) und der Lega Nord geißelten die "zu liberale Ausländerpolitik" der Regierung D'Alema, beschworen das New Yorker Modell und forderten auch für Italien "tolleranza zero" gegenüber Kleinkriminalität und jeder Art von Ordnungswidrigkeit.

Wer in der aufgeputschten Stimmung auf die Fakten verweist, hat es schwer: Verglichen mit 1990, als in Mailand mehr als 100 Menschen umgebracht wurden, ging die Zahl der Morde auf 40 im Jahre 1998 zurück; die Zahl der Diebstähle sank von 155.000 (1994) auf 95.000 (1997). Übersehen wird auch, daß die neun Toten und die vielen Schwerverletzten des Januar keineswegs die gängige rassistische Sichtweise stützen, nach der vorzugsweise "ehrbare Italiener" von "ausländischen Verbrechern" massakriert werden. Die Mordserie begann in der Silvesternacht, als ein Unbekannter einen brasilianischen Transvestiten, dessen italienischen Freund und schließlich einen Mann aus Sri Lanka erschoß, der Zeuge des Doppelmordes geworden war. Unter den übrigen Mordopfern ist ein Uruguayer und mindestens ein Albaner. Rechnet man die Verletzten hinzu, dann richtete sich die Welle der Gewalttätigkeit vor allem gegen Einwanderer vom Balkan und aus Ländern der "Dritten Welt". Zu einem erheblichen Teil scheint es dabei um Bandenrivalitäten gegangen zu sein.

Erst als der Tabakwarenhändler Ottavio Capalbo, ein geborener Mailänder, zwei bewaffneten Raubmördern zum Opfer fiel, kochte die Volksseele. "Clandestini fuori!" ("Illegale raus!") forderten Demonstranten der Lega Nord; auf einer Kundgebung "gegen die Kriminalität" wetterte der mehrfach verurteilte Silvio Berlusconi (Forza Italia) gegen die Nachgiebigkeit des Staates. In einer Pressemitteilung erklärte derselbe Berlusconi, die Nichtachtung der Gesetze sei die notwendige Folge sozialer Unsicherheit: Indem die Regierung die Unternehmen mit hohen Steuern belaste, verhindere sie Investitionen und vernichte Arbeitsplätze. Berlusconi wörtlich: "So schafft man noch mehr Arbeitslose, noch mehr Hoffnungslose, so werden noch mehr Menschen zur Beute organisierter Banden und begehen aus Verzweiflung Straftaten." Der simplen Deutung delinquenten Handelns stellte der Führer der Rechtsopposition ein ebenso simples Konzept zur Bekämpfung der Kriminalität gegenüber: "Weniger Steuern, weniger Arbeitslosigkeit, weniger Verzweifelte, weniger Straftäter."

Die Rechten als Anwälte der Verfolgten

Berlusconis "sozialarbeiterisch" klingendes Verständnis für die "verzweifelten Opfer der Regierungspolitik" ist nicht nur geheuchelt. Schon aus Eigeninteresse treten die Führungskader von Forza Italia für die Rechte der Angeklagten ein: Gegen etliche von ihnen laufen Ermittlungs- bzw. Strafverfahren, u.a. wegen Kontakten zur Mafia, Bestechung, illegaler Parteienfinanzierung, Betrug und dergleichen mehr. So wirkt ihre Kritik an der Nachgiebigkeit der Linken floskelhaft. Vergleichsweise "glaubwürdig" klingen die Tiraden der Neofaschisten von Alleanza Nazionale (AN), der traditionellen Partei des harten Durchgreifens gegen abweichendes Verhalten.

Gleichwohl ist auch die Linie von AN widersprüchlich. Ein wesentliches Gesetz, dessen kriminalitätsfördernde Wirkung heute beklagt wird, geht auf die Initiative des AN-Abgeordneten Alberto Simeone zurück. Es wurde im März 1998 mit den Stimmen des rechten Polo und der Mitte-Links-Koalition Ulivo beschlossen; seine zentrale Bestimmung regelt den (Nicht-) Vollzug von Gefängnisstrafen: Wer zu weniger als drei Jahren verurteilt wird, muß die Strafe in den meisten Fällen nicht antreten. In bestimmten Fällen kann die Grenze auf vier Jahre angehoben werden.

Schließlich können Haftstrafen in Hausarrest umgewandelt werden. Der aber sei in den meisten Fällen nicht kontrollierbar, klagen die Medien. Mit konstruierten Beispielen, aber auch mit mehr oder weniger wahren Geschichten über besonders dreiste "Serientäter" attackieren sie die Absurdität von Gesetzen, die Verbrechen belohnen würden. Nachgiebigkeit gegenüber der "Mikrokriminalität" ermuntere nur zu schlimmeren Taten - einfache Diebstähle und kleine Betrügereien stehen in den einschlägigen "Dossiers" unvermittelt neben Mord, Vergewaltigung und mafioser Schwerstkriminalität.

Berlusconi bleibt derweil bei seinen nebulösen Klagen über den zu nachgiebigen Staat - schließlich sind alle Liberalisierungen der vergangenen Jahre mit Zustimmung von Forza Italia auf den Weg gebracht worden. Aus Berlusconis kurzer Amtszeit als Regierungschef ist vielen ein besonders krasser Fall versuchter Strafvereitelung in Erinnerung geblieben: Im Juli 1994, als die Rechtsregierung noch keine drei Monate bestand, legte Justizminister Alfredo Biondi ein Dekret vor, mit dem die Untersuchungshaft auf einige wenige Delikte beschränkt werden sollte (Terrorismus, illegaler Drogenhandel, mafiose Bandenbildung); allen übrigen Beschuldigten sollte Hausarrest zugestanden werden, vorausgesetzt, die "überwachungstechnischen Voraussetzungen" lägen vor. Das wäre auf Klassenjustiz reinsten Wassers hinausgelaufen: Hausarrest für die Reichen, deren Villen ohne Mühe überwacht werden können; Knast für die Armeen, die in unübersichtlichen Miethäusern wohnen. Kaum hatten die ersten 1.500 Untersuchungshäftlinge (darunter etliche Korruptionsverdächtige mit "weißem Kragen") die Gefängnisse verlassen, mußte das Dekret zurückgenommen werden. Unter dem Eindruck des Volkszorns gegen das Dekret zogen die Lega Nord und die Neofaschisten ihre Zustimmung wieder zurück.

Daß Berlusconi den Part des gesetzestreuen Bürgers nicht glaubwürdig verkörpern kann, liegt auch an diversen Prozessen, die gegen ihn selbst und einige seiner Führungskräfte laufen. Im Falle der Brüder Dell'Utri, die als Leiter seiner hauseigenen Werbefirma Publitalia auch die Wahlkampagnen von Forza Italia leiteten, geht es auch um Kontakte zur sizilianischen Cosa Nostra.

"Der Albaner" als ideeller Gesamtkrimineller

Selbst die Neofaschisten halten sich derzeit mit der Forderung nach strengeren Gesetzen zurück. Im neuen Programm von AN, verabschiedet im März 1998, ist der öffentlichen Sicherheit noch nicht einmal ein eigenes Kapitel gewidmet. Selbst im Abschnitt über den "migratorischen Druck" kommt das Thema "Ausländerkriminalität", Dauerbrenner der deutschen und der französischen Rechtsextremisten, nicht vor. Namentlich die Lega Nord variiert in ihrer Agitation die Gleichsetzung von Einwanderung und Kriminalität. Derzeit sind es vor allem "die Albaner", die als Gewalttäter, Drogenhändler und gewohnheitsmäßige Betrüger hingestellt werden.

Zwischen Tätern und Opfern wird dabei bewußt nicht unterschieden. Nicht nur die Menschenhändler, auch ihre nicht-italienischen Opfer sollen nach dem Willen der Rassisten schleunigst abgeschoben werden. Trotz wütender Proteste der Rechten hielt die Regierung an ihrem Plan fest, mehr als 200.000 clandestini ("illegale" Einwanderer) zu legalisieren. Der neue DS-Sekretär Walter Veltroni, Vize-Regierungschef unter Romano Prodi, bekräftigte, daß Italien ein Einwanderungsland ist (einen entsprechenden Satz werden wir aus dem Mund eines deutschen Regierungspolitikers nicht zu hören bekommen); Notenbankchef Antonio Fazio hob den

Beitrag hervor, den ausländische ArbeiterInnen, "insbesondere auch aus der Dritten Welt", für die italienische Wirtschaft leisten.

Daß Massenabschiebungen die Zuwanderung nicht stoppen können, wissen auch die Rechten. Italien ist aus historischen und vor allem aus geographischen Gründen für die AlbanerInnen das bevorzugte Zielland. Die Meerenge von Otranto ist nur 70 km breit und bei gutem Wetter auch mit kleinen Boden zu überqueren. Der albanischen Bevölkerung suggerieren die italienischen Fernsehprogramme, an der Westküste der Adria beginne das Paradies. Dort liegt das Geld tatsächlich auf der Straße - allerdings nur für diejenigen, die ausreichend kriminelle Energie aufbringen. Daß "die Albaner" damit qua Geburt, genetischem oder kulturellem Erbe in besonderem Maße ausgestattet wären, ist eine rassistische Zuschreibung.

Der nicht zu leugnende Aufstieg albanischer Banden in Italien hat verschiedene Voraussetzungen. In der Region Veneto stießen Albaner, einer Untersuchung der Antimafia-Polizei DIA zufolge, in ein "kriminelles Vakuum", nachdem die Polizei in den vorangegangenen Jahren der "autochtonen" Mafia harte Schläge versetzt hatte. Ähnliches gilt für die Region Apulien, deren Hafenstädte Bari und Brindisi für viele albanische Neuankömmlinge zum ersten Aufenthaltsort werden. Hinzu kommt, daß über Albanien nachgefragte Waren geliefert werden, insbesondere Drogen und Waffen. Der Handel floriert nicht nur wegen der günstigen geographischen Lage Albaniens, sondern auch wegen der Fähigkeit der albanischen Banditen, strategische Allianzen einzugehen - mit türkischen und bulgarischen Drogenlieferanten ebenso wie mit italienischen Mafia-Organisationen: der Camorra (Neapel und Region Campania), der apulischen Sacra Corona Unita, der kalabresischen 'Ndrangheta und der sizilianischen Cosa Nostra, die sich über die Albanien-Connection mit Waffen eindecken.

Die Bündnisfähigkeit der Albaner wird im übrigen auch von der italienischen Polizei gewürdigt, die andererseits befürchtet, daß eines nicht allzu fernen Tages auf die Kooperation ein schreckliches Gemetzel folgen wird. Bei den gigantischen Summen, die auf dem Spiel stehen, ist das kein so unwahrscheinliches Szenario. Zwar kommen bei Bandenkriegen Unbeteiligte nur selten zu Schaden, aber allein die alltäglichen Geschäfte der albanischen, italienischen und sonstigen Mafia-Gruppierungen hinterlassen massenweise Opfer. Neben den Drogentoten sind da vor allem diejenigen zu nennen, die auf die zweifelhaften Dienste der "Fluchthelfer" angewiesen sind. Wenn auch deren Unternehmungen (wie die der Drogenhändler) nur aufgrund unmenschlicher Gesetze so profitabel sind; und wenn auch der Dämonisierung der "Schlepper" und "Schleuser" zum Inbegriff des Bösen widersprochen werden muß - die Gefahren illegaler Einwanderung auf dem Seewege werden durch die Skrupellosigkeit der Fluchthelfer noch vergrößert. Das belegen zahlreiche Vorfälle der vergangenen Monate: So wurden Flüchtlinge weit vor der Küste auf Klippen ausgesetzt oder einfach über Bord geworfen, wenn italienische Polizeischiffe aufkreuzten.

Ein weiteres schmutziges Geschäft, bei dem sich albanische Banden hervortun, ist die Zwangsprostitution. Jugendliche, die von ihren Eltern "verkauft" werden, müssen sieben Tage in der Woche auf dem Straßenstrich arbeiten; Kinder werden zum Betteln gezwungen oder als Geiseln festgehalten, damit ihre Mütter sich prostituieren. Wenn die ZwangsarbeiterInnen die festgelegte Tageseinnahme nicht erreichen (oder für sich ein paar Scheine abzweigen), werden sie mißhandelt. Wer zur Polizei geht, begibt sich damit in Lebensgefahr. Einen wirksamen Zeugenschutz gibt es nicht, und was mit abgeschobenen Zeugen in Albanien geschieht, muß die italienische Polizei nicht kümmern.

Wahlkampf um die Abschiebequote

Um die Einwanderung einzudämmen, macht die italienische Regierung Druck auf Albanien, die Küsten besser zu sichern (gegenüber Marokko und Tunesien war sie ebenso verfahren; vgl. ak 418, 24.9.1998). Im Januar verabschiedete das albanische Parlament ein Gesetz, das Privatpersonen den Besitz von Motorbooten verbietet, die schneller als 20 km/h sind und eine Motorleistung über 70 PS haben. Wer sich mehr als zwei Seemeilen von der Küste entfernen will, muß bei der Polizei eine Genehmigung einholen. Bei Verstößen droht die Beschlagnahme des Bootes.

Das wird sicher nicht die letzte Maßnahme gegen den Fluchtweg über die Adria bleiben. Die italienische Regierung steht ihrerseits innerhalb der EU unter Druck, Schlupflöcher an der Südflanke der Festung Europa zu schließen. Insbesondere deutsche Politiker und Medien sehen wie üblich das eigene Land als Opfer italienischer Nachlässigkeit - die Legalisierung "entwurzelter Kurden, Albaner oder Nordafrikaner" wertet das

Hamburger Abendblatt als antideutschen Anschlag: "Italien öffnet das Tor nach Deutschland." Kritisiert wird von deutscher Seite auch die italienische Abschiebepraxis: Zwischen Anfang 1992 und Sommer 1998 sind von 47.000 Abschiebungsverfügungen gegen AlbanerInnen nur 17.000 vollstreckt worden.

Aber auch in Italien selbst ist die Regierung wegen ihrer vergleichsweise liberalen Ausländerpolitik wachsendem Druck ausgesetzt. Allen voran die Lega Nord wird mit dem Thema "Ausländerstop" in den EU-Wahlkampf ziehen. Wenn es ihr damit am 13. Juni gelingen sollte, ihren Abwärtstrend zu stoppen oder gar umzudrehen, wäre das auch ein Referendum pro Rassismus. Dann dürfte sich die italienische "Abschiebequote" deutlich erhöhen - und mit ihr das Ansehen der italienischen Regierung bei den grauen Herren, die Europas Hausordnung diktieren.

Js.

17. Atomare Erstschlagsbande feiert. Zum 50. Geburtstag der NATO ein neues strategisches Konzept

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:08

Am 24 und 25. April steigt in Washington eine große Jubelfeier aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der NATO. Die hohen Herren aus allen NATO-Staaten werden ihren Pakt als das "erfolgreichste Bündnis der Geschichte" abfeiern. In der Tat: Die NATO hat in der Ost-West-Blockkonfrontation, in deren Kontext sie im April 1949 gegründet worden war, den Sieg davongetragen: Ihr Gegenstück, die Warschauer Vertragsorganisation (WVO - von westlicher Seite auch abwertend "Warschauer Pakt" genannt), ist ebenso zusammengebrochen wie deren Führungsmacht, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Im 50. Jahr ihres Bestehens steht die NATO daher als die militärisch mit weitem Abstand stärkste Macht der Welt da; es gibt keinen anderen Akteur im internationalen System, der auch nur den Hauch einer Chance hätte, in einer militärischen Auseinandersetzung mit der NATO zu bestehen. Die NATO-Führungsmacht USA ist die einzige weltweit militärisch interventionsfähige Supermacht.

Ursprünglich gegründet als Instrument in der Konfrontation mit dem Lager des sog. realexistierenden Sozialismus, hat die NATO dessen Ableben keineswegs zum Anlaß genommen, sich nun ihrerseits aufzulösen, weil sich ihr vorgeblicher Daseinszweck, also "Verteidigung" des "freien Westens" gegen den "Ostblock", erledigt hatte. Damit brach zwar die ganze Legitimationsideologie der NATO zusammen - und es brachen die Hoffnungen zahlreicher Friedensfreunde zusammen, die dieser Ideologie aufgesessen waren und gedacht hatten, daß sich nach Auflösung von WVO und UdSSR auch die NATO auflösen würde. Aber die NATO-Oberen waren fest entschlossen, an ihrem Militärpakt festzuhalten. Nach einer kurzen schwierigen Übergangszeit hatte die NATO neue Aufgaben und neue Legitimationen gefunden: Die alte war zur "neuen NATO" transformiert. Diese "neue NATO" nun ist es, die sich Ende April in Washington selbst feiern und sich bei dieser Gelegenheit auch eine neue Strategie zulegen wird. Auf die Grundzüge der neuen Strategie, wie sie sich am Vorabend des Jubel-Gipfels herauskristallisieren, soll im folgenden eingegangen werden. Es wird sich zeigen: 50 Jahre NATO sind ein Grund zum Feiern für die NATO-Oberen. Für Frieden, Friedenspolitik und Friedensbewegte dagegen sieht es düster aus.

"Verteidigung" von Interessen

Knapp zusammengefaßt geht es bei der neuen NATO-Strategie um folgendes: Die NATO soll die Fähigkeiten erhalten, die Interessen ihrer Mitglieder auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen, wann immer und wo immer das geboten erscheint. Zu diesem Zwecke sollen die militärischen Instrumente in Richtung Interventionsfähigkeit optimiert werden. Das heißt: Aufbau hochmoderner, zu weitreichender militärischer "Machtprojektion" fähiger, rasch und flexibel einsetzbarer Streitkräfte. Solchen "Krisenreaktionskräften" oder "Schnelleingreifkräften" gehört die militärische Zukunft. Der Umbau und die Umrüstung der NATO-Streitkräfte in diesem Sinne ist zwar schon seit ein paar Jahren im Gange, erhält mit der jetzt abzusegnenden neuen Strategie aber seine endgültige Form und Basis. Und das schafft dann tatsächlich eine "neue NATO".

Man erinnere sich: Die "alte" NATO sollte zur "Verteidigung" der Territorien ihrer Mitglieder dienen; ihr militärischer Aktionsradius war geographisch gemäß Nordatlantik-Vertrag klar eingegrenzt: auf das Gebiet nördlich vom Wendekreis des Krebses. Außerhalb des NATO-Vertragsgebietes - "out of area" - durfte und wollte die NATO militärisch nicht eingreifen. Solche "non article 5 missions" (im Artikel 5 des NATO-Vertrags ist der militärische Beistand geregelt), die zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation undenkbar waren, sollen für die neue NATO nun aber Hauptzweck werden.

An diese "out of area"-Interventionen hat sich die NATO Stück für Stück herangepirscht. Man hat nämlich zunächst die NATO als "Dienstleister" der KSZE/OSZE und den Vereinten Nationen für "friedenserhaltende Aktivitäten" - auch und gerade "out of area" - angeboten. Im Juni 1992 erklärte die NATO ihre Bereitschaft, "von Fall zu Fall, in Übereinstimmung mit unseren eigenen Verfahren, friedenserhaltende Aktivitäten unter der Verantwortung der KSZE (der heutigen OSZE - Vo) ... zu unterstützen" (Kommunique vom 4. Juni 1992). Im Dezember 1992 wurde dasselbe Angebot den Vereinten Nationen unterbreitet: "Wir bekräftigen heute die Bereitschaft unserer Allianz, von Fall zu Fall und in Übereinstimmung mit unseren eigenen Verfahren friedenserhaltende Operationen unter der Autorität des VN-Sicherheitsrates zu unterstützen ... Wir sind bereit,

positiv auf Initiativen zu reagieren, die der Generalsekretär der VN ergreifen könnte, die Allianz um Unterstützung bei der Umsetzung von Resolutionen des VN-Sicherheitsrates zu ersuchen" (Kommunique vom 17. Dezember 1992). Was so vorsichtig und zurückhaltend formuliert begonnen hatte, wurde dann in den Folgejahren - insbesondere angesichts der Krisen und Kriege im ehemaligen Jugoslawien - zu "normaler" NATO-Praxis.

Mit der neuen Strategie nun soll ein weiterer qualitativer Sprung nach vorn getan werden: Die Bindung der "friedenserhaltenden" oder "friedenssichernden" oder "friedensunterstützenden" Aktivitäten (alles Synonyme für militärische Intervention) an ein Mandat von OSZE oder UNO soll fallen. In der OSZE oder im UN-Sicherheitsrat könnte eine von der NATO gewollte Militäraktion durch das Veto des einen oder anderen Nicht-NATO-Mitglieds (an erster Stelle ist hier selbstverständlich Rußland zu nennen, aber auch die VR China als Sicherheitsratsmitglied) verhindert werden. Diese Beschränkung will man nicht länger akzeptieren. "Selbstmandatierung" soll daher an die Stelle eines UN- oder OSZE-Mandats treten. "Selbstmandatierung" heißt dabei nichts anderes, als daß man selber sich das Recht zum Kriegführen herausnimmt. Das ist unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten ein Rückfall ins letzte Jahrhundert. Die UN-Charta verbietet das Kriegführen, läßt lediglich militärische Selbstverteidigung einzelner Staaten oder Staatenbünde (aber auch das nur solange, bis der UN-Sicherheitsrat friedenserhaltende Maßnahmen ergreift!) und militärische Sanktionen der UN oder einer ihrer Unterorganisationen zu. "Selbstmandatierung" bedeutet also Bruch des Völkerrechts. Im Falle Kosovo praktiziert die NATO genau dies. Man kann jede Wette darauf abschließen, daß die NATO-Staaten lauthals "Bruch des Völkerrechts" schreien würden, wenn sich andere Mächte (etwa Rußland oder die VR China) in ihrem jeweiligen Einflußbereich des Instruments "Selbstmandatierung" bedienen würden, um ihrerseits militärische "friedenserhaltende Aktivitäten" zu begründen.

Nun wird auch in der neuen NATO-Strategie die "Selbstmandatierung" (wenn sie überhaupt explizit erwähnt werden wird) nur für den alleräußersten Einzelfall vorgesehen werden, "in der Regel" wird man sich weiterhin um ein Mandat von UNO oder OSZE bemühen. Die letzten Jahre haben allerdings gezeigt, daß sich "Einzelfälle" ziemlich häufen können... Ferner ist darauf hinzuweisen, daß auch ein UN- oder OSZE-Mandat die Sache nicht besser macht. Auch in einem solchen Falle würde die NATO selbstverständlich nur dann aktiv, wenn es ihre Interessen geboten erscheinen lassen, und sie würde sich in den konkreten Ablauf der militärischen Operationen selbstverständlich nicht hineinreden lassen, Kommando und Kontrolle blieben ganz und gar in ihren Händen. Daran seien alle jene erinnert, die gegen die "Selbstmandatierung" als "friedenspolitische" Gegenposition vertreten: Intervention nur mit UN- oder OSZE-Mandat. Dies ist gegenwärtig die Haltung z.B. der rotgrünen Bundesregierung (die es sicher als grandiosen "friedenspolitischen Erfolg" verkaufen wird, wenn diese Auffassung in der neuen NATO-Strategie niedergelegt würde und Interventionen ohne Mandat nur für den aller alleräußersten Ausnahmefall vorgesehen würden). Es ist schon merkwürdig: Das, was man 1992 als neuen Militarisierungsschritt geißelte - daß die NATO UN- oder KSZE-mandatiert "out of area" intervenieren (können) wollte - wird heute als friedenspolitisch korrekt und erwünscht dargestellt und - positiv gewertet - gegen die nun "wirklich schlimme" "Selbstmandatierung" gehalten. Und schließlich: Die Erfahrung zeigt, daß die NATO (und einzelne NATO-Staaten) auch ohne UN- oder OSZE-Mandat militärisch intervenieren, selbst wenn das nicht in der neuen Strategie explizit so gesagt werden würde. Die Umorientierung von der "Verteidigung des Territoriums" (alte NATO) auf "Verteidigung von Interessen" (neue NATO) ist gelaufen.

Diese Umorientierung erfordert neue militärische Mittel. Die panzerlastigen Massenheere der alten NATO, die auf die große militärische Auseinandersetzung mit dem gegnerischen Militärblock auf dem europäischen Kriegstheater ausgelegt waren, sind angesichts der Aufgaben der neuen NATO weitgehend dysfunktional. Sie werden daher abgebaut. Der Öffentlichkeit verkauft man das als "Abrüstung", faktisch entledigt man sich unbrauchbar gewordenen Schrotts. Und gleichzeitig steckt man viel Geld und Energie in den Aufbau kleiner, aber feiner high-tech Streitkräfte, die hochmobil und flexibel einsetzbar zu erfolgreicher militärischer Intervention "out of area" fähig sind. Besonders in modernste Kommunikations-, Aufklärungs- und Führungssysteme wird man in Zukunft investieren. Die Bundeswehr soll dabei selbstverständlich mittun. "Die Neuausrichtung der NATO und die Neuausrichtung der Bundeswehr müssen in Einklang stehen" - so Verteidigungsminister Scharping. Eine modernisierte Bundeswehr wird das Schwergewicht auf die Krisenreaktionskräfte legen, während die für die "Landesverteidigung" vorgesehenen Hauptverteidigungskräfte abgespeckt werden. In diesem Kontext ist eine weitere Verkürzung oder gar die Aussetzung der Wehrpflicht drin. Denn für die Bewältigung der neuen Interventions-Aufgaben braucht man nicht Quantität, sondern

Qualität, d.h. kleine Einheiten hochmodern ausgerüsteter Profis. Die Option "Verteidigung des Territoriums", die während des Ost-West-Konflikts eindeutig dominierte und Strategie und Rüstungsentscheidungen bestimmte, ist nunmehr nur noch von nachrangiger Bedeutung (weil man beim besten bzw. bösesten Willen eine konkrete militärische Bedrohung der NATO-Länder nicht glaubhaft machen kann). Entsprechend stiefmütterlich werden die zur "Landesverteidigung" bestimmten Hauptverteidigungskräfte behandelt. Primat genießt nunmehr die Option "Verteidigung von Interessen", d.h. militärische Intervention(sfähigkeit); und entsprechend werden die Interventionskräfte gehätschelt.

Dabei wird der geographische Raum allfälliger Interventionen weiterhin begrenzt sein. Die Rede von einer global, also weltweit, interventionsfähigen und -willigen NATO ist übertrieben. Auch die USA, denen unterstellt wird, sie strebten eine solche globale Interventionsfähigkeit der NATO an, haben im Ernst kein Interesse, die NATO (und damit die europäischen NATO-"Partner", zu denen es ja durchaus auch Widersprüche gibt, s.u.) plötzlich in ihren "Hinterhöfen" in Mittel- oder Lateinamerika oder im pazifischen Raum auftauchen zu sehen. Faktisch werden es die in der Alten Welt süd(öst)lich an das NATO-Vertragsgebiet angrenzenden Regionen sein, die die "neue NATO" zum Interventionsgebiet machen wird: der Balkan, Afrika, der Nahe und Mittlere Osten. Hohe NATO-Militärs und -Politiker faseln seit geraumer Zeit mit Vorliebe vom "Krisenbogen von Marokko bis zum Indischen Ozean" oder ähnlichem. In diesem "Krisenbogen" werden sich die NATO-Interventionstruppen künftig tummeln. Man beachte also auch in diesem Punkte: Wenn in der neuen Strategie der NATO nicht von "globaler" Verantwortung die Rede sein wird, sondern - explizit oder implizit - "nur" von den an Europa grenzenden Regionen, so ist das kein "friedenspolitischer Erfolg"; als solchen - so ist zu erwarten - werden Rotgrüne es darstellen: Man habe die "schlimmen" globalen Interventionsansinnen der stiernackigen Amerikaner erfolgreich zurückgewiesen.

Die Nuklearfrage

Ein entsprechendes Argumentationsmuster deutet sich auch in der Nuklearfrage an. "Unser" Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) hat ja wie bekannt im Dezember 1998 einen äußerst mutigen Vorstoß gemacht, indem er äußerte, die nukleare Ersteinsatzdoktrin der NATO solle zur Diskussion gestellt werden. Während die Kanadier derselben Meinung waren (und sind), wiesen die Repräsentanten der nuklearen Supermacht USA dieses Ansinnen zurück. Sie wollen über die Nukleardoktrin der NATO nicht diskutieren. Für sie ist klar: Nuklearwaffen bleiben als Abschreckungsmittel unverzichtbar. Dienten sie zu Zeiten der Blockkonfrontation offizieller Lesart gemäß dazu, als "politische Waffen" ein "Gleichgewicht des Schreckens" aufrecht zu erhalten, so sollen sie nunmehr als Mittel der sog. counter-proliferation eingesetzt werden, d.h. gegen "Schurkenstaaten" oder "Terroristen", die über Massenvernichtungsmittel verfügen. Denen müsse glaubwürdig mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht werden können, um sie von ihren schändlichen Vorhaben abzubringen. D.h., der Nukleareinsatz wird nicht nur gegen andere Nuklearmächte angedroht, sondern auch gegen Staaten oder sub-staatliche Akteure, die über biologische oder chemische Waffen verfügen (oder die Verfügung hierüber anstreben). Um die zur Räson zu bringen, müsse man sich auch den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vorbehalten.

Mittlerweile ist die rotgrüne Regierung in der Ersteinsatzfrage ja bereits zurückgerudert, wünscht man doch nur noch, innerhalb der NATO eine hochrangige "Task Force" einzusetzen, die eine breite Palette von Fragen der nuklearen Komponente des Bündnisses diskutieren soll. Mag sein, daß die USA dem sogar zustimmen - da kann dann lange und ausgiebig diskutiert werden. Auch das könnte Rotgrün dann als "friedenspolitischen Erfolg" verkaufen: Immerhin habe man "den Amerikanern" die Diskussion aufgezwungen. Ein solches Vorgehen gewinnt noch dadurch, daß man voraussichtlich sogar darauf wird verweisen können, daß im neuen strategischen Konzept der NATO vom nuklearen Ersteinsatz nicht die Rede sein wird. Nur: Das ist im gegenwärtig gültigen strategischen Konzept, das 1991 in Rom verabschiedet wurde, auch nicht der Fall.

Allerdings wird dort die militärpolitische und -strategische Wichtigkeit der Nuklearwaffen herausgestrichen, heißt es doch, das Bündnis werde "für die vorhersehbare Zukunft eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte beibehalten, die in Europa stationiert sind und auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist, allerdings auf einem beträchtlich niedrigeren Niveau ... Einzig Nuklearwaffen machen die Risiken jeglicher Aggression unkalkulierbar und unannehmbar", und: "In Europa stationierte und der NATO unterstellte Nuklearstreitkräfte stellen ein wesentliches politisches und militärisches Bindeglied zwischen den europäischen und den nordamerikanischen Mitgliedstaaten des Bündnisses dar. Das Bündnis wird daher angemessene nukleare Streitkräfte in Europa beibehalten" (Das neue strategische

Konzept des Bündnisses, zit. n. Bulletin der Bundesregierung vom 13.11.1991); allerdings wurde eine "verminderte Abstützung auf Nuklearwaffen" angekündigt. Und in der Tat wurde die Anzahl der "substrategischen" oder "taktischen" Nuklearwaffen in und für Europa in der Folge drastisch reduziert. Gegenwärtig haben die USA wohl nicht mehr als 180 Atombomben in den europäischen NATO-Staaten disloziert (und zwar in Deutschland, Belgien, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande und Türkei). Hinzu kommen allerdings noch der NATO zugeordnete seegestützte Nuklearwaffen und die Nuklearpotentiale Frankreichs und Großbritanniens. Von einer Entnuklearisierung der NATO-Strategie oder Europas kann also immer noch keine Rede sein. Und das wird auch nach dem Jubelgipfel im April so bleiben. Im neuen strategischen Konzept werden die Nuklearwaffen ebenso ihren Platz haben wie im Konzept von Rom 1991. Allenfalls ist verbale Kosmetik zu erwarten, die vielleicht soweit gehen könnte, daß die Nuklearwaffen als "letztes Mittel" (last resort) deklariert werden (wie schon einmal in der Londoner Gipfelerklärung der NATO von 1990). An der Abstützung der Militärstrategie der NATO auf die Nuklearwaffen wird das faktisch nichts ändern.

Zu befürchten ist, daß die Ersteinsatz-Diskussion nach diesem Ausgang der Geschichte von Rotgrün als Argument dafür verwendet werden wird, daß man angesichts der "fehlenden Handlungsspielräume" einfach nichts machen kann: Joschka-David hat tapfer gefightet, um einen wesentlichen Punkt des rotgrünen Koalitionsvertrags (Verzicht auf Ersteinsatz) durchzubringen, aber er ist an dem übermächtigen Goliath "die Amerikaner" gescheitert.

Das Gelaber von den "fehlenden Handlungsspielräumen" ist natürlich Unsinn. Die Bundesregierung wäre z.B. durchaus in der Lage, die USA aufzufordern, ihre Atomwaffen von deutschem Territorium abzuziehen. Ein solcher Schritt würde faktisch die nukleare Dimension der NATO-Strategie ziemlich aufmischen (zumal zu erwarten wäre, daß sich andere Bündnis"partner" dem deutschen Vorgehen anschließen würden) - im Gegensatz zum Gequassel in einer "Task Force". Man müßte es nur wollen... Handlungsspielräume sind durchaus gegeben, aber sie werden nicht genutzt; geschweige denn, daß man versuchen würde, die Handlungsspielräume auszuweiten - und wenn, dann nur in eine friedenspolitisch fatale Richtung (s.u.).

Da also zu erwarten ist, daß in der neuen NATO-Strategie keine wesentlichen Veränderungen der Nukleardoktrin vorgenommen werden, wird es auch mit der nuklearen Abrüstung nicht vorangehen - im Gegenteil. Andere Atomwaffenstaaten (wie etwa Indien und Pakistan) und -aspiranten werden darauf verweisen, daß die Nuklearmächte der NATO ihren Verpflichtungen zu nuklearer Abrüstung aus dem NPT-Vertrag (Non-proliferation Treaty, Nichtweiterverbreitungsvertrag) wieder einmal nicht nachgekommen sind und damit ihre eigenen nuklearen Ambitionen rechtfertigen. Das gibt wiederum der NATO den Vorwand, an ihrer nuklear-militärischen counter-proliferation festzuhalten. Ein Teufelskreis.

Rußland und die NATO-Osterweiterung

Einen Dreck schert sich die NATO mit dieser Behandlung der Nuklearfrage - wie auch in anderen Fragen - um russische Interessen und Befindlichkeiten. Rußland wird von den USA und der NATO ohnehin nicht mehr als gleichberechtigte Macht akzeptiert; vielmehr wird ihm nurmehr der Status einer Regionalmacht zugestanden. Militärisch ist Rußland der NATO mittlerweile hoffnungslos unterlegen. Die NATO-Nuklearpolitik setzt die russische Seite unter zusätzlichen Druck. Das Ergebnis: Auch Rußland hält an seiner Nuklearrüstung fest und spitzt seine Nukleardoktrin sogar "NATO-mäßig" zu. Das heißt: Früher, zu Zeiten des Ost-West-Konflikts, hat die NATO ihre taktische Nuklearrüstung und ihre nukleare Ersteinsatzoption mit der angeblich drückenden konventionellen Überlegenheit von WVO/UdSSR gerechtfertigt. Jetzt argumentiert Rußland spiegelbildlich: Wegen der drückenden konventionellen Überlegenheit der NATO sei man gezwungen, sich stärker auf taktische Nuklearwaffen abzustützen.

Das ist ein Ausdruck der Bedrohungs- und Ausgrenzungsängste Rußlands. Die Osterweiterung der NATO um die ehemaligen WVO-Staaten Polen, Ungarn und Tschechien haben die NATO-Gewaltigen gegen den erklärten Willen Rußlands durchgezogen. Diese Staaten dürfen im April in Washington als frischgebackene NATO-Mitglieder mitfeiern. Der mit großem Trara 1998 installierte Gemeinsame NATO-Rußland-Rat hingegen, der der russischen Seite die bittere Pille der NATO-Osterweiterung versüßen sollte, kümmert vor sich hin. Trotz aller gegenteiliger Deklamationen: Rußland wird weiterhin aus dem "gemeinsamen europäischen Haus" ausgegrenzt. Die NATO behält sich weitere Runden der Osterweiterung prinzipiell vor. Allerdings sind für die nähere Zukunft keine Neuaufnahmen zu erwarten (obgleich sich die Kandidaten drängeln: Slowenien, Rumänien, Bulgarien, die baltischen Staaten usw.), weil sich die NATO intern nicht auf die Reihenfolge und

das Procedere einigen kann. So wird wohl den Beitrittsaspiranten eine ausgebaute und differenzierte "Partnership-for-Peace" offeriert werden.

Aufgepaßt: ESVI droht

Es ist zweifellos so, daß die USA den Vorreiter beim Umbau der NATO zum Interventionspakt spielen und daß alle die oben beschriebenen "schlimmen Sachen" aus "Amerika" kommen. Wie früher auch wollen die USA die übrigen NATO-Staaten dazu bewegen, Neuerungen der nationalen US-Militärstrategie für die NATO-Strategie zu übernehmen - und wie früher auch wird ihnen das weitgehend gelingen. Friedenspolitisch fatal ist allerdings eine Antwort auf die "Zumutungen der Amerikaner", wie sie in Kreisen der europäischen sicherheitspolitischen Community verstärkt propagiert wird, nämlich: "Wir Europäer" müssen uns von "den Amerikanern" auch auf militärischem Gebiet unabhängig(er) machen, was auch heißt: eigenständige europäische Interventionskapazitäten aufbauen. Auch die rotgrüne Bundesregierung scheint auf diesen Europäisierungstrip gehen zu wollen und das dann wiederum als "Friedenspolitik" verkaufen zu wollen: Damit wir nicht immer alles mitmachen müssen, was "die Amerikaner" von uns verlangen, brauchen wir eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik - so lautet die Argumentation. O-Ton Joschka auf der Münchner Wehrkundetagung im Februar: "Die EU muß die Fähigkeit auch für ein eigenes Krisenmanagement entwickeln, wann immer aus europäischer Sicht ein Handlungsbedarf besteht. Das muß letztlich auch eine militärische Komponente beinhalten".

In der gegenwärtigen NATO-Diskussion läuft dieser Prozeß unter dem Schlagwort: Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) (In der EU/WEU ist von der Herausbildung einer gemeinsamen "europäischen Verteidigungspolitik" und schließlich einer "europäischen Verteidigung" die Rede). Das ist eigentlich ein alter Hut. Schon seit langem wird einer Stärkung des "europäischen Pfeilers" der NATO das Wort geredet. Dabei werden allerdings diesseits und jenseits des Atlantik unterschiedliche Dinge damit verbunden: Die USA sind für eine solche Stärkung des "europäischen Pfeilers" im Sinne einer "gerechteren Arbeits- und Lastenteilung im Bündnis", sprich: die europäischen "Partner" sollen gefälligst mehr "Verantwortung" übernehmen, mehr zahlen und die "Drecksarbeit" nicht immer die USA allein machen lassen; die Führungsrolle der USA im Bündnis und die Kontrolle der USA über die europäischen "Partner" sollen dabei aber nicht angetastet werden. Gewichtige Kräfte in NATO-Europa hingegen (traditionell als Gaullisten bezeichnet) wollen via ESVI/europäische Verteidigung(spolitik) eine von den USA unabhängige(re) europäische Militärpolitik entwickeln.

Man könnte selbstverständlich versuchen, diese NATO-internen Widersprüche friedenspolitisch auszunutzen. Doch sich nur auf die eine Seite zu schlagen, wie Rotgrün es vorhat, bringt friedenspolitisch nichts. Auf den Europäisierungstrip zu gehen, um ein "Gegengewicht" zur US-Dominanz in der NATO zu schaffen, heißt, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben.

In Washington wird man - wie früher auch - in der Frage der ESVI Formelkompromisse präsentieren, die für die divergierenden Lesarten auf beiden Seiten des Großen Teichs offen sind. Unabhängig davon wird es in nächster Zeit verstärkte Anstrengungen in Richtung ESVI geben. Die Friedensbewegung ist gut beraten, das genau zu beobachten.

Vo

18. NATO bombardiert Ankara

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:28

Die NATO hat sich nunmehr doch dazu durchgerungen, politische und militärische Führungszentren der Türkei in Ankara und anderen Landesteilen zu bombardieren. Die türkische Regierung hat ein allerletztes Ultimatum verstreichen lassen und sich geweigert, das ihr von der NATO vorgelegte Abkommen über eine Autonomie für die kurdischen Landesteile und die Stationierung einer NATO-geführten Friedenstruppe im Südosten der Türkei zu unterzeichnen. Daraufhin hat die NATO beschlossen, den fortgesetzten Massakern der türkischen Armee an der kurdischen Bevölkerung Einhalt zu gebieten und humanitäre Hilfe in militärischer Form zu leisten. NATO-Vertreter versichern, daß bei den Luftangriffen auf türkische Kommandozentralen eine größtmögliche Schonung der Zivilbevölkerung gewährleistet wird. Zudem werden NATO-Bodentruppen in Griechenland und Syrien, welches der NATO seine umfassende Kooperation zugesichert hat, in Alarmbereitschaft versetzt, um gegebenenfalls die Luftangriffe durch weitere Operationen zu unterstützen. Dem Vernehmen nach sollen dabei Verbände der Bundeswehr in einer ersten Angriffswelle eingesetzt werden, da sie mit Bewaffnung und Gerät des Gegners, die großteils aus deutschen Beständen stammen, besonders vertraut sind. Vertreter der kurdischen Befreiungsarmee PKK haben die Entscheidung der NATO begrüßt. Sie hatten bei den Verhandlungen auf Schloß Sanssouci in Potsdam nach langem Zögern schließlich ihre Unterschrift unter das Autonomie-Abkommen gesetzt. Allerdings ist angesichts der NATO-Militärintervention aus Kreisen der "Falken" innerhalb der PKK nunmehr zu vernehmen, daß sie doch bis zur vollständigen Unabhängigkeit eines eigenen Kurdenstaates kämpfen wollen.

Ein absurdes Szenario, gewiß. Die Türkei ist NATO-"Partner", als solcher aufgenommen in die Gemeinschaft von "freedom and democracy" - und darüber hinaus von immenser geostrategischer Bedeutung für die Absicherung und Durchsetzung der Interessen der USA und der anderen NATO-Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Trotzdem in der Türkei Folter, staatlicher Mord und schlimmste Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind und obgleich die türkischen Streitkräfte seit Jahren einen mörderischen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führen und dabei Massaker begehen, die es mit den größten Scheußlichkeiten der Kriege im ehemaligen Jugoslawien mühelos aufnehmen können, wird daher die "westliche Wertegemeinschaft" in Gestalt der NATO nie und nimmer militärische "humanitäre Hilfe" für die Kurden in der Türkei leisten.

Das absurde Szenario soll die Absurdität jener Position illustrieren, die die jüngsten Beschlüsse von NATO und Deutschem Bundestag zur militärischen Intervention in der Kosovo-Krise für den Fall, daß ein Rambouillet-Abkommen nicht zustande kommt, mit "humanitären" und "menschenrechtlichen" Argumenten verteidigt und so diesem Kriegseinsatz und Bruch des Völkerrechts höhere moralische Weihen verschaffen will. Wenn es wirklich darum ginge, müßte in Dutzenden von Kriegen rund um den Globus, in denen überall unsägliche Massaker und Menschenrechtsverletzungen begangen werden, interveniert werden. Wird aber nicht - weil die interventionsfähigen Mächte kein Interesse daran haben (ebensowenig wie sie ein Interesse an einer Intervention in Türkisch-Kurdistan haben). Gegen den "Mythos der humanitären Intervention" sollte sich die Linke der analytischen Kategorie des Interesses erinnern, wobei das nicht krude und platt "materialistisch" immer als ökonomisches Interesse verstanden werden darf (was dann scheinbar plausible "Gegenargumente" provoziert wie: "Wieso? Im Kosovo gibt es doch gar kein Öl!"). Vielmehr geht es um ein diffiziles Geflecht von Interessen, in dem Motive wie Legitimation, Machtkonkurrenz und innen- wie bündnispolitische Erwägungen eine Rolle spielen. Erst das Zusammenwirken dieser und vieler anderer Faktoren führt dazu, daß die interventionsfähigen Mächte intervenieren - oder eben nicht intervenieren. Mit Humanität und Menschenrechten hat das nichts zu tun. Für Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit würde ein globaler Interventionismus nichts bringen. Denn: Politische Lösungen der den Kriegen zugrunde liegenden Konflikte und damit tatsächlich dauerhafter Frieden würden damit wohl in keinem Falle erreicht. Auch das Problem Türkisch-Kurdistans könnte mit der oben geschilderten fiktiven "humanitären Intervention" der NATO nicht gelöst werden. Und ebensowenig wird sich das Problem Kosovo mit der jetzt ins Haus stehenden NATO-Intervention lösen lassen. Keiner der Befürworter der NATO-Luftschläge kann plausibel machen, was damit für Menschenrechte, Humanität und politische Konfliktlösung gewonnen wird - und nicht einmal, wie damit eine "humanitäre Katastrophe" verhindert werden könnte. Dennoch soll draufgehauen werden. Und die Bundeswehr, politisch geführt von einer rot-grünen Bundesregierung, ist mit schweren Kampfverbänden

mittenmang. Noch vor nicht allzu langer Zeit hatte es geheißen, angesichts der Verbrechen der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan im Zweiten Weltkrieg gehe es nicht an, dort nun schon wieder deutsches Militär einzusetzen. Das soll jetzt nicht mehr gelten. Und so dürfen jetzt die Söhne und Enkel dort weitermachen, wo die Väter und Großväter aufgehört haben. Allerdings ist jetzt natürlich alles ganz anders: "humanitär" eben. Wenn das die Serben, die gegebenenfalls von deutschen Soldaten totgeschossen werden, nicht einsehen, dann sind sie eben selber schuld. Bitter, daß diesen ersten Kriegseinsatz deutscher Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg eine rot-grüne Regierung politisch zu verantworten hat. Die Sozialdemokraten beweisen damit zum x-ten Male, daß sie keine "vaterlandslosen Gesellen" sind, und die Grünen zum ersten Mal. Irgendwann muß man ja anfangen. Was sind da noch die Beteuerungen grüner Programmatik wert, man wolle die militärgestützte Sicherheitspolitik und damit auch die NATO zurückdrängen und die Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung entwickeln und aufwerten? Bitter ist auch, daß die Friedensbewegung kaum in die Gänge kommt. Sollte sich breiter Protest wirklich erst regen, wenn die ersten deutschen Soldaten in Zinksärgen "heim"-kommen (was dann tatsächlich ein Argument für den "deutschnationalen" Charakter der Bewegung wäre)? Die Parole muß doch jetzt lauten: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Bombardiert das Hauptquartier! - politisch, versteht sich.

Vo

19. Harrisburg war nur der Anfang. Geschichte einer Katastrophe

Autor: Jochen Schramm · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:22

Vor 20 Jahren, genauer in den Morgenstunden des 27. März 1979,

kam es in USA zu dem bis dahin größten Unfall in der Geschichte der sogenannten zivilen Atomenergienutzung. Im Block 2 des Atomkraftwerks Three Mile Island, in der Nähe von Harrisburg, Pennsylvania, geschah das, was die gesamte Atomzunft bislang für ausgeschlossen hielt: Aufgrund zahlreicher Pannen und Defekte in den Sicherheitssystemen der Anlagen versagte die Kühlung des Reaktors, die hochradioaktiven Brennelemente wurden freigelegt und schmolzen. Tagelang drohte der Reaktor zu explodieren. Jochen Schramm von der Hamburger Umweltschutzgruppe Physik / Geowissenschaften erinnert an die Katastrophe, deren Auswirkungen noch nicht abgeschlossen sind.

In der Mitternachtsschicht sind zwei Arbeiter an einem der acht Kondensatreiniger des AKWs beschäftigt. Es sind riesige Tanks mit Reinigungsharzen, die das Speisewasser von Verschmutzungen freihalten sollen. Immer wieder setzten sich in den Kondensatreinigern Klumpen von Dreck ab, verstopften die Ausflüsse und mußten regelmäßig aus dem System genommen werden. Mit Preßluftschüben wurden die Klumpen gelockert, bis die Anlage wieder arbeitete.

Preßluft ist im Kraftwerk überall von Nöten und schafft oft Abhilfe bei technischen Störungen. Mehrere Querverbindungen im Preßluftsystem des Atomkraftwerkes Three Mile Island waren im Laufe der Zeit entstanden, aber nie dokumentiert worden. Es gab sogar Verbindungsleitungen zwischen der technischen Luftversorgung und dem hydropneumatischen Steuerungssystem mehrerer Sicherheitsventile.

Die Arbeiter beseitigten das Verstopfungsproblem. Allerdings übersahen sie, daß dabei eine kleine Undichtigkeit im Preßluftventil entstanden war. Als der Kondensator wieder ans Netz ging und der Druck stieg, drückte Wasser beständig in die Preßluftleitung.

Am 27. März 1979 um 3.57 Uhr erreichte das Wasser mehrere Sicherheitsventile: Fast alle Ventile im Speisewassersystem sperrten gleichzeitig. Die Speisewasserpumpen, so groß wie Betonmisch-LKWs, wurden vom Wasserschlag getroffen, rissen teilweise aus ihren riesigen Halterungen.

Wenige Sekunden später schaltete das automatische Kontrollsystem die Turbine ab, die Kontrollstäbe schossen in den Reaktor. Bis jetzt verlief alles planmäßig: Spezielle Notkühlpumpen starteten unverzüglich, um die auftretenden Wärmespitzen abzubauen. Doch bei Wartungsarbeiten wenige Tage zuvor war vergessen worden, die Sperrventile wieder zu öffnen. Zwar zeigte eine Lampe im Kontrollraum an, daß die Ventile geschlossen waren. Doch die wurde von einen Zettel an einem benachbarten Schalter, der auf andere Störungen hinwies, verdeckt. So blieb unbemerkt, daß das Notkühlwasser den Reaktor gar nicht erreichte.

Während die Temperatur im Reaktor nun schnell anstieg, erhöhte sich der Druck. Ein spezieller Tank, der sog. Druckhalter innerhalb des Sicherheitsbereichs (Containment), öffnete nun ein Ventil, das Dampf an einen Speichertank abgeben und danach wieder schließen sollte. Das Ventil öffnete, schloß aber nicht mehr: Im Kontrollraum aber wurde gemeldet: "Ventil geschlossen."

Die Situation spitzte sich zu: Bei fallender Temperatur und fallendem Druck droht das Kühlmittel an den Brennelementen aufzukochen. Dampf kühlt jedoch wesentlich schlechter als Wasser und fehlende Kühlung überhitzt die Brennelemente, die dann zu platzen drohen. Ein komplett gefüllter Druckhalter, so wie es die Instrumente vorgaukelten, war unbedingt zu vermeiden, denn bereits leichte Vibrationen im Kühlsystem könnten das gesamte System zum Bersten bringen. Die Operateure entschieden daher, Wasser abzulassen.

Nun gab es zwei Lecks für das Wasser, das defekte Druckhalterventil und die Ablaßpumpen. Der Druck fiel jetzt noch schneller.

Endlich entdeckte ein Operateur die Lampe der geschlossenen Notkühlung und riß die Ventile auf. Kaltes Kühlmittel ergoß sich auf die überhitzten Pumpen und Leitungen. Ein Wärmetauscher zwischen den Kühlkreisläufen platzte, radioaktives Wasser verseuchte sofort den Turbinenkreislauf. Doch wegen des

geringen Drucks begann das Wasser zu kochen und die ersten großen Dampfblasen schossen durch die Kühlleitungen. Nun traten starke Vibrationen in den Kühlpumpen auf: die Kontrollmannschaft schaltete sie ab. Schließlich platzte der Speichertank, in den das Ventil des Druckhalters pausenlos hineinblies. Radioaktives Wasser strömte in das Containment. Von hier wurde das Wasser in einen außerhalb des Gebäudes befindlichen Tank gepumpt. Aber auch diese Pumpe funktionierte nicht fehlerfrei und leckte stark. Das radioaktive Leckwasser konnte jetzt ungehindert in den Susquehanna-Fluß abfließen. Gleichzeitig drangen die freigesetzten Spaltgase durch die Dachlüftung in die Umwelt. Insgesamt wurden ca. 1,5 Mio. Liter Wasser und eine nicht bezifferbare Menge Gas abgelassen.

Wie es zu diesem Zeitpunkt im Inneren des Reaktors aussah, war für die Kontrollmannschaft nicht mehr klar. Die Drucker des Meldecomputers waren angesichts der gigantischen Menge an Störungsmeldungen um Stunden hinter der Zeit zurück. Mit einem von Hand verdrahteten Multimeter erfuhr man lediglich, daß die Reaktortemperatur 1000°C statt der üblichen 350°C erreicht hatte. Die Operateure verwarfen diese Messungen als Falschwerte.

Im Reaktor begann nun die Kernschmelze. Die hohen Temperaturen zerstörten die meisten der inneren Brennelemente und das Spaltmaterial bröselte zum Reaktorboden. Ein Arbeiter, verpackt in schwere Strahlenschutzkleidung, zog noch eine letzte Wasserprobe aus dem Kühlkreislauf: schwarz, sprudelnd, schaumig.

Erst nach zwei Stunden, als die Frühschicht zur Arbeit kam, wurde der tatsächliche Zustand des Abblaseventils erkannt. Ein vorgeschaltetes Ventil wurde geschlossen, - der Druck begann unverzüglich wieder zu steigen. Um Haaresbreite schrammte TMI an der Katastrophe vorbei: Nur wenige Minuten später und der Bröselhaufen hätte sich in eine glühende Soße verwandelt, hätte sich zuerst durch den Boden des Reaktors geschmolzen, dann durch das Gebäudefundament und schließlich beim Kontakt mit dem Grundwasser Wolken radioaktiver Spaltprodukte rund um den Globus geschickt.

Immerhin konnte jetzt eine der Hauptkühlpumpen in Betrieb genommen und der stark demolierte Reaktorkern mit Kühlung versorgt werden.

Erst 1982 gelang es den Technikern, mit Kameraaufnahmen eingeschränkte Blicke in das Reaktorinnere zu erhalten. Aus dem zerbröselten Brennelementschrott am Grund des Reaktors konnte man Rückschlüsse auf Temperaturen während der Katastrophe ziehen: Die Reaktortemperatur war nur knapp 100°C unter der Schmelztemperatur für Uran zum Stehen gekommen. Bis in die 90er Jahre benötigten Techniker mit ferngesteuerten Greifarmen einen Teil des Uranschrotts herauszuholen.

Evakuierung

Die Katastrophe begann mitten in der Nacht. Um 7.20 Uhr wurden innerhalb des Containments extreme Strahlungswerte von 800 Rem gemessen - unmittelbar tödlich für jedermann. Hilfskräfte wurden deshalb mit Meßgeräten in die Umgebung und in die Städte Goldsboro, Middletown und Harrisburg geschickt. Noch waren die Werte um 0,1 Millirem normal, noch hielt die Gebäudeabschirmung scheinbar stand.

Um 12.45 wurde in den Hilfsgebäuden der Anlage eine Strahlungsdosis bis zu 1000 Rem festgestellt, Hubschrauber begannen regelmäßig die Strahlungswerte über dem Reaktorgebäude zu messen. Am nächsten Morgen lagen die Meßwerte zwischen einem und zehn Millirem am Susquehanna-Fluß - mit steigender Tendenz.

Der Katastrophenstab stand unter massivem Druck: Evakuierung ja oder nein? Wenn ja, wann? In welchem Umkreis? Nur in Windrichtung? Eventuell nur schwangere Frauen und Kleinkinder? Je nach Befinden des tollwütigen Reaktors wurden Evakuierungspläne besprochen und wieder verworfen. Erst fünf Meilen um das AKW, dann 10 Meilen. Was tun mit den Krankenhäusern? Plötzlich stand die Evakuierung von 650.000 Menschen, dreizehn Krankenhäusern und einem Gefängnis bevor. Dann doch nur fünf Meilen, da gab es keine Krankenhäuser. Schließlich einigte man sich auf eine 5-Meilen-Empfehlung für schwangere Frauen und Kinder. Innerhalb von zehn Meilen solle man Fenster und Türen geschlossen halten und Jodtabletten einnehmen. Aber Jodtabletten waren nirgends zu bekommen. Erst nach sechs Tagen hatte man eine Pharmafirma gefunden und konnte die Jodtabletten austeilen. Die letzten Ortschaften erhielten die Jodtabletten weitere fünf Tage später.

Im Landkreis Goldsboro hatten schon drei Tage nach dem Unfall 90 Prozent aller Einwohner fluchtartig die Gegend verlassen.

Es knallt

Zehn Stunden nach Beginn der Katastrophe wurde das gesamte AKW-Gebäude durch eine heftige Explosion erschüttert. Sie war vergleichbar mit der Stärke einer 500-Kilo-Bombe. Ausgelöst wurde sie durch eine Wasserstoff-Sauerstoff Reaktion innerhalb des Containments. Immerhin hielten die Betonstrukturen dieser Explosion stand, sie war auf die doppelte Stärke ausgelegt. Verniedlichend sprach man später nur noch von einem "Bump", einem Bums.

Das Phänomen war neu und gehörte nicht zu den Sicherheitsszenarien der AKW-Betreiber. Hilflos stand man dem Fakt nun gegenüber.

In den Rohren der Brennelemente ist Uran in Tablettenform aufgereiht. Die Wandung besteht aus einer Legierung des Metalls Zirkonium. Bei sehr hohen Temperaturen findet zwischen Wasser und Zirkonium eine chemische Reaktion statt, bei der Wasserstoffgas entsteht. Im Laufe der Katastrophe hatte sich eine große Wasserstoffblase im oberen Teil des Reaktorbehälters gesammelt, ein anderer Teil gelangte über das defekte Druckhalterventil in das Containment. Wasserstoff reagiert sehr heftig, wenn es auf Sauerstoff trifft: der "Knallgas-Effekt". Im Reaktor existierte (noch) kein Sauerstoff, aber im Containment konnte sich die Mischung selbst entzünden. Wäre nur wenig mehr in das Gebäudeinnere entwichen, wären die Auswirkungen der Katastrophe mit der von Tschernobyl vergleichbar gewesen.

Eine sofort eingesetzte Spezialistengruppe schaffte es, in den folgenden Tagen Wasserstoff-Rekombinationsgeräte zu installieren, die die Blase langsam abbauen sollten. Ungewiß blieb, ob sich nicht auch innerhalb des Reaktors Sauerstoff bilden könnte und der Knall unmittelbar bevorstand. Die Blase verschwand jedoch so mysteriös wie sie entstanden war. Zunächst hatte sie sich in mehrere kleinere Blasen zerteilt, dann war alles weg. Der Grund konnte nicht analysiert werden.

Die späteren Folgen

Der Zustand des Reaktors ist seit 1979 nahezu unverändert. Ferngesteuerte Geräte und Roboter führen Aufräumarbeiten durch, und an eine Rückkehr zur "Normalität" ist auch in den nächsten Jahrzehnten nicht zu denken. Der Reaktor befindet sich im "Monitor-Status" und muß weiterhin technisch versorgt werden. Ein Rest des Brennstoffs befindet sich noch immer im Reaktor.

Bereits während des Desasters begannen Betreiber und öffentliche Stellen, die "Leistungsexkursion" von TMI-2 zu zerreden. Schließlich sei der Reaktor auch noch intakt und eine größere Katastrophe nicht eingetreten. Die Radioaktivitätsmessungen der Hubschrauber über dem AKW mit Werten über 3.000 Millirem wurden entweder verworfen oder blieben als nicht repräsentative Einzelwerte unbeachtet.

Auch in Deutschland begannen die Freunde des Urans unverzüglich mit beschwichtigenden Erklärungen: In einem deutschen AKW sei ein solcher Störfall nicht möglich, was insofern stimmte, als es damals in Deutschland ein solches Kraftwerk der Firma Brown Boverie gar nicht gab. Was allerdings verschwiegen wurde, eine direkte Kopie von Three Mile Island 2, das AKW Mühlheim-Kährlich, war seit 1975 im Bau.

Eine Belastung der Umgebung, sprich Menschen, Tiere, Pflanzen, hat es entsprechend öffentlicher Verlautbarungen natürlich nicht gegeben. Kurz nach der Katastrophe, im Mai 1979, bildete das Landwirtschaftsministerium (DOA) von Pennsylvania eine Ermittlungsgruppe aus 10 Personen, zwei davon Tierärzte. Innerhalb von zwei Tagen wurden 100 Farmen besucht. Der Bericht sprach von fünf Landwirten, die Probleme beklagten. Einer beispielsweise berichtete, daß zwei Tage nach dem Unfall Hühner wie wild herumflatterten und Schweine nicht mehr aus dem Stall wollten. Zwei Monate später waren 27 Hühner und 11 Schweine gestorben. Diese Berichte wurden als unerklärliche Einzelfälle bewertet - Auswirkungen des Reaktorstörfalls wurden von offizieller Seite für nicht existent erklärt. Drei Monate später war jedoch die Reporterin Laura Hammel von "The News-American" aus Baltimore der Sache nachgegangen und berichtete, daß der DOA-Report "ungeheuer untertrieben" hätte. Ihren Nachprüfungen zufolge hatten nicht 5 sondern 40 Bauern über Probleme seit dem Durchbrennen des Reaktors geklagt. Viele der Beschwerden waren als irrational oder nicht nachprüfbare Horrorstories verworfen worden. Manche Farmen wurden trotz mehrerer Meldungen nie besucht.

Im Frühjahr 1980 wiederholte die Nukleare Regulierungs-Kommission (NRC) eine Schadensbilanz - wiederum mit dem Ergebnis: "keine erkennbaren Zusammenhänge". Von den aufgezählten 35 Krankheitsfällen auf den Höfen wurden diesmal mehr als die Hälfte mangels Daten oder "unbekannter Ursache" nicht dem Reaktorunfall zugerechnet.

Ende 1979 veröffentlichte der Mediziner Ernest Sternglass einen Bericht über das überdurchschnittliche Ansteigen der Säuglingssterblichkeit in Pennsylvania, besonders in der Nähe von TMI. Das Gesundheitsamt dementierte prompt und begann eine Kontroverse um Zahlen und Statistik. 1980 ergänzte Dr. MacLeod, ein früherer Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, daß auch Schilddrüsenerkrankungen im Abluftbereich des AKWs erhöhte Raten aufwiesen.

Im August 1996, 17 Jahre nach dem Unfall, erschien eine neue Studie des Medizinprofessors Steve Wing (University of North Carolina). Er hatte die Krebssterbefälle in der Umgebung von Three Mile Island untersucht und kam zu dem Urteil, daß Lungenkrebs und Leukämie in der Hauptwindrichtung des AKWs zwei bis zehnfach häufiger auftraten als in der Gegenrichtung.

Trotz aller Fakten waren in der Vergangenheit über 2000 Schadensersatzklagen wegen nicht ausreichender Beweise abgelehnt worden.

Nicht kontrollierbar

Seit dem Kernschmelzen in Three Mile Island ist in den USA kein neues AKW in Betrieb gegangen. Die Diskussion um die Sicherheitskonzepte endete bislang in der Feststellung von Shirley Jackson, Vorsitzender der Nuklearen Regulierungs-Kommission NRC am 1. April 1997: "Die NRC glaubt, daß die Glaubwürdigkeit an die freiwilligen Leistungen über konstruktionsabhängige Informationen, die die Industrie in der Vergangenheit erbracht hat, nicht ausreichen, eine sichere Kontrolle einer Reihe von Anlagen zu gewährleisten."

Aus Mangel an Kenntnissen über die technischen Details der AKWs kann jederzeit erneut ein Three Mile Island Desaster entstehen. In einem hochkomplexen Technikmoloch können überdies Dinge geschehen, an die zum ersten Mal erst gedacht wird, wenn sie passieren, wie das Beispiel Wasserstoff zeigt. Menschliche Fehlleistungen können überall geschehen, wie Spickzettel über Warnlampen gezeigt haben. Unfähige Behörden wird es immer wieder geben, wie das Chaos der Katastrophenplanung zeigte. Und unkooperative und vertuschende Firmen wird es überall geben, wo viel Geld im Spiel ist - und AKWs kosten viel.

All dies ist nicht sehr beruhigend, wenn an die vielen hundert Reaktoren gedacht wird, die derzeit weltweit an einem ersten Auftritt im Three Mile Island Tschernobyl Theater proben.

Jochen Schramm

Weitere Infos im Internet unter: www.enviroweb.org/tmia/croom.htm

20. Gestern - heute - morgen. Sind doch Vogel, sing ...

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:05

Sing doch Vogel, sing ...

Ein Standort hat Geburtstag. Vor 22 Jahren wurde das wendländische Gorleben als atomarer Entsorgungspark auserwählt. Eine lange Geschichte, eine brisante Gegenwart und möglicherweise eine fast endlose Zukunft. Über die aktuellen Auseinandersetzungen um Gorleben erinnert Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, an die WAA, an Albrecht, an den Treck der 100.000, an Harrisburg und daran, daß der Widerstand weitergeht.

Gerade lese ich eine ernüchternde Meldung. Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert aus der jüngsten Atomgesetznovelle, die Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) im März zur Beratung dem Bundeskabinett vorlegen wird. Die rot-grünen Pläne für einen Ausstieg aus der "Kernenergie" sind demnach "deutlich entschärft", ein gesetzliches Verbot der Wiederaufarbeitung von Atommüll sieht der Gesetzentwurf nicht mehr vor.

Entschärft sind angeblich ursprünglich "kühne" Pläne. Dabei gehört es zum anti-nuklearen ABC zu wissen, daß die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente weder ein Entsorgungsbeitrag noch mit der gesetzlich geforderten schadlosen Beseitigung des Mülls zu tun hat. Sogar teurer kommt das alles im Vergleich zur sogenannten direkten Endlagerung. Diese allerdings hat einen Haken: Außer den heiß umstrittenen externen Zwischenlagern in Ahaus, Greifswald und Gorleben gibt es derzeit keinen Lagerplatz für den Strahlenmüll, der Jahrtausende sicher gegen die Biosphäre abgeschirmt werden muß. Direkt Endlagern geht auf absehbare Zeit nicht. Und weil die Atombranche das weiß, ist ihnen der Verzicht auf die Lieferungen an die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAAs) im französischen Cap de la Hague bzw. britischen Sellafield lieber als das kostengünstigere Aufbewahren der Brennelemente an den heiß umstrittenen Orten. Am Ende drohen auch noch Klagen oder gar regierungsamtliche Feststellungen, weil zu offensichtlich wird, daß die Atommüllentsorgung gar nicht gesichert ist.

Wenn ich die "kühnen" Pläne mit Gänsefüßchen versehe, dann deshalb, weil das gesetzliche Verbot der Wiederaufarbeitung noch lange nichts mit einem Atomausstieg zu tun hat. Reaktoren können auch ohne die Wiederaufarbeitung der Brennelemente betrieben werden. Kenner der Branche wissen zudem, daß die Atomstromproduzenten vor allem befürchteten, daß von den steuerfreien 60 Milliarden DM rund die Hälfte für die WAA zurückgestellt wurden. Diese 30 Milliarden DM müßten bei einem gesetzlichen Verbot der Wiederaufarbeitung besteuert werden, dem Fiskus würden ca. 9 Milliarden DM zukommen. Kenner der rot-grünen Bundesregierung wissen darüberhinaus, daß die SPD - und im koalitionären Schulterschluß auch die Grünen - die Konzerninteressen nicht tangieren möchten...

Jene Reuters-Meldung las ich am 22. Februar. Was das für ein Tag war/ist? Für uns im Wendland ist das bis heute ein ganz besonderer Tag, es ist der Tag der "Standortbenennung". Vor 22 Jahren hatte der damalige Ministerpräsident Albrecht (CDU) Gorleben als Standort für ein "Nukleares Entsorgungszentrum" benannt. Im Salzstock Gorleben sollte gebuddelt werden, um ein Endlager im Salzgestein einzurichten. Oberirdisch sollten Pufferläger für alle Arten von Atommüll entstehen, eine Konditionierungsanlage und eine Brennelementfabrik und als Herzstück eine WAA. Ab und zu ist es im politischen Alltag recht wichtig, innezuhalten. Dazu taugen derartige "Gedenktage", denn 22 Jahre nach der CDU-Entscheidung geht es in Gorleben schon lange nicht mehr um eine Wiederaufarbeitungsanlage. Die Atombranche zog es am Ende vor, auf den Bau einer nationalen WAA zu verzichten, zieht es aber immer noch einem Risiko- und Problemtransfer ins Ausland vor, anstatt auf die Wiederaufarbeitung zu verzichten. Warum? Weil die direkte Endlagerung eine Fiktion ist. Siehe oben.

22 Jahre nach der Standortbenennung, für die nicht etwa geologische Qualitäten des Salzstocks sprachen, sondern die Industrieferne des Wendlands, die DDR-Grenznähe, die geringe Bevölkerungsdichte und der Konservatismus der Wenden (herrlich, wie sich Politstrategen täuschen konnten!), hat die CDU als Regierungspartei in Hannover und Bonn ausgedient. Was aber ändert sich? Aus unserer Sicht so wenig bis

gar nichts, wenn es um Gorleben als (un-)heimliches Atommüllzentrum der Nation geht, daß wir immer noch und immer wieder zu Protest und Widerstand aufrufen.

Gerade droht die Inbetriebnahme der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA). Die PKA gleicht einem Chamäleon. Bei Antragstellung 1986 sollte dort die "direkte Endlagerung" für Sonderbrennelemente, die für die WAA nicht taugen, "erprobt" werden. Diese würden in der PKA endlagerfertig verpackt. Heute diene die PKA plötzlich der Optimierung des Zwischenlagers, behauptet die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) mit dem Segen aus Hannover und Bonn! Das Faßlager nahm im Orwelljahr 1984 den pannenreichen Betrieb auf, die Castorhalle 1995. Ob das Moratorium für die Endlagerbauer in Gorleben greifen wird - warten wirs nicht ab. Auch unter Rot-Grün kommt es entscheidend auf uns und unsere Aktivitäten an. Gestern noch war der Atomausstieg grünes Essential, heute schon sind wir angeblich "Randgruppe" und "Fundamentalisten", die ein "Minderheitenthema" vertreten. So schnell dreht sich der Wind und die Fahnen der Partein flattern bekanntlich im Wind... Politische Substanzlosigkeit nennen wir das.

Ein anderer Gedenktag muß im gleichen Atemzug erwähnt werden: Am 25. März 1979 startete der legendäre Bauerntreck aus dem Wendland nach Hannover. 5.000 Menschen waren am ersten Tag auf den Beinen, dann zockelten einige Traktoren durch die Heide. Und am 31. März bereiteten über 100.000 Menschen den Bäuerinnen und Bauern in Hannover einen triumphalen Empfang. Die Ereignisse überstürzten sich: noch debattierten Wissenschaftler in Hannover m Rande der Massendemonstration auf einem Symposium das Für und Wider der Wiederaufarbeitung, da sickerte eine Nachricht durch und wurde schließlich zur Gewißheit: In AKW Harrisburg war ein schwerer Störfall mit Kernschmelze eingetreten. Das, was angeblich rein hypothetisch war und bis heute als sogenanntes Restrisiko abgetan wurde, war wirklich geworden: der Größte Anzunehmende Unfall (GAU). Im Mai 1979 schließlich zog besagter Ernst Albrecht (CDU) die Konsequenz: Auf den Bau der WAA in Gorleben sollte verzichtet werden.

Das war listig. Hinterlistig. Albrecht nahm an - und das war gar nicht mal so falsch -, der Bauernprotest richte sich in erster Linie gegen jene WAA-Planungen. Dazu schrieb er einen Brief an den SPD-Kanzler Helmut Schmidt, um seinen Schritt zu erläutern. "Hingegen glaubt die Landesregierung, daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen (für das Endlager, Anm.W.E.) vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage aus der Planung herausgenommen wird."

Dieser Plan war gut und ging schon deshalb nicht auf. Der Widerstandsfunken sprang über von den WAA-Planungen bis hin zu den Castortransporten und der PKA. Doch aufgepaßt. Schon wieder übt sich manch Regierungsoffizieller im Überlisten. Der Atommüll aus der WAA in La Hague müsse "zurück" nach Deutschland, also nach Gorleben. Die PKA ist "nur noch" eine Reparatureinrichtung für das Brennelementzwischenlager, der Endlagerbau wird "gestoppt".

Aber die Wiederaufarbeitung wird nicht beendet, die Castorhalle suggeriert den Nachweis einer gesicherten Entsorgung, ist doch nur ein Abstellplatz, das Endlagerbergwerk wird nicht verfüllt, sondern die Gorleben-Option wird offengehalten. Das sind die Absichtsbekundungen von Rot-Grün. Als Jürgen Trittin (die Grünen) im Januar 1999 in seiner Eigenschaft als Bundesumweltminister dem Wendland seinen Antrittsbesuch abstattete, schickte er für die nachrichtenhungrigen Journalisten per Fax eine Erklärung voraus: "Ich beabsichtige, die Erkundungsarbeiten für ein atomares Endlager im Salzstock Gorleben zu unterbrechen, sobald geklärt ist, wie im Falle einer solchen Entscheidung unnötige Regreßansprüche vermieden werden können." Und gegenüber den Bergleuten in Gorleben erklärte er, daß er mit Bedacht "unterbrechen" und nicht "beenden" gesagt habe.

Nach 22 Jahren dauerhaften und nachhaltigen Anti-AKW-Widerstands sitzt ein Atomkraftgegner auf dem Ministersessel und redet nicht anders als seine Vorgänger. Orwellsche Zwiesprache. Nur daß 22 Jahre Widerstand uns nicht dümmer gemacht haben, auch nicht verbittert, sondern erfahrener. Politische Zwiesprache können wir ohne jede Schwierigkeit entziffern.

Und so hat der Antritts-Besuch Trittins etwas Klärendes: Er hat den Widerstand wieder richtig angetreten.

Wir kämpfen schon lange nicht mehr für faule Kompromisse oder die "beste aller schlechtesten Lösungen" der Atommüllentsorgung, sondern für den sofortigen Atomausstieg.

Wolfgang Ehmke

21. Gegen die Atommüllflut

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:12

Es war wie immer. Das Wetter war strahlend, der Menschen überraschend viele, die Stimmung war gut und Diskussionen gab es reichlich. Gorleben im Frühjahr 1999. 2.000 Menschen waren dem Aufruf der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg gefolgt, am 27. Februar gegen die kurz vor der abschließenden Genehmigung stehenden Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben zu demonstrieren. Beeindruckend auch die Anzahl landwirtschaftlicher Nutzfahrzeuge. Die Bäuerliche Notgemeinschaft hatte ihre vor der Demo erklärte Selbstverpflichtung, mit mindestens 100 Treckern vor der PKA aufzufahren, übererfüllt. 120 Trecker mit Transparenten verziert, Hänger mit Heu oder Pappmachéfiguren beladen, umrundeten die Gorlebener Atomanlagen.

Bei Pommes rot-grün und Schilly con Kanther gab es für die Beteiligten keinen Zweifel, daß die neue Bundesregierung bislang keine ernsthaften Fortschritte für den Atomausstieg bewirkt hat. Während der Kundgebung vor der PKA machten zahlreiche RednerInnen klar, daß es auch in Zukunft massiven Widerstand gegen Castortransporte geben wird, egal ob sie in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus oder von den Atomkraftwerken zur Wiederaufarbeitung rollen werden. Befürchtet wird, daß noch im Herbst wieder Atomtransporte rollen werden. Außerdem muß man damit rechnen, daß spätestens Ende diesen Jahres aus Neckarwestheim mehrere Atommüllbehälter nach Ahaus rollen werden. Aus der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague werden mehrere Transporte für das Zwischenlager Gorleben erwartet.

Als Vorbereitung auf diese Transporte hat die BI auf der PKA-Demo eine neue Aktion gestartet. Bis die Transporte rollen, sollen mindestens 20.000 Sandsäcke gegen die Atommüllflut hergestellt werden. Die ersten Säcke wurden gleich vor Ort gefüllt. Außerdem kündigte die BI an, daß sie die nächsten Castortransporte nicht erst in Dannenberg auf der Straße erwarten, sondern sich diesmal bereits auf der Schienenstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg quer stellen wird, - gleich hinter dem Schutzwall aus Sandsäcken.

Wenn schon eine Bundesregierung in Sachen Atomausstieg nicht eben durch eine klare Vorgehensweise glänzt, dann darf sich auch die Anti-AKW-Bewegung mal verdaddeln. Das tat sie auf dem letzten Standorte-Initiativen-Treffen in Erfurt, wo zeitgleich die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen stattfand. Aufgrund mangelnder Absprachen kam die Einladung zum Treffen sehr spät. So fanden nur 20 Initiativen-VertreterInnen den Weg nach Erfurt. Da außerdem die Bundesdelegiertenkonferenz besucht wurde, um dort einen vereinbarten Redebeitrag zu halten (siehe nebenstehenden Text), litt die Arbeitsfähigkeit doch arg. Dennoch wurde der von einer Arbeitsgruppe vorgelegte Entwurf für ein Konzept und einen Aufruf zur geplanten bundesweiten Demonstration gegen das Atomprogramm in Berlin akzeptiert und begrüßt. Auf der Anfang April stattfindenden Frühjahrskonferenz in Heidelberg soll dann endgültig über die Demonstration entschieden werden.

DSe

22. Dokumentation: Für den sofortigen Ausstieg!

Autor: Anti-Atom-Initiativen · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:20

Ein Vertreter der Anti-Atom-Initiativen hielt auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am 6. März folgende Rede, die wir leicht gekürzt haben:

Wir, VertreterInnen der Anti-AKW-Bewegung, wenden uns an euch als Delegierte, weil wir weiterhin für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie eintreten und hoffen, dafür auch bei euch noch UnterstützerInnen zu finden.

(...) Im (....) Wahlkampfes habt ihr den Atomausstieg - nach den massenhaften Auseinandersetzungen um Castortransporte und in Folge des Skandals um verstrahlte Atommülltransporte in den Plutoniumfabriken - zu einem zentralen Punkt erhoben: "Atomausstieg - nur mit uns!" war landauf landab auf grünen Wahlplakaten zu lesen. Dann habt ihr euch entschieden, auch dieses Ziel mit dem "Genossen der Bosse" und seiner SPD umzusetzen. Das ist eure Sache. (...) Wir sind entsetzt, wie schnell ihr dem Druck der Atommafia nachgegeben habt und ehemals gemeinsame Ziele aufgegeben habt.

Uns ist klar, wie beschränkt die parlamentarischen Möglichkeiten sind und wir haben uns daher auch für die außerparlamentarische Arbeit entschieden und hierbei - zum Teil mit euch - große Erfolge erzielt. Trotzdem ist es nicht nachvollziehbar, warum die Beendigung der Plutoniumwirtschaft (....) schlicht auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Erst wurde angekündigt, das Verbot innerhalb der ersten 100 Tage durch eine Novellierung des Atomgesetzes durchzusetzen, danach kam die Ankündigung, im Januar 2000 sei Schluß, und der von eurer Führung jetzt verkaufte Erfolg soll darin bestehen, daß die Betreiber "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" entscheiden, wann Schluß ist. So war es auch schon unter der alten Regierung! Das hat mit den Forderungen der Anti-AKW-Bewegung nichts zu tun! Mensch kann Niederlagen erleiden, wer sie aber wie eure Führung nur schön redet und von seinen ursprünglichen Forderungen gänzlich abweicht, verliert jede Glaubwürdigkeit, gerade unter SympathisantInnen. Vielleicht hat euer Wahlergebnis in Hessen auch damit etwas zu tun.

(...) inzwischen wird im Bundesumweltministerium mit Hochdruck an der Abarbeitung des Kontaminationsskandals gewerkelt. Statt die Voraussetzungen für einen Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen, werden also Voraussetzungen für neue Atomtransporte geschaffen. Damit begebt ihr euch auf die andere Seite und wir werden uns so massiv wie immer auch gegen euch quer stellen müssen! Auch die (...) geforderten Zwischenlager an den Standorten der Atomreaktoren schaffen nur Voraussetzungen für den Weiterbetrieb der Atompolitik. (... Sie) öffnen dem unbefristeten Betrieb der AKWs Tür und Tor. Ihr wißt so gut wie wir, daß diese Zwischenlager mit der Lösung des Endlagerproblems nichts, aber auch gar nichts zu tun haben.

(...) diese Standortlager helfen nur dabei, das Problem der ungelösten Entsorgung aus dem Licht der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Hiermit werden bestenfalls die gesellschaftlichen Kontroversen um die Atompolitik - wie sie z.B. in Gorleben und Ahaus stattgefunden haben - stillgelegt, nicht aber die AKWs! Die Atomwirtschaft hat begriffen, daß die Atomenergie gesellschaftlich am Ende ist und nur noch - manchmal mit polizeistaatsähnlichen Methoden - durchgeprügelt werden kann (...)

Wir halten gar nichts von VerräterInnendebatten. Aber wie könnt ihr, nachdem wir jahrzehntelang - z.T. gemeinsam - auch wegen der ungelösten Entsorgung des Atommüllproblems das sofortige Ende der Atomenergie gefordert haben, erklären, daß diese ungelöste Entsorgung nicht zum Anlaß der Stillegung von AKWs genutzt werden soll. Das aber wurde der Atomwirtschaft im Rahmen der Konsens-Gespräche zugesagt. Das ist eine Kehrtwende Grüner Anti-Atom-Politik um 180°!

Wir fordern euch auf, eure Grundsätze in der Auseinandersetzung mit den Energieversorgungsunternehmen nicht vollständig aufzugeben und euch von der Macht nicht befrieden zu lassen! Schließt euch zusammen mit denjenigen bei euch, die noch die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der tödlichen Atompolitik vorbehaltlos unterstützen. Geht in Opposition zu euren VertreterInnen und streitet für die berechtigten Forderungen nach dem Ausstieg bei jedem Anlaß, in jedem Gremium und auch mit uns zusammen auf der Straße!

Wird das Treiben der Atomwirtschaft mit den Weihen der "Grünen-Bewegung" legitimiert, werden wir uns ganz massiv gegen euch stellen müssen. (...)

23. Entsorgungs-Rückstellungen: Strahlende Geschäfte

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:09

In ak 423 haben wir aufgezeigt, wieviel Geld die Atomwirtschaft durch die steuerfreien Rückstellungen für die Entsorgung angesammelt hat. Die Darstellung, daß die neue Bundesregierung diese Rückstellungen trotz vorhergehender Diskussionen nicht anrühren will, trifft nicht zu. Still und leise und fast unbemerkt auch von grünen Atomexperten haben sich die Finanzleute ans Werk gemacht. Im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes hat die Bundesregierung nun im Bundestag die Änderungen beschlossen, die den Unternehmen richtig weh tun dürften. Die abschließende Lesung im Bundesrat steht noch aus. Nicht von ungefähr haben die Unternehmen scharf reagiert und angedroht, ins Ausland abzuwandern. Was sich ändern soll, wird im folgenden dargestellt. Anschließend soll aufgezeigt werden, was die Atomkonzerne mit den Entsorgungsrückstellungen bislang angestellt haben bzw. anstellen.

Bis 1996 haben die Energieversorger insgesamt rund 55 Milliarden DM an Rückstellungen für die atomare Entsorgung und den Abriß der Atommeiler gebildet. Da es keinerlei Auflagen für die Verwendung dieser Gelder gibt, konnten die Unternehmen je nach strategischen Absichten schalten und walten.

(Vorbehalt: Ob das Folgende noch stimmt, wenn ak erscheint, ist angesichts dieser Regierung nicht zu gewährleisten.) Bislang wurden die Rückstellungen für den Abriß der Atomkraftwerke in einem Zeitraum von 19 Jahren gebildet. Dieser Zeitraum wird jetzt auf 25 Jahre neu festgesetzt. Die Folge dieser neuen Regelung ist, daß die jährlichen Raten für die Rückstellungen reduziert werden müssen. Die gebildeten Rückstellungen müssen daher rückwirkend abgesenkt und als Gewinne ausgeschüttet werden. Auf diese nachträgliche Gewinnausschüttung werden Steuern erhoben. Die Finanzbehörden gehen davon aus, daß dies zu Mehreinnahmen in Höhe von 10 Milliarden führen wird. Für die Unternehmen bedeutet das, daß sich die verfügbaren Finanzmittel deutlich reduzieren.

Die zweite Änderung betrifft die Verzinsung dieser Rückstellungen. Bislang war es den Unternehmen erlaubt, daß sie die Zinsen aus den Entsorgungsrückstellungen vollkommen frei einsetzen konnten. Die neue Rechtslage führt dazu, daß die Zinsen aus den Rückstellungen diesen wieder zugeführt werden müssen. Vorteil dieser Regelung ist, daß die jährlichen Rückstellungsraten nochmals reduziert werden. Damit entzieht die Bundesregierung den Atomkonzernen (und den Versicherungen) zwei der wichtigsten Vorteile. Warum die AKW-Betreiber angesichts dieser neuen gesetzlichen Regelung aufjaulten und mit einer albernen Abwanderung ins Ausland drohten, liegt auf der Hand. Eines der wichtigsten Instrumente, das ihnen den Weg in neue Industriebereiche ohne jede finanziellen Schwierigkeiten eröffnete, ist nun passé. Einen Schritt aber hat die rot-grüne Bundesregierung unterlassen. Die Überführung der Rückstellungen in einen (öffentlich-rechtlichen) Fonds, wie es vor den Bundestagswahlen diskutiert wurde, und der den Atomkonzernen insgesamt die Verfügungsgewalt über die Rückstellungen entzogen hätte, ist bislang nicht vorgesehen (sollte ich mich hier erneut irren, würde ich das sehr begrüßen). Was die Unternehmen bislang mit dem Kapital gemacht haben, darum soll es nun gehen:

Kaufen, was das Zeug hält

Die Atomkonzerne haben in den letzten 15 Jahren massiv in andere Märkte eingegriffen und sich neue Perspektiven geschaffen. Finanziert wurde diese massive Expansion durch die Rückstellungen für die Entsorgung und die daraus resultierenden Zinsen. Vor allem zwei Bereiche sind es, in denen die Atombranche inzwischen fast ebenso starke Monopolstellungen in bestimmten Regionen entwickelt hat, wie es im Energiesektor bereits der Fall ist: in der Abfallwirtschaft und bald auch in der Telekommunikation. Übersehen werden darf jedoch nicht, daß die Atomkonzerne zunächst ihre Stellung in der Energieversorgung noch weiter ausgebaut haben.

Vertikales

Innerhalb der Stromwirtschaft ging es vor allem um den verstärkten Einfluß auf Stadtwerke und Regionalversorger. Die Krise in den öffentlichen Haushalten hat hier zu einer deutlichen Stärkung der großen Atomstromer geführt. Die Notverkäufe vieler Stadtwerke (z.B. in Bremen, die Berliner Bewag etc.) durch die

Kommunen lieferten den großen Energieversorgungsunternehmen (EVU) neue Kunden. Sie erhielten die Kontrolle über örtliche Verteilernetze, kamen direkt an die Kunden heran und konnten die lästige Konkurrenz regionaler oder örtlicher Stromerzeugungsanlagen beseitigen. Schon seit Jahrzehnten hatten sie diese Konkurrenz durch Dumpingpreise zu unterlaufen versucht, boten Stadtwerken Stromlieferverträge zu Niedrigstpreisen an, um ihre eigenen Großkraftwerke auslasten zu können. Gleichzeitig machten sie die örtlichen Versorgungsunternehmen von ihren Lieferungen abhängig.

Mit dem Anschluß der DDR stiegen PreussenElektra, HEW, Bayernwerke, RWE, VEBA und Co dort voll ein. Zwar besitzen sie nicht immer eine Mehrheitsbeteiligung an den lokalen Versorgern, aber das ist auch meist nicht nötig. Neben der Kontrolle des östlichen Verbundnetzes sind sie häufig auch Stromlieferanten der Stadtwerke bzw. Regionalversorger. Damit bestimmen sie die Politik. Parallel zu dieser Entwicklung haben die EVUs ihren Einfluß in der Gaswirtschaft ausgeweitet. Regional war dies ohne Probleme möglich, da Stadtwerke häufig auch die Gasversorgung betrieben. Doch auch bei den großen Gaslieferanten und -verteiler kauften sie sich ein.

Horizontales I - Der Müll

In eine völlig neue Branche stiegen die Atomkonzerne seit Mitte der 80er Jahre ein: die Abfallwirtschaft.

Den Anfang machte der Bau und Betrieb bzw. die Übernahme von Müllverbrennungsanlagen für Hausabfälle und die Sonderabfallverbrennung. Inzwischen sind sie auch in den Recyclingbereich eingedrungen.

Beispielhaft hat sich hier die VEBA-Tochter Vereinigte Kraftwerke Ruhr (VKR) engagiert. Zusammen mit den HEW betreiben VKR in Hamburg die Sonderabfallverbrennungsanlage (80 Prozent) und die Müllverbrennungsanlage Borsigstraße. Außerdem hat VKR vor wenigen Jahren die MVA Stapelfeld (östlich von Hamburg) vollständig übernommen. Die gerade im Probebetrieb befindliche neue MVA Rugenberger Damm im Hamburg Hafen wird zu 55 Prozent von HEW betrieben, mit 20 Prozent sind die Überlandwerke Nord Hannover (ÜNH) beteiligt, eine Tochter der PreussenElektra, die eine Tochter der VEBA ist, die wiederum die Mutter von VKR ist. Mit anderen Worten: Die Atomkonzerne VEBA und HEW kontrollieren inzwischen in Norddeutschland fast die gesamte Abfallverbrennung.

Derartige Beteiligungen bringen gutes und vor allem sicheres Geld. Denn angesichts der hohen Kosten für den Bau solcher Anlagen haben die Kommunen kaum eine Möglichkeit, diese aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Daher sind die Kommunen bereit, langfristige und atemberaubende Verträge zu schließen. So ist beispielsweise die Hansestadt Hamburg über 20 Jahre an die MVA Borsigstraße gebunden, ohne jede Möglichkeit, die Verträge zu kündigen. Hinzu kommt, daß sich die Hansestadt verpflichtet hat, jährlich 320.000 Tonnen Hausmüll anzuliefern oder aber zumindest den entsprechenden Preis zu bezahlen. Das hat gravierende Auswirkungen auf die kommunale Abfallpolitik. Denn mit derartigen Knebelverträgen hat es keinen Sinn, Abfallvermeidung zu betreiben. Egal wie groß die Abfallmenge tatsächlich ist, - der Betreiber erhält sein Geld. Für die GebührenzahlerInnen ergibt sich eine geradezu absurde Situation. Wird ordentlich Abfall vermieden, wird Glas und Papier sortiert und verwertet, Kompost getrennt und das Duale System genutzt, dann ist zwar kaum noch Müll in der Tonne. Die Kosten für den Gebührenzahler bleiben jedoch gleich, da trotzdem der volle Preis für die Kapazität von 320.000 Tonnen Abfall bezahlt werden muß.

So wandert das über die Rückstellungen für den Atommüll angesammelte und von den StromzahlerInnen kassierte Geld der Atomkonzerne in Müllverbrennungsanlagen und wird hier vergoldet.

Horizontales II - Telekommunikation

Der neueste Investitionsrenner ist die Telekommunikation. Dabei stehen die EVU nicht nur wegen ihrer hohen Liquidität gut da. Sie verfügen auch noch neben der Bundesbahn und den Städten über eigene Kabelnetze. Sowohl über die Hochspannungsnetze der Verbundebene, die ganz Europa abdecken, als auch mit den städtischen Verteilernetzen besitzen die Atomkonzerne ein auch für die Telekommunikation ausbaubares Netz. Aufgrund ihrer traditionell engen Bindungen zu den Kommunen als Ver- und inzwischen auch Entsorger ist es den Unternehmen ein leichtes, auch die städtischen Telefonnetze in den Griff zu bekommen.

So ist es kein Wunder, daß die Atomlobby neben der Telekom der einzig ernstzunehmende Konkurrent im Bereich der Telekommunikation ist.

Unter dem Namen HanseNet haben sich die HEW als Regionalanbieter in dieses neue Geschäftsfeld gestürzt. RWE und VEBA haben o.tel.o gegründet, PreussenElektra ist allein beim ebenfalls regionalen Anbieter EWE Tel verantwortlich. Die Bayernwerke sind entweder allein oder mit ihrer Mutter, der VIAG, an zahlreichen regionalen Anbietern in Bayern (Mnet, NEFkom etc.) beteiligt. Bundesweit ist die VIAG Intercom aktiv.

Zwei Beispiele sollen deutlich machen, wie mit Hilfe der Entsorgungsrückstellungen der Einstieg in den Telekommunikationssektor betrieben wird:

Atomstrom am Telefon o.tel.o

RWE ist mit einem Anteil von 37,5 Prozent an der o.tel.o beteiligt. VEBA besitzt weitere 40 Prozent, verwaltet aber zusätzlich auch noch 22,5 Prozent der Anteile treuhänderisch. Zusätzlich zum Festnetzbetrieb ist o.tel.o auch noch mit 60,25 Prozent stärkster Anteilseigner beim Funknetzanbieter e-plus. Betrachten wir nun das Engagement der RWE: Im Geschäftsjahr 1996/97 stellt die RWE Energie AG insgesamt 1,6 Milliarden DM für die Entsorgungsrückstellungen ein. Im selben Jahr erhöhen sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen auf 2,3 Milliarden DM. Dies sind im wesentlichen verzinsliche Forderungen an die Holdinggesellschaft, der RWE AG. In der Bilanz der Holding wiederum ist eine Zunahme der Verbindlichkeiten auf knapp 4 Milliarden DM festzustellen, wovon 2,3 Milliarden von der Tochter RWE Energie AG stammen. In der RWE AG steigen im gleichen Zeitraum die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen um 3,3 Milliarden DM. Der Grund dieses deutlichen Anstiegs ist die Mittelbereitstellung für das Engagement der o.tel.o. GmbH. Insgesamt investiert der RWE Konzern 1996/97 9,9 Milliarden DM. Der o.tel.o-Anteil beläuft sich dabei auf satte 3,6 Milliarden DM. Dieser enorme Einsatz ist möglich, ohne daß sich die Verbindlichkeiten des Konzerns wesentlich erhöhen. Diese stiegen lediglich um 590 Millionen DM, wobei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sogar um 440 Millionen DM verringert werden. Der gesamte finanzielle Bedarf wird also fast vollständig aus dem Cash-Flow gedeckt werden. Der beträgt 9,5 Milliarden DM, 1,6 Milliarden DM machen davon die Zuführungen allein im Geschäftsjahr 96/97 aus.

Dieses Beispiel zeigt überdeutlich, welche Vorteile aus den Rückstellungen entspringen: Zum einen haben die Unternehmen dadurch extrem hohe Finanzmittel zur Verfügung, die sie je nach Bedarf in den Konzernen hin und her schieben können. Und diese Mittel machen teure Bankkredite weitgehend überflüssig oder - falls doch auf sie zurückgegriffen wird, - können diese extrem schnell getilgt werden.

Viel Filz

Einen weiteren entscheidenden Vorteil haben die engen Verbindungen zu Städten und Kommunen. Mit der hundertprozentigen Tochter HanseNet ist die HEW in Hamburg und den umliegenden Landkreisen aktiv. Die Finanzmittel dazu stammen ebenfalls aus den Rückstellungen für die atomare Entsorgung der vier AKWs, an denen HEW beteiligt ist. Mehrheitsaktionär bei HEW ist noch mit 50,2 Prozent der Hamburger Senat, vor kurzem waren es noch über 75 Prozent. Schon dieses Beteiligungsverhältnis macht die enge Verzahnung von HEW und dem Land Hamburg klar. Gleich zweimal verhalf der Senat dem Atomunternehmen zu einem optimalen Einstieg. Im Januar 1997 teilte der Senat in einer Bürgerschaftsdrucksache mit, daß die zuständige Finanzbehörde einen Mietvertrag über die Nutzung des Hamburgischen Telekommunikationsnetzen mit HanseNet abgeschlossen hat. Dieses städtische Netz verbindet die in der ganzen Stadt verteilten Behörden und Verwaltungen, aber auch die Polizei, die Feuerwehren, das gesamte Hafengebiet, die Hochschulen, Teile der Hamburger Stadtreinigung, die Stadtentwässerung und die Krankenhäuser. Mit anderen Worten: ein recht umfangreiches Kommunikationsnetz mit einer Gesamtlänge von 850 Kilometern. Dabei betont der Hamburger Senat, daß es eine internationale öffentliche Ausschreibung gegeben habe, an dessen Ende man sich für die HEW-Tochter entschieden habe. Und damit HEW eine solide Planungsgrundlage hat, wurde der Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren ausgestattet.

Doch damit nicht genug. Folgerichtig teilte der Senat Mitte April 1998 dann mit, daß die gesamte Hamburger Verwaltung künftig ihre Orts- und Ferngespräche über HanseNet abwickeln werde. Seit dem 15. September 1998 telefonieren die Hamburger Behörden mit ihren über 80.000 NutzerInnen nun also mit Atomstrom. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. März 2002 und enthält eine Verlängerungsoption von zweimal 12 Monaten. Auch hier betont der Senat, daß eine europaweite Ausschreibung stattgefunden habe und man sich schließlich für den günstigsten Anbieter, zufällig schon wieder die HEW, entschieden habe.

Offenbar sind die Wege zwischen dem HEW-Vorstand und dem Vorzimmer des ersten Bürgermeisters (SPD) recht kurz sind.

Diese enge Verzahnung mit den politischen Entscheidungsträgern in Stadt und Land erleichtern den Zugriff auf wichtige infrastrukturelle Einrichtungen.

Damit sichern sich die Atomkonzerne derzeit eine der wohl wichtigsten Zukunftsbranchen. Im Zeitalter von Handy und Internet wird dieser Bereich zu einem mehr als milliardenschweren Geschäftsfeld anschwellen. Der Zugriff auf die Datennetze dürfte für die Atomkonzerne über kurz oder lang eine ähnlich zentrale Bedeutung erlangen, wie die Stromerzeugung und -verteilung.

Wer trägt das Risiko?

Da mag es auch nicht sonderlich beruhigen, wenn der derzeit tobende Konkurrenzkampf um Marktanteile die Konzerne arg beutelt und sie derzeit erheblich mehr Verluste einfahren, als gedacht. Fast alle mußten in der Zwischenzeit den Kapitalbedarf nach oben korrigieren und immer klarer wird, daß dauerhaft nur wenige Anbieter das Rennen auch überstehen werden.

Hieraus erwächst möglicherweise auch ein enormes Problem für die Verfügbarkeit der Entsorgungsrückstellungen. Scheitern die auf diesen Kapital beruhenden Telekommunikationspläne einiger Atomkonzerne und können diese die Beteiligungen nicht vernünftig abstoßen, dann könnte es am Ende mit der Bereitstellung der erforderlichen Gelder für den Abriß der Atomanlagen eng werden. Dann dürften die SteuerzahlerInnen sich mit dieser Problematik noch mal intensiver befassen.

DSe

24. Internationaler Frauentag. Die Würde der Huren nicht mehr antasten!

Autor: Lobby für Menschenrechte · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:41

Sexualisierte Gewalt ist ein Angriff auf die Menschenwürde der Frauen. Sie verletzt fundamentale Grundrechte, die durch UN-Menschenrechtskonventionen und unsere Verfassung jedoch garantiert sind.

Sexualisierte Gewalt hat viele Formen: Immer noch werden Frauen an ihrem Arbeitsplatz durch verletzende und demütigende Übergriffe von Kollegen, Chefs oder Kunden sowohl in ihrer geschlechtsbezogenen als auch in ihrer arbeitsbezogenen Rolle verunsichert bzw. gedemütigt. Von solchen demütigenden und angstmachenden Übergriffen sind auch Huren betroffen. Ihre Rolle als berufstätige Frau und ihre weibliche Persönlichkeit werden dadurch genauso in Frage gestellt wie die aller anderen Frauen, die sich selbständig ernähren.

Vergewaltigung ist eine besonders brutale Form sexualisierter Gewalt. Die Frauen erleiden in der Regel ein Trauma, da sie während der Vergewaltigung nicht wissen können, ob der Täter sie am Leben lassen wird. Die daraus resultierenden seelischen und körperlichen Verletzungen bleiben oft ein Leben lang bestehen. Entsprechend gleichen die Symptome denen von Folteropfern. Ergebnisse aus der Traumaforschung bestätigen dies.

Vergewaltiger sind Wiederholungstäter. Sie planen ihr Verbrechen bewußt, vorsätzlich und spezialisieren sich meist auf eine bestimmte Zielgruppe. Im Laufe der Jahre verfeinern sie ihre Methoden und gehen dadurch in der überwiegenden Zahl der Fälle straffrei aus.

Vergewaltiger, die sich auf Huren "spezialisieren", haben besonders leichtes Spiel, weil sie - wie wir alle - wissen, daß die Gesellschaft diese Frauen weder achtet noch die Gewalt gegen sie ächtet.

Die Huren wiederum haben verinnerlicht, daß die Reichweite von Gesetzen für sie sehr schnell ein Ende hat; selbst dann, wenn es sich um ein Schwerverbrechen, wie Vergewaltigung, handelt.

Im Kontext von Gerichtsurteilen und den dazugehörigen Begründungen werden sie in diesem "rechtlosen" Status immer wieder bestätigt. Wenn sie Glück haben, war das an ihnen begangene Verbrechen zumindest ein minderschwerer Fall von Nötigung oder Vergewaltigung. Aber der Mythos von der "allzeit zu Sex bereiten" Hure, die sich nicht zu wundern hat, wenn Männer "ausrasten", durchzieht sämtliche Urteile.

Männer, die Huren vergewaltigen und/oder nötigen, sind keine Freier oder Kunden! Sie sind Verbrecher! Diese Unterscheidung wird in den unterschiedlichen Kreisen unserer Gesellschaft leider nicht vorgenommen. Grund für dieses fatale Versäumnis ist einerseits die immer noch gängige Verwechslung der Kategorien "Sexualität" und "Gewalt" und andererseits ein Frauenbild, das uns gnadenlos in genau zwei Kategorien einteilt, nämlich in "anständige" und "nicht-anständige" Frauen. Entsprechend haben Frauen "ehrbare" oder "nicht-ehrbare" Berufe oder Beschäftigungen.

Für Männer gilt so etwas nicht. Vielmehr sind sie es, die es sich weiterhin anmaßen (können) zu beurteilen, was die "Würde der Frau" ist, wann sie sie (durch eigene "Schuld") selbst(!) verliert bzw. verletzt, wann sie Sex haben darf oder nicht und wie sie ihre Sexualität leben darf und wie nicht. (...)

Diese Einstellung programmiert Menschenrechtsverletzungen an Frauen vor und zeichnet dafür verantwortlich, daß sich die Gewaltspirale unaufhörlich weiterdreht. Menschenrechte, die auf dem Papier stehen, sind nichts wert, wenn sie nicht in die Lebenswirklichkeit/en Eingang finden.

Vor diesem Hintergrund fordert die Lobby für Menschenrechte:

Die Abschaffung aller Sondergesetze für Sexarbeiterinnen.

Eine verpflichtende Fortbildung für die Strafverfolgungsbehörden, die mit sog. Sexualstrafdelikten befaßt sind.

Eine langfristig und ausreichend gesicherte, finanzielle Förderung von Huren-Selbsthilfegruppen.

Die Anerkennung von Sexarbeit als Beruf.

Und die uneingeschränkte Ächtung von Gewalt gegen Frauen, die der Prostitution nachgehen.

Die Akzeptanz der Entscheidungen von Frauen darüber, was Sex ist, wann sie ihn wollen oder nicht und was sie damit tun, ist ein aktiver Beitrag zur Emanzipation der Frauen. Darauf haben Frauen ein Recht.

Lobby für Menschenrechte

25. Abgesang auf eine Tomate. Betroffenheitspolitik ist verzichtbar - Feminismus nicht

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:37

Im September 1968 warf Sigrid Damm-Rüger eine Tomate auf den damaligen SDS-Bundesvorsitzenden Krahl. Das war, glaubt man dem Gründungsmythos, der Anfang der neuen deutschen Frauenbewegung. Auch um den 8. März herum, im Rahmen der diesjährigen rituellen Berücksichtigung der "Frauenfrage", bediente sich so mancher Medienbeitrag der fliegenden Salatzutat als Aufhänger für die Erzählung einer abgeschlossenen Geschichte: vom Beginn über die Blütezeit der Frauenbewegung bis hin zu ihrem Niedergang. Erzählt wird meist im Imperfekt, denn vorbei ist vorbei. So sind die Bilanzen, die gezogen werden, häufig zugleich Nachrufe. Von Scheitern ist die Rede, von ausgebliebenen Erfolgen und von schweren Niederlagen. Man läßt Quote und Abtreibungsparagraph, Diskriminierung und Gleichstellung, feministische Theorie und frauenbewegte Praxis Revue passieren, subtrahiert von einstigen Zielen das konkret Erreichte und stellt fest, daß unterm Strich nur rote Zahlen stehen. Immerhin: Ist die Bilanz auch traurig, debattiert wird noch.

In die spontane Freude über die eintägige Präsenz feministischer Diskurse in Haus- und Szene-Blättern mischt sich ein dreifaches Unbehagen. Denn erstens zeigt diese Freude, welch randständiges Dasein feministisches Denken im alltagspolitischen Diskurs auch nach dreißig Jahren Frauenbewegung immer noch fristet (und selbst das Feststellen dieser schlichten Tatsache ödet inzwischen unendlich an). Zweitens muß die dennoch wohlwollende Leserin alsbald feststellen, daß sich das Etikett "feministische Debatte" offenbar problemlos auch auf elaborierten Nonsens kleben läßt. So widmet die Frankfurter Rundschau dem neu erschienenen Buch von Katharina Rutschky (ehemalige Vorkämpferin der Kampagne "vom Mißbrauch mit dem Mißbrauch") eine ganzseitige Dokumentation, die taz läßt Rutschky auf der Titelseite die Lage der Weiblichkeit kommentieren, und Christel Dormagen gibt sich auf zwei Seiten konkret ernsthaft den offensichtlich trendsettenden Thesen in Rutschkys Buch hin, das laut Auskunft des Verlages "eine informierte, messerscharfe Diagnose der Frauenbewegung in Deutschland" ist. Dormagens Verdienst ist es vor allem, daß sie den adjektivischen Dauerstreß, den Rutschky den Sätzen antut, in nachvollziehbare Argumentationsketten überführt. Die eigentlich interessante Frage aber stellt sie nicht, nämlich die, was an Rutschkys Rede offensichtlich so sehr im Takt des Zeitgeistes schwingt, daß es permanent wiederholt werden muß. Und das dritte Unbehagen betrifft eben diesen Zeitgeist. Denn offenbar wird das rollback gerade von denjenigen munter angeschoben, die vorgeben, Interessen, Erfahrungen, Bedürfnisse und Forderungen von Frauen zu repräsentieren.

Ein weltanschauliches Angebot

Die Frauenbewegung hat versagt. Das ist das schlichte Resumee aus 159 Seiten Rutschky. An Belegen mangelt es nicht. Kassiererinnen werden immer noch schlecht bezahlt, und nach wie vor gibt es viel weniger Managerinnen als Manager. Die meiste Hausarbeit wird von Frauen erledigt, und das meiste Geld verdienen Männer. Das Schlimme daran sind aber nicht diese traurigen Fakten, schlimm ist das ewige Gejammer der Frauen darüber und unangebracht ist es obendrein. Es gibt keinen Grund zur Klage, weil alles schon seine rechte Ordnung hat. Denn eigentlich fahren Frauen - wenn sie in der für sie vorgesehenen Sphäre bleiben - doch genauso viel Anerkennung wie Männer ein: "Im Schnitt sind Todesanzeigen für schlichte Mütter ... nicht kleiner und kürzer als die für ihre Ehemänner ... Die Egalität der Trauer spricht doch eigentlich Bände". Bände über den Gedankenhorizont der Autorin spricht hier vor allem die Aussagekraft des gewählten Beweises.

Jedenfalls: Mißerfolge in bezug auf die Gleichstellung belegen die Lächerlichkeit feministischer Kämpfe um Selbstbestimmung, Erfolge aber (denn daß sich in den letzten zweihundert Jahren die soziale, ökonomische und politische Situation auch positiv für Frauen verändert hat, kann selbst Rutschky nicht leugnen) verdanken wir einem evolutionsähnlichen Prozeß. So ist die schnelle Steigerung der Bildungspartizipation der Mädchen Rutschky zufolge eine Konsequenz der demographischen Entwicklung. Auch die von Feministinnen vielkritisierte Reproduktionsarbeit sollte im Sinne Rutschkys eher unter demographischen Aspekten noch einmal neu diskutiert werden: "Wie viele Kinder braucht die Gesellschaft, die Rentenversicherung, die Wirtschaft, gar Deutschland?" Das sind Sachfragen, die der Jammer-Feminismus sträflich vernachlässigt hat.

Das schwerste Delikt aber, dessen sich die Frauenbewegung schuldig gemacht hat, ist die Denunziation der Männer. Konsequent setzt Rutschky sexuelle Gewalt in Anführungsstriche, weil es sie im Grunde gar nicht gibt: "Politisch gesehen ist die ‚Sexuelle Gewalt` eine Erfolgsgeschichte ... Das ändert aber nichts daran, daß es sich hier um ein bloßes weltanschauliches Angebot handelt, um Reaktion, Phantasie und Wunschdenken unter der Überschrift Aufklärung". Solcherart zu phantasieren hätte dann doch irgendein vernunftbegabter Mensch den Feministinnen mal verbieten müssen! Aber, so Rutschky: "Frauen als den potentiellen Juden der Männergeschichte ist wohl alles erlaubt."

Das Haushaltsgen

Gleichsein und Gleichstellung verwechselt zu haben ist ein weiteres Versäumnis des Feminismus. Denn Frauen sollen/können/wollen nicht wie Männer sein. Sie sind anders - weiblich eben: "Sie (die Frau, ak) ist weder Gebärmaschine noch Gefäß, sondern die eigentliche Hüterin des Lebens". Vor dem Hintergrund dieses nicht sonderlich originellen Weiblichkeitskonzeptes fragt Rutschky dann betroffen, warum denn nur so viele Frauen abtreiben würden - verheiratete dazu. Feministinnen könnten ihr das nicht erklären. Deswegen muß die "geprüfte Altemanze" (Selbstbeschreibung), auch hier die Antwort selber liefern: "Ich behaupte, daß viele Frauen schwanger werden, trotz Kenntnis der empfängnisverhütenden Mittel, weil sie wissen wollen, wer sie sind". Sicher, darüber konnte uns die Gebärmutter samt Inhalt immer schon am besten Auskunft geben. Und auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung kritisieren Feministinnen nur deshalb, weil sie nicht wahrhaben wollen, wie Frauen wirklich sind, denn "viele fühlen sich beim häuslichen Wirken ganz unfeministisch wohl, anstatt unter der Last der verpönten ‚Familienarbeit` zu seufzen", weiß Christel Dormagen.

Zumal die Forderung an Männer, sich fifty-fifty zu beteiligen, eh von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, denn Männern fehlt, so Rutschky, "das, was man das Haushaltsgen nennen könnte". Überhaupt ist ein Grundirrtum der Frauenbewegung der Glaube an den politischen Gehalt des Privaten. So sei die Anerkennung der Vergewaltigung in der Ehe als Offizialdelikt (1) eine "Bevormundung der Frauen" (ob das Gesetz auch die Bankangestellte beim Banküberfall bevormundet, indem es ihr nicht freistellt, die Strafverfolgung der Bankräuber zu verhindern, teilt Ruschky nicht mit), und an dieser wie an weiteren Bevormundungen wie Frauenhäuser, Frauenförderung usw. trägt Schuld: die Frauenbewegung.

Kommen wir zum dritten und interessantesten Argument Rutschkys. Interessant deshalb, weil es an eine relativ aktuelle Debatte anschließt und nicht bloß übersättigte Geschlechter-Stereotypen unter der Maske authentischer Selbstkritik neu auflegt: die Gefahr des sogenannten postmodernen Feminismus. Dieser untergräbt nämlich mit der Dekonstruktion der Geschlechterdifferenz als biologische und psychologische Tatsache sozusagen das Menschliche im Gesellschaftlichen: Die Differenz der Geschlechter liefere eine Grundlage der Sozialität, schreibt Rutschky in der taz. In ihrem Buch vermutet sie darüber hinaus, "daß erst die scharfe Akzentuierung des Geschlechts im Zeichen der Heterosexualität die Toleranz für jene Minderheiten fördert, die eine andere haben". Im Klartext: Die großzügig gewährte Toleranz der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten beruht auf dem sicheren Wissen darum, was angemessen und normal ist und der ebenso sicheren eigenen Verortung auf der richtigen Seite. Nun gibt es Feministinnen, die diese humanitäre Großzügigkeit Abweichlern gegenüber dreist als so etwas wie Herrschaftsideologie (etwa in Form von Zwangsheterosexualität) denunzieren, wie z.B. Judith Butler.

Zum Hintergrund: 1991 erschien das Buch der US-amerikanischen Philosophin Butler "Gender Trouble" unter dem Titel "Das Unbehagen der Geschlechter" auf deutsch, in dem sie die Unterscheidung zwischen sozialem und biologischem Geschlecht zurückweist und die Behauptung einer biologisch begründeten Zweigeschlechtlichkeit als gesellschaftliches Konstrukt kritisiert. Damit hat sich logischerweise auch die These von einer universellen weiblichen Identität erledigt. Anders als in den USA riefen ihre Thesen hierzulande gerade unter Traditionsfeministinnen helle Empörung hervor. Butler wurde vorgeworfen, sie stehle der Frauenbewegung ihr Subjekt. Dazu Butler: "Entscheidend ist, daß die Kämpfe der Frauen mit dem Kampf gegen den Rassismus verknüpft sind; daß es nicht notwendig ein gemeinsames Merkmal gibt, das alle Frauen verbindet, außer einer gemeinsamen Verpflichtung, größere Autonomiebereiche zu etablieren, rechtliche und institutionelle Ressourcen abzubauen, Herrschaftsbeziehungen im persönlichen und privaten Leben zu bekämpfen. Keines dieser Ziele verlangt, daß wir zuvor wissen, ‚wer` wir sind oder worin unsere angebliche Weiblichkeit besteht." (2)

Für Rutschky eröffnen diese Überlegungen gefährlicherweise Tür und Tor dafür, alle möglichen Ausgrenzungsmechanismen zu hinterfragen und darüber die Frauenfrage zu vergessen. "Die Thematisierung eines bisher unbewußten weißen Rassismus ... in der Frauenbewegung ... imponiert weniger als Fortschritt denn als Gedankenflucht. Im Meer der neuen Probleme und Differenzen geht die Geschlechterdifferenz unter." Neu sind diese "Probleme", also Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung von Behinderten usw. offenbar vor allem für Rutschky. Und auf den Luxus, sich nicht mit Dingen befassen zu müssen, die sie nicht direkt betreffen, will sie nicht verzichten. Warum auch. Eben dieser souveräne stell-mich-nicht-in-Frage-Gestus macht Rutschkys Thesen attraktiv, diese beruhigende Garantie, beunruhigende Gedanken nicht denken zu müssen ebenso wie die Verheißung der Befreiung vom lästigen Zwangskorsett der political correctness.

Wenn eine Autorin ihre Thesen, wie Rutschky dies in dem in der Frankfurter Rundschau veröffentlichten Kapitel aus ihrem Buch tut, vornehmlich mit dem Verweis auf die Bestsellerautorinnen Benôit Groult und Hera Lind absichert, dann ist ihr die Lektüre von Butler möglicherweise, wie sagt man so schön, zu voraussetzungsvoll. Insofern gibt ihre Kritik weniger Auskunft über den "Konstruktivismus" Butlers als über den Konstruktivismus Rutschkys. Der allerdings wesentlich eingängiger ist. Denn Rutschky konstruiert als Kernproblem der modernen Frau eben das, was die Moderne der Frau immer wieder erfolgreich als ihr angebliches Kernproblem unterjubelt: die mühselige Suche nach sich selbst, ihrem Geschlechtswesen, ihrer Identität. Und wie frau da der Wahrheit endlich auf die Schliche kommt, das, so Rutschky, lehrt uns die Gleichberechtigung nicht.

Aufgebratenes wie neu

Auch die schlechteste Kritik trägt meistens Spurenelemente richtiger Gedanken in sich. So auch diese. In der Tat ist zu begrüßen, daß wir feministische Erkenntnisse nicht mehr auf vaginale (oder klitorale) Erfahrungen zurückführen müssen. Richtig ist auch, daß jammern nicht viel weiter bringt und den Blick auf mögliche gesellschaftliche Veränderungen verstellt. Nur richten sich diese Kritiken an den Stand der Frauenbewegung im Zeitraum vom Tomatenwurf bis zur Mitte des vergangenen Jahrzehntes. Und tatsächlich: Dieser feministischen Politik, die ausgeht von einer wesenhaften Opfergemeinschaft aller Frauen weltweit und von einem recht simplen Gesellschaftskonzept (Frauen unten/Männer oben) müssen wir nicht hinterhertrauern. Das Interessante an den argumentativen Manövern Rutschkys ist aber, daß sie diesen unproduktiven Frauenzentrismus kritisiert, indem sie die biologistischen basics, die ihn erst hervorgebracht haben, neu aufbrät: Im Kern sind Frauen anders, und das ist das Gemeinsame aller Frauen.

Die relativ breite Resonanz auf Rutschkys "Kritik" könnte insofern Indiz dafür sein, daß erstens eingesehen wurde, daß kollektive Betroffenheit, die sich auf eine angenommene gemeinsame "Identität" bezieht, alleine kein politisches Programm ist, daß aber zweitens die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis als persönliche Bedrohung empfunden werden. Das ist schade. Denn gerade die feministischen Debatten der vergangenen Jahre unterscheiden sich äußerst produktiv in einem zentralen Punkt von anderen kritischen und linken Diskursen. Nämlich in der Bereitschaft, die Prämissen des eigenen Denkens und Handelns immer wieder in Frage zu stellen. Die von Christina Thürmer-Rohr aufgeworfene Frage nach der Mittäterschaft von Frauen, die von schwarzen Frauen gestellte Frage nach dem Rassismus weißer Frauen und die von Butler formulierte Frage nach der Substanz einer "weiblichen Identität" sind Beispiele dafür. In genau diesen Debatten wird der einfache "ich-Opfer-du-Täter"-Antagonismus, den Rutschky & Co. kritisieren, demontiert. Freilich auf Kosten liebgewonnener Sicherheiten. Das, was frau im Zentrum ihres Bauches, in den Tiefen ihrer Seele oder wo auch immer verspürt, ist plötzlich nicht mehr der Wahrheit reines Antlitz, sondern Knotenpunkt im Netz gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die Provokation besteht nicht in der Behauptung, daß die Suche nach der Identität "Frau" erfolglos blieb. Sondern im Nachweis, daß diese Suche selbst ein wirksamer Bestandteil einer subtilen und perfiden Herrschaftstaktik ist, die uns immer wieder gezielt in die Irre führt.

Deswegen verfügen - unter anderen - Frauen über den strategischen Vorteil, daß sie an sich selbst diese Realisierungsprozesse der Macht bis ins Allerprivateste hinein nachvollziehen und dieses Wissen einsetzen könn(t)en - auch für die Demontage anderer gewaltsamer Zuschreibungsprozesse.

Bis heute zeigen zum Beispiel linke Männer bekanntlich kaum ernsthafte Bereitschaft, Arbeit, Zeit und Gedankenkraft in die Frage zu stecken, wie und wo mit welchen Konsequenzen sich hegemoniale Männlichkeit immer wieder stabilisiert, wo sie sich mit Rassismus, Kapitalismus und allem anderen, was Linke normalerweise so bekämpfen, in Theorie und Praxis überkreuzt, welchen Profit Männer individuell und kollektiv

aus dieser Hegemonie ziehen usw. Alles Fragen, die sich - zumindest einige - Feministinnen ihrerseits in den letzten fünfzehn Jahren gestellt haben, auch wenn Frau Rutschky das nicht mitbekommen hat. Nun könnte frau einwenden, daß Männlichkeitskonstruktionen nunmal zentral auf der Fiktion beruhen, Politik hätte mit einem persönlich eigentlich nichts zu tun. Eben. Das genau ist der "feministische Vorsprung": Den Luxus, das Private und das Politische fein säuberlich zu trennen, können sich Frauen, die ihren Kopf benutzen, im Patriarchat leider nicht leisten.

Was Männer mitnichten von der Pflicht zur Demontage ihrer eigenen Beteiligung an Machtstrukturen entbindet. Aber die Abbrucharbeiten sollten wir ihnen nicht abnehmen. Bloß - bis an diesem Punkt mal so etwas wie eine nachholende Entwicklung einsetzt, setzen wir Moos an. Um weiterzukommen, und auch weil's einfach Spaß macht, brauchen wir also den Feminismus, auch wenn wir inzwischen kapiert haben, daß das, was sich unter dem Etikett "Frau" verbirgt, keine "biologische" oder "natürliche" Wahrheit bereit hält. Und auf Tomaten sollten wir auch nicht verzichten.

Stefanie Gräfe

Anmerkungen:

1) Offizialdelikt heißt, daß der Staat dieses Delikt aus Eigeninteresse verfolgt: Eine Ehefrau, die ihren Mann anzeigt, kann somit diese Anzeige und ihre strafrechtlichen Konsequenzen im Nachhinein nicht mehr rückgängig machen.

2) Frankfurter Rundschau, 27.7.1993

Katharina Rutschky: Emma und ihre Schwestern. Ausflüge in den real existierenden Feminismus. Carl Hanser Verlag, 159 Seiten, DM 29,80

Alle Bilder wurden entnommen aus:

1968-1998. 30 Jahre Neue Deutsche Frauenbewegung. Katalog zur Plakatausstellung vom 5.03.-15.04.04. 1998, Hannover. Herausgegeben von der Stiftung Leben & Umwelt Hannover, Schuhstr. 4, 30159 Hannover, DM 18.

26. Auf dem Weg zum globalen Überwachungsstaat

Autor: Steve Wright · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:33

Die Ära der präventiven Polizei hat längst begonnen. Die Polizeibehörden reagieren wie Nachrichtendienste nicht mehr nur auf Straftaten, sondern behalten gezielt bestimmte soziale Klassen, ethnische Gruppen und politische Aktivisten im Auge: Risikopopulationen, die schon unter Verdacht stehen, bevor tatsächlich ein Verbrechen geschieht. In den 90er Jahren sind neue Instrumente entstanden, die diesen Veränderungsprozeß beschleunigen.

Die Revolution der digitalen Kommunikationstechnologien hat die Industrialisierung der Überwachung ermöglicht. Was bei der Stasi noch Hunderttausende Informanten und Agenten erledigten, von denen allein 10.000 die abgehörten Telefonate transkribierten, kann heute mit den neuesten Technologien bewerkstelligt werden. "Dataveillance" (Daten plus Überwachung) ist der Ausdruck für Technologien, die Informationsgewinnung mit Elementen künstlicher Intelligenz verbinden.

Die modernen Überwachungstechniken entstammen zu einem großen Teil dem militärischen Sektor. Für "Kriege niedriger Intensität" entwickelten Militärs und Industrie Konzepte des "C3I": Communication, Command, Control, Intelligence. Militärische Aufklärung und Schlagkraft sollten effizient miteinander verknüpft werden. Dieser Ansatz zur Sammlung riesiger Mengen für sich allein unbedeutender Informationen und deren Auswertung schuf erst die Basis für die Kriegsführung in den urbanen Zonen im Innern eines Staates. Die (para-) militärische Herkunft der neuen Überwachungstechnologien ist nicht zufällig. Am Beispiel bekannter Hersteller für High-Tech-Überwachungsgeräte konnte die Londoner Bürgerrechtsorganisation Privacy International vor einiger Zeit dokumentieren, daß Firmen, die lange Zeit nur militärisches Gerät produziert hatten, seit dem Ende des Kalten Krieges ihr Angebot auch auf den zivilen Markt zuschnitten.

Ein typisches Beispiel für die Mischung militärischer und ziviler Zwecke ist der Prototyp des "Generics Geographical Information System", den die britische Rüstungsfirma "Plessey" vor zehn Jahren an das indonesische Militär verkaufte. Ursprünglich war dieses für die Verkehrsplanung in Jakarta gedacht. Nachdem indonesische Firmen einige Änderungen einbrachten, konnte das "Generics"-System komplexe geographische Informationen zu Ereignissen in städtischen Großräumen aufbereiten und anzeigen. Es diente nun nicht mehr nur der Verkehrslenkung, sondern auch dem konzentrierten und effizienten Einsatz der militärischen Ordnungstruppen bei Demonstrationen und Unruhen. Planten die Militärs in bestimmten Quartieren Hausdurchsuchungen, so genügte ein Klick auf die digitale Karte, um zu erfahren, wer in welchem Haus wohnt und welche Informationen über ihn oder sie verfügbar sind.

In einem Bericht für die Technikfolgen-Abschätzungseinheit des Europäischen Parlaments (STOA) hat die Omega-Foundation aus Manchester die Technologien der politischen Kontrolle neu bilanziert. Der STOA-Bericht beschreibt die Architektur zweier zukunftsweisender weltumspannender Abhörsysteme. Einige Befunde zum aktuellen Stand der elektronischen Überwachung und zu den Möglichkeiten einer demokratischen Kontrolle sollen im folgenden wiedergegeben werden.

Maschinen, die wie Menschen denken

Politische Polizeien und Geheimdienste verfügen seit jeher über Netzwerke zur Beschaffung von Informationen. In der Vergangenheit waren diese weitgehend von Menschen abhängig und eben darum auch stets von Falschinformationen und Ineffizienz geplagt. Der Wandel zur heutigen Massengesellschaft mit hoher Mobilität stellte diese Art der Informationsbeschaffung und -auswertung vor neue Probleme. Heute werden zunehmend automatisierte Verfahren eingesetzt, um ausgewählte Organisationen und Individuen und deren ökonomisches, politisches oder als abweichend betrachtetes Verhalten ins Visier zu nehmen. So werden zum Beispiel Kontrollsysteme mit Telekommunikationseinrichtungen wie Telefon, Fax oder E-mail verbunden, die bereits strukturierte Informationen in sich tragen. Anrufe gehen naturgemäß an bestimmte Anschlüsse. Funktionale Algorithmen (1) erlauben es, diese Strukturdaten auszufiltern und auf vorab ausgewählte Kommunikationsverbindungen gezielt zuzugreifen. Permanent tauchen neue Gerätetechniken auf dem Markt auf, die mit funktionalen Algorithmen für diese Filterfunktion ausgerüstet sind.

Polizei und Nachrichtendienste können fabrikmäßig vorinstallierte Überwachungsmöglichkeiten und Lokalisierungs- bzw. Ortungssysteme nutzen, um Mobiltelefone zu überwachen. Diese verfügen bauartbedingt über eine Art digitalem Fingerabdruck zur Identifizierung. Das britische "Digital-System X" etwa hat das eingebaute Merkmal, daß der Hörer eines Apparates ferngesteuert aktiviert werden kann und so zu einem Mikrophon wird, mit dem sich Gespräche im Raum mithören lassen. Mit dieser Eigenschaft läßt sich relativ preiswert eine nationale Abhörinfrastruktur aufbauen "System X" ist bereits nach China und Rußland exportiert worden.

Digitale Mobilfunktechnik bringt es weiter mit sich, daß die BenutzerInnen genau lokalisiert werden müssen, damit überhaupt Anrufe eingehen können. Daher funktionieren Handies, sobald sie in Betrieb genommen werden, als Ortungsgeräte, mit denen der Standort der jeweiligen TrägerInnen jederzeit mit Hilfe geographischer Informationssysteme bis auf wenige hundert Quadratmeter genau lokalisiert werden kann. Die Millionen Daten über die Bewegungen der MobilfunkkundInnen im Raum werden bei den Telefongesellschaften gespeichert, in manchen Fällen bis zu einem halben Jahr. Ohne eine Filterung würde die Datenflut die Überwacher schlicht überschwemmen. Der Innovationsdruck zur Entwicklung funktionaler Algorithmen, die es gestatten, aus der Vielfalt der Kommunikationsströme die relevantesten herauszufiltern, ist deshalb sehr hoch. Semi-intelligente Signalsysteme sind darauf programmiert zu erkennen, wann ein vorher bestimmtes Ziel im allgemeinen Kommunikationsrauschen aktiviert wird. Für eine verzögerungsfreie ("Echtzeit"-)Überwachung kommt es vor allem darauf an, die Identität des Abhörziels möglichst fehlerfrei zu ermitteln. Mittels einer eingebauten schriftlichen, akustischen oder visuellen Rückmeldung an den Sachbearbeiter wird dann signalisiert, daß ein lohnender Fisch in der Leitung schwimmt. Eine verzögerungsfreie Überwachung von Telekommunikation bringt aber auch erheblich höhere Investitionen mit sich. Nicht zuletzt, weil praxistaugliche Spracherkennungs- und automatische Übersetzungssysteme noch in den Kinderschuhen stecken.

Funktionale Algorithmen werden nicht nur gebraucht, um die Überwachung in Telekommunikationssystemen zu automatisieren. Zunächst wurden derartige Anwendungen entwickelt, um mit Hilfe der Videoüberwachung Verkehrsströme zu messen und zu steuern. Seit den 70er Jahren ist der Innenstadtring Londons von Videokameras gesäumt. Das "Talon-System" der britischen Firma Racal nutzt diesen Kameraring allerdings nicht mehr nur zur Vermeidung größerer Verkehrsstaus, sondern in erster Linie für polizeiliche Zwecke. Das System liest die Nummernschilder der vorbeifahrenden Fahrzeuge und vergleicht sie mit den im nationalen Polizeicomputer ausgeschriebenen verdächtigen und gestohlenen Fahrzeuge. Bei einem "Treffer" erhalten die Beamten in den Kontrollzentren eine Meldung, aufgrund der sie das Fahrzeug beispielsweise verfolgen und stoppen können. Das "Talon-System" macht es auch möglich, nach einem Zwischenfall die Kennzeichen aller an den entsprechenden Kameras vorbeifahrenden Autos im Sinne einer Schleppnetzfahndung zu "notieren". Auch in der Schweiz wird dieses System derzeit getestet. Schweizer Regierungsstellen zufolge soll es nur für die Fahndung nach gestohlenen Autos benutzt werden.

Solche Systeme werden zunächst in einem begrenzten lokalen Rahmen getestet und erst danach auf nationaler Ebene eingeführt. In Großbritannien werden bereits multifunktionale Verkehrssteuerungssysteme wie "Traffic Master" eingesetzt, die die Nummernschild-Erkennung für die Anzeige von Verkehrsstaus verwenden. Mit der geplanten landesweiten Nutzung entstünde eine Überwachungsinfrastruktur, mit der Polizei- und Sicherheitsbehörden ganz andere als die ursprünglich vorgesehenen Dinge anstellen können. Automatische Gesichtserkennungssysteme, die an Videokameras gekoppelt sind und die gewonnenen Daten mit einer Bilddatenbank abgleichen, zeichnen sich noch durch technische Probleme aus. So produziert das im Londoner Bezirk Newham kürzlich eingeführte "Mandrake-System" eine Fehlerquote von 20%. Seine Ergebnisse würden im Gerichtsverfahren - zurückhaltend ausgedrückt - auf wackligen Beinen stehen.

Das Abhörnetzwerk Echelon

Aus der britisch-amerikanischen Zusammenarbeit resultiert ein von militärischen und Auslandsgeheimdiensten unter der Führung der US-amerikanischen National Security Agency (NSA) betriebenes System. Daran angeschlossen sind in den USA die CIA und in Großbritannien die Lauschzentrale Government Communications Headquarters (GCHQ) sowie der militärische Geheimdienst MI6. Die Geheimdienste Kanadas, Australiens und Neuseelands leisten Zuarbeit. Dieses System durchsucht routinemäßig sämtliche E-mail-, Telefon- und Faxverbindungen in Europa. Alle Zielinformationen vom europäischen Festland werden über Stationen in Großbritannien (London und die Schaltzentrale Menwith Hill in den North York Moors) via

Satellit nach Fort Meade in Maryland übertragen. Erste Informationen zu diesem Lauschsystem lieferte der britische Journalist Duncan Campbell in den 70er Jahren. Eine jüngere Untersuchung von Nicky Hager ist die gegenwärtig umfassendste Darstellung der Problematik.

Hager führte Interviews mit mehr als 50 Geheimdienst-Experten, um das Puzzle eines weltweiten Systems zusammenzusetzen, das Abhörzentralen wie Sugar Grove und Yakima in den USA, Walhopai in Neuseeland, Geraldton in Australien und Morwenstow in Großbritannien miteinander in Verbindung bringt. Innerhalb dieses "Echelon" genannten Systems versorgen sich die Zentren gegenseitig mit "Wörterbüchern", die Stichworte, Phrasen sowie Zielpersonen enthalten. Die Abhörergebnisse werden auf Anfrage an das entsprechende Land weitergeleitet. Hager fand heraus, daß sich die Abhörmaßnahmen nicht nur gegen mutmaßliche Terroristen richteten, sondern sich zu einem großen Teil auf Wirtschaftsaktivitäten bezogen. Insbesondere wurden jene Länder intensiv überwacht, die an den GATT-Verhandlungen beteiligt waren. Hager zitiert "hochrangige nachrichtendienstliche Kreise", die nicht länger über solche mißbräuchlichen Operationen schweigen wollten. GCHQ, so einer der hohen Beamten, könne sich jederzeit in die Kommunikation von Gruppen wie Amnesty International und Christian Aid einklinken. Da es keine öffentliche Kontrolle über diese geheimdienstlichen Aktivitäten gibt, ist es auch nicht möglich zu sagen, nach welchen Kriterien die Zielpersonen ausgewählt werden.

Der STOA-Bericht motivierte eine Reihe von Journalisten zu weiteren Recherchen über das Echelon. Sie demonstrierten, daß Echelon in erster Linie den Interessen US-amerikanischer Rüstungsfirmen gedient habe. Zudem sollen Abhörinformationen Washingtons Position bei Verhandlungen mit der EU über wichtige Handelsfragen sowie bei Gesprächen mit der japanischen Regierung über Autoexporte gestützt haben. Nach Angaben der Financial Mail on Sunday veranlaßten US-amerikanische Experten, die Namen derjenigen internationalen Handelsorganisationen und Geschäftskonsortien als Schlüsselwörter zur Überwachung aufzunehmen, die mit Angeboten von US-Firmen konkurrierten. Außerdem sollen sich die USA 1990 in Geheimverhandlungen eingeschaltet und die Indonesier überzeugt haben, den US-Telekommunikations-Giganten AT&T an einem milliardenschweren Telekommunikationsgeschäft zu beteiligen, das eigentlich ausschließlich an den japanischen NEC-Konzern gehen sollte.

Nach einem neueren Bericht von Duncan Campbell ist das Echelon-System in den letzten zehn Jahren weitgehend automatisiert worden und hat Hunderttausende Abhöroperateure ersetzt. Lauschen und Analyse gehen nun dank eines globalen Netzwerks von Computern automatisch vor sich. Schon 1992 erreichte das System nach Angaben eines früheren NSA-Direktors einen Durchsatz von zwei Millionen abgehörten Nachrichten pro Stunde.

Abhörpläne

von EU und FBI

Seit Anfang der 90er Jahre hat auch die EU Pläne für ein internationales Abhörsystem vorangebracht. Erstaunlicherweise waren an diesen Planungen nicht nur die 15 Mitgliedstaaten der Union, sondern wie Duncan Campbell süffisant bemerkte, auch eine weniger bekannte Maastrichter Vertragspartei, nämlich die USA beteiligt, konkreter die US-amerikanische Bundespolizei FBI. Wesentliche Details dieser Zusammenarbeit hat die britische Bürgerrechtsgruppe Statewatch recherchiert. Im Unterschied zu Echelon, das ein ausschließlich geheimdienstliches Netzwerk darstellt, ist das EU-FBI-System auf Law Enforcement Agencies ausgerichtet und bezieht sich zwar in erster Linie auf Polizei- und andere Strafverfolgungsbehörden; in einigen europäischen Staaten können damit durchaus auch Inlandsgeheimdienste (in Großbritannien etwa der MI5), politische Polizeien und selbst Ausländerbehörden gemeint sein.

Die Vorreiterrolle in diesem Prozeß spielte zweifellos das FBI, das bereits 1992 Anforderungen für die Überwachung der elektronischen Kommunikation vorgelegt hatte und 1993 Vertreter der EU-Staaten zu einem Treffen in Quantico (USA) empfing. Dieses FBI-Papier wurde 1995 fast wörtlich in einer Entschließung der EU-Innen- und Justizminister übernommen, die nur im schriftlichen Umlaufverfahren beschlossen und erst im November 1996 veröffentlicht wurde. Damit reagierte die transatlantische Polizeigemeinschaft auf neuere Entwicklungen in der Telekommunikation: die Zulassung privater Netzbetreiber, die Ausbreitung der Mobiltelefonie - neben den üblichen Handies demnächst auch Satellitentelefone - und schließlich das schwunghafte Wachstum der E-mail-Kommunikation via Internet. Sowohl der vom US-Kongreß 1994

beschlossene Telecommunications assistance for law enforcement act als auch die Entschließung der EU-Minister fordern, daß die neuen Möglichkeiten der Telekommunikation abhörfähig sein sollen. Neue Netze sollen nur dann in Betrieb gehen dürfen, wenn Überwachungssoftware bereitsteht, und Internet-Provider sollen Schlüssel für chiffrierte Informationen liefern.

Ein besonderes Problem stellen jedoch die geplanten Netze der Satellitenkommunikation dar. Diese sind nämlich von vornherein international ausgelegt. Für das Iridium-Netz wird es in Europa aller Voraussicht nach nur eine einzige Bodenstation auf Sizilien geben. Egal, ob ein Anruf von Großbritannien oder von Frankreich ausgeht und ob der Empfänger im Lande oder jenseits der Grenzen sitzt, die Überwacher werden sich immer an die Bodenstation halten müssen. Dementsprechend wären jeweils Rechtshilfegesuche an Italien erforderlich. Auf diese neue technische Situation wollen sich die Minister auch rechtlich einstellen und haben daher den Entwurf einer neuen Rechtshilfekonvention für die EU ausgearbeitet. Damit die Überwachung schneller über die Bühne geht, will man sich in Zukunft die bisher in den meisten EU-Staaten erforderliche richterliche Anordnung sparen, sofern es sich bei dem zu überwachenden Telefon um ein Satellitentelefon handelt. Auf der Tagung des Rates für Inneres und Justiz am 3. und 4. Dezember 1998 haben die Minister dieses Vorhaben weiter erörtert. Definitive Entscheidungen sind bisher offensichtlich noch nicht getroffen worden.

Die EU-FBI-Pläne wurden bisher weder von den nationalen Parlamenten noch im Europäischen Parlament überprüft und debattiert. Die nationalen Parlamente werden allenfalls die rechtlichen Konsequenzen absegnen dürfen, wenn sie die Rechtshilfekonvention ratifizieren. Die eigentlichen Entscheidungen fielen auf der polizeipolitischen Hinterbühne. Selbst die ohnehin von politischer Kontrolle kaum berührte "Dritte Säule der EU", die Zusammenarbeit in Sachen Inneres und Justiz, schien den Akteuren zu öffentlich. Sie verlagerten die Diskussion in informelle technische Expertengruppen wie International Law Enforcement Telecommunication Seminar (ILETS), an denen neben den USA und den EU-Staaten auch Norwegen, Kanada, Australien und Neuseeland beteiligt sind - Staaten, die sich durch ein Memorandum of Understanding an die EU-Entschließung von 1995 angehängt haben.

Demokratische Kontrolle?

Für den britischen Sozialisten Glyn Ford, der als Abgeordneter des Europäischen Parlaments den STOA-Bericht mit auf den Weg gebracht hat, war das Erscheinen der Studie Anlaß für die erneute Forderung nach mehr demokratischer Kontrolle: "Wenn der STOA-Bericht eines bewirkt, dann, daß er Politiker mahnt, sich die demokratische Kontrolle über immer mächtiger werdende Überwachungssysteme nicht aus der Hand nehmen zu lassen." Der Bericht hat immerhin für die erste Plenardebatte des Europäischen Parlaments über Fragen der elektronischen Überwachung gesorgt. Vor dem Europäischen Parlament erklärte EU-Kommissar Bangemann, daß die Kommission offiziell keinerlei Kenntnis über die im STOA-Bericht beschriebenen Systeme habe. Falls dies der Wahrheit entspricht, so wäre das in der Tat besorgniserregend, weil es impliziert, daß man deshalb nichts Offizielles weiß, weil man sich vermutlich auf freundlicherweise von US-Stellen herausgegebene Mitteilungen verläßt.

Die ParlamentarierInnen waren mit dieser Auskunft jedenfalls nicht zufrieden und hoben statt dessen die Bedeutung demokratischer Kontrolle bezüglich dieser Systeme und der durch sie beschafften Informationen hervor. Das Europäische Parlament forderte, daß diese Überwachungssysteme Gegenstand offener Diskussionen auf der nationalen wie der europäischen Ebene zu sein hätten. In einer an den US-Kongreß gerichteten Entschließung verlangt das Parlament unter anderem ein Reglement, das eine Entschädigung im Falle von Mißbrauch vorzusehen hätte, besseren Schutz wirtschaftlicher Informationen und eine effiziente Verschlüsselungsmöglichkeit.

In einer Presseerklärung von Statewatch vom Februar 1997 heißt es, daß die internationalen Überwachungssysteme eine globale Bedrohung darstellen, für die es keine rechtliche oder demokratische Kontrollinstanz gibt. Die Beschlüsse des Europäischen Parlaments erscheinen gegen die "Zusammenkünfte der Akteure eines globalen militärisch-geheimdienstlichen Überwachungsstaates und gegen die "black-box-Entscheidungen" von polizeilichen Abhörstrategen, die der STOA-Bericht präsentiert", äußerst zurückhaltend. Sie können allenfalls der Anfang einer Auseinandersetzung sein.

Steve Wright

Steve Wright ist Direktor der Omega Foundation, eines in Manchester angesiedelten unabhängigen Forschungsinstituts, und Autor des STOA-Berichtes. Ein Folge-Report wird voraussichtlich im Frühsommer dieses Jahres erscheinen.

Dieser Artikel wurde zuerst in Bürgerrechte & Polizei/CILIP Nr. 61 (Dezember 1998) veröffentlicht und erscheint hier in redaktioneller Bearbeitung. Wir danken CILIP für die Nachdruckerlaubnis.

Anmerkungen:

1) Algorithmen sind Programme, bei denen jeder Schritt den nachfolgenden eindeutig definiert. Von funktionalen oder realitätstüchtigen Algorithmen wird gesprochen, wenn diese den tatsächlichen Abläufen entsprechen.

Der STOA-Bericht der Omega-Foundation im Internet: http://jya.com/stoa-atpc-so.htm (vollständige englische Version)

http://www.heise.de/tp/deutsch/special/info/ 6280/anchor2.htm (Auszüge in deutscher Übersetzung)

EU-Dokumente zu Überwachungstechnologien (ENFOPOL) unter:

http://www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/

Die britische Bürgerrechtsgruppe Statewatch im Internet: http://www.statewatch.org/index.html

Weitere Informationen:

Privacy International: Big Brother Incorporated A report on the International Trade in Surveillance Technology and Its Links To The Arms Industry, London 1995.

Nick Hager: Secret Power. New Zealand's role in the International Spy Network, Nelson 1996.

Bürgerrechte & Polizei/CILIP 60 und 61 (Schwerpunkthefte Überwachungstechnologien I und II), zu bestellen bei:

CILIP c/o FU Berlin, Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin. Email: cilip@ipn-b.de

27. Vor Gebrauch schütteln! Die Existenzgelddiskussion kommt auch ohne Gebrauchsanweisung aus

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:49

"Schluß mit dem Streß!" Mit dieser Parole mobilisieren die Berliner Gruppe F.e.l.S und andere zu einer "Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung" vom 19.-21. März 1999 in Berlin. Zumindest mit der Existenzgeldforderung haben die InitiatorInnen dabei offensichtlich einen Nerv bei linken Gruppen getroffen, die auf der Suche nach neuen politischen Handlungsmöglichkeiten im Bereich der "sozialen Frage" sind. Doch die dominierende Frage, ob diese Forderung nun "revolutionär" oder "reformistisch" ist, wird dem schillernden und ambivalenten Charakter der Existenzgeldforderung nur sehr eingeschränkt gerecht.

Das neue Interesse an der Existenzgeldforderung ist erstaunlich, hat sie doch ihre besten Tage vor 10, 15 Jahren gehabt, als sie in der Bundesrepublik von einer tatsächlich relevanten Erwerbslosenbewegung getragen wurde. Immerhin sahen sich die Grünen damals gezwungen, den Gedanken eines existenzsichernden garantierten Einkommens unabhängig von der Verpflichtung zur Arbeit aufzugreifen. Daß dieses ursprüngliche Grünen-Modell mittlerweile zu einer wirtschaftsliberalen Modernisierung der Sozialhilfe mutiert ist, liegt auch am Niedergang jener Bewegung.

Die aktuellen Diskussionen um die Existenzgeldforderung sind daher auch nicht Ausdruck einer neuen Massenmobilisierung, sondern wohl in erster Linie Ausdruck eines Suchprozesses, in dem sich Teile der Linken, vor allem auch der (ex-)autonomen Linken befinden. Hinter der Existenzgelddiskussion steht bei vielen ein neues politisches Interesse an einer grundsätzlichen Kritik des Kapitalverhältnisses und der Lohnarbeit. Die Existenzgelddiskussion ist auch ein Vehikel für die Suche nach neuen Orientierungen in der eigenen politischen Praxis. Dies dürfte vor allem für viele, oft jüngere Leute und Gruppen aus dem eher autonomen Spektrum gelten, für die Klassenkonflikte, soziale Kämpfe, Arbeit und Erwerbslosigkeit etc. im Vergleich zu antifaschistischer und antirassistischer Arbeit eher eine untergeordnete Bedeutung hatten und haben.

Mit der Existenzgeldforderung und der Zuspitzung auf die Debatte um diese Forderung ist es F.e.l.S. gelungen, diesem Bedürfnis nach Annäherung an "die soziale Frage" oder nach neuen sozialrevolutionären Politikansätzen Ausdruck zu verleihen. Dies und der Versuch, diese durchaus widersprüchlichen und vorsichtigen Neuorientierungen gegen einen zunehmend etablierten antinationalen Politikverzicht offen zu artikulieren, ist bereits ein Verdienst der geplanten Arbeitskonferenz und der in ihrem Rahmen angestoßenen Existenzgelddiskussion.

F.e.l.S hat damit ein neues "diskursives Feld" in der Linken eröffnet und besetzt; ein Feld, in dem eine Vielzahl unterschiedlicher Debatten und Diskussionsstränge aufeinandertreffen können, in dem sich aber auch - zumindest der Möglichkeit nach - unterschiedliche politische Erfahrungen und Kulturen aneinander abarbeiten können. Diese offene Seite des Existenzgelddiskurses ist positiver Bestandteil des Laboratoriums, aus dem vielleicht einmal eine neuzusammengesetzte klassenorientierte Linke erwachsen kann. Immerhin ist die Existenzgeldforderung auch ein verbindendes Element zu den Erwerbslosen- und Sozialhilfegruppen und den Euromarsch-Initiativen.

Welche positive Dynamik in der Existenzgeldforderung angelegt ist, zeigt sich u.a. auch daran, daß diese Forderung - neben der nach radikaler Arbeitszeitverkürzung - in den kämpferischen sozialen Bewegungen zumindest in Europa immer wieder auftaucht. So wie viele Linke hier staunend auf die Aktionen von AC! und anderen französischen Erwerbslosenorganisationen geschaut haben, so sehr haben sich deren AktivistInnen von der Existenzgelddebatte der bundesdeutschen Erwerbslosenbewegung beeinflussen lassen. Auch wenn oder gerade weil der politische Hintergrund und die Art der Kämpfe unterschiedlich sind, wird die Existenzgeldforderung von daher jeweils unterschiedlich vorgetragen. Hier deutet sich tatsächlich ein Element für grenzüberschreitende Vernetzung sozialer Kämpfe an.

Reformismus, na und?

Jenseits dieser Ebene dreht sich die tatsächliche inhaltliche Diskussion in der Bundesrepublik vor allem um die Frage, ob die Existenzgeldforderung als Geldforderung an Staat "reformistisch oder revolutionär" ist. So hat z.B. Karl Heinz Roth die neue Existenzgelddiskussion in der Bundesrepublik mit dem Hinweis kritisiert, sie berge die Gefahr eines "Reformismus von unten" (jungle world, 30.9.1998). Es kann m.E. gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Existenzgeldforderung (ähnlich wie die Forderung eines Bleiberechts für alle) eine reformistische Forderung ist. Das Problem z.Z. ist jedoch, daß sie in der BRD gerade kein Ausdruck eines "Reformismus von unten" ist.

In der Tat ist es richtig, daß die Forderung an sich offene Flanken gerade für das rot-grüne Projekt eines modernisierten Kapitalismus bietet. Und zweifellos besteht zwischen der negativen Einkommenssteuer und der Bürgergeld-Position des Marktliberalismus, zwischen den Grundsicherungsmodellen der Grünen und der PDS sowie der Existenzgeldforderung der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen einige mehr oder weniger deutliche Berührungs- und Anknüpfungspunkte. Nur ist das kein wirkliches Argument gegen die Existenzgeldforderungen. Denn welches Modell sich letztlich durchsetzt, ist keine Frage der klaren oder weniger klaren Abgrenzungen von kapitalistischen Modernisierungsstrategien, sondern eine Frage der tatsächlich stattfindenden Kämpfe und Kräfteverhältnisse. Hier hat Roth selbst den entscheidenden Unterschied zwischen der reformistischen Existenzgeldforderung anno 1982 und derjenigen anno 1999 richtig benannt: die radikale Aneignungsbewegung, die damals als Massenbewegung existiert hat und heute fehlt.

Ein Existenzgeld mit den Elementen eines existenzsichernden und würdigen Einkommens für alle sowie der konsequenten Ablehnung der Arbeitsverpflichtung wäre ein reformistisches Projekt im wirklichen Sinne des Wortes (und damit ganz im Gegenteil zu den Modernisierungsplänen von CDU/SPD/FDP/Grünen); es würde die Lebenssituation vieler Menschen in diesem Land drastisch verbessern. Doch es ist klar, daß ein solches Projekt ohne erhebliche soziale Kämpfe nicht durchsetzbar ist. Die dialektische List eines solchen "Reformismus von unten" besteht unter den momentanen gesellschaftlichen Verhältnissen gerade darin, daß er - um erfolgreich zu sein - eine Radikalität und Dynamik entwickeln müßte, die deutlich über die reformistische Sozialstaatsfixiertheit hinausweist. Welche Sprengkraft in dieser Konfrontation liegen kann, haben die Streikbewegungen und Erwerbslosenaktionen in Frankreich deutlich gemacht.

Akademische Fallstricke

Das eigentliche Problem der momentanen Existenzgelddebatte, wie sie sich um die Berliner Konferenz herum entwickelt hat, liegt darin, daß es die Tendenz gibt, diese Forderung als "Gebrauchsanweisung" und als deus ex machina für neue soziale Bewegungen aufzufassen. In der letzten ak haben js. und gw. kritisch auf diesen Punkt hingewiesen ("Verwirrende Gebrauchsanweisung", ak 423, 18.2.1999). Die unterschiedlichen Texte, die in diesem Zusammenhang geschrieben worden sind bzw. auf der Konferenz-Homepage präsentiert werden, blenden weitgehend das grundlegende strategische Problem aus, daß sich die Debatte z.Z. in einer Phase des Trockenschwimmens bewegt. Alle Diskussionen und strategischen Optionen in diesem Bereich sind Debatten über oder für Bewegungen, die so (noch) nicht existieren. Doch dieses Problem wird viel zu wenig reflektiert. Diskussionen und Texte, die die eigene soziale und politische Praxis darstellen, aufarbeiten und zur Diskussion stellen, fehlen im Vorfeld der Berliner Konferenz genauso wie politische Diskussionen über vorhandene oder nicht vorhandene Klassenbewegungen oder gar politisch-strategische Vorschläge für eine neue klassenorientierte Linke.

Es entsteht vielmehr der Eindruck, die InitiatorInnen der Existenzgeldkonferenz suchten in der Existenzgeldforderung nach dem einen Hebel, mit dem dann Bewegungen neu initiiert werden können. Doch eine Herangehensweise, die erst isoliert und relativ marginalisiert eine Forderung vordiskutiert und diese anschließend in die sozialen Prozesse hineintragen und dort umsetzen will, würde nicht nur an einen schlechten Avantgardismus anknüpfen, sie zäumte das Pferd auch von hinten auf. Wenn schon nicht vor, so doch zumindest gleichzeitig mit der Diskussion um die Sinnhaftigkeit der einen oder anderen Forderung muß daher über die real existierenden oder eben nicht existierenden Bewegungen gesprochen werden, über die Subjekte und TrägerInnen sozialer Kämpfe. Gerade bei Forderungen wie Existenzgeld und radikaler Arbeitszeitverkürzung muß die Tatsache kritisch reflektiert werden, daß beide Forderungen außer bei AktivistInnen nicht nur nicht verankert sondern - wie etwa die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung - auch richtiggehend unbeliebt sind.

In der Konsequenz sind viele der zirkulierenden Debattenbeiträge einerseits eigentümlich akademisch und andererseits gleichzeitig an manchen Punkten theorielos. Es werden Existenzgeldmodelle diskutiert und voneinander abgegrenzt oder es werden in z.T. abenteuerlichen Rundumschlägen "der Sozialstaat" und "Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung" erörtert. Dabei wird kaum klar, vor welchem politischen Hintergrund die jeweiligen Beiträge entstanden sind. Sind sie Ausdruck von Interventionsversuchen? Ausdruck einer kontroversen Diskussion innerhalb einer Bewegung/Szene? An wen waren oder sind sie gerichtet? Welchen politischen Zweck hatten die AutorInnen jeweils im Sinn? Solche zur politischen Einordnung und Bewertung durchaus wichtigen Fragen bleiben weitgehend unbeantwortet, und die Texte vermitteln eher ein "Forschungsinteresse" an der "sozialen Frage im Post-Fordismus" denn einen politisch-strategischen Ansatz.

Auf der anderen Seite wird die Diskussion um die "Krise der Arbeitsgesellschaft" tendentiell auf die Existenzgelddiskussion verkürzt und fällt dadurch auch theoretisch hinter die eigenen Ansprüche zurück (Die Berliner Konferenz will immerhin eine "Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft" vorantreiben.). Erstes Indiz dafür ist, daß sowohl in den vorbereitenden Papieren als auch in den Arbeitsgruppen der "Konferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung" die Arbeitszeitverkürzung selbst überhaupt nicht diskutiert wird. Während die Fallstricke der Existenzgeldforderung ausführlich besprochen werden, wird die "radikale Arbeitszeitverkürzung" einfach unhinterfragt postuliert. Dies ist um so bitterer, da Arbeitszeitverkürzung zunehmend zu einem Kampfbegriff von Kapitalisten und modernistischen Politikstrategen geworden ist und in der Praxis regelmäßig zu Arbeitsverdichtung, Mehrarbeit und Lohnraub geführt hat.

Dahinter steht ein grundlegenderes theoretisches wie praktisches Problem. Im Gegensatz etwa zu Frankreich macht die momentane Existenzgelddiskussion einen weiten Bogen um das Thema "Arbeit". In der Regel gibt es kursorische Hinweise auf veränderte Produktionsstrukturen, einen kurzen Schlenker zur Prekarisierung und die Betonung, daß das Existenzgeld frei von jeder Arbeitsverpflichtung sein müsse. Damit ist das Thema meist erledigt. Die theoretische Kritik an der Arbeit wird einfach nicht geführt, so daß viele Fragen, die dringend in diesem Zusammenhang diskutiert werden müßten, offenbleiben oder hinter Floskeln verschwinden. Gibt es nun einen emanzipatorischen Arbeitsbegriff, oder sollten wir die Arbeit als Bezugspunkt von Befreiung fallen lassen? Ist "die Arbeit" nun scheiße oder nicht? Was ist eigentlich mit "Arbeit gemeint"? Die Lohnarbeit oder menschliche Tätigkeiten allgemein? Was ist mit der "notwendigen gesellschaftlichen Arbeit", und wer soll sie leisten?

Die Kritik von Gruppen wie der Wildcat, die der Existenzgelddiskussion u.a. die Verkürzung auf die Reproduktion unter kapitalistischen Bedingungen und die Vernachlässigung des Produktionsprozesses vorwerfen, ist in diesem Zusammenhang durchaus berechtigt. Ist die Debatte um das Existenzgeld im akademischen Sinne theoretisch, so ist sie in Bezug auf die Arbeit tendenziell theorielos.

Kein Stein der

Weisen in Sicht

Die Existenzgeldforderung ist nicht nur "ambivalent", sie ist auch bei weitem kein Stein der Weisen für eine neue linke Klassenpolitik. Es spricht sogar einiges dafür, daß die Existenzgeldforderung in der praktischen Politik von Initiativen und Basisgruppen ähnlich wenig Relevanz bekommt wie die Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben. Widerstand und Aktionen werden sich gegen die verschärfte Bedürftigkeitsprüfung bei Sozial- und Arbeitsämtern, gegen Leistungskürzungen und vor allem gegen die immer drakonischer durchgesetzte Arbeitsverpflichtung richten. Die Rolle der Existenzgeldforderung dürfte sich auf eine Parole auf - hoffentlich wieder größeren - Demos und auf die allgemeine Programmatik einer Bewegung beschränken. Auch unter diesem Aspekt sollte die Existenzgelddebatte - erst recht wenn sie als "Gebrauchsanweisung" verstanden wird - nicht überbewertet werden.

Der eigentliche Nutzen dieser Diskussion liegt nicht in der inhaltlichen Herausarbeitung einer konsistenten Forderung, sondern hauptsächlich auf einer Meta-Ebene. Unter dem Label der Existenzgelddiskussion werden mit neuem Elan überhaupt wieder Diskussionen um eine klassenorientierte linke Politik geführt, und zwar offensichtlich in Bereichen und Szenen, bei denen diese Thema bisher keine Rolle gespielt hat. Wenn es unter dem Dach dieser Diskussion gelingt, die unterschiedlichen politischen Herangehensweisen, Kulturen und Erfahrungen von linker Politik zur "sozialen Frage" so zusammenzubringen, daß die Fremdheiten,

Widersprüche und unterschiedlichen Positionen tatsächlich zunächst einmal ausgehalten werden, dann kann die Existenzgelddiskussion ein "dynamisches Zentrum" für einen Vernetzungsschub bilden.

Ob dies gelingt, wird sehr stark davon abhängen, wie sehr in Berlin eine vereinheitlichte Forderung "durchgesetzt" werden soll und welches Maß an Konzentration, Toleranz und Moderation dort und in Zukunft hergestellt werden kann. Statt eine neue "Linie" zu entwickeln und vorzugeben, kommt es in erster Linie darauf an, daß Basisinitiativen, Betriebs- und GewerkschaftsaktivistInnen, linksradikale Intellektuelle und (Ex-)Autonome überhaupt in die gemeinsame Diskussion kommen. Dies ist eine durchaus schwierige Aufgabe, die sich angesichts der immens unterschiedlichen Hintergründe keineswegs nebenbei und von alleine erledigt. Doch letztlich ist das der Maßstab, an dem sich zeigen wird, ob die Existenzgelddiskussion und die Konferenz in Berlin mehr werden als ein zukünftiger Sammelband in einem linken Verlag oder ein einmaliges Medienereignis.

dk.

28. Politik ohne festen Boden unter den Füßen. Möglichkeiten und Grenzen der Existenzgeldforderung

Autor: Frieder Dittmar · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:21

Warum wird ausgerechnet heute und ausgerechnet in linksradikalen Kreisen eine Forderung attraktiv, die bald zwanzig Jahre auf dem Buckel hat, aber über einige Arbeitsloseninitiativen und ein paar versprengte grüne ParteigängerInnen hinaus nie an Relevanz gewann? Das Faszinierende an der Existenzgeldforderung ist wohl, daß sie eine politische Perspektive eröffnet, die über reine Abwehrkämpfe hinausgeht. Nicht nur abstrakt - Existenzgeld tangiert unmittelbar unseren Alltag und entfaltet dabei einen gewaltigen Schub an utopischen Szenarien.

"Wie würde sich dein Leben verändern, wenn es Existenzgeld gäbe?" ist offenbar eine inspiriendere Frage als "Wie würde dein Leben im Sozialismus aussehen (oder wie das Kind genannte werden soll)?" - weil wir selbst kaum noch daran glauben, eine Gesellschaft jenseits der herrschenden Verhältnisse erleben zu können, nicht mehr wissen, wie sie zu erreichen ist, geschweige denn, wie sie aussehen könnte.

Deshalb scheint die Forderung nach Existenzgeld die Chance zu bieten, die Marginalisierung der Linken zu überwinden. Zudem bezweifelt tendenziell niemand die Relevanz der Problematik, an der die Existenzgeldforderung ansetzt und die sich durch eine Fülle von Alltagserfahrungen wie Streß, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Existenzangst oder Arbeitslosigkeit vermittelt. Daß der alte Mechanismus der Verteilung von Einkommen und (Lohn-)Arbeit nicht mehr funktioniert, thematisieren alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Richtungen, wenn auch unter den unterschiedlichsten Vorzeichen und mit entgegengesetzten Interessen.

Gemessen am linksradikalen Standard, nichts zu vertreten, was Staat und Kapital, Patriarchat und Rassismus bedeuten könnte, ist der Preis der Existenzgeldforderung freilich ziemlich hoch: "1.500 DM plus Warmmiete für alle" kommt schlicht in der Form eines potentiellen Regierungsdekrets daher, das sowohl einen Staat (meinetwegen auf ein basisdemokratisch organisiertes Finanzamt reduziert) als auch eine geldvermittelte Ökonomie voraussetzt. Mehr noch, mit der Einführung eines Existenzgeldes wäre weder die Lohnarbeit abgeschafft, noch wären die Geschlechterverhältnisse, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse oder die internationale Arbeitsteilung nur einen Deut weniger Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Ebensowenig bedingte es eine Abschaffung von Rassismus und Nationalismus.

Strategischer Strohhalm

Vielleicht bedienen sich manche Linke der Forderung nur taktisch: weil die "soziale Frage" gerade mal wieder en vogue ist, die Radikalität des AC! zum Träumen verleitet oder weil eben niemand mehr von Sozialismus, Kommunismus, Autonomie etc. pp. etwas hören will. Weil die Hoffnung besteht, daß die "Arbeitslosen" und "SozialhilfeempfängerInnen" zur Adrenalinspritze des dahinsiechenden Linksradikalismus werden könnten. Weil sich aus den "Prekarisierten", zu denen sich vielleicht auch der ein oder die andere postuniversitäre Linke zählen mag, endlich jene Massenbewegung formen soll, die gemäß den eingemotteten Blaupausen linksradikaler Zirkel die Verhältnisse umstürzt.

Ganz abgesehen vom fraglichen Demokratieverständnis jeder avantgardistischen Politik: Wenn die Existenzgeldforderung nur taktisch gemeint ist, dürfte sich der oben skizzierte Impuls schnell erledigt haben. Entweder realisieren die Leute, daß ja überhaupt keine 1.500 DM plus Warmmiete gewünscht sind, sondern daß sie eigentlich am altbekannten Projekt der Revolution hier und jetzt mitmachen sollen - und winken ab. Oder es entsteht tatsächlich eine Bewegung, die die Forderung wörtlich nimmt und der die weitergehenden Erwartungen der Linken unter Umständen herzlich egal sind.

Formulieren die Linksradikalen dagegen von vornherein die Forderung wieder so um, daß ihre Verwirklichung mit dem revolutionären Bruch identisch wäre (etwa daß sie weltweit zeitgleich eingeführt und zugleich die Lohnarbeit abgeschafft werden muß), besteht die Gefahr, dort weiterzumachen, woran sie gerade gescheitert sind: in der Marginalität. Da hilft auch nicht das ausgefuchsteste Werbekonzept.

Spitzfindig könnte nun argumentiert werden, daß die Linken ruhig ernsthaft 1.500 DM plus Warmmiete fordern könnten, weil eh nicht die geringste Gefahr besteht, daß die Forderung erfüllt wird - auch wenn das viele erst

einmal denken. In der Tat reicht ein flüchtiger Blick auf die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse, um die Existenzgeldforderung sofort ins Reich der Utopien zu katapultieren. Außer der PDS diskutieren heute alle Parteien statt den Ausbau sozialer Sicherung lieber die Frage, wie der Sozialstaat umgebaut werden müsse, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, und landen fast unisono bei der Subventionierung niedriger Einkommen.

Erheblicher Widerstand findet sich aber auch jenseits des Establishments, selbst bei potentiellen Verbündeten. Die meisten LohnarbeiterInnen sehen es gar nicht ein, daß sie etwa auf ihre Rente verzichten sollen, um ein Existenzgeld zu finanzieren. Und selbst all denjenigen, die von der Einführung des Existenzgeldes unmittelbar profitieren würden, ist es wahrscheinlich kaum plausibel, warum Arbeitslose, MillionärInnen, Kinder, Hausmänner und LohnarbeiterInnen gleichermaßen Existenzgeld bekommen sollen.

Angesichts dieser Situation ist Existenzgeld tatsächlich erst einmal nur ein neues Chiffre für das alte Projekt, die Verhältnisse umzukrempeln. Die Frage ist allerdings, ob die Differenz zwischen der gesetzesförmigen Formulierung der Forderung und der Utopie ihrer Verwirklichung unhintergehbare Bedingung linken Engagements ist. Wenn das so wäre, dann ist das Nachdenken über Realisierungsprobleme, die Diskussion, mit welchen gesellschaftlichen Gruppen Bündnisse anzustreben sind, aber auch der Streit um die Höhe des geforderten Betrags schon ein Verrat am linksradikalen Charakter der Forderung. Eine Existenzgeldbewegung wäre unter dieser Voraussetzung nur dann wünschenswert, wenn all ihre Mitglieder zugleich Linksradikale wären und sie die Forderung letztendlich zugunsten des radikalen Bruchs mit den Verhältnissen verwerfen. Zu befürchten bleibt in diesem Fall jedenfalls, daß aus der Beschäftigung mit Existenzgeld dann nicht viel mehr herausspringt als ein kurzfristiger Hype in der spätlinksradikalen Szene und vielleicht ein paar neue AktivistInnen.

Utopie in Form eines Regierungsdekrets

Wenn die Existenzgeldforderung aber nicht nur Köder für führungsbedürftige Massen oder ein zeitgemäßeres Outfit für gescheiterte linksradikale Strategien sein soll, dann bedeutet dies, die Einführung des Existenzgeldes auch als Gesetzesprojekt gutzuheißen. 1.500 DM plus Warmmiete sind ja durchaus verlockend, und nicht wenige schlußfolgern aus ihren eigenen Träumen, daß dann quasi automatisch sowieso niemand mehr lohnarbeiten würde. Die Existenzgeldforderung ist in dieser Sichtweise so etwas wie eine listig formulierte Reform, die mit der Überwindung der Lohnarbeit identisch wäre.

Mal abgesehen von den skizzierten Kräfteverhältnissen und ungeachtet der anderen Widersprüche, die mit der Abschaffung der Lohnarbeit ja noch keineswegs verschwunden wären, wird in diesem verlockenden Gedankenspiel meilenweit die Funktion der Lohnarbeit als Vergesellschaftungsmodus Nummer 1 unterschätzt. Der Zwang zur Lohnarbeit vermittelt sich in der BRD eher selten durch ein Unterschreiten der absoluten Reproduktionsgrenze des einzelnen (sprich: Verhungern) noch allein durch ein Unterschreiten des notwendigen finanziellen Backgrounds, um am gesellschaftlichen Leben angemessen teilhaben zu können. Lohnarbeitsverhältnisse stehen im Zentrum gesellschaftlicher Anerkennung - selbst in unseren Kreisen. Genau hier liegt die Gefahr, daß sich aus dem Gesetzesprojekt Existenzgeld ein schlanker Sozialstaat entwickelt, der die Gesellschaft um so nachhaltiger spaltet.

Existenzgeld läßt sich durchaus als moderne soziale Absicherung von hochqualifizierten und flexiblen DienstleisterInnen denken, die zwischen kurzfristigen Jobs leider immer wieder mal erwerbsarbeitslos sind, aber im Gegensatz zu Geringqualifizierten prinzipiell wieder an Lohnarbeit kommen können. Dieser potentielle Interessengegensatz, dem eine gleichzeitige radikale Arbeitszeitverkürzung die Sprengkraft nehmen kann, sollte nicht geleugnet werden, wenn postuniversitäre Linksradikale und Bohemiens ein Bündnis mit den Marginalisierten suchen.

Dennoch gibt es Gründe, für ein Existenzgeld als Gesetzesprojekt zu kämpfen, nämlich sofern es für eine Strategie steht. Mit dem Existenzgeld wären weder der Kapitalismus noch all die anderen gesellschaftlichen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse überwunden. Aber es besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich durch die Minderung des Zwangs zur Lohnarbeit die Ausgangsposition verbessert, sowohl das Lohnverhältnis abzuschaffen als auch die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse anzugehen. Die aktuellen Anstrengungen müßten sich dann in gleicher Weise auf die Durchsetzung des Existenzgeldes wie auch auf die Verknüpfung der Forderung mit weiterreichenden Zielen richten.

Mit Existenzgeld als Strategie dürfte die Linke Realisierungsprobleme, sowohl bezüglich der Kräfteverhältnisse (etwa welches Verhältnis zu den Gewerkschaften eingenommen werden sollte) als auch in technischer Hinsicht (etwa ob die Rentenkassen zugunsten des Existenzgeldes aufgelöst werden sollten oder ob auch Kinder voll existenzgeldberechtigt sind), gerade nicht beiseite schieben. Die Diskussion der Realisierungsprobleme, die auch im Verwerfen der ursprünglichen Forderung enden könnte, sogar Voraussetzung für die Entstehung einer systemkritischen Existenzgeldbewegung, sofern sie nicht sich selbst genügen will, sondern auf die Durchdringung der Gesellschaft zielt.

Ohne Zweifel liegt in der Diskussion der Realisierungsprobleme die Gefahr, zugunsten aktueller Machbarkeit - etwa bezüglich der Finanzierbarkeit, der Verfassungskompatibilität oder der Suche nach mächtigen Verbündeten - das utopischen Ziel der Forderung aus den Augen zu verlieren, sprich: "einverleibt" zu werden. Diese Gefahr beginnt aber weder mit der Diskussion der Realisierungsprobleme noch wäre sie mit der Konzentration auf utopischen Potentiale gebannt. Würde tatsächlich eine breite Existenzgeldbewe- gung entstehen, ließen sich weder die Diskussion der Realisierungspro- bleme noch die Formulierung konkreter Gesetzesinitiativen verhindern, geschweige denn die partielle Übernahme durch die politischen Gegner.

Egal, wie unvermittelt die Forderung vorgetragen wird: Die einzige Garantie gegen die Vereinnahmung einer Bewegung wäre ihre Irrelevanz, alles andere ist eine Frage des fortwährenden Kampfs innerhalb der Bewegung und des eigenen Engagements.

Von der anderen, der utopischen Seite her betrachtet, kommt es also darauf an, die Diskussion so zu organisieren, daß die Realisierungsprobleme mit der systemüberwindenden Perspektive möglichst eng verkoppelt werden. Allein den Zwang zur Lohnarbeit mindern zu können, reicht als Perspektive freilich bei weitem nicht aus. Zu Recht lernte die Linke in den vergangenen Jahrzehnten, daß die anderen Widersprüche - Geschlechterverhältnis, Rassismus, Nationalismus, gesellschaftliche Naturverhältnisse - eben gerade nicht im Kapitalverhältnis aufgehen. Die Existenzgeldforderung rüttelt zwar an einer der zentralen Säulen der Vergesellschaftung. Die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse löst sie nicht, aber sie wirkt sich auf diese massiv aus. Deshalb ist es entscheidend, die Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen mit den anderen gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem integralen Moment der Strategiediskussion zu machen.

In jedem Fall hieße das, die Existenzgeldforderung in ihren Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Verhältnisse zu diskutieren (und unter Umständen zu verwerfen), anstatt das goldene Zeitalter zu versprechen oder gemäß der bisherigen Praxis der radikalen Linken die Forderungen aus den einzelnen Verhältnissen unverbunden nebeneinander aufzulisten.

Die Chance, die das Existenzgeld bietet, ist eine Re-Formierung der Linken, die nach 25 Jahren neoliberaler Konterrevolution systematisch desartikuliert ist, sich zerstreut hat. Es gibt gewiß mehr Linke, als es den Anschein hat, aber es gibt keine Linke mehr, nicht zuletzt, weil es sehr schwierig geworden ist, zu sagen, wer oder was links ist - es sei denn, der eigene Standpunkt wird zum alleinigen Kriterium. Der Ausgang dieser Re-Formierung ist höchst ungewiß, weil die gesellschaftliche Entwicklung schlicht nicht zu planen ist. Aber wie zum Teufel sollen sich die Verhältnisse ändern, wenn nicht durch uns.

Frieder Dittmar

29. Rent a Goy. Nicht-jüdische Arbeitsmigration nach Israel

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:19

Mit der seit Ende der 80er Jahre einsetzenden Neo-Liberalisierung der israelischen Wirtschaft nehmen die sozialen Spannungen innerhalb der jüdischen Mehrheitsgesellschaft zu. Die seit 1993 stattfindende nicht-jüdische Arbeitsmigration nach Israel verändert die israelische Gesellschaft zusätzlich und setzt die zionistische Idee eines jüdischen Staates zunehmend unter Druck.

Eine im Zusammenhang mit den Turbulenzen auf der politischen Ebene bislang wenig beachtete Entwicklung der 90er Jahre, welche jedoch längerfristig erhebliche Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft haben dürfte, ist die Zuwanderung von nicht-jüdischen ArbeitsmigrantInnen nach Israel seit 1993. Mit der damaligen Unterzeichnung der Oslo-Verträge zog die Regierung Rabin/Peres - unter dem üblichen Vorwand der berechtigten israelischen Sicherheitsinteressen - sämtliche Arbeitsgenehmigungen für palästinensische ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten zurück, die in Betrieben innerhalb der Grenzen des Staates Israel arbeiteten. Diese hatten bis dahin als Pool flexibler und billiger Arbeitskräfte für die israelische Wirtschaft gedient. Nach offiziellen Angaben sollte diese Maßnahme die Infiltration israelischen Staatsgebietes durch Angehörige des militärischen Untergrundes der Hamas verhindern. Wahrscheinlich aber verfolgte die damalige Regierung mit dieser - in Bezug auf ihre offizielle Begründung wirkungslose - Maßnahme vor allem wahltaktische Ziele: Erstens konnte sie dadurch den Eindruck erwecken, konsequent gegen die Bedrohung der israelischen Zivilbevölkerung durch Selbstmordattentäter der Hamas vorzugehen. Zweitens konnte sie dadurch der jüdischen Bevölkerung suggerieren, die Oslo-Verträge würden langfristig zu einer "Entflechtung" der jüdischen und palästinensischen Bevölkerungen führen, nach dem Motto "Hohe Zäune machen gute Nachbarn." Tatsächlich gab es in jener Phase unter hohen Vertretern der Arbeitspartei Ideen von einem Mauerbau entlang bestimmter Abschnitte der Grenze zwischen dem israelischen Staatsgebiet und den besetzten Gebieten. Der Likud widersetzte sich derlei Projekten mit dem Argument, dadurch werde die Trennung zwischen dem israelischen Staatsgebiet und "Judea & Samaria", d.h. der besetzten Westbank, festgeschrieben.

Abgesehen von der verschärften ökonomischen Strangulierung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, welche die Regierung Rabin/Peres schulterzuckend in Kauf nahm, mußte sie nach Wegen suchen, den fortdauernden Bedarf der israelischen Wirtschaft an billigen und flexibel einsetzbaren Arbeitskräften zu bedienen. Sie tat dies, indem sie - häufig mittels dafür engagierter Leiharbeitsfirmen - etwa 100.000 ArbeitnehmerInnen vorwiegend aus Rumänien, Thailand und den Philippinen importierte. Zusätzlich zu diesen regulären ArbeitsmigrantInnen leben heute nach vorsichtigen Schätzungen weitere 100.000 ArbeitsmigrantInnen aus afrikanischen, asiatischen und osteuropäischen Ländern ohne regulären Status in Israel, vorwiegend in den städtischen Ballungszentren (zum Vergleich: Die Bevölkerung Israels beläuft sich gegenwärtig auf 5,9 Millionen BürgerInnen). Sie arbeiten vor allem in der Bauindustrie, der Landwirtschaft, im Pflegebereich und als Ungelernte in den Dienstleistungsbranchen.

MigrantInnen als billige Arbeitskräfte

Diese im hebräischen Sprachgebrauch sogenannten "Fremdarbeiter" leben und arbeiten in Israel unter denkbar schlechten Bedingungen. Zwar räumt das israelische Arbeitsrecht grundsätzlich sämtlichen ArbeitnehmerInnen ohne Ansehen ihrer Herkunft und ihres rechtlichen Status eine Reihe von einklagbaren Rechten ein, etwa die Zahlung des Mindestlohnes (ca. 7 DM pro Stunde), 12 Tage bezahlten Jahresurlaub, 75%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kostenlose ärztliche Behandlung bei Arbeitsunfällen und anderen Notfällen, dreimonatigen bezahlten Mutterschaftsurlaub u.a. Jedoch nutzt nur ein geringer Teil der ArbeitsmigrantInnen diese Rechte, entweder aus Unwissenheit oder weil ihre ansonsten sehr schwache Position gegenüber Arbeitgebern und staatlichen Stellen es ihnen ratsam erscheinen läßt, ihre Rechte nicht einzuklagen.

ArbeitsmigrantInnen werden üblicherweise gezwungen, Arbeitsverträge über mindestens ein Jahr abzuschließen. Da ihr Visum nach der geltenden Gesetzeslage an ihren Arbeitsplatz gekoppelt ist, haben die Arbeitgeber ihnen gegenüber eine sehr weitgehende Machtposition. Sie nutzen diese Macht, um die

Lohnkosten zu drücken und ihre Verfügungsgewalt über diese billigen Arbeitskräfte zu vervollkommnen. Um von den Arbeitgebern unabhängiger zu sein und um sich ein größeres Maß an Bewegungsfreiheit zu bewahren, ziehen viele MigrantInnen es daher vor, ohne regulären Status in Israel zu bleiben.

Illegale, aber verbreitete Praxen sind beispielsweise die "Aufbewahrung" der Pässe von ArbeitsmigrantInnen und die teilweise Einbehaltung ihres Monatslohnes durch die Arbeitgeber. Häufig werden ArbeitsmigrantInnen nur nach Hinterlegung von erheblichen Geldsummen als "Sicherheitsgarantien" beim Arbeitgeber eingestellt. Damit soll eine Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses von Seiten der ArbeitnehmerInnen, etwa aufgrund schlechter Zahlungsmoral des Arbeitgebers, verhindert werden. Entscheiden sich ArbeitsmigrantInnen, gegen ihre Arbeitgeber zu prozessieren, nehmen sie das Risiko einer Kündigung in Kauf, die den eventuellen Verlust des Visums und damit die Gefahr der Abschiebung nach sich zieht. Zudem haben sie für die häufig erhebliche Dauer des Prozesses keine Arbeitserlaubnis.

Angesichts oft monatelanger Abschiebehaft für irreguläre ArbeitsmigrantInnen hat der israelische Oberste Gerichtshof im Februar 1998 nach einer Klage der israelischen Bürgerrechtsvereinigung die bis dato gesetzlich nicht geregelte Dauer der Abschiebehaft auf maximal zwei Wochen begrenzt und den Staat verpflichtet, im Bedarfsfall die Kosten der Abschiebung zu übernehmen.

Ein weiteres Problem ist die Gesundheitsversorgung der ArbeitsmigrantInnen. Nach der bestehenden Gesetzeslage sind ausgerechnet die Arbeitgeber verpflichtet, für die Krankenversicherung der von ihnen beschäftigten MigrantInnen zu sorgen. Der Effekt läßt nicht auf sich warten: Während 1996 nur 1% der gemeldeten Arbeitsunfälle ArbeitsmigrantInnen betrafen, waren diese gleichzeitig mit einem Anteil von 28% der tödlichen Arbeitsunfälle (im Bausektor sogar 39%) überrepräsentiert. Arbeitgeber tun gut daran, Arbeitsunfälle zu verheimlichen, da dies Inspektionen der Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz seitens des Arbeitsministeriums und die eventuelle Entdeckung von Beschäftigten ohne gültiges Visum (ein Vergehen, für das Arbeitgeber Geldbußen zahlen müssen) nach sich ziehen würde. Die meisten Arbeitgeber schließen zudem nur begrenzte Krankenversicherungen für die von ihnen beschäftigten "Fremdarbeiter" ab; viele verfügen über keinerlei Krankenversicherung.

Gesellschaftliche Umbrüche

Nicht-jüdische ArbeitsmigrantInnen sind eine neue gesellschaftliche Gruppe in Israel, die über keine ernstzunehmende Lobby verfügt. Lediglich eine Reihe von RechtsanwältInnen und einige PolitikerInnen der zionistischen und antizionistischen Linken setzen sich für ihre Belange ein. Eine systematische Zusammenarbeit zwischen der außerparlamentarischen antizionistischen Linken mit dieser Bevölkerungsgruppe gibt es bislang mit Ausnahme von Kav La'Oved (Workers' Hotline for the Protection of Workers' Rights), einer unabhängigen israelischen ArbeiterInnenorganisation, die außerhalb der Einheitsgewerkschaft Histadrut operiert, nicht (1). Die Histadrut ist bislang nicht an einer Zusammenarbeit mit den ArbeitsmigrantInnen interessiert. Der Grund dafür besteht darin, daß diese nicht an den Wahlen zur Histadrut teilnehmen können; das können nämlich nur israelische StaatsbürgerInnen.

Die Selbstorganisation der ArbeitsmigrantInnen steckt derweil noch in den Kinderschuhen und verläuft entlang sprachlicher Grenzen. Es gibt einige ArbeiterInnenkomitees und informelle Netzwerke unterschiedlicher Gruppen von ArbeitsmigrantInnen, die aber bislang kaum politisches Gewicht entwickeln konnten. Dies liegt nicht zuletzt an der starken polizeilichen Repression gegen jede Form der Selbstorganisation dieser Bevölkerungsgruppe. Die Journalistin Einat Fischbein berichtet in der Tel Aviver Wochenzeitung Ha'Ir (Die Stadt) in regelmäßigen Reportagen von anscheinend systematischen und teilweise gewalttätigen Verletzungen der Menschenrechte von ArbeitsmigrantInnen seitens der Polizei und anderer staatlicher Stellen. Dies läßt den Vorwurf des institutionalisierten Rassismus gerechtfertigt erscheinen, da es sich dabei um Maßnahmen handelt, denen jüdische Israelis aufgrund ihres auf ihrer jüdischen "Abstammung" basierenden rechtlichen Status nicht ausgesetzt sein können.

Unter der israelischen Bevölkerung hingegen scheint es bislang kaum negative Einstellungen gegenüber ArbeitsmigrantInnen zu geben. Eher überwiegt das Mitgefühl angesichts der seit 1996 häufig in der Presse zirkulierenden Berichte über haarsträubende Verletzungen der Rechte von ArbeitsmigrantInnen durch ihre Arbeitgeber. Auch die Vergewaltigung einer jüdisch-israelischen Frau durch einen thailändischen Arbeiter im

April 1998, die große Aufmerksamkeit in der Presse erfuhr, hatte keine negativen Reaktionen der israelischen Bevölkerung gegenüber der Gesamtheit der ArbeitsmigrantInnen zur Folge.

Allerdings bleibt dieses Mitgefühl meist ohne praktische Folgen. Eine erkennbare Solidarisierung mit den Betroffenen findet nicht statt. Bei steigender Arbeitslosigkeit und zunehmenden sozialen Spannungen in der jüdisch-israelischen Mehrheitsgesellschaft ist es nach Einschätzung von Kav La'Oved zudem nur eine Frage der Zeit, bis dem institutionalisierten und polizeilichen Rassismus gegenüber sogenannten Fremdarbeitern auch ein populärer Rassismus vor allem seitens der marginalisierten jüdischen Bevölkerungsgruppen folgen wird. Andererseits finden heute auch Heiraten zwischen Israelis und ArbeitsmigrantInnen statt, und Kinder von ArbeitsmigrantInnen wachsen in Israel auf. Sprich: Die trotz widrigster Rahmenbedingungen und staatlicher Repression fortschreitende Eingliederung dieser neuen Bevölkerungsgruppe in die israelische Gesellschaft wird die zionistische Idee eines jüdischen Staates in Zukunft zunehmend unter Druck setzen.

Die Regierung Netanjahu trat 1996 mit dem Vorsatz an, die Zahl der in Israel lebenden "Fremdarbeiter" drastisch zu reduzieren und statt dessen wieder mehr palästinensische ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten zu importieren. Dieser Vorsatz resultierte aus zwei grundsätzlichen Positionen des Likud: Entsprechend dem Anspruch dieser Partei auf ein Groß-Israel soll eine strikte Trennung, zum Beispiel eine Trennung der Arbeitsmärkte zwischen dem jetzigen Staat Israel und den besetzten Gebiete vermieden werden. Zudem besteht in national-religiösen Kreisen die Sorge, der propagierte jüdische Charakter des Staates könne durch die massive und längerfristige Zuwanderung nicht-jüdischer MigrantInnen nach Israel gefährdet werden. Palästinensische ArbeiterInnen hingegen leben getrennt von der jüdischen Bevölkerung in separaten Siedlungsgebieten und haben außerhalb ihrer Arbeitszeit normalerweise keinen Kontakt zu Israelis. Zudem läßt sich die Zahl der in Israel tätigen palästinensischen WanderarbeiterInnen aufgrund der unmittelbaren Nähe ihrer Siedlungsgebiete leicht regulieren. Tatsächlich erhielten bis September 1998 wieder etwa 60.000 palästinensische ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten Arbeitserlaubnisse zur Arbeit innerhalb des israelischen Staatsgebietes. Zusätzlich arbeiten mehrere Tausend PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten ohne Arbeitserlaubnis vor allem in der israelischen Bauindustrie, und weitere etwa 10.000 palästinensische ArbeiterInnen sind in Betrieben beschäftigt, die in jüdischen Siedlungen in der Westbank und Gaza angesiedelt sind.

Aufgrund der Konkurrenz mit den mittlerweile in Israel lebenden nicht-jüdischen ArbeitsmigrantInnen fällt es PalästinenserInnen heute schwer, nach jahrelanger erzwungener Abwesenheit wieder auf dem israelischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die israelische Wirtschaft sträubt sich zudem gegen massenhafte Abschiebungen von ArbeitsmigrantInnen und ihre Ersetzung durch palästinensische ArbeiterInnen mit dem Argument der fehlenden Planungssicherheit: Im Falle eines Attentats von palästinensischen Untergrundkämpfern auf israelische Zivilisten oder aus Angst vor Rache nach Exekutionen von Angehörigen des palästinensischen Untergrunds durch israelische Sondereinheiten riegelt die israelische Armee üblicherweise die besetzten Gebiete für einige Zeit ab, die palästinensischen Arbeiter können nicht mehr zu ihren Arbeitsplätzen innerhalb des israelischen Staatsgebietes gelangen.

Deshalb werden massenhafte Abschiebungen von irregulären ArbeitsmigrantInnen in ihre Herkunftsländer auch in Zukunft nicht durchsetzbar sein. Die Regierung Netanjahu hatte sich zum Ziel gesetzt, 500 Abschiebungen pro Monat durchzuführen. Währenddessen gelangen aber auch kontinuierlich neue ArbeitsmigrantInnen ins Land, so daß in absehbarer Zeit keineswegs mit dem Verschwinden dieser Bevölkerungsgruppe, sondern vielmehr mit der Etablierung eines weitgehend entrechteten Subproletariats nicht-jüdischer MigrantInnen in Israel gerechnet werden muß. Immerhin existiert seit April 1998 ein parlamentarischer Ausschuß, der sich mit den Belangen der "Fremdarbeiter" beschäftigen soll. Es ist noch zu früh, die Arbeit dieses Ausschusses einzuschätzen. Eine seiner ersten Maßnahmen war allerdings, sich die Forderungen des Komitees der schwarzafrikanischen ArbeiterInnen anzuhören und damit zum ersten Mal in einen politischen Dialog mit ArbeitsmigrantInnen einzutreten. So ermutigend dies zunächst klingen mag: Die Entscheidungsmacht bezüglich der meisten Anliegen von ArbeitsmigrantInnen bleibt jedoch beim Ministerium für Arbeit, beim Innenministerium und anderen Stellen, die nicht gerade für ihre Sensibilität gegenüber Belangen von ArbeitsmigrantInnen bekannt sind.

Achim Rohde

Anmerkungen:

Das Wort "Goy" ist die hebräische Bezeichnung für "Nicht-Jude".

1) Kav La'Oved veröffentlicht regelmäßige Informationsblätter. Anschrift: 78 Allenby St., Tel Aviv, Tel.: 00972-3-5102266, Fax: 00972-3-5173081, email: kavl@netvision.net.il

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Artikels des Autors für die Zeitschrift PERIPHERIE. Zeitschrift für Politik und Ökonomie der Dritten Welt, Nr. 73/74, die mit dem Schwerpunktthema "Macht und Herrschaft" im April im IKO-Verlag, Frankfurt erscheinen wird.

30. Deutsches Bier in Afrika. Agenda 2000: Weltmarktstrategien für die Landwirtschaft?

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:15

Die Agenda 2000, ein Reformpaket für die Agrar-, Struktur- und Finanzpolitik, gilt als bedeutendste Aufgabe unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Gleichzeitig ist sie Projektionsfläche für Hoffnungen und Ängste jeder Couleur. Bundeskanzler Gerhard Schröder will die Nettozahlungen Deutschlands an die EU verringern, um mehr "Beitragsgerechtigkeit" herzustellen. Frankreich lehnt einen möglichen Ausgleich durch eine Kofinanzierung des EU-Agrarhaushalts, dem mit jährlich 80 Milliarden Mark dicksten Brocken im EU-Budget, aus den nationalen Etats kategorisch ab. Doch in einem Punkt sind sich die französische und die deutsche Regierung längst einig: Im Interesse der "internationalen Wettbewerbsfähigkeit" wollen sie die garantierten Preise für Agrarprodukte drastisch herrunterfahren.

Obwohl die Agenda 2000 im Gegenzug direkte Einkommensbeihilfen für insgesamt acht Millionen Landwirte in Europa verspricht, demonstrierten am 22. Februar mehr als 40.000 Bauern aus ganz Europa anläßlich des EU-Agrarministertreffens in Brüssel. Sollte es tatsächlich zu Subventionskürzungen kommen, so ein französischer Sprecher der Bauernorganisation FDSEA, würde das "eine Welle von Zorn auf dem Lande" hervorrufen. Weil viele Landwirte befürchten, trotz der Einkommensbeihilfen reale Verluste hinnehmen zu müssen, haben sie schon mal einen kleinen Vorgeschmack geboten. Ein Teil der Bauern versuchte sich mit Pflastersteinen und abgebrochenen Verkehrschildern den Weg in das von 5.000 Polizisten abgeriegelte Europaviertel der belgischen Hauptstadt zu bahnen. Ob ebenso viele Landwirte den Weg zum "Entscheidungsgipfel" der EU-Regierungschefs Ende März in Berlin finden werden, ist derzeit noch ungewiß.

Der Landwirt als Global Player

"Die Welt ist klein geworden. Jeder spricht inzwischen vom globalen Dorf", versuchte Franz Fischler, EU-Agrarkommissar, im vergangenen Oktober den Bauern auf einer Landwirtschaftskonferenz den Weltmarkt schmackhaft zu machen. Europäische Produkte finde "man heute in fast allen Großstädten der Welt, unsere Biere sogar oft in den abgelegensten Dörfern Afrikas", erklärt er den Landwirten.

Obwohl sich mehr als 80 Prozent des Handels innerhalb des europäischen Binnenmarkts abspielen, schwört der Agrarkommissar vor allem auf die immensen Vorteile der Liberalisierung und Globalisierung für Lebensmittelindustrie und -handel. Seine Rechnung ist einfach: auf dem Binnenmarkt der EU seien - abgesehen von der geplanten Osterweiterung - nur begrenzte Zuwächse bei der Nachfrage zu erwarten, demgegenüber würde die Weltbevölkerung innerhalb der nächsten Jahre voraussichtlich um 85 bis 90 Millionen Menschen wachsen. Nach Ansicht Fischlers alles potentielle Konsumenten für europäische Produkte aus der Nahrungsmittelindustrie.

Fischler spricht sich gegen die bisherige Agrarpreispolitik aus, die nun mit der Agenda 2000 eine einschneidende Wende erfahren soll. Nach den gängigen Regelungen werden aus dem größten Haushaltsposten im EU-Budget vor allem Milchprodukte, Getreide und Rindfleisch mittels Interventionspreisen subventioniert. Diese künstliche Angleichung an das niedrige Weltpreisniveau widerspreche jedoch den Regelungen der Welthandelsorganisation WTO. Außerdem hält die EU angesichts der Osterweiterung die gängige Subventionspolitik für untragbar: Sie würde im Falle eines Beitritts den EU-Haushalt sprengen.

Weltmarkt-Dumping

Auch wenn die Agenda 2000 auf den Weltmarkt orientiert - "globale Verantwortlichkeit" steht nicht auf der Tagesordnung. Das ist zumindest der einhellige Tenor der entwicklungspoltischen Nichtregierungsorganisationen (NGO). "Den einzigen Hinweis, den die Agrarreformvorschläge auf globale Verpflichtungen enthalten, ist der Verweis auf die WTO-Konformität und die in diesem Jahr anstehenden Verhandlungen", so Rudolf Buntzel-Cano im "Kritischen Agrarbericht 1999".

Tatsächlich widerspricht nur die bisherige Unterstützung der EU-Landwirte durch Preisgarantien mittels eines variablen Zolls, staatlicher Interventionslager und Exporterstattungen für die Ausfuhr der produzierten Überschüsse den WTO-Regeln. Einkommensübertragungen in Form von Kuh- und Bullenprämien oder der

Flächenförderung pro Hektar und Durchschnittsernte, die im Gegensatz zu den Exporterstattungen nicht an Händler und Molkereien, sondern direkt in die Hände der Landwirte fließen, entsprechen hingegen den WTO-Ausnahmeregelungen.

Doch auch die "direkten Einkommensübertragungen sind nicht handelsneutral und werden in Kombination mit den verbleibenden Interventionszahlungen weiterhin einen Dumpingeffekt auf dem Weltmarkt haben", erklärt Buntzel-Cano. Wie zuvor wird eine hochsubventionierte Landwirtschaft der reichen Staaten - allein 1997 zahlten die Industrieländer 280 Milliarden Dollar - die Produzenten der armen Länder verdrängen.

Die verschuldeten Länder der Dritten Welt können es sich nicht leisten, durch Subventionen ihre Erzeugerpreise unter das Selbstkostenniveau zu drücken. Verbilligte Nahrungsmittel auf den Weltmärkten verdrängen weiter die vor Dumping ungeschützten Bauern in Asien, Afrika und Lateinamerika, deren Länder im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds ihre Zölle für ausländische Produkte abbauen müssen.

Die Folge: Länder der Dritten Welt geben ihre Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln auf und lassen sich von den billigen Nahrungsmittellieferungen aus Europa versorgen. Preissteigerungen auf dem Weltmarkt, auf die z.B. die EU-Kommission in Zukunft spekuliert, hätten verheerende Auswirkungen. "Die Erfahrungen mit den plötzlichen Getreidepreissteigerungen der Jahre 1994 - 1996 haben diese Gefahr drastisch vor Augen geführt", so das Forum Umwelt und Entwicklung, ein Zusammenschluß entwicklungspolitischer NGOs.

Quotierte Milch

Doch auch in Europa selbst wird die Agenda 2000 langfristig vor allem für die kleinen Landwirte unangenehme Konsequenzen haben. Trotz der Subventionspolitik sind in der EU in den letzten 20 Jahren 6,1 Millionen Arbeitsplätze im Agrarbereich abgebaut worden. Von den produktionsgebundenen Exportzuschüssen der EU, z.B. für Butter und Trockenmilchpulver, haben vor allem Molkereien, verarbeitende Industrie, Händler und indirekt die stark durchrationalisierten Betriebe der intensiven Massentierhaltung profitiert.

Die Neuordnung der Milchpolitik wird als einer der wichtigsten Bestandteile der Agrarreform angesehen und schon seit zwei Jahren von den Bauernverbänden kritisch beobachtet und diskutiert. Im Gegenzug zur Absenkung der Mindestpreise um 15 Prozent bis ins Jahr 2006 will Fischler die EU-weit festgelegte Milchquote erhöhen, in deren Rahmen die Bauern schon jetzt 20 Prozent über dem Milchbedarf des Binnenmarkts produzieren. Die Quote, die langfristig ganz fallen soll, gibt es seit 1984. Die Bauern dürfen nur soviel Milch melken, wie ihnen zugeteilt wurde und erhalten die künftig abgesenkten Garantiepreise von den Molkereien, die wiederum die Ausgleichszahlungen der EU kassieren. Als Ausgleich für die Verluste sollen die Bauern nun in Form von Kuhprämien produktionsunabhängige Zuschüsse erhalten.

Nach einem kurzfristigen Rückgang hofft Fischler auf einen Wiederanstieg der Preise für Butter und Milchpulver auf den Drittlandsmärkten. Sollten die Preise ansteigen, will der Kommissar die Zuschüsse absenken und so den EU-Haushalt sanieren. Der Weltmilchmarkt hat ein Volumen von 30 Millionen Tonnen, das sind lediglich fünf Prozent der Weltmilchproduktion. Mit zwölf Millionen Tonnen ist die EU der größte Exporteur. Allerdings mit einem Produktionspreis von 50 Pfennig pro Liter. Australien und Neuseeland müssen hingegen nur 30 Pfennig pro Liter aufwenden, haben aber ein geringes Produktionsaufkommen: Das Milchvolumen Neuseelands ist etwa mit dem Bayerns vergleichbar.

Die Bauern sehen in den angekündigten Kuhprämien keine Perspektive. "Das gilt generell für die Einkommensübertragungen, denen angesichts früherer Erfahrungen und leerer Haushaltskassen niemand traut", erläutert Wolfgang Reimer, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), einem Zusammenschluß von klein- und mittelständischen Bauern in Deutschland. Bei soviel Uneinsichtigkeit drohte der EU-Agrarkommissar im Januar des vergangenen Jahres 700 Allgäuer Landwirten auf einer Versammlung: Entweder sie akzeptieren die Weltmarktorientierung und die damit einhergehende Preissenkung, oder die Milchquote müßte um 20-25 Prozent zurückgeschraubt werden.

Angst geht um

Die Proteste der Landwirte gegen die Agenda 2000 sind unterschiedlich motiviert. Der konservative Deutsche Bauernverband, der traditionell die Großbetriebe vertritt, begrüßt zwar die Weltmarktorientierung, stemmt sich

aber mit aller Kraft gegen die Absenkung der Garantiepreise. Die AbL schwört auf Binnenmarktorientierung der Agrarproduktion und will sich für ökologische und soziale Kriterien einsetzen.

Allen sitzt die Angst im Nacken, die Verlierer der Agrarreform sein zu können, denn die Direkthilfen werden nach ihrer Einschätzung nicht ausreichen. Doch weil die Produktivität der Massentierhalter größer ist, werden sie länger durchhalten können, vermutet Wolfgang Reimer. Das Höfesterben der vergangenen Jahre und die weitere Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf wenige Großbetriebe wären die Folge. Ein allmählicher Abbau der Quoten würde ebenfalls zu dieser Entwicklung beitragen.

Kleinbauern in Österreich, von denen viele nur über ein halbes Dutzend Milchkühe verfügen, klagen schon heute, wenige Jahre nach dem Beitritt zur EU, über die Auswirkungen der EU-Agrarpolitik. Allein im Jahr 1998 mußten sie im Vergleich zum Vorjahr Einkommenseinbußen von zehn Prozent hinnehmen. Und die EU-Kommission zeigt sich gegenüber den Kleinbauern von der harten Seite: Wegen angeblichen "Wettbewerbsverzerrungen" untersagte sie dem Land Tirol Kompensationszahlungen von 1,4 Pfennig pro Milchliter für den umständlichen Milchtransport in den Alpentälern. "Wenn das Spiel mit den Märkten so weitergeht, bedeutet das in der alpinen Landwirtschaft, daß wir die Höfe zusperren müssen", so die österreichische Landwirtschaftskammer.

Falsche Hoffnungen

Obwohl zahlreiche Kritiker, vor allem aus dem entwicklungspoltitischen Spektrum, die in der Agenda 2000 angedeuteten Umweltkriterien für ein politisches Ablenkungsmanöver halten, setzt die AbL auf diesen Ansatz der Kommission. In vergangenen Jahren hatte sie die europäischen Agrarreformen noch wegen ihrer Ausrichtung auf den Weltmarkt grundsätzlich abgelehnt.

Die Strategie der AbL, einige positive Instrumente des EU-Vorschlags in den Vordergrund der Debatte zu rücken, stieß bei ihrem Dachverband, der europäischen Bauernkoordination CPE, zunächst auf Unverständnis. Doch mittlerweile sieht auch die CPE, deren Vorstand des öfteren mit Fischler berät, wenig Chancen "für eine Existenzerhaltung über Preise."

Die Alternativen der AbL und CPE sehen eine soziale und ökologische Qualitätsproduktion auf hohem Preisniveau für den EU-Binnenmarkt vor. So könnten auch kleiner dimensionierte Landwirtschaftsbetriebe mehr von ihren Erträgen und weniger von EU-Prämien leben. Gleichzeitig sollen Obergrenzen der EU-Förderung für durchrationalisierte Großbetriebe festgelegt werden. Auch mit sozialen und ökologischen Kriterien für EU-Fördergelder wollen sie der exportsubventionierten Dumpingproduktion der Agroindustrie einen Riegel vorschieben.

Die Grenzen der EU wollen die Bauernorganisationen ebenfalls gegen Dumpingprodukte von außerhalb abgeschottet wissen. In vielen Fällen beruht die Rationalisierung im Landwirtschaftsbereich auf der Anwendung von Antibiotika in Futtermitteln, der chemieintensiven Düngung und Unkrautvernichtung, sowie zunehmend auf Gentechnik.

Almosen für Kleinbauern

Den oben skizzierten Ansatz zur Geltung zu bringen, haben beide Organisationen abgeschrieben. "Man darf und kann nach unseren politischen Erfahrungen von der Kommission nicht erwarten, daß sie eine Politik macht, die den grundsätzlichen AbL-Positionen nahekommt", so der Vorsitzende der AbL, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Auch der CPE-Geschäftsführer Gérard Choplin will "retten, was zu retten ist: Obergrenzen und sozial-ökologische Standards".

Ein paar Brosamen hat die Kommission zu bieten. Neben den Prämien und reduzierten Interventionsfonds will sie einen EU-Fonds "ländliche Entwicklung" einrichten, mit dem neben Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen auch der ökologische Landbau gefördert werden soll. Der Haken: Maximal 10 Prozent des Agrarbudgets sind für die ganze Palette von Maßnahmen zur "ländlichen Entwicklung" vorgesehen.

Die Vorgaben zum Umweltschutz sind im Gegensatz zu den Preissenkungen in der Agenda 2000 nur sehr vage formuliert. Fischler bezeichnet das als "Basisregelung". Tatsächlich sieht der Agendatext vor, jedem EU-Mitgliedsstaat freizustellen, "das von ihm gewünschte Gleichgewicht zwischen intensiver und extensiver Erzeugung festzulegen".

Grüne EU-Parlamentarier befürchten nun, daß die bescheidenen ökologischen Ansätze der Agenda 2000 bei den kommenden Verhandlungen zerrieben werden: Zwischen dem machtvollen Beharren der Agrarindustrie, die bisherige Förderpolitik fortzusetzen, und dem Druck der Sparforderungen aus den Finanzministerien der Mitgliedsstaaten könnte die Ökologie aus der Agenda gestrichen werden.

Die Lobby des Agrarbusiness wird von der Kommission jedoch nicht mit Almosen abgespeist. Bereits Anfang 1998 konnte der Deutsche Bauernverband im Streit um die Agenda 2000 erste Erfolge verbuchen: Die Silo-Mais-Prämie, die zunächst abgeschafft werden sollte, bleibt nun erhalten. Aus diesem Budget gehen allein 50 Prozent der Zahlungen an Höfe mit intensiver Massentierhaltung in Deutschland. Ein Affront gegen die Umweltschützer, die sich für eine Tierhaltung auf der Wiese einsetzen, die ökologischer und arbeitsintensiver ist: Der Silo-Mais ist hingegen eine dünger- und pestizidintensive Ackerfrucht, die von Massentierhaltern an die im Stall lebenden Tiere verfüttert wird.

Agenda und Osterweiterung

"Mit der Osterweiterung wird der Binnenmarkt um 100 Millionen Verbraucher wachsen", jubelte Fischler im Oktober des vergangenen Jahres. Die polnischen Landwirte, zum größten Teil Kleinbauern, sehen derzeit jedoch wenig Grund zum Jubeln. Sie blockieren tagelang wichtige Hauptstraßen des Landes. Ihr Protest richtet sich gegen hochsubventionierte Produkte aus der EU, die den polnischen Markt überschwemmen.

Zum Beispiel Schweinefleisch: Die EU-Bauern steigerten 1998 ihre Produktion um 7 Prozent auf über 202 Millionen Schweine. Mit den Zuschüssen aus Brüssel können sie nicht nur die polnischen Bauern unterbieten, sondern schicken ihre Überschüsse auch noch als kostenlose "Lebensmittelhilfe" nach Rußland und zerstören damit diesen wichtigen Exportmarkt für polnische Landwirte.

Die polnischen Bauern liegen zwar mit einem Anteil von 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts über dem Durchschnitt in Europa, doch dazu benötigen sie 4,3 Millionen Menschen, das sind 28 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Mit anderen Worten: Die landwirtschaftliche Produktion in Polen ist unter EU- und Weltmarktkriterien völlig unproduktiv.

Das weiß auch der polnische Agrarminister. Trotzdem will er die polnische Landwirtschaft für den "freien Handel und die freie Konkurrenz" fit machen. Die Chancen stehen denkbar schlecht: Im Rahmen der Assoziierungsabkommen mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten (MOEL) können Exporte aus dem Osten blockiert werden, wenn die Marktanteile von Produzenten im Westen "ernsthaft bedroht sind". Zudem sind die Abkommen mit einer "Meistbegünstigungsklausel" versehen, wonach die MOEL den Beziehungen zu Produzenten in der EU Vorrang einzuräumen haben. Diese Regelung geht auf Kosten des Handels zwischen den MOEL selbst und zerstört so die gewachsenen Handelsbeziehungen.

Die Agenda 2000 sieht keine direkten Subventionen und keine garantierten Preise für Polen und die anderen Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft vor. Lediglich Investitions- und Strukturhilfen in Höhe von einer Milliarde Mark jährlich für alle fünf Beitrittsländer soll es geben. Diese im Vergleich zum EU-Agrarhaushalt bescheidenen Hilfen "können natürlich auch von den Wirtschaftsunternehmen der heutigen EU in Anspruch genommen werden", offeriert Fischler den agrartechnischen Ausstattern und der Chemieindustrie der EU.

Mit den durchrationalisierten und subventionierten Agrarbetrieben der EU kann die Landwirtschaft in Polen nicht mithalten. Im Falle eines EU-Beitritts rechnen Experten mit zwei Millionen Bauern, die in Polen aufgeben müssen. Wolfgang Reimer, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), bezeichnet den Fingerzeig der EU-Kommission, daß die Erwerbslosen in einer "prosperierenden Industrie Aufnahme finden könnten", als "irrige Annahme". Wahrscheinlicher ist, daß die damit einhergehende Verarmung der neuen EU-Bewohner eine Massenmigration nach Westen auslösen würde.

Deshalb werden die EU-Mitgliedsstaaten nicht müde werden, die Beitrittsperspektiven der Länder wieder und wieder zu bestätigen, um die Vorteile dieses enormen "Verbrauchermarkts" auch heute schon auszunutzen - und gleichzeitig werden sie es tunlichst vermeiden, einen definitiven Beitrittstermin in absehbarer Zukunft zu benennen.

Gerhard Klas

31. Assoziatives Handeln. Rückschau auf den "Kongreß Neoliberalismus weltweit - 25 Jahre ‚Modell` Chile"

Autor: Olaf Kaltmeier · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:01

Spätestens nach dem Niedergang des Staatssozialismus mit dem Fall der Berliner Mauer 1989, der Wahlniederlage der SandinistInnen in Nicaragua und der Konsolidierung des neoliberalen Modells nach dem offiziellen Ende der chilenischen Diktatur 1990 wurde allerorten das Ende der Solidaritätsbewegung in der BRD verkündet. Vor diesem Hintergrund erwarteten wir, das Institut für Theologie und Politik, die Zeitschrift Solidaridad und das Chile-Informationsbüro, allenfalls 150 TeilnehmerInnen für den internationalen Kongreß "Neoliberalismus weltweit - 25 Jahre ‚Modell` Chile", der vom 19. bis 21. November vergangenen Jahres in Münster stattfand. Doch bereits vor der Verhaftung des chilenischen Ex-Diktators Pinochet in London im Oktober 1998 zeichnete sich ein breites Interesse für den Kongreß ab. Und nach der Verhaftung Pinochets kam es zu einem wahren "Run" auf den Kongreß - aber aus organisatorischen Gründen konnten leider nicht mehr als 300 Leute teilnehmen. Bei diesem Kongreß kamen Menschen aus sehr verschiedenen politischen Spektren zusammen. Autonome "Anti-Neoliberalismus-Gruppen", gewerkschaftlich, feministisch und/oder ökologisch orientierte Kreise waren ebenso vertreten wie die Überreste der Chile-Bewegung und befreiungstheologisch inspirierten Gruppen.

Das Kongreßprogramm war in drei Abschnitte unterteilt: Im ersten Teil referierten Urs Müller-Plantenberg, Fabiola Letelier (Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation CODEPU) und Manuel Cabieses (Herausgeber der Zeitung Punto Final) über die historischen Grundlagen des Militärputsches in Chile und den Zusammenhang zur politischen Entwicklung in der BRD zu jener Zeit. Im zweiten Teil wurde dann in sechs unterschiedlichen Arbeitsforen, die jeweils mit VertreterInnen aus Chile und der BRD besetzt waren, eine kritische Analyse des Neoliberalismus in den Peripherien und den Metropolen unternommen. Im dritten Teil sollten dann Perspektiven für Widerständigkeiten angedacht werden.

Kritik

der neoliberalen Ordnung

Wurden in den verschiedenen Arbeitsforen, dem Titel des Kongresses entsprechend, die Gemeinsamkeiten des weltweiten Neoliberalismus herausgearbeitet, so wurde dennoch deutlich, daß es länderspezifische Differenzen gibt. So ist die heutige gesellschaftliche Ordnung in Chile durch die Erfahrungen aus nahezu 17 Jahren Militärdiktatur und durch das abrupte Ende des Projektes des "demokratischen Weges zum Sozialismus" durch den Putsch am 11. September 1973 gekennzeichnet. Für die Geschichte der BRD sind vor allem der Nationalsozialismus, dessen fehlende "Bewältigung" und der nachfolgende Aufbau der parlamentarischen Demokratie der "Bonner Republik" wesentlich. Prägend war auch die Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus im Kontext des "Kalten Krieges", mit einem sich sozialistisch nennenden Deutschland vor der eigenen Haustür. Als positiver Anknüpfungspunkt für linke Politik in der BRD wurde die 68er Revolte genannt.

Diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexte haben auch die Durchführung neoliberaler Politikprojekte geprägt. In Chile wurde der Neoliberalismus von der Diktatur Pinochets - unter völliger Neutralisierung von gesellschaftlichen Gegenkräften - eingeführt und von den post-diktatorischen Regierungen fortgeführt. In der BRD dagegen sind neoliberale Politikelemente über den parlamentarischen Weg, d.h. 1982 über die Wahl der konservativ-liberalen Koalition unter Helmut Kohl durchgesetzt worden.

Der Ökonom Rafael Agacino faßte die neoliberalen Transformationen des "Modells" Chile im Unterschied zu anderen Ländern, wie der BRD, folgendermaßen zusammen: "Die neoliberale Transformation ist hier so gut wie abgeschlossen. Es gibt nichts mehr, wogegen Widerstand geleistet werden könnte. Deshalb kann hier eine Volksbewegung nur auf der Basis neuer alternativer Vorschläge entstehen. Hingegen gilt es in Ländern, in denen noch ein Sozialstaat existiert, diesen zu verteidigen: z.B. die kostenlose Gesundheitsversorgung, die privatisiert werden soll - hier ist es wichtig, die Errungenschaften nicht einfach so aufzugeben."

Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß sich der traditionelle geographische Nord-Süd-Gegensatz im Zuge der neoliberalen Globalisiserung verändert hat. Fabiola Letelier strich heraus: "Die Kluft zwischen Nord und Süd verschwindet nicht. ... Schritt für Schritt schreitet die Einkommenskonzentration voran und verstärkt die soziale Desintegration und die Herausbildung ‚zweier Welten` auch im Inneren der Länder." Mit dieser Spaltung in zwei Welten, so fährt Letelier fort, ist auch eine Spaltung der Menschen in zwei Kategorien verbunden: "eine, die der anderen überlegen ist; eine herrschende und eine beherrschte." An diesen Punkt knüpfte Franz Hinkelammert vom ökumenischen Forschungszentrum DEI, Costa Rica an. Er unterscheidet im Neoliberalismus zwei gegensätzliche Konzeptionen von Menschenrechten: eine, die auf der Würde des Menschen basiert, und eine andere, die auf Eigentum basiert und die er im folgenden Marktrechte nennt. Dabei konstatiert er folgende Entwicklung: "Die Verwandlung der Wirtschaft in Wirtschaftskrieg und damit der Wettbewerbsfähigkeit in den obersten und einzigen Wert ist daher dabei, alle Menschenrechte im Namen der Marktrechte aufzulösen."

Dominierten in einigen Diskussionsforen eher diese theoretischen Aspekte, so stand in anderen, beispielsweise dem Forum "Internationalistischer Feminismus", die empirische Bestandsaufnahme im Mittelpunkt. Hier wurde herausgearbeitet, daß Frauen noch stärker von den neoliberalen Verarmungseffekten betroffen sind, wie Gisela Notz dies für die BRD deutlich machte. Für die Situation in Chile wies Isabel Cárcamo auf die krasse Ausbeutungssituation von Saisonarbeiterinnen im Fruchtsektor, einem der zentralen Pfeiler der chilenischen Wirtschaft, hin.

"Ein diffuser

gemeinsamer Wille ..."

Trotz spannender Diskussionen, interessanter, informativer und anregender Vorträge haben wir den Eindruck, daß das vielleicht Spannendste dieses Kongresses schwer in Worte zu fassen ist. Denn wie eine andere Ordnung aussehen könnte, wurde nur abstrakt diskutiert. So bezeichnet es Johannes Agnoli nicht als seine Aufgabe, Alternativen zu entwerfen, sondern eine radikale Gesellschaftskritik zu betreiben. Abstrakt gehe es ihm aber darum, Organisationsformen zu schaffen, die Zukunft antizipieren, d.h. solche, die mittels herrschaftsfreier Strukturen die Ideale von Freiheit und Gleichheit erfüllen. Der mexikanische Schriftsteller Paco I. Taibo II. betonte dagegen in seinem Eröffnungsvortrag "Lieber der Graf von Monte Christo als Lenin" die Vorrangigkeit der subjektiv-moralischen Komponente gegenüber hehren Idealen in der politischen Sozialisation.

Dennoch blieb die alte leninsche Frage "Was tun?". Ulf Baumgärtner faßt die jetzige Situation der transnationalistischen Linken in der Solidaridad (Nr.200) pointiert zusammen - eine Zusammenfassung, die auch als treffende Beschreibung des Kongresses dienen kann. "Es gibt einen diffusen gemeinsamen Willen zur globalen sozialen Befreiung, wie können wir dann zusammenfinden und zusammenwachsen zu neuen internationalen Bündnissen gegen die soziale Ausgrenzung? Ich weiß es nicht." Dennoch sind einige Tendenzen deutlich geworden. Gemein war den TeilnehmerInnen der deutschen Seite die kritische Distanz zur rot-grünen Regierung. Zwar gab es auch hier unterschiedliche Einschätzungen, doch insgesamt wurde deutlich, daß nicht die Parteien Träger von Befreiung sein können, sondern daß basisdemokratische, nicht-hierarchische soziale Bewegungen bzw. eine nicht näher definierte "Zivilgesellschaft" die entsprechenden gesellschaftlichen Akteure für eine wie auch immer geartete Gesellschaftsveränderung sind. Dies trifft sich mit den Positionen, die von chilenischer Seite vorgestellt wurden. Die einzige, die ein Bild einer alternativen Gesellschaft konkreter werden ließ, war die Soziologin Maria Mies mit der Perspektive der Politisierung der Subsistenz. Dem neoliberalen Allmachtsanspruch und dessen Proklamation des Endes der Geschichte im höchsten Stadium des Kapitalismus, was Mies mit TINA, "There is no alternative" bezeichnet, setzt sie plakativ die SITA ("Subsistence is the alternative") entgegen.

Angesichts der neoliberalen Globalisierung wurde sowohl von chilenischer als auch von deutscher Seite betont, daß in diesem Zusammenhang eine weltweite Verknüpfung im Sinne einer "Globalisierung von unten" notwendig ist. Dazu Hinkelammert: "Es ist keineswegs klar, wie sie aussehen könnte. Wir können allerdings sagen, daß jedes alternative Handeln nur als assoziatives Handeln möglich sein kann. Dabei kann kein Zweifel sein, daß solch ein assoziatives Handeln heute in globalen Dimensionen erfolgen muß, wenn es wirksam sein soll."

Mit dem Kongreß ist ein Schritt in die Richtung des assoziativen Handelns gegangen worden. Und dies nicht nur in Bezug auf den Austausch zwischen Nord und Süd, hier BRD und Chile, sondern gerade auch zwischen verschiedenen transnationalistisch engagierten Spektren in der BRD. Daß 60jährige BefreiungstheologInnen und 20jährige autonome AktivistInnen miteinander diskutierten und eine gemeinsame Verstehensbasis gefunden haben, war auf jeden Fall ein Erfolg des Kongresses. Denn Widerstand ist nur von einer bestimmten Positionierung aus zu denken, wie hier von der Grundlage der Ablehnung des Neoliberalismus aus, und Widerstand ist nur als Konnexion unterschiedlicher Kräfte zu betreiben. Denn, so die Einschätzung Reinhard Kößlers in dem Forum "Kulturelle Identitäten": "Gesellschaftliche Alternativen haben ihren sozialen Ort verloren". Sie seien beispielsweise nicht mehr (sollte dies jemals der Fall gewesen sein) dem einen Klassenbewußtsein des Proletariats zuzuordnen. Insofern müssen gemeinsame Interessen, Widerständigkeit und darüber hinaus auch gesellschaftliche Alternativen erst mühsam konstruiert werden - eine Art linke, transnationalistische Identitätskonstruktion wäre also zu bauen, die auf der Verbindung unterschiedlicher politischer Identitäten und Kontexte basiert.

Olaf Kaltmeier für die Vorbereitungsgruppe des Kongresses

Alle nicht weiter gekennzeichneten Zitate sind Auszüge aus den Reden während des Kongresses. Im Herbst `99 wird eine Zusammenstellung aller Vorträge veröffentlicht werden. Interessierte können sich schon jetzt beim Institut für Theologie und Politik melden: Graelstraße 29, 48153 Münster, Tel. 0251-524728; Fax: 0251-524788; e-mail: chile.kongress@t-online.de.

Außerdem möchten wir alle Interessierten einladen, sich an der Diskussion über den Kongreß (und darüber hinaus) zu beteiligen:

http//www.comlink.apc.org./itpol

32. Neoliberalismus am Ende? Neue Hoffnung für Mittelamerika?

Mittelamerika Bundestreffen vom 7.-9. Mai 1999 in Frankfurt/Main

Autor: Hessenkoordination der Nicaragua-Partnerschaften · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:38

Themen:

Die soziale, ökonomische und politische Situation in Mittelamerika;

Solidaritätsarbeit im Jahre 00;

Perspektiven - Handlungsfelder - Strategien

Eröffnung mit: Vilma Nuñez (Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CENIDH in Nicaragua)

Arbeitsgruppen:

- Entwicklungsdenken und Entwicklungspolitik

- Weltwirtschaftsabhängigkeit und Entwicklungspolitik

- Projekte, Begegnungen, Zusammenarbeit von NGOs hier und dort

- Sozialstandards und Zukunft der Arbeit

- arbeitende Kinder

- Landfrage

- lokale Agenda

- Zur Rolle linker Parteien in Nicaragua

- Frauen

Podiumsdiskussion "Solidarität gegen Weltmarktkonkurrenz", angefragt: Vilma Nuñez, Heidemarie Wieczorek-Zeul (BMZ), Dr. Gern (KAIROS/Europa), Hans Branscheidt (medico), Rainer Falk (Weed).

Tagungsort: Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, Frankfurt/Main

Kosten: DM 70,-

Infos: bis 15.03.99 bei Michael Puhlmann, Tel. 06152/909553, ab 15.03.99 bei der Hessenkoordination der Nicaragua-Initiativen, c/o Verein Monimbó, Darmstädter Str. 23, 63128 Dietzenbach, Tel. und Fax: 06074/26891

VeranstalterIn: Hessenkoordination der Nicaragua Partnerschaften, unterstützt durch: Informationsbüro Nicaragua, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V./München, Infostelle El Salvador, Infostelle Guatemala, Infostelle Honduras, medico international

33. "Wir sind alle kleine Sünderlein." Zur Kritik der "Erlaßjahr 2000"-Kampagne

Autor: Moe Hierlmeier · Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:34

Die Erlaßjahr-2000-Kampagne hat sich zwei zentrale Ziele gesteckt. Zum einen tritt sie ein für einen weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder der Erde im Jahre 2000. Darunter versteht sie die Schulden, die unbezahlbar sind. Zum anderen fordert sie ein internationales Insolvenzrecht nach deutschem Vorbild, das zu einer völkerrechtlich verbindlichen Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinne eines fairen Interessensausgleichs zwischen Schuldnern und Gläubigern beitragen soll. Doch so sinnvoll diese Forderungen auf den ersten Blick sind, so problematisch ist die Argumentationsweise der Kampagne bei näherem Hinsehen.

Die Kampagne ist mittlerweile in ca. 40 Schuldner- und Gläubigerländern aktiv. Getragen wird sie vor allem von christlichen Gruppen. Bezug genommen wird auf eine alttestamentarische Tradition, die in Mose 3, Leviticus 25, 10 folgendermaßen formuliert ist: "Heiligt das fünfzigste Jahr und verkündet Freiheit für alle Bewohner. Ein Erlaßjahr soll es für euch sein." Ob sich die Kampagne zu Recht auf die biblischen Kontext beziehen kann, ist höchst umstritten (vgl. M. Ramminger in der ila 221).

Die deutsche Sektion der Kampagne wurde 1997 ins Rollen gebracht. Sie hat alle Elemente einer professionell geplanten Kampagne. Sie verfügt über ein festes Büro, für die PR-Arbeit wurden ein Aktionshandbuch, eine Ausstellung, Musterartikel in Lang- oder Kurzfassung sowie ein regelmäßig erscheinender Kampagnen-Kurier erstellt. Die Kampagne hat einen festen Terminplan: Inclusive Auswertungsphase soll sie am 30.6.2001 abgeschlossen sein. Bis dahin gibt es unterschiedliche Phasen mit unterschiedlichen Zielsetzungen. So spielt etwa bis zum G 7/8-Gipfel in Köln die Sammlung von Unterschriften unter den Erlaßjahr-Appell eine zentrale Rolle.

Durch den Schuldenerlaß sollen mehrere Teilziele ermöglicht werden. Die armen Länder sollen durch einen einmaligen Akt des Schuldenerlasses von der Last untragbarer Schulden befreit werden, um so eine zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen; dem unverhältnismäßig hohen Transfer von knappen Ressourcen aus den armen Ländern soll entgegengewirkt werden; den armen Ländern der Welt soll ein Weg zu wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit eröffnet werden; und dem wirtschaftlichen und sozialen Verfall soll entgegengewirkt werden.

Die Verschuldung der Länder der Dritten Welt zehn Jahre nach der IWF-Kampagne von 1988 wieder zu einem Thema in einer breiteren Öffentlichkeit gemacht zu haben, ist ein großer Verdienst der Kampagne. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, daß der Schuldenstand der Entwicklungsländer Ende 1997 ca. 2,17 Billionen Dollar betrug. Durch die Depression in Südostasien wird sich die Verschuldung wieder beschleunigen, mit katastrophalen Auswirkungen für die Bevölkerung. Auf der anderen Seite beinhaltet die Anlage und die Zielsetzung der Kampagne viele kritikwürdige Elemente.

Entschuldungsdiskurse

Nach Foucault bezeichnet der Begriff "Diskurs" sinngemäß die Art und Weise, wie über einen Sachverhalt geredet und geschwiegen wird. Im Diskurs haben sich demnach durch das Reden und Schweigen Machtverhältnisse eingeschrieben, die es zu analysieren gilt. Worüber also redet die Kampagne? Worüber schweigt sie?

Eines ihrer zentralen Argumentationsmuster könnte man als "Strikter-Ausgewogenheits-Diskurs" bezeichnen. Die Verantwortung für den untragbar hohen Schuldenstand liegt demnach "nicht nur bei den Schuldnern, sondern bei Schuldnern und Gläubigern." Nicht einmal dabei belassen es die Träger der Kampagne. Denn sie "macht die Mitverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern sowie den Banken und Regierungen des Nordens ... zum Thema." Die Reihenfolge der Verantwortlichen scheint bewußt gewählt. "Wir sind alle kleine Sünderlein", lautet der Titel eines Karnevalshits von Ernst Neger. Genau, sagt die Kampagne, deshalb laßt uns jetzt alle Abbitte leisten und als Ablaß die eine oder andere Null hinterm Komma streichen.

Die Argumentation der strikten Ausgewogenheit verdeckt von vornherein die Frage nach den Interessen und den Profiteuren der Verschuldungskrise. Es sind dies nicht nur die Banken, die fette Gewinne durch den Schuldendienst machen. Es sind auch multinationale Konzerne, die dadurch billigst an Rohstoffe gelangen. Und schließlich sind es viele Herrschende in den verschuldeten Ländern selbst (und nicht nur Kleptokraten wie Mobutu), die die geflossenen Gelder zum Ausbau ihrer Machtbasis einsetzten. Außen vor bleibt auch, inwieweit die Verschuldungskrise etwas mit der kapitalistischen Verfaßtheit der Weltwirtschaft zu tun hat.

Dies führt zu Kurzschlüssen und Fehleinschätzungen. Etwa wenn der UNDP-Entwicklungsbericht zustimmend zitiert wird, daß durch einen Schuldenerlaß die hochverschuldeten Länder "Mittel für Investitionen einsetzen (könnten), die allein in Afrika bis zum Jahr 2000 das Leben von rund 21 Millionen Kindern retten und 90 Millionen Mädchen und Frauen den Zugang zu elementarer Bildung sichern könnten." Warum sollten "die" Länder - wer auch immer damit gemeint ist - dies tun? Warum Investitionen Kinder retten sollen, bleibt offen. Jeder Mensch weiß heutzutage oder sollte es zumindest wissen, daß Investitionen gravierende soziale und ökologische Probleme nach sich ziehen können. Aber die Frage nach der Qualität von Investitionen zu stellen, hieße, über die Macht und Interessen der Investierenden zu diskutieren. Bei einer analytischen Tiefenschärfe, die sich auf dem Niveau von "Länder des Nordens gegen Länder des Südens" bewegt, ist dies nicht möglich. Statt dessen wird die alte Mär vom produktiven Investitionskapital vorgekaut.

Indem die Frage nach den Machtverhältnissen und den Interessen der beteiligten Akteure ausgeblendet wird, hängen die angestrebten Teilziele völlig in der Luft. Wenn es etwa heißt, daß durch den einmaligen Akt des Schuldenerlasses eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglicht werden soll, drängen sich folgende Fragen auf: Wie soll dies geschehen? Wer sorgt dafür? Mit welchen Mitteln und warum? Welche strukturellen Bedingungen und Veränderungen müssen erfüllt sein, damit es nicht zu einer Wiederkehr des Immergleichen kommt? Wer definiert überhaupt, was eine zukunftsfähige Entwicklung ist? Die auffallende Unbestimmtheit bei der Analyse der aktuellen Herrschaftsverhältnisse und die häufige, unkritische Verwendung höchst interpretationsbedürftiger Begriffe wie "zukunftsfähig" korrespondiert in merkwürdiger Weise mit dem detaillierten Entwurf über ein zukünftiges internationales Insolvenzrecht.

Die Ausblendung der Machtverhältnisse ist nicht der Naivität der Beteiligten geschuldet, sondern liegt im strategischen Interesse der Kampagne. Hinter der "Wir sind alle kleine Sünderlein"-Strategie steckt die Hoffnung auf die große Macht der großen Zahl. Deshalb ist der Appell so formuliert, daß ihn selbst konservative christliche Kreise unterschreiben können: Der Papst hat dies mittlerweile getan, die deutsche Bischofskonferenz und viele andere mehr. Nur niemanden verschrecken, lautet die Devise. Denn die Überschuldung bedroht mittels Schuldenbumerang "nicht nur die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Betroffenen, sondern die der ganzen Gesellschaft." Also auch uns alle! Wie? "Durch Drogenhandel, Klimaveränderungen, Flüchtlinge (sic!) oder durch den Verlust von Exportmärkten für unsere (sic!!!) Industrie." Selbst die Banker können von einem Schuldenerlaß profitieren: "Jeder verantwortliche Bankier wird eher einer Regierung Kredit gewähren, die weitgehend frei von ‚Altlasten` ist, als einem völlig überschuldeten Land."

Ein Kriegsverbrecher als Vorbild

Geradezu ärgerlich wird es, wenn immer wieder die deutsche Geschichte bemüht wird, um die Notwendigkeit und die Legitimität der Kampagne zu rechtfertigen. Bezug genommen wird dabei insbesondere auf die Londoner Schuldenkonferenz von 1952, auf der die Vor- und Nachkriegsschulden des deutschen Reiches bzw. seines Nachfolgestaates BRD verhandelt wurden. Mit Verweis auf das Abkommen wird von der Erlaßjahr-Kampagne im Hinblick auf die heutige Verschuldungskrise argumentiert, daß 5% der in den Jahren 1994-96 durchschnittlich erzielten Exporteinnahmen als Obergrenze für die Zahlungsverpflichtungen gelten soll, da "diese Obergrenze einen angemessenen Spielraum für einen wirtschaftlichen Neuanfang läßt." An anderer Stelle heißt es zusammenfassend: " ... die Ziele des Londoner Abkommens (wurden) voll und ganz erreicht. Die verbleibenden Schulden erwiesen sich als gut tragbar und ermöglichten eine solide Finanzplanung ... Damit war das Londoner Schuldenabkommen ein wichtiger Baustein für den Wiederaufbau Westdeutschlands."

Der letzte Satz kommt fast einer Geschichtsklitterung gleich. Als ließe sich die Situation Deutschlands Anfang der 50er Jahre mit der Lage der verschuldeten Länder in der Dritten Welt vergleichen. Die BRD war auch nach dem Krieg ein hochindustrialisiertes Land mit einer hohen Kapitalproduktivität. Dies war vor allem die Folge des Modernisierungsschubs durch die Kriegswirtschaft der NS-Zeit. Der Kapitalstock war trotz

Bombardierungen zu ca. 85% erhalten geblieben. Die Schäden bei der Infrastruktur und im Transportsektor konnten mit Mitteln aus dem Marshallplan schnell behoben werden. Der Anteil der Schulden gemessen am Bruttosozialprodukt war nicht gravierend und durch den Korea-Krieg profitierte die Exportwirtschaft gewaltig. Die BRD wäre auch ohne Schuldenabkommen in der Lage gewesen, ihre Schulden zu bedienen. Das Abkommen war nicht der ökonomischen Situation geschuldet, sondern der politischen Lage der BRD als Vorposten im Kalten Krieg.

In ihrem Versuch, die Kampagne öffentlichkeitswirksam zu verkaufen, schrecken die Verantwortlichen nicht einmal davor zurück, den Nazi-Kriegsverbrecher Abs für seine kluge Verhandlungsführung beim Londoner Schuldenabkommen zu loben. Mehr als bedenklich sind auch die Äußerungen von F. Hütz-Adams, einem der treibenden Kräfte der Kampagne, in einer offiziellen Erlaßjahr-Broschüre, wenn er im Hinblick die Verschuldungssituation des Deutschen Reiches während der Weimarer Republik schreibt: "Ständige Neuverhandlungen, Umschuldungen, die Aufnahme neuer Anleihen und der Versuch des Deutschen Reiches, die Zahlungen zu umgehen, lähmten Anfang und Ende der zwanziger Jahre die deutsche Wirtschaft und führten zu einem wirtschaftlichen Chaos in Deutschland und Europa." In der Logik dieses Arguments liegt, daß die Verschuldungssituation mitverantwortlich für das Chaos war. Dem Versailler Vertrag und den dort vertretenen Siegermächten wird somit zumindest indirekt eine Teilschuld am deutschen Nationalsozialismus gegeben.

Damit werden aber die Zusammenhänge auf den Kopf gestellt. Die Mehrheit der Deutschen und vor allem die Generalität war nicht bereit, die Schuld für den 1.Weltkrieg zu übernehmen. Sie begriffen den Versailler-Vertrag als Schanddiktat; die Illegitimität des Vertrages war in weiten Kreisen Konsens und die Revision des Vertrages das Ziel. Dazu entwickelten die Militärs bereits ab Mitte der 20er Jahre, also noch vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, umfangreiche Kriegspläne. Das angebliche Diktat von Versailles dienten ebenso wie der Dawes- und der Young-Plan, die den Schuldendienst der Weimarer Republik regelten, als willkommene Anlässe für nationalistische Hetze. Es ist unerträglich, dies auch nur ansatzweise in Verbindung mit der Schuldenkrise der Länder der Dritten Welt zu bringen.

Das Ende des Lieds

Wieder einmal eine Kampagne, die furchtbar gut gemeint ist, aber kräftig nach hinten losgeht. Sie gehorcht streng der Logik der Machbarkeit und der Realpolitik, die zugleich die Logik der Schwäche und der Ohnmacht ist, und reproduziert dementsprechend ihre Mythen, die da heißen: Eine Welt, wir sitzen alle in einem Boot, die Einsichtsfähigkeit des aufgeklärten Unternehmers, Problemlösung an runden Tischen usw. Damit fällt die Kampagne meilenweit hinter einen auch in den Kirchen erreichten Diskussionsstand zur Schuldenkrise zurück. Um auf Foucaults Fragestellung zurückzukommen: Wenn die Kampagne redet, redet sie über viel Unerhebliches oder schlicht Falsches; wenn sie schweigt, verschweigt sie Essentielles.

Moe Hierlmeier

Dieser Artikel erscheint im April in der Köln-99-Broschüre des BUKO-Arbeitskreises Weltwirtschaft.

Zu beziehen bei: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Dieser Artikel erscheint im April in der Köln-99-Broschüre des BUKO-Arbeitskreises Weltwirtschaft. Zu beziehen bei: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32, 22765 Hamburg.

34. Intervention und "nationale Revolution" im Kosovo. Interview mit Shkelzin Maliqi

Interview mit Shkelzen Maliqi

Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:14

Wenige Tage vor dem Abschluß der Verhandlungen in Rambouillet sprachen Boris Kanzleiter (freier Journalist, Berlin) und Ulf B. Andersson (Redakteur der schwedischen Wochenzeitung Arbetaren, Stockholm) mit Shkelzen Maliqi über die möglichen Auswirkungen einer Stationierung ausländischer Truppen im Kosovo, über den politischen Hintergrund der UCK und den Aufbau der kosovarischen "Parallelgesellschaft".

Shkelzen Maliqi arbeitet als Publizist in Pristina. Anfang der neunziger Jahre zählte er zu den Gründern der Sozialdemokratischen Partei des Kosovo, deren Vorsitz er zeitweise einnahm. 1993 verließ er die Partei wieder und betätigt sich heute hauptsächlich im parallelen Bildungswesen, das im Kosovo nach der Schließung der Schulen und Universitäten für die albanische Bevölkerung durch die staatlichen Autoritäten aufgebaut wurde. Er ist Mitarbeiter des Fund For An Open Society und war als unabhängiger Intellektueller Teilnehmer der kosovo-albanischen Delegation bei den Verhandlungen mit der Belgrader Führung im letzten Jahr.

Wenn es zu einem Verhandlungsergebnis in Rambouillet kommt, wird es wohl eine Form der Intervention von NATO-Mitgliedsstaaten im Kosovo einschließen. Innerhalb der europäischen Linken werden dagegen Vorbehalte laut. Gibt es Alternativen zur NATO-Intervention?

Es wird irgendeine Form der Intervention geben. Wenn es keine von der NATO getragene Intervention gibt, muß eine andere Form gefunden werden. Aber im Moment ist die NATO die stärkste Kraft und die Amerikaner nutzen dies natürlich. Im April wird die NATO ihr 50-jähriges Bestehen feiern und möchte gerne davor im Kosovo Fakten schaffen. Mit der Intervention im Kosovo würde sich die NATO für die nächsten Jahre eine Art Legitimität für ihre Existenz verschaffen. NATO hat den strukturellen Vorteil, daß sie stark ist und seit 50 Jahren besteht. Sie nutzt diesen Vorteil, während die alternativen Strukturen neu und instabil sind und mit ihr nicht konkurrieren können. Die Linke hat berechtigte Kritik an der NATO, aber so wie es aussieht, kann sie kein alternatives Sicherheitssystem bieten. Es gibt allerdings eine Alternative, die von der französischen Regierung ausgearbeitet wird. Die Europäer könnten demnach möglicherweise alleine intervenieren und die USA überflüssig machen. Aber das ist weder eine linke noch eine rechte Option, sondern lediglich eine europäische Option ohne die Amerikaner. Es handelt sich hier um ein kompliziertes internationales Problem und es ist schwierig, Formen regionaler individueller Lösungen zu finden.

Einerseits würde eine NATO-Intervention die Position antiserbischer Kräfte im Kosovo stützen, andererseits gibt es auch die Sichtweise, daß eine NATO-Präsenz die Kräfte, welche eine vollständige Unabhängigkeit des Kosovo anstreben, zurückdrängen könnte...

Die Mehrheit der albanischen Parteien und Organisationen im Kosovo sind der Meinung, daß eine NATO-Intervention das Problem im Kosovo zumindest auf eine bessere Art und Weise lösen würde als eine Intervention der OSZE oder anderer Institutionen. Selbst in der Konstellation mit einer russischen Beteiligung ist es schwierig, sich eine andere Lösung vorzustellen. Vor allem die "Linken" im Kosovo, von denen sich viele selbst als Marxisten bezeichnen, sind der Auffassung, daß eine NATO-Intervention den Nachteil hätte, die aktuelle Situation zu zementieren und damit ein Hindernis wäre, die Unabhängigkeit zu erreichen. Allerdings sind die "linken" Gruppen im Kosovo nicht in dem Sinne "links", wie wir das verstehen. Sie nutzen vielmehr eine Art "linken" Diskurs mit einem entsprechenden Jargon, aber sie haben eine "Klassenposition" im wesentlichen verlassen und sind mehr an einer "nationalen Revolution" orientiert. Diese "linken" Gruppen haben eine wichtige Rolle für den Aufbau der UCK (Befreiungsarmee des Kosovo) gespielt und nehmen eine bestimmte Position in der Struktur der zentralen Kommandantur ein. Dies scheint ihrem Konzept einer bewaffneten "nationalen Revolution" zu entsprechen.

Inwiefern wurden diese albanisch-nationalistischen Strömungen im Kosovo in ihrer Entstehungsphase in den siebziger Jahren vom Regime unter Führung Enver Hoxhas in Albanien beeinflußt, das einen Sozialismus jenseits der sowjetischen oder jugoslawischen Prägung propagierte und eher am Maoismus ausgericht war?

Die älteren Mitglieder dieser Gruppen waren alle mit dem Enver Hoxha Regime verbunden. Viele von ihnen traten damals schon für die Unabhängigkeit des Kosovo ein und landeten dafür lange Zeit in jugoslawischen Gefängnissen oder im Exil. Diese Gruppen haben Mitglieder in der Schweiz, Deutschland und den skandinavischen Ländern. Es gibt zwei oder drei dieser Organisationen, und sie sind alle mit der UCK verbunden. Sie haben lokale Strukturen und Mitglieder in einer Reihe von Städten und Dörfern im Kosovo. Als Rugova 1990 versuchte, eine Koalition verschiedener albanischer Parteien und Gruppen aufzubauen, die spätere LDK (Demokratische Liga des Kosovo), traten die meisten der "linken" Gruppen nicht in diesen Prozeß ein, vor allem diejenigen nicht, die sich im Exil befanden. Einige allerdings beteiligten sich an der Koalition. Sie wollten ihre Politik innerhalb der Koalition weiterführen. Hydajet Hyseni beispielsweise, der zum Vizevorsitzenden der LDK avancierte, präferierte diese Option.

Kann man eine Zäsur ausmachen, wann diese "linken" Gruppen ihre Programmatik ausschließlich auf die nationale Frage ausrichteten?

Schon in den siebziger und achtziger Jahren hatten sie eine stärkere nationale als soziale Ideologie. Sie waren dafür, den Kosovo mit dem Albanien unter dem damaligen Staatschef Enver Hoxha zu vereinigen. Ein Motiv dafür war auch, daß sie die Kritik Hoxhas am jugoslawischen Sozialismus teilten. Sie bezeichneten das alte Jugoslawien als ein "revisionistisches" Regime, das den Kapitalismus wieder eingeführt hätte. Aber auch diese Kritik war eher rhetorisch, während sie sich hauptsächlich auf die nationale Frage konzentrierten. Als Hoxha starb und es später zum Kollaps des albanischen Systems und des sozialistischen Blocks kam, traten diese "Linken" in einen Zustand der politischen Verwirrung ein. Zu Beginn der neunziger Jahre gewannen Figuren wie Rugova dann einen stärkeren Einfluß, weil sie sich nicht auf eine spezifische politische Ideologie bezogen und sich ausschießlich auf die nationale Frage konzentrierten. Rugova und die anderen neuen Führungspersonen im Kosovo am Anfang der neunziger Jahre waren sehr fähig darin, das nationale Problem zu artikulieren und sie nahmen auch eine realistischere Position dabei ein. Sie wollten nicht unbedingt eine Sezession und gingen davon aus, daß eine Demokratisierung Jugoslawiens möglicherweise dazu führen könnte, daß sich ihre Forderungen durchsetzen lassen könnten. Sie dachten, daß freie Wahlen zu einem unabhängigen Parlament des Kosovo einen großen Fortschritt bringen würden.

Die älteren radikaleren Gruppen befanden sich damals wie gesagt in einem Zustand der Konfusion. Ihre Führungsperson Adem Demaci saß zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis. Als er entlassen wurde, hatte sich die neue Gruppe um Rugova bereits etabliert und während eines Besuches in den USA Beziehungen zu verschiedenen US-Politikern aufgenommen. Sie boten Demaci an, in ihrem Projekt mitzuwirken, aber er lehnte ab und wurde Präsident des "Menschenrechtskomitees". Demaci und die älteren Gruppen blieben zunächst im Hintergrund und spielten keine aktive Rolle mehr. Sie gingen nicht davon aus, daß die Unabhängigkeit mit demokratischen, parlamentarischen Mitteln zu erreichen wäre, und bereiteten sich auf einen bewaffneten Kampf vor. Zu diesem Zeitpunkt waren diese Gruppen aber sehr marginalisiert und Rugova dominierte die Szenerie. Allerdings erhielten die radikaleren Gruppen ihre Strukturen aufrecht und warteten in gewisser Hinsicht auf bessere Zeiten.

Was ist der politische Hintergrund Demacis?

Demaci war in den sechziger Jahren ein junger Schriftsteller und damals ein nur gemäßigter Nationalist. Allerdings wurde er dreimal inhaftiert und war der Dissident, der die längste Zeit im Gefängnis verbrachte. Dies trug dazu bei, daß er zur respektiertesten und einflußreichsten moralischen Autorität im Kosovo wurde. In den achtziger Jahren entstanden im Kosovo überall kleine Gruppen, die sich an ihm orientierten. Etwa 200 dieser Gruppen wurden verboten und ihre Mitglieder inhaftiert. Obwohl einige von den jugoslawischen Autoritäten erfunden waren, existierten doch tatsächlich die meisten. Anfangs orientierte sich Demaci ebenfalls am Enver Hoxha Regime in Albanien. Als er 1991 jedoch Albanien selbst besuchte und sah, was das Hoxha-Regime hinterlassen hatte, war er davon zutiefst desillusioniert. Er schrieb ein dickes Buch mit dem Titel "Selbstbetrug" über die Entwicklung in Albanien und entwirft darin einen merkwürdigen nationalistischen Mystizismus.

Wie sieht nun die Zusammensetzung der Delegation der Kosovo-Albaner in Rambouillet aus. Gibt es eine gemeinsame Plattform oder bestehen weiterhin die alten Spaltungen fort?

Die Delegation besteht im wesentlichen aus vier Gruppen. Zunächst aus Rugovas Strömung und ihren Satelliten, insgesamt gehören dieser Gruppe fünf Delegationsmitglieder an. Die zweite Gruppe besteht aus

Opponenten Rugovas, von denen einige aus den älteren "prosozialistischen" Strömungen stammen, die Anfang der 90er Jahre in Rugovas Allianz eingetreten sind. Eine der Hauptfiguren davon ist der bereits erwähnte Hydajet Hyseni. Diese Gruppe unterhält Verbindungen mit der Sozialistischen Partei Albaniens, die dort momentan regiert. Die dritte Gruppe ist die UCK, die drei oder vier Delegationsmitglieder stellt. Eine vierte Gruppe besteht aus zwei jungen Intellektuellen, die gute Verbindungen zu den USA unterhalten.

Ist es möglich, daß es im Fall einer NATO-Intervention zu einer tiefergehenden Spaltung zwischen den verschiedenen Kräfte kommt, weil der radikalere Teil dadurch die Perspektive auf die Unabhängigkeit gefährdet sieht, während der moderate Teil mit der NATO zusammenarbeiten wird?

Der potentielle Kristallisationspunkt für eine mögliche Spaltung der UCK ist die Frage nach der vollständigen staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo. Die internationale Gemeinschaft scheint entschlossen zu sein, keine vollständige Unabhängigkeit zu akzeptieren. Die radikaleren Elemente in der UCK könnten sich abspalten, falls die Führung den Kampf für vollständige Unabhängigkeit aufgibt. Es könnte sich ähnlich wie die PLO in Palästina entwickeln und eine radikale Kraft vergleichbar der Hamas entstehen. Der amerikanische Plan für den Kosovo ist dem Plan für Palästina relativ ähnlich. Sie versuchen, die Bewegung um eine bestimmte Person herum zu zentralisieren. In Palästina ist das Arafat, im Kosovo scheint es Rugova zu sein. Um diese Person versuchen sie einen mehrheitlichen Block zu schaffen. Dies bedeutet, daß möglicherweise radikalere Gruppen an den Rand gedrängt werden. Ein wichtiger Teil des amerikanischen Plans ist, daß möglichst bald Wahlen im Kosovo stattfinden sollen, um eine irgendwie legitimierte Regierung zu schaffen. Natürlich wird es dagegen Opposition geben, und möglicherweise wird eine beträchtliche Strömung entstehen, die die neue Struktur ablehnt. In bezug auf die UCK im speziellen muß man sagen, daß viele ihrer Führer lange Zeit im Untergrund gearbeitet haben und sehr radikal sind. Sie werden sich möglicherweise abspalten und weiter radikalisieren. Allerdings sind die UCK-Delegierten in Rambouillet eher moderat und haben eine realistische Position eingenommen. Der Leiter der UCK-Delegation ist ein sehr junger Militärkommandant mit dem Namen Hashim Thaci. Er wurde zum Leiter der gesamten Delegation der Kosovo-Albaner bestimmt und ist sehr einflußreich.

Wie sehen die Verbindungen des radikaleren Teils der Bewegung im Kosovo zu politischen Kräften in Albanien aus?

In Albanien herrscht momentan eine recht anarchische, chaotische Situation. Die Regierung in Tirana kontrolliert nicht das ganze Land. Die UCK hatte eine Basis im Norden bei Tropoja. Als es zu Konflikten mit kriminellen Banden kam, haben sie die Basis nach Kukes verlegt. Es ist offensichtlich, daß viele Waffen der UCK aus Albanien kommen. Die genauen Nachschubwege liegen aber im Dunklen. Möglicherweise unterstützt die albanische Regierung die Waffenlieferungen, wahrscheinlich gibt es auch eine Mitwirkung der CIA, aber wir wissen nicht, wie umfangreich sie ist. Auf jeden Fall nehmen auch Banden am Waffenhandel teil. Für sie stellt er ein großes Geschäft dar.

Wie könnte der Status der serbischen Minderheit in einem zukünftigen Kosovo aussehen? Rugova hat in seinem Parlament Sitze für die serbische Minderheit reserviert. Es gibt aber Berichte darüber, daß die UCK Serben entführt und getötet hat. Besteht die Gefahr ethnischer Säuberungen?

Ja, es stimmt, daß es Übergriffe auf die serbische Minderheit im Kosovo gibt. Aber die Relation ist völlig disproportional. Es werden viel mehr Albaner entführt oder ermordet als Serben. Man kann nicht von "ethnischen Säuberungen" sprechen, die die Serben beträfen, es handelt sich viel mehr um Racheakte auf lokaler Ebene. Aber diese können die Folge haben, daß Serben bestimmte Regionen verlassen. Solche Vorkommnisse spielen sich in kleinen Enklaven ab, während die serbischen Sicherheitskräfte im allgemeinen die Serben in bestimmten Regionen gut beschützen. Wir sollten auch nicht vergessen, daß die Serben meist sehr gut bewaffnet sind. Den internationalen Institutionen ist das Problem sehr bewußt, und der Schutz der serbischen Minderheit wird wahrscheinlich einen Teil der Vereinbarungen von Rambouillet bilden.

Existieren im Kosovo politische Kräfte, die explizit eine multiethnische Gesellschaft fordern?

Die meisten Parteien haben einige gut klingende Deklarationen in ihrem Programm, die besagen, daß sie die Rechte der ethnischen Minderheiten garantieren möchten. Sie sagen teilweise sogar, daß sie den Serben den Status als einer für das zu schaffende neue politische System konstitutionellen Gruppe und nicht nur als einer Minderheit einräumen wollen. Der andere Punkt, den die meisten Parteien in ihrem Programm einschließen,

ist, daß sie den Schutz von Kulturdenkmälern garantieren. Die serbischen Klöster könnten demnach sogar einen extraterritorialen Status genießen. Aber dies sind eher rhetorische Programmpunkte, die in Verhandlungen konkretisiert werden müßten.

Um auf ein anderes Thema zu sprechen zu kommen. Die albanische Bevölkerung des Kosovo hat nach der Einschränkung der Autonomie und der darauf folgenden Repressionswelle durch die serbischen Autoritäten Anfang der neunziger Jahre begonnen, eine sogenannte "Parallelgesellschaft" mit eigenen Institutionen zu schaffen. Die geschlossenen Universitäten, Krankenhäuser und viele andere Institutionen wurden unter eigener Regie wieder eröffnet. Inwiefern kann der Aufbau der Parallelstrukturen als ein Selbstorganisationsprozeß der albanischen Bevölkerungsmehrheit des Kosovo betrachtet werden, der basisdemokratische Züge trägt, oder stand der Prozeß unter der Kontrolle einer zentralen Führung?

Die meisten dieser Parallelstrukuturen sind nicht völlig neu entstanden. Sie existierten vor dem Verbot und bestehen nach dem Verbot auf eine andere Weise und in anderer Form weiter. Dem gesamten Bildungsbereich beispielsweise, der etwa 400.000 Schüler und Lehrer umfaßt, wurden praktisch über Nacht die Schulgebäude entzogen. Die albanischen Schüler und Lehrer mußten sich daher in kürzester Zeit neue Unterrichtsräume suchen. Die Schulklassen zogen in Privatwohnungen, Cafés oder Garagen ein. Diese Entscheidung wurde nicht von der Führung allein gefällt, es war dabei viel Spontanität im Spiel. Zwei oder drei Monate bevor von den serbischen Autoritäten die offizielle Entscheidung gefällt wurde, die albanischen Schulen zu schließen, begannen die Schulen sich bereits selbst zu organisieren, weil eine sehr angespannte Situation herrschte. Viele der Eltern wurden von ihren Arbeitsplätzen entlassen, viele Jugendliche wurden mißhandelt und belästigt. Im Falle meines Sohnes, der damals die Schule besuchte, war es so, daß das Schulgebäude geschlossen wurde und der Unterricht dann in der Wohnung des Lehrers weitergeführt wurde. Anfangs war die Situation natürlich etwas chaotisch, aber bereits im zweiten Schulhalbjahr war alles sehr gut organisiert.

Der Aufbau der parallelen Strukturen benötigte natürlich eine Finanzierung. Mindestens drei bis vier Millionen DM pro Monat wurden allein für die Auszahlung der Löhne des Lehrpersonals benötigt. Wenn man Heizkosten und sonstige Materialien mitberechnet, müssen mindestens fünf Millionen DM pro Monat aufgewendet werden. Der Finanzierungsbedarf schaffte eine ganze organisatorische Struktur, die alle möglichen Formen von Finanzkomitees, Tür-zu-Tür Sammelaktionen usw. einschloß. Natürlich weitete sich diese Finanzierungsstruktur auch nach Westeuropa aus, wo die Emigranten durch Spenden beitrugen. Die Emigranten haben zugestimmt, etwa drei Prozent ihres Einkommens zu spenden. Dabei handelt es sich nicht um erzwungene oder kontrollierte Zahlungen, sondern um freiwillige. Die Höhe differiert nach persönlicher Entscheidung. Es existiert außerdem ein "nationaler Fonds", in den die Familienoberhäupter zusätzlich zu den drei Prozent weitere etwa 1.000 DM einzahlen sollen.

Wenn so viele Menschen in einem derartig umfangreichen Maßstab Geld spenden, wollen sie sicherlich auch Mitspracherecht und Kontrolle über die Verfügung des Geldes ausüben. Gibt es Institutionen, die die Verteilung des Geldes überwachen?

Anfangs entwickelte sich der Prozeß sehr schnell und euphorisch. Es gab kaum Kontrollmechanismen über die Art und Weise, wie das Geld ausgegeben wurde. Aber nach etwa einem Jahr wurde die Spendensammlung etwas besser koordiniert und organisiert. Es wurde mit einer Buchführung begonnen. Aber der gesamte Prozeß befand sich unter der Kontrolle von Rugovas LDK. Dann entstand eine Auseinandersetzung zwischen der Exilregierung in Stuttgart und der Partei um die Kontrolle über das Geld. Vor allem in Deutschland wurde dieser Konflikt ausgetragen. Letztes Jahr wurde dann der LDK Exil-Premierminister Bujar Bukoski von der UCK stark angegriffen, weil er kein Geld für den bewaffneten Kampf zur Verfügung stellte.

Hat die UCK nach dieser Auseinandersetzung eine eigene Struktur zur Finanzierung aufgebaut?

Ja, einen Fonds mit dem Namen "Das Vaterland ruft". Er wird in der Schweiz verwaltet und wurde dort zeitweise von der Schweizer Regierung blockiert.

Sind abgesehen von den Parallelstrukturen im Kosovo auch Formen sozialer Bewegungen entstanden, wie beispielsweise Gewerkschaften oder Frauengruppen?

Alle größeren Parteien haben ihre eigenen Jugendgruppen und ihre eigenen Frauenorganisationen. Aber sie sind in die Parteistrukturen eingebunden. Manchmal allerdings agieren sie etwas unabhängiger von den Parteien und führen eigene Aktionen durch. Zum Beispiel die Jugendorganisation der LDK ist viel liberaler als die Partei selbst. Aber soziale Bewegungen, wie man sie in Westeuropa kennt, existieren in diesem Sinne nicht.

"Die Linke hat berechtigte Kritik an der NATO, aber so wie es aussieht, kann sie kein alternatives Sicherheitssystem bieten."

"... sie haben eine ‚Klassenposition` im wesentlichen verlassen und sind mehr an einer ‚nationalen Revolution` orientiert."

"Es könnte sich ähnlich wie die PLO in Palästina entwickeln und eine radikale Kraft vergleichbar der Hamas entstehen."

"Die meisten Parteien haben einige gut klingende Deklarationen in ihrem Programm, die besagen, daß sie die Rechte der ethnischen Minderheiten garantieren möchten."

"Dann entstand eine Auseinandersetzung zwischen der Exilregierung in Stuttgart und der Partei um die Kontrolle über das Geld."

35. Zwei "Wahlsieger" in Guerrero. Streit um Wahlergebnisse

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:16

Mit harten Bandagen ringen im südmexikanischen Bundesstaat Guerrero die regierende PRI und die linksoppositionelle PRD nach einem umstrittenen Wahlgang um das Gouverneursamt. Brisant ist die Auseinandersetzung vor allem aus zwei Gründen: Ein Durchmarsch der PRI könnte einer bewaffneten Antwort der beiden im Bundesstaat operierenden Guerillas willkommene Legitimität verschaffen. Andererseits geht es um die politischen Ausgangsbedingungen für den Wahlkampf um die Präsidentschaft nächstes Jahr.

Am 1. April wollen gleich zwei Politiker das Amt des Gouverneurs von Guerrero antreten. Nach dem offiziellen Ergebnis hatte der PRI-Kandidat René Juárez Cisneros bei den Wahlen am 7. Februar knapp die Nase vorn. Mit nur 17.000 Stimmen Vorsprung soll er vor Félix Salgado von der PRD liegen. Salgado und seine Anhänger jedoch erkennen dieses Ergebnis nicht an: "Wir werden nicht erlauben, daß Cisneros das Amt antritt", erklärte die nationale PRD-Führung einmütig.

Die Vorwürfe der PRD an die Adresse der Staatspartei PRI, die in diesen Tagen ihren 70. Gründungstag feiert, lauten wie bei vielen Wahlgängen in den letzten Jahren: Sie habe im Vorfeld des Urnenganges staatliche Gelder eingesetzt, um Stimmen "zu kaufen". Das Wählerverzeichnis sei manipuliert worden, so daß PRD-Anhänger teilweise nicht abstimmen durften, weil sie nicht registriert waren. In einer Reihe von Wahlkreisen sei auch nicht korrekt ausgezählt worden.

Wer nun tatsächlich in den Gouverneurspalast der Hauptstadt Chilpancingo einziehen darf, wird in den nächsten Wochen weniger von den Wahlbehörden als auf der Straße entschieden werden. Allein in Acapulco gelang es Salgado zweimal, mehrere zehntausend Menschen zu versammeln. Am 7. März soll eine Protest-Karawane mit 20.000 PRD-Anhängern nach Mexiko-Stadt aufbrechen. Die Forderung der PRD ist, daß die Stimmen neu ausgezählt werden sollen und daß "der Wahlprozeß gesäubert wird".

Daß die Parteien nach einem Wahlgang wochenlang über das Ergebnis streiten, ist in Mexiko mittlerweile zu einer Tradition geworden, die scheinbar niemand mehr vermissen möchte. Oft handelt es sich dabei nur um Schattengefechte, in Guerrero jedoch steht viel auf dem Spiel. Seit Jahrzehnten wird das zu den ärmsten Bundesstaaten zählende Guerrero vom Familienclan Figuerroa beherrscht, der den Bundesstaat mit harter Hand regiert.

Als Anfang der 70er Jahre zwei Guerillaorganisationen unter der Führung der beiden Dorfschullehrer Lucio Cabañas und Genaro Vazquez entstanden, reagierten die Regierenden mit brutalen Armeeeinsätzen, die mindestens 500 Menschen das Leben kosteten. Auch in der Folgezeit rissen die Konflikte zwischen Bauernorganisationen und PRI nie ab.

Im Sommer 1996 präsentierte sich als Reaktion auf Massaker an Mitgliedern oppositioneller Bauernorganisationen und auch der PRD mit der EPR eine neue Guerilla. Letztes Jahr tauchte zudem die ERPI auf. Gleichzeitig konnte sich die PRD auf der Grundlage der anwachsenden Bauernorganisationen stabilisieren. Im Gegensatz zu manchen anderen Bundesstaaten Mexikos ist die PRD in Guerrero daher eher eine Bewegungspartei und nicht bloß ein loser Wahlverein.

Spiel mit dem Feuer

Beide Guerillas hatten vor dem Urnengang erklärt, sie würden sich nicht in den Wahlprozeß einmischen, bei einem Wahlbetrug aber den "Willen des Volkes" verteidigen. Es verwundert daher nicht, daß PRD-Parteivorsitzender Manuel López Obrador Präsident Zedillo eine "große und gefährliche Verantwortungslosigkeit" vorwirft, den Wahlbetrug gerade in Guerrero zu decken, "wo schon seit langer Zeit viele Menschen den parlamentarischen Kampf aufgegeben haben und den Weg der Waffen gewählt haben."

Tatsächlich hat die EPR in einem Kommuniqué, das auf den 25. Februar datiert ist, einen möglichen Amtsantritt Cisneros am 1. April als eine "Kriegserklärung an das Volk" bezeichnet. Die ERPI beläßt es nicht bei Erklärungen und betrieb in drei Armenstadtvierteln von Acapulco bereits bewaffnete Propaganda. Dabei tauchten bewaffnete Kommandos in den Straßen auf und suchten den Kontakt mit der neugierigen

Bevölkerung. Die Maskierten versprachen "Hilfe im Kampf gegen den Wahlbetrug". Nur kurze Zeit später durchkämmten Polizei und Militär die Viertel, konnten die Guerilleros aber nirgends aufspüren.

PRD-Kandidat Félix Salgado läßt angesichts der angespannten Lage keine Gelegenheit aus, sich von den Guerillas zu distanzieren. "Wir protestieren friedlich", erklärt er seinen Anhängern. Gleichzeitig schiebt er der PRI die Verantwortung für eventuelle Gewalttätigkeiten zu.

Bisher scheinen die PRI weder die friedlichen Proteste noch die angedrohten bewaffneten Aktionen zu beeindrucken. Cisneros erklärte Anfang März vor Anhängern, er werde das Amt in jedem Fall übernehmen. Allerdings könne er sich vorstellen, mit PRD und Guerilla Gespräche zu führen. Gleichzeitig beorderte die Bundesarmee in den letzten Wochen laut Berichten des Tageszeitung La Jornada 6.500 zusätzliche Soldaten in das Gebiet der Costa Grande und die Region La Montaña, die beiden Gebiete, in denen die Guerilla über den stärksten Rückhalt verfügt.

Dem Urnengang in Guerrero kommt nicht zuletzt deshalb besonderes Gewicht zu, weil er in die Phase vor dem Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im Sommer 2000 fällt. Momentan rangeln sich in PRD und PRI eine Reihe potentieller Kandidaten um die Gunst des Publikums. Allein die rechtskonservative PAN hat mit Vicente Fox ihren Anwärter bereits auf das Schild gehoben. In dieser politischen Konjunktur ist es verständlich, daß Salgado seinen Kampf um den Gouverneursposten als entscheidend für die Präsidentschaftswahlen darstellt: "Der Wahlbetrug wird in Guerrero nicht durchkommen, weil wenn er hier stattfindet, wird er auch 2000 stattfinden", erklärte er.

Damit hat er sicher nicht ganz unrecht. Allerdings war die PRD in den letzten Monaten immerhin in der Lage, in den Bundesstaaten Zacatecas, Tlaxcala und Baja California Sur ihren Gouverneurskandidaten durchzusetzen. Außerdem hat Cuauthémoc Cárdenas bereits im Juli 1997 in Mexiko-Stadt die Bürgermeisterwahlen gewonnen. Nachdem die PAN bereits seit Beginn der 90er Jahre eine Reihe von Gouverneurswahlen gewonnen hat, scheint sich nun also auch die PRD als Regierungspartei auf bundesstaatlicher Ebene zu etablieren. Das Machtmonopol der PRI ist endgültig gebrochen. Ob die seit 70 Jahren auf nationaler Ebene regierende PRI es daher noch einmal schaffen kann, im Jahr 2000 ihren Präsidentschaftskandidaten ins Amt zu boxen, ist so unsicher wie nie zuvor - unabhängig davon, wer am 1. April in Guerrero Gouverneur wird.

Boris Kanzleiter

36. Chatami siegt an der Wahlurne. Erste Kommunalwahlen im Iran seit 1979

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:24

Am 26. Februar fanden im Iran die ersten Kommunalwahlen seit der Errichtung der Islamischen Republik 1979 statt. Der allgemein als Reformer bezeichnete Chatami kann sich durchaus als Sieger dieser Wahlen sehen. Die Wahlbeteiligung lag laut amtlicher Mitteilung bei 60%. Circa 70% der etwa 27 Millionen WählerInnenstimmen gingen an die Verbündeten Chatamis. In Teheran stellen sie zukünftig 12 der 15 Stadträte. Auch für die Frauen zeichnete sich ein Erfolg ab. Sie erhielten an 20 Orten die höchste Stimmenzahl. Dagegen konnte die Freiheitsbewegung, deren Kandidaten bis zuletzt erheblich behindert wurden, keinen Kandidaten durchbringen.

Für die Autoren bedeutete das Wahlergebnis einen ersten praktischen Erfolg: Sie gründeten den iranischen Schriftstellerverband erneut.

Im Vorfeld der Wahlen sprach Jan Keetmann mit Menschen aus verschiedenen Organisationen und Verbänden und führte ein Interview mit Kazem Kardawani über die Repression und Zensur gegen Schriftsteller.

"Im Sommer gehen alle Iraner, die es können, ins Ausland, da muß man nicht in der Hitze dieses Ding da tragen." Mit diesen Worten schiebt die Medizinstudentin Schirin das schwarze Kopftuch, das schon ganz herunterzugleiten drohte, wieder über ihren Kopf. Doch so weit nach vorne, daß es ihr mächtiger, dunkler Haarschopf nicht wieder zurückdrängen würde, gerät es ihr nie. In der hinteren Ecke des Lokales, in dem wir mit dem Ökonomiestudenten Dawud sitzen, geht das gerade noch, auf der Universität müssen ihre Haare vollständig unter das Tuch.

Auch Dawud hat Klagen: "Unter dem Schah hatte das Ausland zu viel Einfluß, aber der Dollar stand auf 70 Rial, heute muß man für einen Dollar über 8.000 Rial bezahlen." Ob sich viel geändert habe, seit der liberale Ayatollah Mohammed Chatami im Mai 1997 mit 70% der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, will ich wissen. "Er hat nichts Großes gemacht", meint Schirin, "er hat ja auch nicht die Macht dazu. Nun zeigen die Konservativen mit den Morden an den Intellektuellen, daß sie noch immer die Macht haben." "Über Chatami steht ja auch der religiöse Führer, der sich in alles einmischen kann", ergänzt Dawud, und Schirin pflichtet ihm sarkastisch bei: "Es heißt, wir hätten den religiösen Führer gewählt, ich kann mich aber nicht erinnern."

Tatsächlich stecken die Reformvorhaben Chatamis im Doppelgefüge aus Wahldemokratie und religiöser Herrschaft, das die Islamische Republik Iran kennzeichnet, fest. An der Spitze steht der "Religiöse Rechtsexperte", Faqih. Dieses Amt hat seit Chomeinis Tod 1989 der konservative Ayatollah Ali Chamenei inne. Gewählt wird der religiöse Führer durch einen "Expertenrat", der wiederum vom Volk gewählt ist. Doch die eigentliche Entscheidung geschieht schon vor der Wahl mit der Auswahl der Kandidaten.

Ähnlich verhält es sich beim Parlament: Ein "Wächterrat" aus sechs Theologen und sechs Juristen überprüft alle Gesetze, die das Parlament beschließt, darauf, ob sie mit der Verfassung und dem religiösen Recht, der Scharia, im Einklang stehen. Das gleiche Gremium entscheidet auch über die Zulassung der Kandidaten bei Parlamentswahlen. Gegen die Entscheidungen dieses Gremiums kann nur der religiöse Führer Einspruch erheben. Die Theologen des Wächterrates werden vom religiösen Führer ernannt, während die Juristen von der ebenfalls konservativen Justiz bestimmt werden. Chatami versucht dagegen seine Positionen zu stärken und hofft, daß die auf Fortschritt drängenden Wählermassen nach und nach trotz aller Hindernisse mehr und mehr reformorientierte Kandidaten in wichtige Positionen wählen. Sein an Gorbatschows "Glasnost" erinnerndes Reformvorhaben ruht auf drei Säulen: Einhaltung der Gesetze auf allen Ebenen. Es soll beispielsweise nicht mehr möglich sein, daß die Geheimpolizei mit richterlichen Blankohaftbefehlen Menschen nach Belieben auch über Monate festhalten kann. Zweitens Stärkung der Zivilgesellschaft, d.h. freiere Betätigung nichtstaatlicher Organisationen, wie Parteien, Gewerkschaften etc.; und drittens mehr kulturelle Freiheiten. Dazu kommen noch einige wirtschaftliche Punkte und die Öffnung gegenüber den westlichen Staaten.

Allerdings wird das Vertrauen der Bevölkerung in Chatamis Möglichkeiten auf eine harte Probe gestellt, wenn z.B. wie im Dezember nach einer Diskussion mit Chatami 50 an der Diskussion beteiligte Studenten einfach festgenommen werden. Ebrahim Yazdi von der "Freiheitsbewegung Iran"meint: "Während der Revolution wurden die Frauen stark politisiert und nachher am stärksten unterdrückt. Die Frauen haben großen Einfluß auf die politische Orientierung der Kinder, und das hat diese Bewegung hervorgebracht. Chatami ist ein Produkt dieser Bewegung."

Yazdi ist ein lebhafter Mann, der trotz seiner inzwischen ergrauten Haare einigen Einfluß auf die Studenten hat. In den 50er Jahren begann er, die Studentenschaft zu organisieren, und unterstützte den Nationalisten Mosaddeq, der das Erdöl nationalisierte, vom CIA aber weggeputscht wurde. Gegen den Schah konspirierte die "Freiheitsbewegung Iran" mit Chomeini, und 1979 wurde ihr Führer Mehdi Bazargan der erste Regierungschef nach der Revolution, und Ebrahim Yazdi war eine Zeitlang Außenminister. Wie Chomeini vertraten sie eine Synthese aus Islamismus und Nationalismus-Antiimperialismus, allerdings weit weniger radikal, und wurden im Zuge der Botschaftsbesetzung gestürzt. Seine bedeutende Rolle während der Islamischen Revolution und sein gemäßigter Standpunkt sichern Yazdi einen Rest an Betätigungsfreiheit, doch das Gebäude seiner Bewegung ist beschlagnahmt und ihre Zeitung verboten. Also wandern ihre Schriften nur als Kopien umher.

Strenger mit Chatami ins Gericht geht der Ingenieur Eschmatullah Tabarzadi von der in den letzten Jahren in Ungnade gefallenen "Vereinigung der Studenten und Graduierten". Für ihn ist Chatami zwar eine "geeignete Person für eine Veränderung, aber keine ideale". Chatami versuche zwar loyal zu der Bewegung zu sein, die ihn gewählt hat, "aber er gehört zum Klerus und ist in ihm aufgewachsen, und daher ist er ein Gefangener dieser Strukturen. Er ist oft zurückgewichen und ist nicht mutig genug."

Im Iran herrsche eine Minderheit im Namen Gottes und meine, sie stehe über den Gesetzen, gegen diese Ideologie und Mentalität müsse man kämpfen, sagt Tabarzadi. Tabarzadi wirkt angespannt, seinen grünen Mantel zieht er nicht aus, als wolle er gleich gehen. Die Wohnung, in der er uns empfangen hat, ist nicht seine, ihre reiche Ausstattung ist größtenteils aus dem Nachlaß eines vor kurzem ermordeten Freundes. Der von ihm geführten Vereinigung hat man ihre Büros weggenommen, und seine Veranstaltungen werden überfallen. Durchgeführt werden solche Überfälle von Schlägern aus der Gruppe "Ansar Hizbollah" (Freunde der Partei Gottes). Früher war Tabarzadi ein vehementer Verfechter der Islamischen Revolution und Anhänger Chameneis. Bei den Präsidentenwahlen gehörte er zu den Kandidaten, die im Voraus von den Listen gestrichen wurden. Allerdings hätte Tabarzadi - auch wenn er zugelassen worden wäre - keine große Chance gehabt.

Die persische Gesellschaft sieht auch die Anwältin Schirin Ebadi als den Motor einer Veränderung. "Eigentlich ist die Gesellschaft ja viel weiter als die Gesetze", meint Ebadi. "Z.B. ist es nach dem Gesetz erlaubt, ein Mädchen schon mit neun Jahren zu verheiraten, aber keine Familie würde dies tun. Ebenso kann ein Mann nach dem Gesetz bis zu vier Frauen heiraten, aber es wird nicht gerne gesehen, und wer eine zweite Frau heiratet, versucht es zu verheimlichen." Die Trägerin zweier Preise der internationalen Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch", hält es nicht für nötig, in ihrer Kanzlei irgendeine Kopfbedeckung zu tragen. Während der Revolution, meint sie, hätten die Frauen Veränderungen zu ihren Ungunsten in Kauf genommen, weil sie dachten, dafür etwas viel Größeres zu bekommen. Doch das habe sich geändert, und sie freue sich, daß nun selbst ganz konservative Frauen Forderungen vorbrächten, nach deren Äußerung sie sich früher erst einmal versteckt habe.

Sich nicht versteckt, aber sein Büro mit einem Eisengitter geschützt hat der Philosoph Abdolkarim Sorusch. Sorusch steht für eine intellektuelle Richtung, die den Islam modernisieren will. Sorusch sagt, er sei es leid, von den westlichen Medien immer wieder mit Martin Luther verglichen zu werden. "In einer tief religiösen Gesellschaft - ich weiß, daß das einige nicht gerne hören, aber der Iran ist eine tief religiöse Gesellschaft - geschieht jede Reform durch eine Reform der Religion. Z.B. hat jeder ein despotisches Bild von Gott, und das ebnet den Weg zu einer religiösen Diktatur." Die Re-Interpretation der Religion müsse "mit einem Auge auf die kulturellen und sozialen Angelegenheiten" erfolgen. Eine andere These zielt direkt auf das Interpretationsmonopol der Geistlichkeit, auf das sich auch ihr politischer Führungsanspruch gründet: "Es mag heilige Texte geben, aber es gibt keine heiligen Interpretationen. Hier haben wir unser menschliches Verständnis. Interpretation ist nicht das Privileg einer besonderen Klasse." Für Sorusch ist Chatami ein

Produkt solcher Ideen religiöser Intellektueller. Daß Chatami scheitern könnte, will er nicht einmal denken. "Der Himmel verbiete es," sagt Sorusch, "Chatami ist nicht nur unsere große, er ist auch unsere letzte Hoffnung."

Politik aus einem anderen Blickwinkel sieht der Ökonom Ra'ees Dana. Hinter den Konservativen stünde der Bazar, und die antiimperialistischen Parolen gegen die USA seien nur dazu da, daß einige Leute ihre Monopole aufrechterhalten können. Hinter den liberalen Muslimen, zu denen der verstorbene Mehdi Bazargan ebenso wie sein Nachfolger Ebrahim Yazdi zu rechnen ist, steht der Großgrundbesitz. Was den Kurs des Rial angeht, so kann Dana weder dem jetzt niedrigen Rialkurs, noch dem hohen Kurs zur Zeit des Schah viel abgewinnen. Der Schah habe den Rialkurs im Widerspruch zu seiner eigenen Politik der "Importsubstitution", d.h. dem schrittweisen Ersatz von Importgütern durch den Aufbau einer eigenen Industrie, hochgehalten. Davon habe damals aber nur eine ganz kleine Schicht profitiert, die mit ihren wertvollen Rials billig reisen und ausländische Luxusgüter einkaufen konnte. Von dem jetzt niedrigen Rialkurs profitierten nun die Exporteure traditioneller persischer Waren, wie Teppiche und Pistazien. Die vielen Rial, die sie für ihre Exporterlöse eintauschen könnten, würden diese Leute auch politisch stark machen. Wer so denkt, ist unbequem, und der linke Ökonom, der in England studiert hat, kennt das Gefängnis sowohl aus der Zeit des Schah wie aus der Zeit danach. Alle Gesprächspartner, auch die hier nicht erwähnten, waren sich einig, daß Chatami wirklich eine Veränderung will. Wie weitgehend diese sein wird, welche Entwicklungen ihr folgen werden, darüber gibt es keine Klarheit. Ebenso offen ist, ob sich Chatami durchsetzen wird. Allerdings gibt es mittlerweile eine reale Chance für grundlegende Veränderungen im Iran.

Repression gegen Schriftsteller

Kazem Kardawani ist Leiter der französischen Abteilung des Instituts für Sprachen an der Teheraner Universität. Kardawani gehörte einem Komitee von sechs Schriftstellern an, das sich gegen die Zensur wandte. Zwei Mitglieder des Komitees wurden im Dezember ermordet, ein weiteres Mitglied floh ins Ausland, während Kardawani in Teheran blieb. Ein Hauptanliegen Kardawanis ist die Gründung einer Autorenvereinigung im Iran.

Wer ist dafür zuständig, auf Ihren Wunsch, eine Autorenvereinigung zu gründen, zu antworten?

Kardawani: Diese Frage stellen wir uns auch. Mal werden wir vom Geheimdienstministerium, mal vom Islamischen Revolutionsgericht vorgeladen, und zuletzt hat das "Ministerium für religiöse Leitung" erklärt, daß es zuständig ist. Nicht nur die staatlichen Institutionen, sondern auch Presseorgane, wie die Tageszeitung Keyhan und die Monatszeitschrift Sobah, schreiben so, als hätten wir auch sie um Erlaubnis zu fragen. Diese beiden Publikationen sind stark an der Schaffung eines Klimas der Gewalt gegen Schriftsteller beteiligt. Diese Presseorgane nennen die Schriftsteller, ohne Beweise vorzubringen, Spione der Ausländer, Agenten fremder Mächte. Sehr befremdlich ist, daß, wer auch immer gegen solche Publikationen geklagt hat, nie irgend etwas damit erreicht hat. Die Artikel in Keyhan und Sobah zeigen, daß die beiden Presseorgane Zugang zu den Daten des Geheimdienstministeriums haben.

Was verstehen Sie unter einer Schriftstellerorganisation?

Die Iranische Schriftstellerunion ist eine Gewerkschaft und eine kulturelle Vereinigung. Ihr Hauptanliegen ist die Freiheit des Ausdrucks und der Idee und der Kampf gegen die Zensur. Wir haben aber bisher keine Erlaubnis für ein Treffen erhalten, auf dem die Schriftsteller ihre eigene Charta diskutieren und ihre Vertreter wählen können. Deshalb vermeiden wir es, den genauen Standpunkt der Schriftstellervereinigung auszudrücken, denn ich möchte vermeiden, daß meine persönlichen Interpretationen als der Standpunkt eines Zusammenschlusses angesehen werden.

Wie funktioniert die Zensur im Iran?

Es gibt verschiedene Erscheinungen der Zensur im Iran. Was die Pressefreiheit angeht, so kann sie nicht mit der Pressefreiheit zur Zeit des Schahs verglichen werden. Die Presseartikel werden vor der Publikation nicht zensiert. Doch nach der Veröffentlichung üben Regierungsorganisationen und parallele Organisationen Druck auf die Publikationsorgane aus. Die Zensur bei Büchern ist viel extensiver und geht tiefer. Ein Buch muß eine Publikationserlaubnis erhalten, bevor es publiziert wird. Dreimal ist eine Erlaubnis notwendig. Das erste Mal, wenn das Manuskript an das "Ministerium für religiöse Leitung" geht, damit es kommentiert wird. Das zweite Mal, wenn es gebunden wird. Das dritte Mal, wenn die Bücher aus der Druckerei ausgeliefert werden sollen.

Die Praxis ist seit Chatami besser geworden, aber es gibt immer noch viele Bücher, die seit vielen Jahren gedruckt in der Druckerei liegen. Und es ist hervorzuheben, daß die Verlage sowohl kulturelle als auch ökonomische Einrichtungen sind. D.h. wenn sie denken, daß ein Buch Schwierigkeiten vom Leitungsministerium bekommen könnte, dann verhindern sie selbst seine Publikation. D.h. die Zensur im Ministerium führt auch zu Zensur bei den Verlagen.

Was sind die sensiblen Punkte für die Zensur?

Der ironische Punkt ist, daß wir nicht einmal wissen, was in den Büchern eigentlich verboten ist. Denn diese Bücher werden von Leuten geprüft, die nichts von Literatur wissen und die nicht einmal irgendwie spezialisiert sind. Das sind Leute, die alle Arten von Büchern lesen und prüfen. Sie gehen nur nach ihrem persönlichen Gutdünken vor. Man kann nur in Betracht ziehen, wer gerade Minister ist und wie das politische Klima des Landes ist. Unter dem vorigen Minister Salim, der sehr streng war, gab es Bücher, denen eine Erlaubnis für die erste Auflage erteilt wurde, für die zweite aber nicht. Es gab einmal eine Zeit, in der das Ministerium für religiöse Leitung bei der Zurückweisung von Büchern die verbotenen Worte nannte. Das war aber nur eine kurze Zeit. Z. B. war das Wort "tanzen" unter den verbotenen Worten. Es gab ein Gedicht, in dem es hieß, daß ein Blatt tanzend vom Baume fiel, und sie haben gesagt, daß das Wort "tanzen" in diesem Gedicht nicht verwendet werden darf. Doch im Vergleich zu Herrn Salims Amtszeit haben sich diese Dinge sehr verändert. Jetzt braucht ein Buch nur noch eine Erlaubnis für die erste Auflage. Wir glauben, daß Bücher in der gleichen Weise publiziert werden sollten wie Zeitungen, und wenn es irgendwelche Probleme in den Büchern gibt, so können sie uns vor Gericht verklagen.

Was denken Sie über die Morde an den Intellektuellen?

Solange es keinen öffentlichen Prozeß mit Prozeßvertretern der Mörder gibt und solange nicht alle Aspekte an die Öffentlichkeit geraten sind, kann man nur eine Sache mit Sicherheit sagen: Die wenigen Leute, die die Morde begangen haben, waren nicht irgendwelche Leute. Die Art der Taten, die sie nicht nur jetzt, sondern seit vielen Jahren begangen haben, zeigen, daß eine mächtige Organisation hinter ihnen steht und sie starke Unterstützung haben. Wir warten darauf, daß dies aufgeklärt wird.

37. Machos, Militärs und Mythen. Diktatorendämmerung in Südostasien?

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:48

Wenn den abgehalfterten und noch amtierenden Diktatoren Südostasiens das gleiche Schicksal wie ihrem chilenischen Amtskollegen Augusto Ugarte Pinochet drohen würde, dann dürften sie fortan unbedachte Auslandsreisen in den Westen meiden. Die Vorstellung, beim medizinischen Checkup oder beim Shopping kurzerhand wegen begangener Schandtaten und Menschenrechtsverletzungen zumindest mit einer Anklageschrift konfrontiert zu werden, würde die Arroganz der Macht vielleicht mindern. Und den zahlreichen Opfern und ihren Hinterbliebenen böte ein solches Vorgehen zumindest die Genugtuung, daß ihre Peiniger nicht gänzlich unbehelligt ihren Lebensabend genießen. Natürlich wünschte man sich, daß darüber hinaus auch tatsächlich Gerichtsverfahren gegen sie in Ländern eröffnet würden, wo Verbrechen gegen die Menschlichkeit ernstgenommen und nicht einer letztlich lauwarmen politischen Justiz untergeordnet werden.

"Wenn die Militärs früher als die Vollstrecker der staatlichen Autorität gesehen wurden", schrieb Peter Eng in der Zeit (12.11.98), "dann wollen sie jetzt als Beschützer der Menschen gesehen werden. Die Wirtschaftskrise und die daraus entstehende Unruhe haben bereits Ex-Generäle als Opfer verlangt: Präsident Suharto von Indonesien und Premierminister Chavalit Yongchaiyudh in Thailand". Als Beschützer der Menschen? Wohl kaum. Es geht nach wie vor um die Machterhaltung der Militärs, wenngleich unter veränderten Bedingungen. Selbst wenn Suharto und sein Kollege (und früherer Generalstabschefs) in Bangkok ohne weitere Zeremonien abgetreten sind, hat das die Zitadellen militärischer Macht weder erschüttert geschweige denn, daß sie geschliffen wurden.

Selbst "zivile" Staatsmänner in der Region sind nicht gegen Begehrlichkeiten der Militärs gefeit; viele praktizieren selber ungeschminkt einen diktatorischen Umgangsstil, den man eigentlich für eine Domäne der Militärs gehalten hatte. Auch wenn einige südostasiatische Diktatoren und Generäle im vergangenen Jahr von der Bildfläche verschwunden sind, wäre es kurzschlüssig, daraus eine Zivilisierung - anstelle der Generalisierung der gesellschaftliche Verhältnisse abzuleiten.

Flecken auf dem Fell des Tigers

Suhartos geordneter Rückzug aus der Politik und die hurtige Kür seines Zöglings Bacharuddin Jusuf Habibie zum neu-alten Präsidenten sind - und das ist beileibe nicht spezifisch für Indonesien - Ausdruck eines schillernden Prozesses von Machtmetamorphosen. Deren Kern bildet die bemerkenswerte Fähigkeit zu Kollaboration und Kooptation.

Seit der Staatsgründung gelten in dem Inselstaat die Abri (die Streitkräfte) als nationbildende und identitätstiftende Institution. Suharto wies ihnen nach seinem gewaltsamen Machtantritt Mitte der sechziger Jahre überdies die Doppelfunktion (dwi fungsi) zu, neben der Abwehr äußerer Gefahren zudem im Innern sozialpolitisch zu wirken. Heute gibt es in Indonesien keine nennenswerte Institution oder Organisation, in der nicht Militärs direkt an den Schalthebeln der Macht sitzen oder diese zumindest im Hintergrund bedienen. In Krisenzeiten sind eben diese Militärs nolens volens auf die Zusammenarbeit mit dem wenig geschätzten Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeschwenkt und tolerieren das nunmehr von Habibie betriebene Geschäft der Kooptation vormals als zu kritisch eingestufter Persönlichkeiten. Diese Form von Herrschaft funktioniert, solange die (legale) Opposition ihrerseits mehr zur Lobbyarbeit innerhalb des Systems denn zur Sprengung desselben neigt.

Im Nachbarland Malaysia zeigte das Fell des "dynamischen Tigers"auf einmal häßliche Flecken, als Premier Mahathir Mohamad seinen Vize und Finanzminister Anwar Ibrahim unter anderem aufgrund eines angeblichen Verstoßes gegen das ominöse Sicherheitsgesetz (Internal Security Law) in den politischen Orkus schickte. Dieses Gesetz wurde noch unter britischer Ägide, während der sogenannten "Emergency" (Notstandsphase) von 1948 bis 1960, gegen die Kommunistische Partei Malayas geschaffen. Bis heute ist es ein beliebtes Instrument, um mißliebige Regimegegner und Oppositionelle kaltzustellen. Eine Praxis, derer sich im übrigens auch der Stadtstaat Singapur bedient.

Metamorphosen der Macht

Als im April 1998 Saloth Sar alias Pol Pot das Zeitliche segnete, bedeutete das keineswegs das Ende diktatorischer Verhältnisse in Kambodscha. Der jetzige (vormals zweite) Ministerpräsident und ehemalige Rote-Khmer-Kader Hun Sen hält die Fäden der Macht nach wie vor in seiner Hand. Er tut dies und kann dies tun, weil auch er die Kunst der Kollaboration und Kooptation vorzüglich für eigene Zwecke nutzt und trotz wilder Attacken gegen die Roten Khmer zahlreich ihrer vormaligen Führer in sein Machtgefüge integriert hat.

In Phnom Penh hat die "Opposition" ebenfalls mehr Regimetreue offenbart als Mut zum Widerstand. Schließlich sind Lavieren, Taktieren und Kollaborieren Markenzeichen des kambodschanischen Königshauses. Mal Freund, mal Feind der Roten Khmer, haben König Sihanouk und Prinz Ranariddh wiederholt das von vornherein zum Scheitern verurteilte Spielchen getrieben, über ihre eigenen Schatten zu hüpfen.

Herausgekommen ist dabei ein schnödes Machtarrangement zwischen allen Beteiligten. Jüngster Beweis: Ende Dezember stellten sich zwar die letzten Führungskader der Roten Khmer, Khieu Samphan und Nuon Chea, dem Regime in Phnom Penh, um allerdings schon kurz darauf in den Westen des Landes geschafft zu werden. Das hatte für die beiden den Vorteil, sich erneut dem Zugriff der (auch internationalen) Gerichtsbarkeit entzogen und gleichzeitig in die Obhut Ieng Sarys begeben zu haben, der, Ex-Außenminister der Roten Khmer, bereits früher einen Deal mit Hun Sen geschlossen hatte und im Gegenzug zu Phnom Penhs Politboß in Westkambodscha aufgestiegen war.

Im benachbarten Thailand ist mit Chuan Leepkai nicht nur ein Zivilist Premierminister, sondern auch gleichzeitig in Personalunion Chef des Verteidigungsressorts. Vor wenigen Jahren wäre das schier undenkbar gewesen: Mit 17 Coups seit Einführung der konstitutionellen Monarchie im Jahre 1932 hat sich das thailändische Militär als mit Abstand putschfreudigste Truppe in ganz Südostasien erwiesen und ist noch 1992 mit brachialer Gewalt gegen regierungskritische Demonstranten vorgegangen. Ob die Militärs sich forthin damit begnügen werden, die Kasernen als Dauerdomizil zu betrachten, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sind sie weitaus "domestizierter" als ihre Haudegen-Kollegen im westlichen Nachbarland Myanmar (Birma), deren bemerkenswerte Lernresistenz sich mit einer eigentümlichen Xenophobie verbindet.

Seilschaften philippinischer Art

Die Philippinen bieten die wahrscheinlich größte Bandbreite von ziviler und militärischer Kollaboration und Kooptation; dort haben die Metamorphosen der Macht tragikomische Züge angenommen. Ferdinand E. Marcos (1966 bis 1986) schwang sich zum ersten Despoten auf den Inseln auf, regierte von 1972 bis 1981 qua Kriegsrecht und wertete das Militär in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß auf. Einmal aus der Flasche gelassen, ließ sich dieser böse Geist nicht mehr zurückbannen. Das politisierte Militär schickte sich schrittweise an, auch die Landespolitik zu bestimmen.

Während in Südkorea Ex-Präsidenten und Ex-Generäle wie Chun Doo-Hwan und Roh Tae-Woo für die blutige Niederschlagung des Volkswiderstandes in der südwestlichen Stadt Kwangju im Mai 1980 verantwortlich gemacht und mit hohen Haftstrafen belegt wurden, zog in Manila 1992 der Ex-General Fidel V. Ramos in den Präsidentenpalast ein. Erst im Sommer 1998 übergab er sein Amt an den früheren Schauspieler Joseph Estrada, der, als tropischer Robin-Hood-Verschnitt, bis vor kurzem noch durchaus populär war.

Zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile zählte Ramos zu den Korsettstangen des Marcos-Regimes. Er war einst Chef der wegen notorischer Menschenrechtsverletzungen im In- wie Ausland geächteten paramilitärischen Philippine Constabulary / Integrated National Police. Er sagte sich mit Enrile erst dann von seinem Gönner Marcos los, als der Marcos-Cousin Fabian C. Ver den Posten des Generalstabschefs zugeschanzt bekam, den Ramos beanspruchte, und als sich im Februar 1986 klar abzeichnete, daß die USA nicht länger mehr in Marcos ihren treuen Gewährsmann sahen und ihn fallenließen.

So stellte sich eben dieser Ramos an die Spitze eines "Volksaufstandes" und gerierte sich als Königinmacher, indem er nunmehr sein Gewicht für die neue Präsidentin Corazon Aquino in die Waagschale warf. In der Folge avancierte er erst zu ihrem Generalstabschef, dann zum Verteidigungsminister und schließlich zum von Aquino höchstpersönlich abgesegneten und dadurch aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten im Mai 1992.

Als in psychologischer Kriegsführung erfahrener Offizier, ausgebildet an der US-amerikanischen Militärakademie Westpoint und dekoriert im Korea- und Vietnamkrieg, galt Ramos' Hauptaugenmerk in der Nach-Marcos-Ära der Reinwaschung des Militärs von den Schandtaten der Vergangenheit. Das glückte nicht zuletzt deshalb, weil er ein halbes Dutzend Putschversuche (darunter auch operettenhaft inszenierte) gegen Aquino abwehrte.

Heute sieht sich Ramos als elder statesman und Handelsreisender, der auf Auslandsreisen für Investitionen wirbt. Unbehelligt wie er agiert nach wie vor die umtriebige Marcos-Witwe Imelda. Einen Wust von Gerichtsverfahren hat sie ohne Blessuren überstanden, und noch ausstehende Verfahren dürfte der Oberste Gerichtshof des Landes kaum gegen sie entscheiden - eher schlüpfte das biblische Kamel durchs Nadelöhr. Schließlich geht es hier um alte und neue Seilschaften und um Geld.

Um viel Geld sogar: Noch immer ist nämlich die genaue Höhe der einst zusammengerafften Potentatengelder unbekannt, und die Verwendung von mehr als 500 Millionen US-Dollar aus dem Marcos-Vermögen ungeklärt, die bereits aus der Schweiz nach Manila transferiert wurden und sich dort auf einem Sperrkonto befinden. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn - wie das oberste Gericht im US-Bundesstaat Hawaii vor Jahren bereits entschieden hat - den etwa 10.000 Anspruchsberechtigten (Opfern und Hinterbliebenen des Marcos-Terrors) tatsächlich die ihnen laut diesem Urteil zustehende Entschädigung in Höhe von 2,1 Milliarden Dollar ausbezahlt würde.

Vetternwirtschaft ohne Ende

Frau Marcos gibt sich in Interviews mal als bettelarme und zu Unrecht verfolgte Dame aus, um sich wenig später damit zu brüsten, daß ihrer Familie zahlreiche Wirtschaftsimperien im Lande gehören. Seit letztem Sommer sitzen Familienangehörige ihres Clans wieder in wichtigen Positionen. Seit Ende Juni 1998 sind ihre Tochter Imee als Kongreßabgeordnete und ihr Sohn Ferdinand ("Bongbong") Marcos jr. als Gouverneur der im Norden der Hauptinsel Luzon gelegenen Provinz Ilocos Norte, vereidigt worden. Dort, in der Heimat der Marcoses, genießen sie extraterritoriale Immunität.

Allerorten spukt dort auch der Geist des 1989 im Hawaiier Exil gestorbenen Potentaten, von dem selbst die später geborenen Kinder schwärmen. Hier wurde auch am 30. November 1998 im Ort Sarrat der kurz zuvor im Exil in Bangkok verstorbene einstige Marcos-Adjutant und Generalstabschef Fabian C. Ver in einer Weise feierlich beigesetzt, als gelte es, die Grablegung des Generals in eine pompöse Marcos-Revival-Party umzufunktionieren.

Nicht genug: Einer der Hauptnutznießer der während der Marcos-Ära in großem Stil betriebenen Vetternwirtschaft, der Geschäftsmann Eduardo ("Danding") Cojuangco - übrigens ein Verwandter von Ex-Präsidentin Aquino - reüssiert aufs neue. Er gehörte zum Troß derer, die sich 1986 mit der Marcos-Familie nach Hawaii abgesetzt hatten. Nach seiner Rückkehr vermochte er schrittweise alte Fäden neu zu knüpfen und sich unter anderem an die Spitze der San Miguel Corporation zu manövrieren. Dieser gigantische Lebensmittelkonzern ist der größte Bierproduzent im Lande. Estradas Wahlkampf wurde hauptsächlich von Cojuangco unterstützt und finanziert.

Nach Estradas Erfolg darf Cojuangco auf Gegenleistung und präsidiale Rückendeckung rechnen. So sind bereits mehrere tausend Hektar Cojuangco-Land zur Anpflanzung von Exportprodukten wie Orchideen, Kassawa (Maniok) und Mangos auf der früher durch Monokultur (Zuckerrohr) geprägten Insel Negros vorgesehen, wo bereits vier Armeebataillone das Terrain sondieren und für "Befriedung" sorgen sollen.

Ausgerechnet unter dem neuen, sich gegenüber den alten Diktatoren kulant gebenden Präsidenten Estrada sollen durch die Hintertür die Truppen der einstigen Kolonialmacht USA erneut auf dem Archipel geduldet werden. Anfang der neunziger Jahre hatte sich der philippinische Senat für die Schließung der Militärstützpunkte Clark Air Field und Subic Naval Base ausgesprochen, den damals größten US-Militärbasen außerhalb Nordamerikas. Jetzt soll der gleiche Senat über das sogenannte Visiting Forces Agreement (VFA) entscheiden. Das VFA würde es u.a. der US-Marine gestatten, jederzeit mehr als 20 Hafenstädte auf den Inseln anzulaufen - mit und ohne Atomwaffen an Bord - und diese Häfen zu nutzen.

Die zahlreichen Kritiker des VFA weisen darauf hin, daß einige rechtliche Aspekte ungeklärt sind. Vor allem ist unklar, ob amerikanische Soldaten für Straftaten, die sie auf den Philippinen begangen haben, der

philippinischen Gerichtsbarkeit oder der US-amerikanischen (Militär-)Gerichtsbarkeit unterworfen sind. Die VFA-Gegner befürchten außerdem die Ausbreitung des Sex- und Prostitutionsgeschäfts im Schatten verstärkter amerikanischer Truppenpräsenz.

Die USA und ein Massaker auf Mindanao

Die VFA-Befürworter machen demgegenüber geltend, daß die Verabschiedung dieses Vertrags die philippinisch-amerikanische Freundschaft und die Position Manilas im Streit über die vor allem von der VR China beanspruchte Spratly-Inselgruppe im Südchinesischen Meer stärken würde. Eine mächtige (wirtschafts-)politische Lobby auf der Südinsel Mindanao begründet ihre Unterstützung für das VFA überdies mit Sicherheits- und Stabilitätserwägungen.

Auf Mindanao sind seit Ende Januar erneut heftige Gefechte zwischen philippinischen Regierungstruppen und Verbänden der heute größten, wiederholt auf staatliche Eigenständigkeit pochenden muslimischen Widerstandsbewegung MILF (Moro Islamic Liberation Front) entbrannt. Durch diese bewaffneten Auseinandersetzungen wurden weit mehr als 100.000 Zivilisten über Nacht zu Flüchtlingen. Wenn das VFA Realität würde, könnten auf Mindanao schrittweise US-Truppen in die "Eindämmung interner Unruhen und bewaffneter Konflikte" verstrickt werden. Eine groteske Vorstellung angesichts der Tatsache, daß vor genau 100 Jahren (Anfang Februar 1899) die junge philippinische Republik in den Philippinisch-Amerikanischen Krieg gezwungen wurde, der zum größten Kolonialmassaker der Jahrhundertwende eskalierte und buchstäblich die philippinische Bevölkerung dezimierte. Die größten Verluste an Menschenleben und materiellen Verwüstungen gab es auf Mindanao, wo sich der amerikanische Militärfeldzug bis 1916 hinzog.

Rainer Werning

38. Eine Auslese von Führern. Vom Umgang des Internationalen Bundes (IB) mit seiner Geschichte

Autor: Georg Heisler · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:04

Im hessischen Hadamar ließen die Nationalsozialisten mehr als 10.000 behinderte Menschen durch Medikamente und Essensentzug ermorden. Aus Geschichte soll gelernt werden. In Hadamar wird der Internationale Bund (IB), Freier Träger für Jugend- Sozial- und Bildungsarbeit e.V., die Trägerschaft einer Bildungs- und Begegnungsstätte übernehmen, die sich dieser Aufgabe stellen will. Daß der 1949 gegründete IB als Träger von Bildungs- und Erinnerungsarbeit geeignet ist, muß allerdings bezweifelt werden. Dagegen spricht vor allem sein Umgang mit der eigenen Vergangenheit.

1957 wurde der IB vom Verfassungsschutz aufgesucht, da beim IB vermehrt Funktionsträger der Hitlerjugend (HJ) beschäftigt wurden. Otto Würschinger, Geschäftsführer des IB bis 1959, wich einer eindeutigen Stellungnahme aus: "Es ist für den Vorstand und die Geschäftsführung des Jugendsozialwerkes nicht gerade vergnüglich, sich mit dieser Frage in gewissen Zeitabständen immer wieder auseinandersetzen zu müssen... Von den 340 pädagogischen, organisatorischen und in der Verwaltung tätigen Damen und Herren kann mit Sicherheit gesagt werden, daß 265 keine hauptamtliche Tätigkeit in irgendeiner der NS-Organisationen ausübten. Die übrigen waren Mitarbeiter verschiedener NS-Organisationen..."

Über diese restlichen 75 sprachen Vorstand und Geschäftsführung nicht. Auch nicht über die treibende Kraft der IB-Gründung, Heinrich Hartmann. Hartmann und Würschinger kannten sich aus der HJ-Reichsführung, beide waren in exponierten Funktionen tätig. So war Hartmann Stellvertreter des letzten Reichsjugendführers Arthur Axmann. Mitläufer konnten in solche Positionen nicht aufsteigen; einwandfreie nationalsozialistische Haltung war Voraussetzung.

Würschinger hatte als HJ-Führer einen als "absolut vertraulich zu behandelnden Befehl I/36" unterzeichnet, um "den Abwehrkampf gegen die Zersetzungsarbeit ... des Religionsunterrichts bzw. der sogenannten Bibelstunden" zu organisieren. Auf die katholische Kirche wurden noch gewisse Rücksichten genommen; gegen andere politische Gegner gab es weniger Hemmungen.

Mit sich und der HJ war Würschinger offensichtlich im Reinen. In den 70er Jahren publizierte er eine umfangreiche Darstellung zu "Idee und Gestalt der Hitlerjugend" - gewidmet "dem Andenken der Jungen und Mädel, der Führerinnen und Führer der Hitlerjugend, die ihr Leben für Deutschland gaben". Die HJ sei nie "Staatsorganisation geworden, sondern Jugendbewegung geblieben", sie habe sich von jeder "Obrigkeitshörigkeit" und jedem politischen "Mißbrauch" ferngehalten. Würschingers Lehre der Geschichte: "Was eine lebendige, begeisterungsfähige und engagierte Gemeinschaft mit Selbstführung der Jugend sein kann, erfuhr die deutsche Jugend in Stadt und Land bis ins kleinste Dorf erstmals durch die HJ im Dritten Reich. Das gab es vorher nicht und nachher nicht wieder."

Diese Sicht der HJ scheint im IB keinen Anstoß zu erregen. Otto Würschinger ist immer noch Kuratoriumsmitglied. Die Kuratoriumsmitglieder werden vom IB-Vorstand berufen; sie sollen die Arbeit des IB unterstützen und fördern. Im Kuratorium des IB sitzt bis heute neben Würschinger auch der "furchtbare Jurist" Hans Filbinger (CDU), der 1978 als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktreten mußte: Er hatte als Wehrmachtsrichter u.a. Deserteure zum Tode verurteilt und fand das auch Jahrzehnte später noch moralisch und rechtlich einwandfrei.

Eine beachtliche Anzahl von ehemaligen Ministern (darunter Armin Clauss, Werner Dollinger oder Annemarie Griesinger) sowie Geschäftsführer und Direktoren von Industrie und Banken - vom Direktor der Dresdner Bank bis hin zum Hauptgeschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände - stören sich bis heute nicht an Würschingers und Filbingers Gesellschaft. Betreut werden die Kuratoriumsmitglieder von Heinrich Hartmann. Er führt bei den regelmäßigen Treffen den Vorsitz.

HJ-Führer Hartmann zieht die Fäden

Ohne Hartmann wäre der IB nicht entstanden. Im April 1946 verfaßte Hartmann eine Denkschrift, die er dem führenden SPD-Politiker Carlo Schmid überreichte. Carlo Schmid war damals Vorsitzender des

Staatssekretariats in Südwürttemberg-Hohenzollern. Aus seinen Reden hörte Hartmann "viel Verständnis für das Problem der Wiedereingliederung der ehemaligen HJ-Führer" heraus.

Wenige Monate vorher war Hartmann nur knapp einer Verhaftung als HJ-Führer entgangen. Hartmann scheint in dieser Zeit mit alten Kameraden in Kontakt gestanden zu haben, die eine Untergrundbewegung ehemaliger HJ- und SS-Führer gebildet hatten. Der Spiegel vom 2.4.1949 schildert eines dieser Treffen: "In einem Straßengraben vor München trafen sich ein gutes halbes Jahr nach der NS-Götterdämmerung 30 einst braun Bedreßte aus der RJF (Reichsjugendführung) und den süddeutschen Gebieten, um wiederum die Lage zu besprechen. Heinrich Hartmann, reisiger Maler ohne Adresse, wollte sich opfern" - und den Schritt in die Legalität wagen. Bei einer gemeinsamen Fahrt ins Allgäu paßte er nicht mehr ins Auto. Dadurch landete er nicht in der Falle, die bei Memmingen gestellt war, und blieb als einziger auf freiem Fuß. Während bei dieser Aktion "Kinderhort" des US-Geheimdienstes CIC einige tausend Führerinnen und Führer von BDM und HJ gefaßt wurden, konnte Hartmann entkommen und im März 1946 bei Carlo Schmid vorstellig werden. "Von Reichsjugendführer Axmanns erster Garnitur", schrieb der Spiegel, "saß nur Heinrich Hartmann noch nicht im Internierungslager."

Hartmann gab sich bei Carlo Schmid sofort als im Untergrund lebender Hitlerjugendführer zu erkennen. Dann sprach er das "Problem einer gerechten Beurteilung der HJ-Arbeit" an. Die "soziale und kulturelle Arbeit der HJ" sei von einer "Auslese von Führern und Führerinnen mit hohem Idealismus getragen" worden, denen es "um eine echte Besserung der Verhältnisse ging". Hartmann hatte offensichtlich ein sicheres Gespür, wie sich die politischen Umstände zu wandeln begannen. Der kalte Krieg veränderte das politische Klima. Das Schreckgespenst "Bolschewismus" - ein Thema, das im Mittelpunkt nationalsozialistischer Propaganda gestanden hatte - konnte nun passend zur Konfrontation zwischen der UdSSR und den Westalliierten wieder ins Feld geführt werden. Dieses Schreckgespenst griff Hartmann in einer zweiten Denkschrift auf: "Immer häufiger findet man nihilistische Gedankengänge, und unter den Augen der Westmächte reift die Saat des Bolschewismus und der Anarchie."

In Carlo Schmid fand Hartmann einen Mentor, der nun tatkräftig eine Entwicklung förderte, die in die Gründung des IB mündete. Die weiteren Ereignisse schildert Stefan Zowislo in seiner Magisterarbeit über den IB: "Im März 1948 kommt es zu dem geplanten freiwilligen Arbeitslager ehemaliger HJ-Führer". Die französische Besatzung gibt die "Erlaubnis, in Bad Teinach im Schwarzwald einen solchen Einsatz zu organisieren... offizieller Lagerleiter wird Heinrich Hartmann... Doch am Morgen des 8. April 1948 werden alle Teilnehmer des Lagers verhaftet... Aber plötzlich stand nicht mehr die Vergangenheit der Teilnehmer im öffentlichen Blickpunkt, sondern deren überraschende Verhaftung... Wenige Wochen später empfängt der Leiter der Abteilung für Bildung und Erziehung bei der französischen Militärregierung, General Raymond Schmittlein, die ehemaligen HJ-Führer, bietet ihnen Champagner an und bewilligt verschiedene für die Entnazifizierungsspruchkammer bestimmte Zeugnisse... Im Sog dieser Entwicklung schlägt Hartmann die Entlassung aller internierten ehemaligen HJ-Führer vor."

Die Zeiten änderten sich rasant. Die Voraussetzungen waren aber schon länger angelegt. Ein Großteil der konservativen alten und nun neuen Elite hatte mit dem NS zumindest kollaboriert. Diese Führungselite war nicht aus dem Nichts gekommen. Carlo Schmid kann an dieser Stelle sozusagen als Platzhalter stehen. Heute gilt er als honoriger Mitverfasser des Grundgesetzes. Weniger bekannt ist, daß er Kriegsverwaltungsrat der NS-Wehrmacht in Lille war. Zu den Aufgaben eines Kriegsverwaltungsrates gehörte die juristische Beratung seiner Vorgesetzten, aber auch die Leistung von Unterschriften unter Deportationsverfügungen und Haftbefehle gegen Juden, die Einziehung von Männern zur Zwangsarbeit in Deutschland oder die juristische Legitimation von Geiselerschießungen.

"Nestbeschmutzer" kriegen Druck

Am 21.6.96 erwähnt Alfred Benz, Mitglied des IB-Betriebsrates für das Berufsbildungszentrum Stuttgart, daß der IB von ehemaligen Nationalsozialisten mitbegründet wurde. Eine Mitarbeiterin hinterträgt den Gesprächsinhalt in abgeänderter Form der Geschäftsführung. Statt sich nun offen mit der Gründungsgeschichte auseinanderzusetzen, betreibt Dr. Alexander Koch, Geschäftsführer beim IB bis September 1998, die Kündigung des Betriebsrates und will, daß vorm Stuttgarter Arbeitsgericht "die Gründungsumstände ... einmal klargestellt werden... Endgültig und abschließend."

Der Stuttgarter Betriebsrat widerspricht der Kündigung, auch der Gesamtbetriebsrat solidarisiert sich mit dem Kollegen. Geschäftsleitung und Betriebsräte treffen im Rahmen der jährlich stattfindenden IB-Betriebsräteversammlung aufeinander. Es kommt zum Eklat. Koch verliert die Fassung und beschimpft die Betriebsräte als "dumm", "skandalös" und "verantwortungslos". "Betriebsräte, die sich so verhalten, verdienten allesamt gekündigt zu werden." Die anderen Mitglieder der Geschäftsleitung, sonst um Worte nie verlegen, ducken sich weg. Keiner aus der Geschäftsleitung distanziert sich.

Es kommt zum Arbeitsgerichtsprozeß und zu den ersten Presseartikeln. Der IB gibt eine Presseerklärung ab - mit folgendem Schlußsatz: "... noch interessanter allerdings wäre es gewesen, wenn Sie auch einige Absätze über die heutige engagierte Arbeit... geschrieben hätten." Anders gesagt: Nach 50 Jahren engagierter Sozialarbeit sollten doch keine "alten Geschichten" mehr aufgewärmt werden...

Vor dem Arbeitsgericht kommt es zu einem Vergleich. Betriebsratsmitglied Benz verzichtet auf sein Mandat im Gesamtbetriebsrat; eine inhaltliche Aufklärung findet nicht statt. Aber der IB-Betriebsrat von NRW greift die Auseinandersetzung auf. Der Vorsitzende der IB-Geschäftsführung antwortet umgehend mit einem Offenen Brief, in dem er die Betriebsräte als "selbsternannte Richter" abqualifiziert, "die sich zum Urteil über eine böse Vergangenheit aufschwingen", was " nicht im Dienste der Wahrheit, sondern aus fadenscheinigen Motiven geschieht." Und weiter: "... es darf auch nicht angehen, daß Menschen mit unzulänglicher Erkenntnis-, Einsichts- und Kritikfähigkeit das Urteil über diese dunkelste deutsche Zeit als Totschlagsargument verwenden, um mit mangelhafter Differenzierung alles zu diffamieren, was ihnen nicht paßt. Oder um eigene radikale, politische Meinungen dadurch aufzubessern und alle Andersdenkenden zu verdammen." Weiter schimpft Dr. Koch: "Es ist aber schlichtweg unredlich, wenn man den genannten Hitler- Jungen bestreitet, daß sie nach 1945 erkannt haben könnten, an welchem Unheil sie mitschuldig waren und daß sie versucht hätten, ihren eigenen Opfern zu helfen."

Bei der Inschutznahme der HJ übernimmt die Geschäftsführung des IB die Argumentation Hartmanns, die dieser vor 50 Jahren entwickelt hat. Spitzenfunktionäre der HJ werden zu Hitlerjungs verjüngt und verharmlost. Die Beteiligung der Erzieher, die von den NS-Verbrechen nicht zu trennen sind, wird minimiert. Und die deutsche Jugend aus der "Blutgemeinschaft Volk" wird als Opfer in den Mittelpunkt eigener Geschichtsverantwortung gerückt. Die eigentlichen Opfer werden von der Bildfläche verdrängt.

Hartmann und die anderen HJ-Führer waren erklärtermaßen angetreten, die vom Bolschewismus und Anarchismus bedrohte deutsche Jugend ein zweites Mal zu retten. Bis heute herrscht im IB Stillschweigen über die ehemaligen HJ-Führer und deren Rolle als NS-Erzieher. Um dieser Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, soll Geschichte abschließend und endgültig klar gestellt werden. Deshalb fliegt nicht derjenige aus dem Kuratorium raus, der in den siebziger Jahren die HJ-Geschichte verharmlost und schöngeschrieben hat. Unwidersprochen bezeichneten sich einige auch nach 1945 als eine "Auslese von Führern", die von sich behaupteten, daß ihr "Wollen (...) so rein war, wie das eines europäischen Patrioten nur sein kann".

Der IB-Geschäftsführer erntete keinen Widerspruch aus der Geschäftsführungsetage, als er an den IB-Betriebsrat in NRW schrieb: "Sollen wir alle in Sack und Asche gehen wegen der längst überwundenen und durch humanitäre Leistungen ausgeglichenen Gründungsbegleitumstände des IB?" Diese Schlußstrichmentalität diskreditiert die Trägerschaft für eine Bildungsstätte wie in Hadamar. Hadamar war einer der zentralen Orte nationalsozialistischer Euthanasie. Euthanasie zu rechtfertigen war ein wesentlicher Teil nationalsozialistischer Erziehungsarbeit.

Georg Heisler

Quellen:

Stefan Zowislo: Der Internationale Bund für Sozialarbeit/Jugendsozialwerk; Magisterarbeit 1989

Stefan Zowislo: Nationalsozialismus in Tübingen - vorbei und vergessen; in: Tübinger Kataloge Nr 36, Hrsg.: Kulturamt der Universitätsstadt Tübingen

Hellfeld, Klönne: Die betrogene Generation, 1987

Griesmayr, Würschinger: Idee und Gestalt der Hitlerjugend, 1979

Blick nach rechts, 13. Jg. Nr.14; 10. Juli 1996

WDR: Carlo Schmid - Europa und die Macht des Geistes, Beobachtungen von Dagmar Christmann, 1996

Geschönte Bilanz

Im Januar feierte der Internationale Bund sein 50jähriges Bestehen. Beim Festakt mit Roman Herzog war die braune Tradition des IB natürlich kein Thema; der Bundespräsident sprach vielmehr über Menschenwürde und das Recht auf Ausbildung. Auch in der offiziellen Jubiläumsbroschüre des IB, die an alle MitarbeiterInnen verteilt wurde, wird eine stark geschönte "Bilanz der 50jährigen Arbeit des IB" gezogen. Die Broschüre enthält ein neun Seiten langes Interview mit HJ-Führer Heinrich Hartmann, der sich als "einen der vielen Soldaten" bezeichnet, "die 1945/46 aus Krieg und Gefangenschaft heimkehrten und quer durch die vier Besatzungszonen nach ihren Familien suchten. Wir kamen zurück in eine zertrümmerte Welt." Die galt es wiederaufzubauen - keine Zeit zur selbstkritischen Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit. Und heute erfordert es das Wohl des Vereins, die Nazi-Tradition zu verschweigen - die Identifikation der MitarbeiterInnen mit dem IB könnte sonst leiden.

39. Kein Podium - kein Publikum. Konferenz "Befriedung oder Befreiung?"in Berlin

Arbeitskonferenz "Befriedung oder Befreiung?", 1.-4. April, Berlin

Autor: Konferenzbüro · Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:54

Die internationale Krise der Linken und die Übermacht von Widrigkeiten sind 100 Mal beschrieben worden. Insbesondere in Deutschland hat die radikale Linke dies in den letzten Jahren mehr als genug getan. Kaum eine Zeitschrift der Linken, in der die Forderung zur "Aufarbeitung" nicht doch irgendwo zu finden ist, kaum ein längerer Diskussionstext, in dem nicht mangelnde Handlungsfähigkeit und fehlende gesellschaftliche Wirkung thematisiert wird.

Die Frage nach den politischen Gefangenen beantwortet sich in diesem Zusammenhang geradezu von selbst. Ein Blick in die Knäste reicht da eigentlich. Wer ist noch drinnen, und wie lange unter welchen Verhältnissen, gibt es noch Unterstützung? Die Antwort darauf, und dies gilt im besonderen für die deutschen Verhältnisse, genügt eigentlich. Sie ist zugleich auch scharfe Kritik an der radikalen Linken selbst.

Die Verantwortung für neue Perspektiven emanzipatorischer Politik und Praxis wird gerade auch in Europa nicht selten losgelöst von einer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Linken und ihrer Widersprüche. Zu ihnen gehören die bewaffneten Rebellionen und Kämpfe im Süden wie in den westlichen Industriemetropolen gleichermaßen. Dies anzuerkennen, verlangt nicht eine unmittelbare und generelle Zustimmung zu allen Worten und Aktionen, aber es verlangt die historisch und aktuell eingeschlagenen Wege radikaler Aufbrüche als etwas anzuerkennen, was sie waren und sind: Befreiungsversuche der Vernunft aus der Brutalität und Unvernunft kapitalistischer Weltverhältnisse.

Ein alter Militanter der italienischen Roten Brigaden, Tonio Paroli, bemerkte dazu vor gut einem Jahr auf einem Treffen ehemaliger politischer Gefangener: "Als das Auto erfunden wurde, fuhr es zunächst langsamer als die Pferde liefen. Die Ingenieure sagten nicht: ‚Also werden wir weiterhin mit der Kutsche fahren`, sondern ‚Folglich werden wir das Auto verbessern`. Vielleicht sind der Kommunismus und der Sozialismus in den letzten 70 Jahren diese schöne Erfindung gewesen, die jedoch viel langsamer als die Pferde vorwärts kam".

Politische Gefangene kommen aus den Kämpfen für diese "schöne Erfindung", die trotz aller lokaler Stärke weltweit in keiner Offensivposition ist. Die gesellschaftlichen und weltweiten Veränderungen der letzten Jahrzehnte sind offensichtlich. Keine Politik des emanzipatorischen Aufbruchs kann sie ernsthaft bezweifeln: Die alten Bezugssysteme internationaler Befreiungsstrategien sind nicht erst mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme sowjetischer Prägung nicht mehr brauchbar. Die "Einkreisung der Städte durch die Dörfer" (Mao), die Eröffnung einer Front im "Herzen der Bestie" (Che) ist dort historisch gebrochen, wo der nunmehr global entfesselte Kapitalismus bei Verschärfung der sozialen und ökonomischen Widersprüche alte Unterschiede tendenziell einebnet und neue Abhängigkeiten schafft.

Das schafft neue Bedingungen für alle, und es schafft letztlich auch bei allen Schwierigkeiten, Widersprüchen und scheinbar unüberwindbaren ideologischen "Antagonismen" die Notwendigkeit des Gesprächs und der Verständigung. Zudem die Diskussion um Demokratie, um Menschenrechte, heute auch zugleich Diskurs der Herrschenden selbst ist.

Wie das auflösen?

Auf der Konferenz in Berlin zur Frage internationaler Solidarität mit den politischen Gefangenen wird es nicht um Kommunismus, nicht um bewaffneten Kampf gehen. Beide entscheiden sich nicht auf Konferenzen, sondern aus den gesellschaftlichen Zuständen und der erkannten Notwendigkeit ihrer Umwälzung. Solidarität mit politischen Gefangenen ist kein Ersatz für ansonsten fehlende Radikalität. Sie ist letztlich schlicht und einfach Bedingung für eine Politik, die an anderen Werten, als an denen der Herrschenden orientiert ist. Diese Solidarität kann bei allen unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen keine nationalen Grenzen kennen.

Ausgangspunkt unserer Konferenz ist zuerst die Lage politischer Gefangener, ihre Kämpfe und die Notwendigkeit ihrer Unterstützung. Ausgangspunkt ist auch - damit verbunden - der Kampf gegen die

Straflosigkeit der Folterer und Mörder, der lange Kampf für die Rückkehr der Verschwundenen. Aber über die "Verschwundenen" und die politischen Gefangenen zu sprechen, heißt auch über die Gründe ihres Kampfes, über die Ursachen gesellschaftlicher Unterdrückung und wie aus ihr zu entkommen ist zu diskutieren. Haft und Haftsituation bestimmen sich aus den Kräfteverhältnissen.

Diese drücken sich heute zunehmend in Dialogangeboten, Verhandlungen, "politischen Übergängen" und Friedensverträgen aus (Palästina, Nordirland, Baskenland, ...). Aber auch im offenen und verdeckten Krieg wie in Ländern wie Kolumbien, Nigeria, Mexiko oder Kurdistan/Türkei. Besonders ist die Lage der politischen Gefangenen in den "demokratischen Übergängen" nach den chilenischen und argentinischen, aber auch südkoreanischen oder philippinischen Militärdiktaturen. Wieder anders ist die Lage der verbliebenden politischen Gefangenen in den Industriemetropolen USA, Italien und der BRD nach dem vorläufigen Ende bewaffneter Fundamentalopposition.

Die Frage "Befriedung oder Befreiung?" ist Ausgangspunkt des Versuchs, sich international über diese Entwicklungen zu verständigen. Gelingt das auch nur im ersten Ansatz, so kann dies unserer Meinung nach auch einen Beitrag dazu leisten, die bittere Niederlage im Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen in der BRD in ihrem jüngsten Verlauf zu begreifen.

Das ist für uns auch eine der Bedingungen, wieder über eine Zukunft jenseits utopistischer Träumereien reden zu können. Aber eine solche Zukunft gibt es nicht ohne Erinnerung. Und dazu gehört auch: Erinnerung daran, was über Jahrzehnte eine zentrale Linie im politischen Selbstverständnis einer Linken war: eine radikale, systemüberwindende Politik ist allein aus den gesellschaftlichen Zuständen der weißen Industriemetropolen nicht bestimmbar. Ihr Ausgangspunkt kann nur die Gesamtheit der weltweiten Widersprüche, der Kämpfe, Bewegungen, Rebellionen gegen den Kapitalismus sein.

Eine so verstandene Diskussion, bei aller aktuell zwangsläufigen Offenheit, und hoffentlich ohne Nostalgie und ideologische Dogmen, begonnen in den unmittelbaren Notwendigkeiten der Solidarität und konkret: Gefangenenhilfe, ist kein taktischer Kniff. Nur so wird sie auch keine Flucht aus der Tristesse deutscher Verhältnisse, sondern ist eine der Bedingungen, um sie verstehen und perspektivisch wieder in sie wirksam eingreifen zu können. Denn ernsthaft: Die deutschen Zustände, "sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik ... Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft". (Marx) Die Gründe dafür stehen in der Zeitung, jeden Tag.

Gleichberechtigte Diskussionen

Die Konferenz ist international und öffentlich - aber mit Anmeldung. Veranstalter/innen sind die palästinensische Vereinigung für die Verteidigung der politischen Gefangenen Addameer, die baskischen Gestoras pro Amnistia, die Koordination der italienischen Mumia Abu Jamal-Solidaritätsgruppen sowie die Initiative Libertad! aus der BRD. Mitgearbeitet in der Vorbereitung haben der Kurdische Juristenverband und die verfolgten IHD-Menschenrechtsvereine aus Türkei und Kurdistan Eingeladen sind Solidaritätskomitees, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaftler/innen, Student/innen, Angehörige, ehemalige Gefangene, Menschen aus Basisgruppen und Befreiungsorganisationen.

In Berlin wird es um konkrete Einschätzungen und Möglichkeiten der direkten Zusammenarbeit auf internationaler Ebene gehen. Die Themen der Arbeitsgruppen versuchen verschiedene Aspekte staatlicher Unterdrückung und Bedingungen der Kämpfe und Bewegungen selbst zu fassen. Jede Arbeitsgruppe wird von einer deutschsprachigen und internationalen Vorbereitung geleitet. Zu Anfang wird der Tagesschwerpunkt erläutert und mittels Thesen und Fragen die gemeinsame Diskussion eröffnet. Es gibt keine Referent/innen. Keine Vortrag-Nachfrage-Antwort-Struktur, sondern Thesen-Diskussion-Ergebnis. Kein Frontalunterricht, ein gleichberechtigter Arbeitsprozeß aller wird angestrebt.

Eine Aufklärung deutscher Linker über die internationalen Zustände und Bewegungen ist nicht geplant. Das Berliner Treffen soll Raum und Möglichkeiten für Teilnehmer/innen aus dem Süden bieten, in einen direkten Dialog miteinander zu treten. Und wo es kein Podium gibt, kann es auch kein Publikum geben, sondern nur die Aufforderung sich einzumischen, eigene Vorstellungen und Positionen in die Diskussion zu bringen.

In diesem Sinne sind alle aufgerufen, Ostern nach Berlin zu kommen - und sich vorher wenn irgend möglich anzumelden. Nicht nur weil die Plätze begrenzt sind, sondern weil auch jede frühe Anmeldung mithilft, die

Flüge für die internationalen Teilnehmer/innen zu sichern. Fördermittel von Stiftungen gibt es zuwenig, von öffentlichen Geldern wollen wir gar nicht erst reden. Das meisten bringen wir selbst mittels Spendenkampagnen und Eigenmittel auf.

Die Arbeitsgruppen

AG 1: Politisches Recht und seine Verteidigung: Die Arbeit von AnwältInnen, Anti-Repressionkomitees, Rechtshilfegruppen und ProzeßbeobachterInnen. Verteidigung von Gefangenen, Verfolgten und Flüchtlingen gegen die offene militärische Willkürherrschaft und die verrechtlichte Sondergesetzgebung westlicher Demokratien.

AG 2: Verhaftet, verschleppt und "verschwunden": Angehörige und FreundInnen von politischen Gefangenen und "Verschwundenen" im Kampf um Schutz und Aufklärung. Welche Erfahrungen haben Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener gemacht? Wie ist ihr politisches Selbstverständnis, wie ihre Beziehung zu den politischen Zielen und Beweggründen ihrer Familienangehörigen?

AG 3: Frauen und Knast: Frauen im Kampf um Würde und Selbstbestimmung. Patriarchale Herrschaftsmechanismen und geschlechtsspezifische Gefängnisrepression. Mit Ausnahme weniger Organisationen und Bewegungen bilden Frauen die Minderheit unter politischen Gefangenen. Frauen unterliegen im Gefängnis besonders entwürdigender geschlechtsspezifischer Repression und Folter. Was sind die Erfahrungen feministischer Bewegungen und Frauengruppen mit gefangenen Frauen als Mitglieder politischer Organisationen?

AG 4: Menschenwürde, Widerstand und Organisierung in der Gefangenenschaft: Erfahrungen und Konsequenzen aus dem Kampf um politische Selbstorganisation im Gefängnis. Widerstand endet nicht hinter Gefängnismauern. Wie organisierten sich politische Gefangene im Knast unter den unterschiedlichsten Bedingungen. Welche Erfahrungen können sie weitergeben?

AG 5: Staatliche Repression und Widerstand von unten: Basisorganisationen und soziale Bewegungen im Kampf um politische Rechte und gegen staatliche Verfolgung. Staatliche Repression umfaßt mehr als Gefangenschaft. Sie tritt sozialen und politischen Bewegungen in vielfältigster Form gegenüber. Die Gegenwehr der Mitglieder von Basisorganisationen, Menschenrechts- und Flüchtlingsinitiativen, Gewerkschafts- und StudentInnenorganisationen.

AG 6: Der Kampf um die Solidarität: Selbstverständnis von Solidaritätsorganisationen und Unterstützungskomitees für politische Gefangene und Verfolgte. Solidaritätsarbeit ist nicht frei von inneren Widersprüchen. Verlangt politische Solidarität die Zustimmung zu allen Worten und Taten derer, die unterstützt werden? Was kann "internationale Solidarität" heute leisten?

Die öffentlichen Veranstaltungen

"Ohne Gerechtigkeit kein Frieden - Menschenrechte und politische Gefangene in Demokratisierungs- und Friedensprozessen". VertreterInnen der FARC (Kolumbien), Herri Batasuna (Baskenland) und der PFLP (Palästina) berichten über ihre Erwartungen an und Erfahrungen aus politischen Verhandlungen. 2.4.1999, 20 h, Humboldt-Universität Berlin, Kinosaal, Unter den Linden 6.

Abschlußveranstaltung und Konzert: "Perspektiven internationaler Solidarität - Erfahrungen, Ergebnisse und Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit". "Internationalismus und Solidarität" - Begriffe aus der Vergangenheit oder mögliche Optionen neuer emanzipatorischer Aufbrüche? Konferenzbilanz und Ausblicke für eine zukünftige Zusammenarbeit: Gestoras pro Amnestia (Baskenland), IHD-Menschenrechtsvereine (Türkei/ Kurdistan), Initiative Libertad (Deutschland), MOSOP (Movement for the Survival of Ogoni People, Nigeria), MST-Movimento Sem Terra (Landlosenbewegung Brasilien). Musik: Beser Sahin (Kurdistan, angefragt), Esther & Edna Bejarano - Coincidence Montag, 5.4.99: ab 19. h, Volksbühne Berlin, Rosa Luxemburg Platz.

Konferenzbüro

Konferenzbüro Yorckstraße 59, 10965 Berlin

Tel: 030-78899901 Fax: 030-78899902

Email: konferenz@libertad.de

Gesamtanmeldungskosten zur Arbeitskonferenz "Befriedung oder Befreiung", 1.-5. April in Berlin (incl. öffentliche Veranstaltungen und 4 warme Mittagessen): normaler Beitrag: 120 DM, Solidaritätsbeitrag auf die realen Gesamtkosten umgerechnet: 250 DM, Arbeitslose/Sozialhilfeempfänger/innen, Schüler/innen: 90 DM).

Bisher teilten ihre Teilnahme mit (Stand 10.3.99):

Algerien: Mohand S. Meziane, Rechtsanwalt - Argentinien: Vertreterin der Tablada-Gefangenen, Comision Argentina por la libertad de los presos - Baskenland: Gestoras Pro Amnestia, Herri Batasuna - Brasilien: mst-landlosenbewegung - Chile: ODEP (Organización de Defensa Popular), CINTRAS - Dänemark: Autonomi Kollektivet - Deutschland: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen - ehemalige Gefangene aus der RAF - Guatemala: Vertreter der URNG - Iran: ehemalige Gefangener verschiedenster linker Organisationen - Irland: SAOIRSE, POW-Department (Sinn Fein) Angehörige von politischen Gefangenen - Italien: Coordinamento Mumia Abu-Jamal - Kamerun: The Human Rights Defence Group - Kolumbien: Vertreter der FARC und des Comité nacional de Derechos Humanos - Mexiko: Vertreter der OCSS- Bauernorganisation - Nigeria: MOSOP (Movement of the Survival of the Ogoni People) - Österreich: Kampagne z. Verteidigung pol. u. soz. Rechte - Palästina: Addameer Prisoner's Support and Human Rights Association-Jerusalem, Vertreter der PFLP - Peru: Casa Andina Solidaridad (Santiago de Chile) - Puerto Rico: Comité pro derechos humanos de Puerto Rico - Schweden: ASH/ABC - Spanischer Staat: Plataforma Unitat Acció (PUA) Katalonien - Südafrika: Ex-"Robben Island"-prisoners - Südkorea: Human rights movement Seoul, Korean Institute for Labour Studies and Policies (KILSP) Türkei: Vertreter der IHD-Menschenrechtsvereine, Mazlum-Der, Halkin Hukuk Bürosu - Uruguay: ehemalige gefangene Frauen der MLN-Tupamaros - USA: Roger Wareham Asociacion internacional contra la tortura, International Concerned Family & Friends of Mumia Abu-Jamal - Westsahara: Vertreterinnen der Frauenunion der Polisario.

40. Jaspers Goethe-Verriß ist platt. Kritik an "Von deutscher Nationaldichtung" in ak 422

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Diskussion; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:36

Da ich im Ausland lebe, kann ich mir das Buch von Jasper nicht so leicht besorgen und deshalb auch nicht als ganzes beurteilen, an den in der Rezension in ak 422 wiedergegebenen Ansichten hätte ich allerdings einiges rumzumäkeln.

Es fängt ganz kleinlich beim Titel "Von deutscher Nationaldichtung" an: Es gibt nationalistische Dichtung, darunter würde ich einige Leute vom Körner bis Karl May mit unterschiedlichem Verdikt subsumieren. Außerdem gibt es einen nationalistischen Kulturbegriff, der "Nationaldichtung" etwa so behauptet: Goethe ist ein deutscher Dichter (was immer das heißen mag) und er ist wohl der größte unter diesen und folglich der größte deutsche Dichter, also wohl auch der deutscheste. Also endlich die deutsche Kultur in Person! Es gibt die Trägersubstanz des metaphysischen Deutschtums also wirklich (wenn auch nur mit Zirkelschluß). Nur ein Zufall, daß der Altmeister, anstatt "Die Wacht am Rhein" zu dichten, lieber mit Napoleon plauschte.

Nächster Fehler: Es kann wohl vorkommen, daß ein Schriftsteller seine Hauptperson auch als Ideal sieht, es ist aber doch ein etwas einfaches Literaturverständnis, wenn man annimmt, dies müsse auch immer so sein. "Aber Goethe läßt seinen Faust doch in den Himmel kommen, das zeigt's doch", wird hierauf vielleicht geantwortet. Aber das ist nun wieder genauso simpel, denn es würde heißen, daß der alte Goethe seinen Himmel nur mit tugendreinen Menschen angefüllt hätte, wie der Herr Pfarrer in der Sonntagsschule. Daß dann mit der Gestalt des Faust so allerlei dämonisch-völkisch-nationaler Unsinn getrieben wurde (was eigentlich noch zu harmlos ausgedrückt ist), dafür kann der tote Autor nichts, es sei denn man weist ihm diese Intention wirklich nach. Übrigens hat Goethe über die Aufnahme seiner Gestalten durch das deutsche Publikum oft widerwillig gestaunt. Man lese dazu in seinen Memoiren z.B. nach, was er über den Werther geschrieben hat. Oder diesen pfeifenden Stoßseufzer darüber, wie ihm die Kompetenz, über sein eigenes Werk zu urteilen, entwendet wird: "Da loben sie den Faust / und was ansunsten / in meinen Schriften braust / zu ihren Gunsten. / Das alte Mick und Mack / erfreut sie sehr / es meint das Lumpenpack / man wär's nicht mehr." Zu dem Lumpenpack, welches nach ihm geboren wurde, konnte er natürlich nichts sagen.

Den Faust als Anti-Nathan zu verstehen, mag ganz gut in den Gedankengang von Jasper passen, nicht aber zu dem, was der Altmeister über Lessing und sein Werk dachte und der auch aufgeschrieben hat.

Die kleine Nebenbemerkung von Goethes "Abneigung gegen die Juden" bedarf etwas der Kommentierung: So weit ich es überblicke, gibt es gerade einen Satz Goethes, der auf ein solches Ressentiment schließen läßt, es ist der Vergleich "vom Kaiser bis zum Juden". Die übrigen Zitate aus Dichtung und Wahrheit, die gelegentlich angeführt werden, sollten in ihrem Kontext gelesen werden. Dann würde sich zeigen, daß sie die Wahrnehmung eines Kindes beschreiben, das in die dunklen Wohnverhältnisse der Judengasse in Frankfurt kommt. Es ist daraus nicht zu sehen, daß Goethe diese durch Druck von außen entstandenen Wohnverhältnisse den Bewohnern anlastet. Er zieht sich dann auch nicht angewidert von diesen Leuten zurück, sondern möchte gerne Jiddisch und Hebräisch lernen. Ich möchte obiges Zitat nicht verniedlichen, aber gemessen an den gehässigen Ausfällen anderer Größen seiner Zeit, wie Kant, Fichte, Hegel und Marx hört es sich noch harmlos an. Will man eine Frontstellung Deutschtum gegen Judentum in Goethes Werk festmachen, so geht es höchstens über den Umweg des Antiintellektualismus, der in der Deutschtümelei wie im Antisemitismus eine wichtige Rolle spielen sollte. Auf den ersten Blick wird man dabei im Faust leicht fündig. Da ist z.B. die zentrale Szene, in der Faust die Bibel übersetzen will und dann schließlich von der Übersetzung "Wort" für logos auf die Übersetzung "Tat" kommt. Die "lebendige Tat" gegen "hohles Gerede" und "totes Papier", so etwa klingt es in der deutschen Ideologie nach. Aus diesem Verständnis wird einst ein deutscher Kanzler von der Neutralität Belgiens als von einem "Stück Papier" sprechen, das dem "Lebensrecht der Völker" nicht entgegenstehen dürfe (so ungefähr meine Erinnerung an den Geschichtsunterricht). Eine Äußerung, die dem Britischen Parlament zeigte, daß mit solchen Leuten keine anderen Umgangsweisen als Krieg mehr möglich sind. In der Tat hat dann auch die nationalsozialistische Germanistik sich bei ihrer Faustrezeption auf diese Stelle, die Verherrlichung der Tat, geradezu gestürzt.

Doch Goethe ist das nur anzulasten, wenn es auch seine Intention gewesen wäre, er also von dieser Stelle an, an der die ganze Verwicklung Fausts mit Schuld und Teufel beginnt, nichts mehr dazu zu sagen gehabt hätte. Doch er hatte: Gegen Ende des zweiten Teiles nimmt Faust nämlich seine Äußerung gewissermaßen zurück: "Der wilden, unbesonnenen Tat, der fluch ich!" sagt er, nachdem er sieht, welche Verheerungen sein Tatendrang gerade angerichtet hat. Übrigens schließt daran die sarkastische Szene an, in der die Allegorien von Mangel, Not und Schuld nicht durch Fausts Türe kommen: "Drin wohnet ein Reicher, wir mögen nicht 'nein!" Der Mann hat offenbar mehr nachgedacht als viele seiner Rezensenten.

Der Vergleich zwischen Nazis, die nach all ihren Verbrechen ihre Karriere ruhig fortsetzen und Faust, der nach seinen Untaten in der Gretchengeschichte irgendwann wieder ruhig aufwacht, ist ja wohl etwas platt. Will der Autor uns suggerieren, die Nazis, die in der BRD ihre Karriere fortsetzten, hätten dies aus der Lektüre des Faust gelernt?

Nach Auschwitz muß der Begriff der Schuld neu gedacht werden, denn es gab vorher keine wirklich vergleichbare Tat, und uns fehlt nach Auschwitz der Begriff der Sühne, der früher den Begriff Schuld erst sinnvoll machte. Ich denke nicht, daß Goethes Überlegungen zum Begriff der Schuld, die er noch vor dem Hintergrund der Gedankenwelt des Barock formulierte, viel zur Auseinandersetzung mit Auschwitz beitragen können. Immerhin sieht, wer die Handlungsstränge des Faust und anderer Werke Goethes wirklich verfolgt, daß er sich intensiv mit dem Problem der Entstehung von Schuld, ihrer Verdrängung oder Annahme und ihren Folgen auseinandersetzt. Das läßt sich keineswegs nur auf ein oberflächliches, "schlaf dich nach einem Mord gut aus" reduzieren.

Zwischen der Gefahr, eine historisch angebahnte Schuld in der Verdinglichung eines "ominösen deutschen Wesens" (welches Goethe schon ästhetisieren konnte) festzumachen und so eigentlich einen Gedanken nach Art rechter Nationen- und Antinationenmacher nachzuzeichnen, und der umgekehrten Gefahr, durch strikte Verweigerung all solcher Begriffe Verschulden ganz frei von dem historischen und kulturellen Zusammenhang zu sehen, ist mir auch noch kein gescheiter Weg eingefallen. So wie Jasper es macht, ist es aber einfach zu platt. Linke Literaturkritik war schon mal besser.

Jan Keetman

41. Probleme beim Gipfelsturm. Köln 99: Bündnispolitik, Sektierertum und Geldmangel

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:46

Ende Februar stimmte auch das sogenannte "linksradikale" Plenum in Köln seine Planungen und Gegenaktivitäten zum EU- und G7-Gipfel ab. Im Vordergrund stand dabei nicht das Bemühen um Zusammenarbeit mit anderen Protestspektren, sondern der Versuch, eine eigene Position zu finden - in Abgrenzung von Euromarsch und Bündnis Köln 99. Auch die Diskussion um den Aufruf von Bündnis Köln 99 schleppt sich dahin. Ein Erfolg der Gegenaktivitäten wird maßgeblich davon abhängen, wie und ob es in den nächsten Wochen in den Städten und Regionen gelingt, in Bündnissen mobilisierende Aktivitäten zu entwickeln.

Am letzten Februarwochenende tagte in Köln das sechste bundesweite Vorbereitungstreffen linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen gegen den EU- und gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Vorrangiges Ziel dieses Spektrums ist es, die Vorbereitungen zu den Gegenaktivitäten für eine linke Strategiediskussion zu nutzen und so strategische Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Der Rahmen wird dabei sehr eng gezogen (oder ist vielleicht auch real so eng), und der Bannstrahl des Reformismusvorwurfs trifft alle Kräfte außerhalb dieses begrenzten Rahmens. Im Verlauf des Wochenendes wurde der Versuch unternommen, diesen noch enger zu ziehen; auch die Hälfte des versammelten Plenums wurde insbesondere von Vertretern der Ökolinx als reformistische Unterwanderer geoutet. Wie überhaupt das Auftreten von Ökolinx-AnhängerInnen in krassem Gegensatz stand zu den bündnispolitischen Aussagen des Vertreters des linksradikalen Plenums bei der Beratungskonferenz zum WWG am 6.2. in Köln. Dieser hatte dort erklärt, die Aktivitäten des linksradikalen Bündnisses seien nicht als Gegenaktivitäten, sondern als Ergänzungen zu verstehen.

Ökolinx entlarvt die Reformisten

Das Hauptziel von Ökolinx scheint darin zu bestehen, eine mögliche Zusammenarbeit des linksradikalen Plenums mit dem Euromarschspektrum und dem Bündnis Köln 99 zu hintertreiben. Dabei kommt es ihnen zupaß, daß sie in Köln über eine gewisse Infrastruktur im universitären Bereich verfügen, und damit das versammelte linksradikale Spektrum relativ leicht erpreßbar wird. Anders läßt sich die Nachgiebigkeit des Plenums gegenüber dieser Gruppe kaum erklären. Denn immerhin war das sechste linksradikale Plenum das erste nach der Vorverlegung des EU-Gipfels und der Verschiebung der Euromarschdemo auf den 29. Mai - es hätte also Klärungsbedarf bestanden. Der veränderten Situation wollte ein Großteil der Versammelten Rechnung tragen und den Widerstandskongreß der Linksradikalen zeitlich parallel zum Gegengipfel von Bündnis Köln 99 legen. Getragen war dieser Vorschlag von dem Wissen, daß viele Kräfte aus dem europäischen Ausland - auch und gerade diejenigen, auf die vom linksradikalen Plenum gerne wohlwollend hingewiesen wird - zur Euromarschdemo mobilisieren und am Gegenkongreß von Bündnis Köln 99 vom 30.5. bis 2.6. teilnehmen werden. Mit dem Vorschlag, den linksradikalen Kongreß ebenfalls zwischen den beiden Demonstrationen durchzuführen, wurde der Versuch unternommen, sich und seine Ansprüche ernst zu nehmen. Denn im Vorfeld wurde vom linksradikalen Plenum das ehrgeizige Ziel formuliert, die Diskussion und die Vernetzung mit kämpfenden europäischen Bewegungen zu beginnen oder sie gar zu forcieren.

Ökolinx geißelte statt dessen eine Vorverlegung des Widerstandsgipfels als Unterwanderung durch und Anbiederung an den Euromarsch und hielt an der bisherigen Planung (Kongreß nach der Demonstration am 3. Juni) fest. Nach einem Meinungsbild stand das Treffen kurz vor der Spaltung. Der nach einer Beratungspause gefundene "Kompromiß" ist kein wirklicher, denn der Vorschlag einer gemeinsamen "Scharnierveranstaltung" am 2.6. von Teilen des linksradikalen Plenums und Teilen von Euromarsch war auch unabhängig von dieser Diskussion schon "angedacht" (siehe Einladung zum Treffen). Damit wurde dem Anliegen der Hälfte der Anwesenden nicht Rechnung getragen, im Rahmen eines Gegenkongresses eine Verbesserung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu erreichen und zusätzlich Kapazitäten frei zu haben für Gegenaktivitäten an den EU-Gipfeltagen. Es ist keine besonders mutige Prognose festzustellen, daß dieser linksradikale Zusammenschluß den gleichen Weg gehen wird wie so manche andere linke Plenen im Vorfeld von EU- und WWG-Gipfeln. Die strikte und sektiererische Abgrenzungspolitik von den anderen Bündnissen (Euromarsch und Bündnis Köln 99), wie sie insbesondere von Ökolinx forciert wird, wird diesen Werdegang

nur beschleunigen. Die linksradikale Diskussion wird dadurch weder inhaltlich noch organisatorisch vorangebracht.

Immerhin ruft das linksradikale Plenum zur Beteiligung am revolutionär-antifaschistischen Block (im wesentlichen wohl von der AA/BO organisiert) der Euromarschdemo am 29.5. auf. Der Schwerpunkt soll aber auf der Mobilisierung zur Demo am 3.6. und auf dem sich anschließenden Widerstandsgipfel liegen. Die thematische Ausrichtung des Widerstandsgipfels muß allerdings zusammengekürzt werden, da durch den Rückzug der AA/BO und deren Orientierung auf die Demo am 29.5. und eine eigene Veranstaltung am 30.5. das Forum Antifaschismus gefährdet ist; ebenso das Forum Rassismus und das Forum Patriarchat, Sexismus und Bevölkerungspolitik. Gesichert sind bisher die Foren Ökonomie, EU-Imperialismus/Kolonialismus, Repression/Konterrevolution und Ökologie/Neue Technologien. Eine größere internationale Beteiligung an diesem Widerstandsgipfel scheint bisher noch nicht sicher zu sein. (1)

Auffällig bei diesem linksradikalen Plenum war, daß eine kritische Hinterfragung des eigenen Agierens kaum angesagt war bzw. recht schnell gedeckelt wurde. So bleibt vollkommen unklar, warum nicht versucht wurde, sich stärker inhaltlich und organisatorisch an der Gestaltung der Demonstrationen am 29.5. und am 19.6. zu beteiligen und integraler Bestandteil eines Gegengipfels zu werden. Wenn dies vorrangig auf das Agieren von einzelnen Vertretern von Ökolinx zurückzuführen ist, wirft dies kein besonders gutes Licht auf den Zustand der "Szene". Vielleicht gelingt es in den nächsten Wochen noch, eine bessere Zusammenarbeit zu organisieren. Bündnis Köln 99 hat mit Sicherheit genausowenig die Türen geschlossen, wie das Euromarschspektrum.

Bleiberecht nur für

"gute" MigrantInnen?

Wasser auf die Mühlen der Abgrenzer könnte allerdings die Diskussion um den Aufruf zu den Gegenaktivitäten von Bündnis Köln 99 sein. Eigentlich war schon alles auf den Weg gebracht (auch die ak-Redaktion hatte einen vorliegenden Entwurf unterstützt), als sich Vertreter von WEED und BUND bemüßigt fühlten, die Diskussion neu aufzurollen. Ihnen waren Forderungen nach Schuldenstreichung und Reparationszahlungen für die Folgen von Kolonialismus/Neokolonialismus bzw. die Forderung nach "Bleiberecht für alle" plötzlich zu weitgehend. Mit der Argumentation, der Aufruftext sei zu links, deshalb sollten die Forderungen nicht zu radikal sein, wurde versucht die eigenen Änderungswünsche durchzusetzen. Insbesondere die Forderung des BUND, im Forderungskatalog das "Bleiberecht für alle" zu streichen, wird nicht verhandlungsfähig sein. Daß sie in der Frage des Bleiberechts plötzlich eine Klassifizierung von MigrantInnen in gut und böse vornahmen, und das ausgerechnet bei Protestaktionen gegen die Auswirkungen der Politik der führenden Wirtschaftsnationen, sollte den Antragstellern - wenn sie genauer überlegen - zumindest die Schamesröte ins Gesicht treiben. Richtigerweise wird sich eines der drei Schwerpunktthemen des alternativen Weltwirtschaftsgipfels mit dem Thema Migration befassen. "Wir sind hier, weil ihr dort seid" ist eine Diskussionsrunde überschrieben, bei der MigrantInnen ihre Forderungen erheben und ihre Kämpfe darstellen.

Trotz dieser Dissonanzen konnten bisher wesentliche Fragen des Gegengipfels und der Demonstration/Kundgebung gemeinsam geklärt werden. So kristallisiert sich heraus, daß auf der Abschlußkundgebung am 19.6. der Nobelpreisträger Wole Soyinka, von den Sans Papiers aus Frankreich Madjiguène Cissé und für die Erlaßjahrkampagne ein Bischof aus Lateinamerika sprechen werden. Mitte April und Mitte Mai wird noch jeweils eine Mobilisierungszeitung gedruckt (4 Seiten, bisher geplante Auflage: 50.000) geben; zur besseren Planung sollten die Zeitungen möglichst umgehend bestellt werden. Im April wird der Schwerpunkt bei der EU, in der Mai-Ausgabe beim WWG liegen.

Das größte Problem ist zur Zeit die Finanzierung des Büros von Bündnis Köln 99. Die Spendenaufrufe sind sehr ernst gemeint, denn die weitere Finanzierung ist nicht abgesichert. Für die weitere Mobilisierung wäre es mehr als hinderlich, wenn die Arbeit des Büros eingeschränkt werden müßte.

Georg Wißmeier

Anmerkung:

1) Der von dem Treffen nach langwierigen Verhandlungen verabschiedete vierseitige Aufruftext mit dem Titel "Gegen das Europa der Herrschenden!" ist im Internet unter

www.uni-koeln.de/studenten/asta/internat/eu-

wwg-docs.html nachzulesen.

Spenden für die Aktionen von Bündnis Köln 99 an: Bündnis Köln 99, Kt-Nr. 13 23 20 87; Stadtsparkasse Köln, BLZ: 370 501 98

Kontakt: Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Fon: 0221-9520008, Fax: 0221-9520077,

e-mail: koeln99@gmx.net

Dabeisein! Mitmachen! Mobilisieren!

In den nächsten ak-Ausgaben würden wir gerne über Aktivitäten zu den Gipfeln berichten. Wir möchten deshalb unsere LeserInnen auffordern, über Veranstaltungen, Aktionen etc. vor Ort zu berichten und selbst kleinere Artikel zu schreiben. Für Veranstaltungen stellen wir kostenlose (ältere) Probeexemplare von ak zur Verfügung, ebenso sollten unsere Werbeflyer auf keiner Veranstaltung fehlen. Darüberhinaus würden wir uns freuen, wenn die aktuelle ak-Ausgabe bei solchen Veranstaltungen zum Verkauf angeboten wird. Ruft uns an, wir schicken die gewünschten Exemplare umgehend zu.

42. Zum Gedenken an Rudi Neumann - 7.8.1907-23.2.1999

Autor: gw. · Rubrik: Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:52

Viele grüßten ihn oder hielten einen kurzen Schnack mit ihm, dem kleinen Mann mit der Schiebermütze auf dem Kopf, dem Zigarillo in der Hand oder im Mund. Wenn er - in den letzten Jahren mit dem E-Rollstuhl als Fortbewegungsmittel - im Hamburger Karo- oder Schanzenviertel seine Runde drehte oder einen Kaffee bei der "Hochbahn" oder im Café Stenzel trank, dann wollte er vor allem Eindrücke sammeln. Denn es war ihm immer wichtig, mitzubekommen, was los war in seinem Viertel, in Hamburg, in der Welt. Über das Weltgeschehen informierte er sich aus Zeitungen. Auch den Arbeiterkampf, später ak - analyse & kritik, las er von vorne bis hinten.

Und wenn es seine Gesundheit und das Wetter zuließen, ging Rudi auf Demonstrationen und Veranstaltungen. Wichtige Termine, die nie ausgelassen wurden, waren der 9. November, der Ostermarsch und der 1. Mai. Rudi war Jude, Kommunist, Antifaschist, Antimilitarist - und, eine heutzutage nicht mehr gebräuchliche Bezeichnung: proletarischer Linker.

Rudi lernte Elektriker und wurde Mitte der 20er Jahre Mitglied der Jüdischen Jungarbeiter (J.J.A.) in Hamburg. In dieser Bewegung lernte er seine Frau Flora kennen. Sie heirateten 1931 in der Synagoge am Bornplatz; daraus wurden über 67 Ehejahre. Rudi beteiligte sich am antifaschistischen Widerstand. Im Sommer 1933 wurde er zum erstenmal verhaftet und für ein halbes Jahr in sog. Schutzhaft genommen. Wegen seiner Tätigkeit als Stadtteilkurier im Widerstand wurde er 1934 ein zweites Mal verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. 1938 floh Rudi nach Belgien; Flora und der Sohn Bernie folgten ein halbes Jahr später, nachdem sie etlichen Verhören in Deutschland hatten standhalten müssen.

Kurz vor dem Einmarsch der Deutschen in Belgien wurde die Familie wieder getrennt. Rudi wurde, wie alle anderen männlichen Emigranten aus Deutschland, interniert. Er kam in die Lager Gurs und St. Cyprien in Südfrankreich. Von dort wurde er zunächst nach Auschwitz deportiert und dann nach Buchenwald gebracht. Auch seine Frau Flora, die 1943 nach Auschwitz deportiert wurde, überlebte den Holocaust. Wie durch ein Wunder trafen sich Rudi und Flora und auch ihr Sohn Bernie 1945 in Belgien wieder. Bernie hatte die Jahre der Verfolgung in einem belgischen Kloster überlebt. Über seine Zeit im Konzentrationslager redete Rudi fast nie. Seine Eltern, seine drei Brüder und zwei seiner Schwestern wurden von den Nazis ermordet. Nur noch seine Schwester Teschi überlebte den Holocaust.

Nach 1945 arbeiteten Rudi und Flora fünf Jahre in einem jüdischen Kinderheim in Belgien, bevor sie 1951 nach Hamburg zurückkehrten. Flora Neumann schreibt in ihrer Broschüre "Erinnern, um zu leben" über diese Zeit: "So vergingen die Jahre mit viel schwerer Arbeit. Es bildeten sich in Hamburg wieder jüdische Geselligkeiten, Kulturabende und Seniorenveranstaltungen in der Hamburger Jüdischen Gemeinde. Bis zu seinem 80. Lebensjahr wusch er die jüdischen Verstorbenen und bereitete sie zur letzten Ruhe vor. Wenn ich ihn fragte, warum er das in seinem Alter noch macht, so gab er mir zur Antwort: ‚Zum Gedenken an meine Eltern und meine fünf Geschwister und alle anderen Menschen, die durch die Nazi-Verbrechen in den Gaskammern oder anders grausam ermordet wurden.`"

Rudi redete nie viel, er handelte und half, wo er nur konnte. Seine Nichte Peggy Parnass sprach bei der Trauerfeier aus, was alle fühlten. In die Trauer um Rudis Tod mischte sich die Freude, mit Rudi einen politisch zuverlässigen und wahrlich guten Menschen gekannt zu haben. Tschüß Rudi, Freund und Genosse.

gw.

43. Konsens und Gegenmacht. Kritik an Michael Jägers linksreformistischer Strategie

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:10

Die Schonzeit ist vorbei. Rot-grün ist hundert Tage im Amt und es gilt, sich über Bilanz und Perspektiven klar zu werden, Ausgangspunkte für politisches Handeln von links zu formulieren. Einer, der das getan hat und mit dem sich auseinanderzusetzen lohnt, da er nicht nur ein schlauer Kopf, sondern auch Vordenker einer politischen Strömung ist, die versucht, den linken Reformismus neu zu formulieren, ist Michael Jäger, innenpolitischer Redakteur der Wochenzeitung Freitag.

Michael Jäger gehört zweifelsohne zu den besten politischen Kommentatoren, die die deutsche Linke in der Kohl-Ära hervorgebracht hat. Versteht er es doch in der Regel meisterlich, zwischen der Skylla jener sektiererischen Besserwisserei, die sich auf den politischen Alltag gar nicht mehr einläßt, und der Charybdis jener opportunistischen Apologie, die sich im selben Alltag verliert, hindurchzusegeln.

Wer die Jägerschen Kommentare des Vorwahlkampfes mit üblicher Aufmerksamkeit verfolgte, mußte auf die Zeit danach besonders gespannt sein. Trotz aller schärfer werdenden Warnungen vor dem offensichtlichen Kurs auf Große Koalition versuchte Jäger auch noch den letzten Anpassungsdiskursen des Kanzlerkandidaten, seiner zum Wahlverein ins Geschirr genommenen Partei und jener verzweifelt-komisch um bürgerliche Reputation beim großen Bruder buhlenden ehemaligen Rebellenorganisation emanzipative, ja gar revolutionäre Qualitäten abzugewinnen. Und dann kam auch noch das, woran keiner so richtig glauben wollte - Rot-Grün. Während die Opportunisten voreilig die Umwälzung herrschender Verhältnisse ausriefen und die linksradikalen Zyniker mal wieder so taten, als sei gar nichts passiert oder gar eine Verschlechterung ins deutschnationale zu verzeichnen, galt es, sich zurückzuhalten, bis die 100-Tage-Schonfrist vorbei war. Doch das im Freitag 6/99 ("Danton & Co. Der zweideutige und doch fast revolutionäre Effekt einer Konsensstrategie") vorgetragende Ergebnis seiner Reflexion ist nicht nur enttäuschend, ist nicht nur ein Bruch Jägers mit seiner eigenen analytisch-agitatorischen Methode. Es offenbart auch die strukturelle Schwäche des zeitgenössischen Linksreformismus.

Jäger gesteht zu Beginn ein, daß man die Haltung radikaler Kritik einnehmen und bilanzieren kann, daß die neue Regierung eine Regierung der überall zurückweichenden Roßtäuscher ist ("die Benzinpreiserhöhung ist lachhaft, die Bombardierung des Irak haben sie nicht kritisiert"). Doch dies ist eben nur ein Teil der Wahrheit, wie er zurecht schreibt, denn das Bild "ist unvollständig ohne die Reaktionen, die Schröder & Co. sich einhandeln". Und er weist auf den zentralen Ursprung des vermeintlichen rot-grünen Chaos der ersten Zeit hin, wenn er betont, "daß jedenfalls der Kanzler von seinem Auftrag, ‚Rot-Grün` realisieren zu sollen, vor der Wahl nichts wissen konnte noch wollte".

Revolutionäres trail and error

In der Tat: Schröder und sein Wahlverein wollten dieses Wahlergebnis nicht und sie haben alles getan, um es zu verhindern. Das Gegenteil behaupten kann nur derjenige, der ein taktisch brillantes Machtspiel unterstellt, um unter schlechten Voraussetzungen die Regierungsgewalt zu erobern. In diesem Falle wäre dann aber der Elchtest eben das weitere Verhalten nach der Wahl: Wird das Ergebnis benutzt, um die strukturellen Hindernisse für ein rot-grünes Reformprojekt aus dem Weg zu räumen? Diese Frage stellt sich Jäger bemerkenswerterweise nicht, zumindest nicht explizit. Doch seine weiteren Ausführungen enthalten natürlich eine entsprechende Antwort.

"Es gibt etwas im Regierungshandeln, das auf eine Gesellschaftsveränderung großen Stils hindeutet, nämlich eben ihr Stil. Er ist als trial and error, Verfahren einer ‚Versuchsregierung`, beschrieben worden", schreibt Jäger. Die Regierung presche vor (Zinssenkung, Ökosteuer, atomare Erstschlags-Option, Ausstieg aus der atomaren Wiederaufbereitung, Buchpreisbindung, doppelte Staatsangehörigkeit), stoße auf Widerstände und müsse zurückstecken, ohne jedoch den reformerischen Ball wieder aus dem Spiel holen zu müssen. Manchmal könne sie gar durch "Nachbesserung" wieder in die Offensive kommen. Er sieht diesen Stil als Antwort auf die strukturellen Hindernisse von Rot-Grün (demokratische Legitimität, Macht des Kapitals und europäische Einbindung) und beschreibt ihn als "fast revolutionäre(n) Effekt einer Konsensstrategie",

theoretisiert ihn im folgenden gar zu einer urdemokratischen Vorgehensweise. In der Tat: Eine Apologie der besonderen Art.

Daß diese Apologie ihren Preis auch für Jäger hat, macht er in einem bemerkenswerten Absatz deutlich, in welchem er sich gar dazu hergibt, das rot-grüne Einschwenken auf die von ihm früher heftigst bekämpfte Militärpolitik der Herrschenden lobzupreisen. Die Entsendung einer Kampftruppe in den Kosovo ist ihm "ein starkes Signal" der "Verläßlichkeit", "formal gekonnt". "Leider (!) schafft es nur im westlichen Ausland Vertrauen". Man lese und staune, wie hier die Einbindung in ein imperialistisches Militärbündnis und die Aussicht, daß deutsche Soldaten bald wieder mehr als nur potentielle Mörder sein werden, bei einem Linken zur Pokerkarte im Konsensspiel verkommt.

Zum Schluß verfällt er auch noch dem billigsten Trick jeder Art von Opportunismus, in dem er die These von der Alternativlosigkeit aufstellt. Natürlich nicht in der üblichen platten Variante, sondern in der ihm eigenen: "Stellen wir uns einmal vor, nicht Schröder und Fischer, Trittin und Lafontaine, sondern eine Regierung demokratischer Kommunisten wäre an der Macht. Was wäre anders gelaufen?" Und implizit antwortet er: Nichts.

Die Frage, wie demokratische Kommunisten auf die Ausgangsbedingungen einer solchen Regierungsübernahme reagiert hätten, ist in der Tat ein Schlüssel zur Frage nach der Bilanz und den Perspektiven der neuen rot-grünen Regierung. Die Frage stellt sich jedoch, was man unter demokratischen Kommunisten versteht? Sinnvollerweise läßt sich darunter nur ein antistalinistischer Kommunismus in der Tradition von Luxemburg, Trotzki, Gramsci usw. verstehen. Für sie war - anders als offenbar für Jäger - kennzeichnend, daß sie niemals die Staatsmacht angetreten hätten, wenn sie nicht die Bereitschaft der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit, die weitreichenden politischen Folgen einer solchen Regierung mitzutragen, hinter sich gewußt hätten. Es ist auch undenkbar, daß demokratische Kommunisten wie in Jägers Modell die kapitalistischen Grundlagen unangetastet lassen würden, um qua Konsensstrategie Spielräume auszuhandeln. Wen Jäger also eigentlich mit seinen demokratischen Kommunisten meint, das sind radikale Sozialisten und revolutionäre Demokraten, also Sozialisten der wirklich alten Schule. Daß es solche als politische Strömung schon lange nicht mehr gibt, sollte zwar nicht vergessen werden, wird hier aber mal - spieltheoretisch - beiseite geschoben.

"Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen ..."

Wie hätten nun diese linken Reformisten ein solches Wahlergebnis benutzt, um die strukturellen Hindernisse für ein rot-grünes Reformprojekt aus dem Weg zu räumen? Sie hätten sofort damit begonnen, ihre noch in der Minderheit oder in der schweigenden Mehrheit versteckte Anhängerschaft zu mobilisieren, um qua gesellschaftlicher Gegenmacht gegen herrschendes Kapital und bürgerliche Öffentlichkeit ein gesellschaftliches Klima zu produzieren, daß sie in die Waagschaale ihrer "Konsensstrategie" hätten werfen können. Und auch wenn sie - entprechend den Jägerschen Direktiven - jeden notwendigen Konsens geschlossen hätten, wäre doch nicht dieser ihr Ziel, sondern die immer breitere Mobilisierung gesellschaftlicher Gegenmacht. Für sie wäre die Regierungsmacht also Mittel zum Zweck. Gesetzes- und andere Initiativen würden sie danach auslegen, inwieweit diese dazu geeignet sind, in die ideologische Offensive zu kommen. Zur Mobilisierung von Anhängerschaft und zur gleichzeitigen Verunsicherung gegnerischer Politik trägt jedoch nur jene Offensive bei, die nicht beim erstem Geschrei der Herrschenden selbst verunsichert zurückschreckt.

Werden wir konkret: Wer Ökosteuern als Teil einer Energiewende verstanden wissen und Mehrheiten dafür mobilisieren will, akzeptiert nicht die neoliberale Doktrin, sie explizit zur Senkung von Lohnnebenkosten zu mißbrauchen. Seit zwanzig Jahren gibt es (zumindest in Westdeutschland) eine satte Mehrheit für den Atomausstieg. Wer das Thema trotzdem übervorsichtig zuerst von einer Nebenlinie angreift (nicht schön, aber okay), der kneift dann nicht beim ersten Zucken der Atomstrommafia zusammen und erniedrigt öffentlich seinen besten, weil forschesten Minister.

Wer endlich bürgerliche Mindesstandards für Emigranten erkämpfen will, beschränkt sich nicht auf mehr als halbherzige Gesetzesinitiativen, sondern geht aufs Ganze und mobilisiert nicht nur Becker, Westernhagen und Gottschalk, sondern, neben seiner eigenen Wählerschaft Millionen von Einwanderern zur gemeinsamen Aktionseinheit auf der Straße. Der mault auch nicht pseudomoralisch darüber, daß die CDU ihre Basis mit rassistischen Tönen dagegen mobilisiert (wer erwartet denn ernsthaft anderes?), sondern hält praktisch, von

Angesicht zu Angesicht dagegen. Vor allem läßt er sich nicht durch Stimmungswahlen à la Hessen verunsichern und gibt klein bei. Er nimmt so etwas stattdessen als Aufforderung, jetzt erst recht in die Offensive zu gehen.

Die zur Beurteilung der neuen Regierung entscheidende Frage: Ist sie gewillt, ihre zu erheblichen Teilen selbstverschuldet-schwache gesellschaftliche Ausgangsbasis offensiv zu verbreitern, läßt sich nach 100 Tagen klar mit Nein bilanzieren.

Das in Jägers Artikel noch nicht reflektierte Menetekel der Hessenwahl ist der letzte entscheidende Prüfstein dafür. Nach dem ersten Rückschlag haben SPD und Bündnisgrüne nichts anderes zu tun, als weitere Kompromisse anzukündigen. SPD-Linke fordern Besinnung auf SPD-Themen, als ob solche Themen nicht schon immer dafür hergehalten haben, Linke in die Defensive zu verbannen. Bündnisgrüne fordern stärkere Regierungseinheit, als sei diese nicht schon immer der Knüppel gegen Juniorpartner wie sie selbst gewesen.

Jäger weiß dies alles. Aber er läßt sich zu sehr auf die Regierungslogik ein und hofft auf die Umstände, auf die objektive Stachelfunktion von Rot-Grün. Nach 100 Tagen und v.a. nach Hessen ist jedoch überdeutlich, daß die neue Regierung keine ernsthaften Anstalten macht, in die gesellschaftspolitische Offensive zu kommen, daß sie sich strikt weigert, den "Weg in die Gesellschaft" aufs außerparlamentarische Terrain zu gehen. Jäger zitiert Mao Zedong: "Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg - das ist die Logik des Volkes." Sehr schön! Nur sind provokative Statements und schüchterne Gesetzesinitiativen kein Kämpfen.

Es hätte ja sein können, daß die rot-grünen Protagonisten anfangs manches in dieser Richtung unbewußt falsch gemacht haben. Wenn sie es jedoch ernst gemeint hätten mit Gesellschaftsreformen, die ihren Namen verdienen, hätten sie allerspätestens nach Hessen Selbstkritik geübt, daß man nicht offensiv genug, daß man zu konsensual vorgegangen sei, und sie hätten neuen Anlauf genommen. Das ist nicht geschehen. Ist es Zufall, daß auch Jäger die entscheidende Bedeutung der Hessenwahl für die Perspektiven von Rot-Grün nicht versteht? Ausgabe 7/99 glänzt jedenfalls durch Abwesenheit Jägers. In Ausgabe 8/99 schreibt er gar, daß es "natürlich ... rational" sei, "nach der Hessenwahl den Kompromiß zu suchen". So häufig sich hinter dem Wörtchen "natürlich" die Übernahme herrschender Wertvorstellungen verbirgt, so tief ist die Erniedrigung für jene Linke, die es benützen. Und so - kehren wir zu Rot-Grün zurück - verkommt auch der von Jäger nicht ganz zu unrecht gepriesene neue Regierungsstil dazu, nicht nur nichts anders zu machen, sondern auch dies noch nicht mal besser. Womit einer Mobilisierung der eigenen gesellschaftlichen Reformbasis der endgültige Todesstoß versetzt wird. Das Jägersche Diktum, Danton-Schröder "darf nicht geköpft werden", ist vor diesem Hintergrund nicht nur unverständlich, sondern auch kontraproduktiv.

Die Schonzeit ist vorbei, auch für Michael Jäger. Sein langer Versuch, quasirevolutionäre Elemente aus Rot-Grün herauszukitzeln und zu -interpretieren, Konsensstrategien von ihrem Dasein als Mittel zum Zweck zum Zweck als Mittel umzutheoretisieren, endete sowohl in einer Apologie des herrschenden Status quo, als auch in der Preisgabe seiner so hervorragend aufklärerischen Methodik politischen Kommentierens. Anstatt Rot-Grün und den LeserInnen aufzuzeigen, was sie tun müßten, um ihrer Rolle als objektiver Stachel gerecht zu werden, rechtfertigt er ihr Tun nun mit geschichtsphilosophischen Ausflügen sowohl in die römische und französische Vergangenheit, als auch in die postrevolutionäre Zukunft - gleichermaßen ungereimt und unhistorisch.

Bleiben wir lieber im Hier und Jetzt. Die Wahl für Rot-Grün war ein Glücksfall, das versammelte rot-grüne Personal ist ein Unglück. Wollen sie eigenes Profil erlangen, sind sie auf praktische Initiativen für ein öko-soziales Umbauprojekt zwingend angewiesen. Wollen sie dies in echt linksreformistischer Weise hegemonial machen, kommen sie an einer außerparlamentarischen Mobilisierung in Worten und Taten nicht vorbei. Genau dies werden sie nicht tun, weil sie nicht willens und nicht in der Lage sind, den Tiger zu reiten, den sie damit loslassen würden. Deshalb werden sie ihn bekämpfen, sobald er sich regt. Und wer das nach 100 Tagen und nach Hessen nicht ins Zentrum seines Denkens und Handelns stellt und stattdessen weiterhin das Gute im Schlechten theoretisiert, wird zum Apologeten herrschaftlicher Domteure.

Christoph Jünke

44. Die Interhandel-Affäre und der Rees-Bericht

I.G. Farben-Opfer sollen entschädigt werden

Autor: Jella Glasberg · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:31

"Es ist unser Ziel, die Liquidation der I.G. Farbenindustrie in Abwicklung so weit wie möglich zu beschleunigen und in einem überschaubaren Zeitraum abzuschließen. Es ist gleichermaßen unser Ziel, zuvor eine Stiftung zu gründen, in die der wesentliche Teil des Erlöses aus allen noch geltend zu machenden bzw. einzuziehenden Forderungen fließen soll. Die Erträge aus dem Stiftungsvermögen sollen in erster Linie denjenigen Menschen zugute kommen, die durch I.G. Farben während der NS-Zeit zu Schaden gekommen sind." Mit dieser überraschenden Erklärung sind die beiden neuen Liquidatoren der I.G. Farbenindustrie in Abwicklung, Volker Pollehn und Otto Bernhardt, am 22. Februar 1999 an die Öffentlichkeit getreten. Pollehn und Bernhardt, beide CDU-Mitglieder, sind Ende letzten Jahres vom Aufsichtsrat als Abwickler vorgeschlagen und vom Amtsgericht bestellt worden. Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main haben sie eine Wende in der bisherigen Politik der IG Farben angekündigt.

Bisher wurde die endgültige Liquidation der Gesellschaft ständig hinausgezögert. Immer wieder hat der Aufsichtsrat neue Vermögensansprüche geltend zu machen versucht. So forderte er nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus die Rückübertragung enteigneter Liegenschaften in der ehemaligen DDR. Deren Buchwerte, so der früherer Liquidator Günter Vollmann auf der Hauptversammlung 1993, "betrugen zum 31. Dezember 1944 rund eine Milliarde Reichsmark. Der bebaute und unbebaute Grundbesitz in der ehemaligen DDR umfaßt rund 151 Millionen Quadratmeter."

151 Millionen Quadratmeter Immobilien, die nach Kriegsende von der Sowjetunion enteignet worden waren, forderte die I.G. Farben zurück - das entspricht der Fläche einer mittleren deutschen Großstadt. Aus dem Erlös des Vermögens, das versprach der Aufsichtsrat der Gesellschaft damals, sollten fünf Prozent für die Einrichtung einer Stiftung bereitgestellt werden, mit deren Geldern unter anderem auch ehemalige Zwangsarbeiter entschädigt werden könnten.

Daraus wurde nichts, weil die Klagen auf eine Rückübertragung in verschiedenen Instanzen abschlägig beschieden wurden. Die diesbezügliche Rechtsprechung sei inzwischen so gefestigt, erklärte Rechtsanwalt Volker Pollehn, daß sich die Frage der Rückgewinnung des Ostvermögens für die IG Farben überwiegend erledigt habe.

"Eine Kriminalgeschichte"

Allerdings scheint ein weiteres beträchtliches Vermögen in Sicht, auf das die I.G. Farbenindustrie neuerdings wieder Anspruch erhebt, nämlich das der früheren I.G. Chemie, Basel, einer Tochter der I.G. Farben. (1) Die I.G. Chemie war 1928 als Tochter der Farbengemeinschaft gegründet worden, um in Deutschland Steuern zu sparen und um Auslandsbeteiligungen zu verwalten. Die I.G. Chemie galt offiziell auch als Muttergesellschaft der amerikanischen Farben-Tochter General Aniline and Film Corp. (GAF). Nach Kriegsausbruch im September 1939 verschleierte die I.G. Farben ihre Zusammengehörigkeit mit der I.G. Chemie, und 1941 beantragte das in Basel ansässige Unternehmen bei der Schweizerischen Clearingkommission, als schweizerische Firma anerkannt zu werden. In den USA wurde währenddessen die GAF als "Feindvermögen" beschlagnahmt.

Nach dem Krieg wurde das Vermögen der I.G. Chemie - wie alle deutschen Guthaben in der Schweiz - von den Alliierten blockiert. Später erreichte die I.G. Chemie, die im Dezember 1945 in Interhandel umbenannt wurde, daß sie als "schweizerische" Firma anerkannt wurde, also nicht für die Verbrechen der I.G. Farben belangt wurde. Ihr Vermögen wurde wieder freigegeben. Außerdem erhielt die I.G. Chemie/Interhandel nach ausdauernder Lobbyarbeit in den USA und zähen Verhandlungen Zugriff auf einen Teil des Vermögen ihrer offiziellen Tochter GAF. 1965 wurden nach der Versteigerung der GAF rund 515 Millionen Franken an Interhandel überwiesen.

Daß die Interhandel und nicht die I.G. Farben AG in Abwicklung dieses Vermögen erhalten hat, wollen die neuen Liquidatoren nicht hinnehmen. Damals sei "vieles nicht mit rechten Dingen zugegangen", so Otto

Bernhardt. Auch das Vermögen der Interhandel selbst steht nach Meinung der Liquidatoren der I.G. Farben zu. "Das ist eine richtige Kriminalgeschichte", sagte Volker Pollehn. "Wir müssen der Frage nachgehen, wie es möglich ist, daß die Rückgabe des riesigen Vermögens der früheren I.G. Farben-Tochter, nämlich der damals in Basel ansässigen I.G. Chemie, die wiederum im Auftrag der I.G. Farben, nach außen zunächst verdeckt, die Aktienmehrheit der I.G. Farben-Tochter GAF in den USA hielt, bis heute erfolgreich verhindert werden konnte."

Die Alliierten, so Pollehn, hätten dieses Auslandsvermögen noch bis Ende der fünfziger Jahre als I.G. Farben-Vermögen eingestuft. "Erst mit Beginn der Kennedy-Ära im Jahre 1961 und durch gezielte Verhandlungen des ehemaligen Interhandel-Verwaltungsrates und gleichzeitigen Chefs der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), Herrn Alfred Schäfer, haben die Amerikaner Mitte der 60er Jahre dieses Riesenvermögen zu einem großen Teil an Interhandel ausgezahlt. Durch die Fusion von Interhandel und SBG ging das Vermögen ins Eigentum der SBG, heute UBS, über."

Folgt man Volker Pollehn und Otto Bernhardt, so scheinen ihre Bemühungen um einen Vergleich mit der UBS in der Frage des Interhandel-Vermögens rein humanitärer Art zu sein. Volker Pollehn erläuterte ihre Ziele auf der Pressekonferenz in Frankfurt am Main: "Falls es bei der Erlangung des GAF-Vermögens durch den Interhandel-Verwaltungsrat Alfred Schäfer und bei der Übernahme von Interhandel durch die damalige Schweizerische Bankgesellschaft, die dadurch von der drittgrößten zur größten Schweizer Bank avancierte, nicht mit rechten Dingen zugegangen ist, dann steht das Interhandel-Vermögen, nach heutiger Schätzung etwa 4,4 Milliarden DM, dem I.G. Farben-Restvermögen zu, dann muß dieses Vermögen den Menschen, die durch I.G. Farben während der Nazi-Zeit zu Schaden gekommen sind, zugänglich gemacht werden. Alles andere wäre ein reiner Skandal."

I.G. Farben-Abwickler fordern offene Archive

Das klingt wie eine Kehrtwende der I.G. Farben-Politik in der Entschädigungsfrage. Doch ob die UBS als Rechtsnachfolgerin der Schweizerische Bankgesellschaft sich auf einen Vergleich einlassen wird, wie Pollehn und Bernhardt hoffen, ist mehr als zweifelhaft. Zwar ist die UBS, wie auch andere Schweizer Großbanken, hinsichtlich der Entschädigungsfrage im letzten Jahr durch Prozeß- und Boykottandrohungen aus den USA stark unter Druck geraten; sie hat sich bereit erklärt, einen Fonds für NS-Opfer einzurichten. Doch Ansprüche auf das Interhandel-Vermögen, die die I.G. Farben AG in Abwicklung schon in den achtziger Jahren geltend machen wollte - damals noch gegenüber der Schweizer Bankgesellschaft -, konnte diese abwehren (vgl. Kasten). Mit verschiedenen Begründungen wurden die Klagen der I.G. Farben von deutschen Gerichten zurückgewiesen. Wenn Volker Pollehn und Otto Bernhardt sich jetzt erneut um das Interhandel-Vermögen bemühen, so ist dies offenbar auch durch den Druck zu erklären, den Prozeß- und Boykottandrohungen aus den USA auf die Schweizer Großbanken ausgeübt haben.

In diesem Zusammenhang kritisieren die beiden Liquidatoren auch die Archivpolitik der Eidgenossenschaft: "Wie viele andere fragen wir uns, warum die Schweiz die einschlägigen Dokumente entgegen allen Gepflogenheiten noch immer in ihren Archiven unter strengem Verschluß hält. Wir fordern deshalb als erstes die zuständigen Stellen in der Schweiz nachdrücklich auf, diese Archive endlich zu öffnen, damit die Wahrheit ans Licht kommt." (Vgl. Kasten).

Schöne Versprechungen

Pollehn und Bernhardt hoffen, daß sie auf der Hauptversammlung der I.G. Farben am 25. März den Auftrag erhalten werden, eine Stiftung einzurichten. Sie soll zunächst mit zwei bis drei Millionen DM dotiert werden, was etwa einem Zehntel des I.G. Farben-Restvermögens von knapp 28 Millionen DM entspricht. Später soll dieser Stiftung nach dem Willen der Liquidatoren der überwiegende Teil der noch einzuziehenden Forderungen zukommen. Aus ihren Erträgen sollen vor allem die Opfer der I.G. Farben entschädigt werden, außerdem solle auch die Geschichte des Konzerns gründlicher aufgearbeitet werden, der in der öffentlichen Diskussion "zum negativen Symbol für die Zusammenarbeit der deutschen Großindustrie mit dem Nationalsozialismus" geworden sei.

Das alles klingt zunächst recht gut. Doch bei näherer Betrachtung entpuppen sich die Pläne der Liquidatoren als eher vage. Otto Bernhardt und Volker Pollehn räumen selber ein, daß sie ihre Vorhaben nicht unmittelbar umsetzen können. Zunächst brauchen sie die Zustimmung der Aktionärsversammlung, die am 25. März stattfinden wird. Außerdem sind ihrem Handeln durch das Liquidationsrecht und das Aktienrecht enge Grenzen

gesetzt, wie sie immer wieder betonen. Vor allem aber ist ihre Ankündigung, daß die Gesellschaft nun zügig abgewickelt werden solle, insofern wenig glaubwürdig, als sie gleichzeitig Ansprüche auf das Interhandel-Vermögen erheben. Mit Verweis auf diese Forderungen - die Liquidatoren schätzen das Interhandel-Vermögen auf hochgezinst 4,4 Milliarden DM - dürfte die Abwicklung wieder einmal verzögert werden. Insofern ist die Taktik von Behrendt und Pollehn nicht neu: Wie ihre Vorgänger locken sie mit der Taube auf dem Dach, behalten den Spatz aber fest in der Hand: Von einer Auszahlung des I.G. Farben-Restvermögens an die ehemaligen Zwangsarbeiter, wie es Kritische Aktionäre und Opferverbände seit Jahren fordern, ist keine Rede: Allenfalls Erträge aus einem Stiftungsvermögen sollen an die Opfer der Farbengemeinschaft ausgezahlt werden. Bei einer mit zwei bis drei Millionen DM ausgestatteten Stiftung wären die nicht eben hoch.

Jella Glasberg

Anmerkungen:

(1) Vgl. zur Geschichte der I.G. Chemie/Interhandel und den Ansprüchen der I.G. Farben auf deren Vermögen den sehr instruktiven Aufsatz Die Schweiz und das Vermögen der I.G. Farben. Die Interhandel-Affäre von Shraga Elam, in 1999, Heft 1/1998, S. 61-91.

Die Interhandel-Affäre und der Rees-Bericht

1983 hat die I.G. Farben in Abwicklung vor deutschen Gerichten gegen die Schweizer Bankgesellschaft als Rechtsnachfolgerin der Interhandel geklagt. Die I.G. Farben-Verwaltung erhob Anspruch auf das Vermögen der Schweizer Firma Interhandel. Um die Prozeßkosten zu senken, minderte die I.G. Farben ihre Forderungen allerdings auf 20 Millionen DM, eine Summe, die weit unter dem Wert der Interhandel lag. Doch die Schweizerische Bankgesellschaft wollte selbst diese relativ bescheidene Forderung nicht erfüllen, berichtet der israelische Journalist Shraga Elam in seinem Aufsatz Die Schweiz und das Vermögen der I.G. Farben. Die Interhandel-Affäre (in: 1999, Heft 1/1998, S. 61-91).

Tatsächlich verlor die I.G. Farben den Rechtsstreit. In der letzten Instanz, vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe, wollten die I.G Farben-Anwälte den sogenannten Rees-Bericht vorlegen, um ihre Forderungen zu erhärten. Dieser Report über die I.G. Chemie, Basel, also die spätere Interhandel, und ihr "finanzielles Nervenzentrum", die Privatbank Hans Sturzenegger & Cie., ist 1946 unter Leitung des Revisors der Schweizerischen Verrechnungsstelle, Albert Rees, erstellt worden. Die Alliierten haben nur eine Zusammenfassung dieses Reports erhalten, eine entstellende Fassung, die die I.G. Chemie/Interhandel als weißgewaschene schweizerische Firma erscheinen ließ. Die Originalfassung hingegen, die auf viele begründete Zweifel am rein schweizerischen Charakter der I.G. Chemie hinweist, liegt bis heute unter Verschluß.

Für die Prozeßführung der I.G. Farben-Anwälte wäre der Rees-Bericht in der Originalfassung außerordentlich wichtig gewesen; mit seiner Hilfe wollten sie belegen, daß die I.G. Chemie/Interhandel stets deutsch beherrscht war und daß ein treuhänderisches Verhältnis zur I.G. Farben bestanden hatte. Doch das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten beschloß, sämtliche Akten im Bundesarchiv, die Interhandel betreffen, für die Dauer des Prozesses zu sperren, obwohl die übliche Archivsperrfrist von 35 Jahren verstrichen war. Shraga Elim zitiert aus in dem schriftlichen Entscheid des Gesamtbundesrates, der diese Maßnahme ausdrücklich gebilligt hat: Der Bundesrat habe sich "davon überzeugt, dass eine Einsichtnahme in den Rees-Bericht, sei es ganz oder teilweise, ... zu einer ernsthaften Gefährdung der ... Interessen des Landes führen könnte ... Die Geheimhaltungspflicht geht sogar so weit, dass auf eine eingehende Begründung verzichtet werden muss; andernfalls müssten tatbeständliche Einzelheiten aufgedeckt werden, die es geheim zu halten gilt." Außerdem wurde es sowohl Albert Rees als auch dem früheren schweizerischen Wirtschaftsdiplomaten Ernst Schneeberger vom Bundesrat verboten, in Karlsruhe als Kronzeugen aufzutreten. Die Folge: Am 10. Februar 1988 verlor die I.G. Farben in Abwicklung endgültig den Prozeß.

J.G.

45. Prototyp für Europa? Jörg Haider siegt in Kärnten

Autor: Franz Schandl, Wien · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak424/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:40

Jörg Haider ist kein bloß österreichisches Phänomen, wie in Europa behauptet wird, und er ist auch kein Kärntner Sonderfall, wie es in Österreich so oft heißt. In Kärnten kommt nur verstärkt zu sich, was woanders auch möglich wäre. Sicherlich ist der anti-slawische und deutschnationale Bodensatz in diesem Bundesland ein besonders guter Dünger für diesen Erfolg. Aber er alleine begründet nichts. Haider zeigt vielmehr, was für eine postfaschistische Rechte im Schengenland möglich ist. Er ist ihr entwickeltester Prototyp.

Der Rechtsruck ist auf jeden Fall nicht zu leugnen. Neben den Großparteien sind vor allem auch die beiden kleineren Oppositionsparteien Verlierer dieser Wahlgänge. Nicht nur in Kärnten. Das Liberale Forum (LIF) schaffte den Einzug in kein einziges Landesparlament; auch die Grünen haben verloren und sind nun weder in Tirol noch in Salzburg mehr in Fraktionsstärke vertreten.

Die Kunst, sich selbst ins Knie zu schießen, das ist wahrlich Kunst von Haiders Gegnern. So müssen SPÖ und ÖVP völlig verrückt gewesen sein, als sie einfach durchgehen ließen, daß die Kärntner Hochrechnung um 16 Uhr, d.h. eine Stunde vor dem Schließen der Wahllokale in Tirol und Salzburg, veröffentlicht wurde. Die Idiotifizierung der Politik ist schon so weit gereift, daß man selbst die banalsten taktischen Fallgruben übersieht. Der televisionär übertragene Siegereffekt aus Klagenfurt brachte den an sich maroden freiheitlichen Landesorganisationen in Tirol und Salzburg sicherlich noch zusätzliche Stimmenzuwächse, somit Ergebnisse, die man denen gar nicht zugetraut hätte.

Es ist absolut nicht auszuschließen, daß die FPÖ bei einem Solo-Urnengang für das Straßburger Europaparlament, d.h. ohne Koppelung mit der Nationalratswahl, zur stärksten Partei des Landes bei einer Bundeswahl aufsteigt. Vergessen wir nicht, es war letztes Mal schon äußerst knapp gewesen (ÖVP: 29,6; SPÖ: 29,2; FPÖ: 27,6 Prozent).

Natürlich wird der FPÖ ein solches Bravourstück bei einer im Herbst stattfindenden Nationalratswahl (noch) nicht gelingen. Nichtsdestotrotz ist Haider, ausgestattet mit solch fulminanten Resultaten und immer deutlicher unterstützt von seinen medialen Gegnern, eindeutig von der Siegerstraße auf die Siegerautobahn abgebogen. Die Stimmungen sind auf Umbruch eingestellt. Kärnten ist das Menetekel der Republik.

Viele mediale Haider-Gegner haben sich in diesen Tagen als selbst dem Troß des Meisters aus Kärnten zugehörig entpuppt. Sie gleichen einem Ensemble von Posaunisten, die lautstark blasen, wenn er seinen Auftritt hat. "Haider, na und?" fragt das Monatsmagazin Format, und es dauert wahrscheinlich nicht mehr lange, bis es daraus ein "Ja, bitte" macht. Unter diesen Voraussetzungen werden die Wahlverlierer kaum Haider als Kärntner Landeshauptmann verhindern können. Die hiesige Politik wirkt wie paralysiert. SPÖ und ÖVP sind mit ihrem Latein am Ende, aber auch Grüne und Liberale kennen sich überhaupt nicht mehr aus.

Die bundesrepublikanische Berichterstattung handelt Österreich oft als älplerische Groteske ab. Das Anti-Haider-Gezeter vieler deutscher Medien ist in seiner Haltung mehr anti-österreichisch als anti-haiderisch, eher reflexartig als reflektiert, geprägt von dieser typisch deutschen Mischung aus Ignoranz und Arroganz. Haider ist jedoch kein Hinterwäldler, sondern Avantgarde einer attraktiven europäischen Rechten, einer Rechten, die man nicht einfach in den Antifa-Sack stecken kann. Kein Ewiggestriger, sondern ein Ewigmorgiger, wie Gerhard Scheit feststellte. Haider spiegelt mehr die kapitalistische Zukunft als die nationalsozialistische Vergangenheit.

Die Entwarnungen sind falsch, wenn sie meinen, daß so etwas wie Haider nur in einem Land wie Österreich passieren kann. Seien wir leider sicher: Es wird anderswo ebenso werden, wenn es so weiterläuft, wie es anläuft. Der österreichische Prototyp, der sich hier gezüchtet hat, ist zwar nicht beliebig exportierbar, letztendlich ist er aber adaptierbar, er kann in jedem europäischen Land laufen, insbesondere in Deutschland. Was ihm bisher dort fehlte, ist, was der Prototyp hier besitzt: Modernität, Wendigkeit, Raffinesse. Nur ein Beispiel: Wenn Haider seine Anliegen vorbringt, aber nicht sogleich als fremdenfeindlich oder restriktiv auffallen will, dann zitiert er (oft ohne es dazuzusagen) Blair oder Schröder, mit denen er sich auch ganz gern vergleicht.

Was Deutschland und Österreich aktuell unterscheidet, ist, daß es die Deutschen mit einer Unzahl von abgestandenen und altbackenen rechtsextremen Parteien zu tun haben, denen nicht gelingt und auch nie mehr gelingen kann, was Haider pausenlos schafft: die traditionelle Rechte mit der Mitte der Gesellschaft zu einem postfaschistischen Extremismus des gemeinen Menschenverstandes zu vereinen.

Der übernächste Griff des Jörg Haider wird der nach Europa sein, Deutschland ist primäres Hoffnungsgebiet. Vor allem hat er jetzt, nachdem die heimischen Querelen ausgeräumt wurden, und die anderen Parteien kräftig abgeräumt werden, den Rücken frei, sich größeren Aufgaben zu widmen.

Franz Schandl, Wien

46. Kraftvoll zubeißen

Gegen den Gipfel - nicht ohne ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:13

Die Vorbereitungen von Aktivitäten gegen die im Mai und Juni stattfindenden Gipfel (EU und WWG) laufen auf Hochtouren. Zahlreiche Veranstaltungen dazu finden bereits statt. Kaum vorstellbar, daß ak - analyse & kritik dabei nicht anwesend sein sollte. Deshalb bieten wir nochmal besonders an, was auch andere VeranstalterInnen nutzen können: Bestellt (kostenlose) Probeexemplare von ak, um sie auf den Veranstaltungen zu vertreiben und viele Menschen klug und glücklich zu machen. Ihr braucht uns dazu nur per Fax, Mail, Anrufbeantworter, Brief oder über unsere Homepage mitteilen, wo ihr ak verteilen wollt und wieviele Exemplare ihr braucht. Wir werden dann sofort die bestellten Mengen verpacken und der Post überantworten. Verhindern wollen wir auch nicht, daß ihr ak auf diesen und anderen Veranstaltungen zum Verkauf anbietet. Wer als ak-VerkäuferIn durch die Veranstaltungssäle ziehen möchte, kann dabei auch richtig Geld verdienen. Wir bieten 30 Prozent der Umsatzerlöse ab einer Menge von fünf verkauften Exemplaren.

Ebenso sinnvoll, aber leider ohne jeden ökonomischen Anreiz, ist der Einsatz der Werbefaltblätter. Auch diese könnt ihr unbürokratisch (s.o.) über die Redaktion bestellen. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die neue Möglichkeit, Probeexemplare und Werbefaltblätter direkt über unsere Homepage www.akweb.de zu ordern. Dort haben wir jetzt Bestellformulare, die es euch noch leichter machen sollen, an das begehrte Material zu kommen.

Und ein letzter Punkt in der Rubrik Service für unsere Leserinnen. Wer uns seine Email-Adresse schickt und im Betreff-Feld das Stichwort ak-mailservice Inhalt einträgt, wird von uns per Email an das Erscheinungsdatum erinnert und kann sich sofort über den Inhalt der neuen analyse & kritik ins Bild setzen.

Die Homepage von ak entwickelt sich übrigens recht positiv. Die Zugriffe sind seit der Inbetriebnahme im letzten Oktober Monat für Monat angestiegen und haben im Februar Rekordhöhe erreicht. In stillen Nächten träumen hiesige RedakteurInnen inzwischen von derartigen Steigerungsraten der Papier-Ausgabe. Denn nur dann können wir auch morgen noch kraftvoll zubeißen.

47. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:39

LeserInnenbriefe - LeserInnenbriefe - LeserInnenbriefe

Betr.: Bergbau - Umweltzerstörung - Gewalt. Ein Buch über die Ursachen des Krieges auf Bougainville, ak 422

Revolutionäres Bougainville

Zu dem Buch sowie der Rezension im ak möchte ich einige Bemerkungen machen. Beide - Buch und Rezension - sind sehr "gut". Beide aber lassen einige wesentliche Tatsachen beiseite.

1) Der Krieg, den die Bougainviller, ihre Bougainville Revolutionary Army (BRA) seit 1988/89 führen, war nur "oberflächlich" gegen Papua-Neuguinea (PNG) und die PNG-Armee. Wie BRA-Kommandant (und auch Präsident der Bougainville Interim Regierung (BIG)) Francis Ona öfter betonte: "Papua-Neuguinea können wir in einer Woche besiegen, Australien dauert etwas länger."

Der "Hauptfeind" war "Australien", d.h. die australischen Söldner, Techniker, die australischen Waffen und vor allem das australische Geld, das den Krieg (1988-1998) erst ermöglichte. Natürlich stand, hinter den australischen Regierungen in erster Linie die sozialdemokratische Australian Labor Party (ALP) (bis März 1996 an der Macht) und das Großkapital. (...)

2) Entgegen allen Voraussagen haben die Bougainviller den Krieg "im Feld" gewonnen, Australien und das PNG-Heer geschlagen. Dieser Sieg zeichnete sich schon seit 1996 ab, als die letzte Offensive des PNG-Heeres an der Ostküste in Aropa und in den zentralen Bergen mit einer totalen Niederlage endete. Der allerletzte Versuch, die BRA doch noch mit Hilfe südafrikanischer und britischer Berufssöldner zu besiegen, scheiterte schon vor dem Einsatz der Söldner, als die PNG-Armee am 16.3.1997 meuterte, die Söldner aus dem Land jagte und nach zehn Tagen die PNG-Chan-Regierung mit starker Unterstützung der Bevölkerung zum Rücktritt zwang.

3) Ich finde es etwas überraschend, daß Volker Böge Bougainville als ein "typisches" Beispiel der Konflikte zwischen multinationalen Grubengesellschaften und den Dritte-Welt-Völkern darstellt. Bougainville ist atypisch, weil hier ausnahmsweise die kleinen, die schwachen, die "unterentwickelten" gewonnen haben.

Die Pangunagrube ist seit dem 15.5.1989 geschlossen, sie ist "im Besitz" der Einwohner. Wie 1917 in Rußland oder 1959 in Kuba, haben die Leute des Landes die ausländischen Kapitalisten enteignet und ihnen ihr Kapital "weggenommen". Es ist äußerst wichtig zu verstehen, daß es sich in Bougainville nicht mehr um "Wir wollen mehr" (einen größeren Anteil an den Profiten) handelt, sondern um "Wir nehmen den Kapitalisten alles weg und kommen ohne ihre Profit aus".

Dies zu verheimlichen und zu verhindern, daß andere Dritte-Welt-Völker in ähnlicher Lage davon erfahren, war und ist einer der Hauptgründe der "Blockade", die Australien und PNG jahrelang über Bougainville verhängten. Es ist schade, daß Böge und ak diese Fakten nicht hervorbringen und die Gründe der "Stille" um Bougainville nicht genügend erklären. (...)

Max Watts, Australien

Betr.: Antideutsche unter sich. Konkret als "linksdeutsche Burschenschaft" geoutet, ak 422

Keine Burschenschaft?

Macht weiter so! Eure Kritik an konkret ist natürlich inhaltlich richtig, weist aber einen Schönheitsfehler auf: konkret ist kein Lebensbund, was sich an Klaus-Rainer Röhl zeigt, und kann deshalb keine Burschenschaft sein.

Grüße,

Stephan J.

Rassismus

Antideutsche MigrantInnen-Gruppen antworten auf Rassismus in Artikeln der Zeitschrift konkret und versuchen, eine linke Öffentlichkeit zu erreichen, indem sie sich an verschiedene Zeitschriften wenden. Unter anderen veröffentlichen der ak und die Blätter des iz3w eigene Stellungnahmen.

Konkret sei "erwischt" worden, eine "Entgleisung" in rassistische Denk- und Sprechweisen nachgewiesen worden (ak), den MigrantInnen hätte es aber nicht genügt, den Autor eines "Ressentiments" zu "überführen" (iz3w).

Mit diesen Formulierungen wird von einer nicht-rassistischen Normalität in der deutschen Linken ausgegangen, Rassismus scheint unbeabsichtigt und versteckt. Angesichts der Dichte rassistischer Formulierungen und Denkstrukturen und des Selbstbewußtseins, mit dem die Autoren der konkret-Artikel auftreten, teile ich die Sicht der MigrantInnen-Gruppen, die von einem "zutiefst rassistischen Menschenbild" sprechen.

Der Autor/die Autorin des ak-Artikels wirft den MigrantInnen-Gruppen vor, sie würden sich nicht nur auf eben diesen "Nachweis" rassistischer Denkweisen beschränken, sondern sich auf das "weite Feld der freien Assoziation" begeben. Ihre Kritik sei - vergleichbar mit konkret - interessiert an billigem Effekt, Pepp und flotten Formulierungen als "quotenträchtige Aufreißer in einer Show". Nicht jedoch an einer "der Klärung verpflichteten Debatte". Was soll dieser Vorwurf, wenn der Kommentar selbst in polemischen Stil verfaßt? Wer schreibt vor, welche Form die angemessene ist, weshalb kann "freie Assoziation" keinen klärenden Charakter haben? (...) Was als Lust am Pepp und Effekt beschrieben wird, läßt sich meiner Meinung nach auch anders lesen. Ich finde, das Kritik-Papier drückt viel Wut und Willen zur Konfrontation aus, ist in diesem Sinne eine Art Streitschrift. Beim Lesen der Reaktionen von konkret, ak und iz3w assoziiere ich frei eine Stelle von R.C. Schneider ("Fetisch Holocaust", 1997).

"Juden dürfen keine negativen Emotionen zeigen: Sie dürfen sich nicht ärgern, sie dürfen sich nicht aufregen, nicht schimpfen, toben und schon gar nicht hassen (...). Man rümpft darüber die Nase. Sich als Jude öffentlich aufzuregen sei unpassend, heißt es, es zieme sich nicht, es komme nicht gut an, sei vor allem nicht sachlich, diene nicht der Verständigung, der Versöhnung, dem Dialog. In Deutschland müssen sich Juden also anständig benehmen, wenn sie gehört werden wollen." Auf Aggressionen wird mit einem beachtlichen Potential an Gegen-Wut reagiert, teilweise um argumentative Verpackung bemüht. Trotz der Unterschiede läßt sich der beschriebene Mechanismus meiner Ansicht nach auch in dieser Diskussion beobachten. Unter anderm darin, daß den MigrantInnen eine Auseinandersetzung aufgekündigt wird, weil ihre Kritik nicht mehr ernst zu nehmen sei (iz3w). Das Gegenüber bewegt sich angeblich unter dem eigenen Diskussionsniveau, hat sich selbst disqualifiziert und ist unter der Würde einer ernsthaften (auch kontroversen) Auseinandersetzung (ak: "MigrantInnen-Punks" in antideutscher "Trash-Talk-Runde". Von wegen eine der Klärung verpflichtete Debatte!).

Die Gefahr dieser Rundum-Distanzierung finde ich auch, daß sich eine deutsche Linke anhand der Kritik der MigrantInnen sehr wohl antirassistisches Verständnis aneignet, dies dann aber als eigene Errungenschaft darstellt. So, als hätte sie die Dimension des Herrschaftsverhältnisses Rassismus aus eigener Kraft und eigener linker Analyse erfaßt. Unter den Tisch fällt, daß es bisher im wesentlichen die vehementen Vorwürfe und deutliche Kritik von Menschen aus anderen Ländern und MigrantInnen waren, die eine Reflexion über die Strukturen und die Geschichte des Rassismus angekickt haben.

Das Argument, daß "lautstarke Interventionen aus dem Publikum" - also der MigrantInnen, andere kenne ich zumindest nicht - die konkret-Inszenierung erst chic machen, halte ich für eine Verdrehung. Die KritikerInnen werden zum eigentlichen Objekt der Kritik gemacht. Durch Abwarten und Ignorieren hat sich Rassismus noch zu keiner Zeit aufgelöst und von selbst erledigt. (...)

Insgesamt bleibt der Eindruck, daß die Aktion der MigrantInnengruppen, in einer linken Öffentlichkeit Rassismus in konkret-Artikeln zu thematisieren, stark gegen sie gewendet wird und sie zum eigentlichen Objekt der Kritik werden.

Herzliche Grüße,

Susanne K.

Betr.: Tolmein enthüllt: Friedensbewegung war deutschnational, ak 423

Doch national?

Vo meint die Friedensbewegung vor Oliver Tolmein in Schutz nehmen zu müssen. Dabei finde ich seine Argumente gegen Tolmeins Thesen nicht sehr überzeugend. Der Einfluß des DKP-linkssozialdemokratischen und christlichen Spektrums soll die Friedensbewegung vor Nationalismus bewahrt haben. Ich würde den Einfluß zunächst auf die Funktionärsebene der Bewegung begrenzen wollen. Aber selbst das DKP-nahe Spektrum war keinesfalls vor nationalistischen Anwandlungen gefeit. Aus diesen Kreisen wurde damals Bundeskanzler Schmidt aufgefordert, die Interessen Deutschlands selbstbewußter gegenüber der USA zu vertreten. Auch Konzerne, die mit der Sowjetunion Handel treiben wollten, wurden gerne diesem "patriotischen Lager" zugerechnet. Der Großteil der AktivistInnen aber war wenig von irgendwelchen politischen Spektren beeinflußt. Sie trieb die Angst um, daß die ehemaligen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, USA und Sowjetunion, auf dem Territorium beider deutscher Staaten Krieg führen könnten. Die Buttons und Aufkleber mit den durchgestrichenen Sowjet- und US-Fahnen überschwemmten den Markt. Ständig wurde ein "Euroshima" an die Wand gemalt.

Auch hier drückte sich deutlich die Angst aus, daß die ehemaligen Alliierten womöglich doch noch die Atombombe über deutschem Territorium zünden könnten. Figuren wie Alfred Mechtersheimer, der sich übrigens in seinen Grundansichten nicht viel geändert hat, waren durchaus nicht nur Randfiguren, wie der ak-Autor meint. Bei der zentralen Abschlußkundgebung der osthessischen Manöverbehinderungsaktionen im Herbst 1984 war lediglich Mechtersheimer als Abschlußredner bei sämtlichen Spektren der Bewegung unumstritten. Ansonsten kämpften die DKP-nahen, sozialdemokratischen und autonomen Gruppen um jeden Redner. Als Mechtersheimer auf dem Domplatz in Fulda zum Aufstand gegen die Besatzer aufrief, war der Applaus spektrumsübergreifend groß. Die wenigsten hätten sich subjektiv als Nationalisten betrachtet. Aber das Ideologiegebräu der auf die ehemaligen Alliierten projizierten Vernichtungsphantasien und das Gefühl, Deutschland ist wieder einmal Opfer, förderte einen Nationalismus, wie er dann schon im Havemann-Appell offen artikuliert wurde. Dort wurde die Überwindung der Teilung Deutschlands zum Schlüssel für eine europäische Friedensordnung erklärt. Die Kritik an der Friedensbewegung, wie sie Tolmein in dem inkriminierten Jungle-World-Artikel formulierte, wurde übrigens schon zu den Hochzeiten der Friedensbewegung auch von AktivistInnen immer wieder vorgebracht. Man denke nur an das RZ-Papier "In Gefahr und größter Not ist der Mittelweg der Tod" oder an einen damals vielgezeigten Film einer Freiburger Medienkooperative. Auch der KB gehörte damals meiner Wahrnehmung nach zu den KritikerInnen dieser Tendenzen. Daher verstehe ich den Tenor von Vos Artikel nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Nowak

Betr.: Original oder Kopie? Neonazis in Einklang mit CDU und CSU, ak 423

Unwissenheit

Sehr geehrte Frau Bartels,

Sie haben mir mit Ihrem Artikel aus der Seele gesprochen. Da ich im Sommer einen abgelehnten Asylbewerber aus dem Iran heiraten werde, habe ich mich sehr intensiv mit dem Thema "neues Ausländerrecht" beschäftigt. Zunächst muß ich sagen, daß es an dem Text der Unterschriftenaktion bis auf den letzten Satz " Darum bin ich gegen den Gesetzesvorschlag von SPD/Grüne" oder so ähnlich, nichts auszusetzen gäbe. Leider mußte ich in unzähligen Diskussionen erfahren, daß der Löwenanteil der unterschreibenden Leute weder über das momentan bestehende, d.h. von der CDU/CSU zu vertretende noch über die von SPD/Grüne geforderten Änderungen, geschweige denn deren Konsequenzen auch nur in den Grundzügen informiert ist. Fragt man diese Leute nach den Gründen für ihre Unterschrift, kommen Argumente wie "Wir haben ja jetzt schon über 50% Ausländer in den deutschen Schulklassen" zustande, ein persönlicher Freund war z.B. felsenfest davon überzeugt, daß schon nach aktuellem, erst recht nach künftigem Recht mein Verlobter mit der Heirat automatisch sofort einen deutschen Paß erhält. Ich frage mich, wie ich gegen (oder für) einen Gesetzesentwurf unterschreiben kann, dessen Inhalt ich nicht mal kenne. (...)

Mit freundlichen Grüßen,

Susanne P.

Betr.: Wissen und Erinnerung. Über Saul Friedländer und sein Buch "Das Dritte Reich und die Juden", ak 423

NS-Antisemitismus

Die am Ende der guten Besprechung von Saul Friedländers Büchern aufgeworfene Problematisierung des NS-spezifischen "Erlösungsantisemitismus" bedarf vermutlich einer breiteren Diskussion. Denn meines Erachtens liefe eine ausschließliche Kennzeichnung der NS-Ideologie als rassistische auf eine verharmlosende Verkennung ihres mörderischen Antriebes hinaus. Der NS-Antisemitismus liegt tatsächlich tiefer als der weltanschauliche Rassismus, der mit der neuzeitlichen Sklaverei un dem Biologismus des 19. Jahrhunderts aufkam (1). Der Judenhaß speist sich aus älteren Quellen. Er ist religiösen Ursprungs und erhält von dorther seine besondere Dynamik. Dies wird schon darin deutlich, daß der Schwarze und Fremde schlimmstenfalls bestialisiert, während die Juden immer diabolisiert wurden. "Ein erheblicher Unterschied!" (2) Von daher ergibt sich ein ideologisches Amalgam, demzufolge die auf rassischer Hierarchie ruhende abendländisch-deutsche Kultur vom jüdischen Virus kontaminiert bzw. verseucht ist und geheilt, d.h. vom jüdischen Dämon erlöst werden muß. Die Rede vom Erlösungsantisemitismus beschreibt korrekt den ideologischen Hauptfeind des Nationalsozialismus, in dessen Vernichtungswillen aller religiöser Haß der Vergangenheit einfloß. Von der Vernichtung des Judentums als oberstem politischen Ziel der Nazis waren dessen "weltpolitische Verbündete", besonders die Kommunisten, aber auch die Sinti und Roma ebenso betroffen. Hier ist die Hierarchisierung in der Ideologie keine der Opfer. Wer das meint, dem fehlt meines Erachtens der Blick für die innere Differenziertheit der NS-Ideologie, die alle verbrecherischen Antriebe der abendländischen Kultur in ein mörderisches System sammelte. Im NS-System bedeutete die ideologische Unterscheidung der Umzubringenden nicht etwa ihre Verschonung oder sanftere Behandlung als Opfer. Denn in ihm herrscht die Logik der Gleichheit vor dem Henker. Weil sie mit den Juden paktieren, müssen sie auch vernichtet werden.

Klaus-Peter L.

Anmerkungen: (1) T.W. Allen: Die Erfindung der Weißen, Berlin 1998. (2) L. Poliakov: Humanität, Nationalität, Bestialität, in: Jüdisches Denken in Frankreich, Frankfurt/Main 1994, S. 141.

Lob

Liebe GenossInnen,

eigentlich war ich nur neugierig auf Eure Seite. Bei der Gelegenheit möchte ich aber noch loswerden, daß ich die aktuelle Ausgabe (423) besonders gelungen und interessant fand. Überhaupt muß man sich wohl bei Euch dafür bedanken, daß ihr immer noch weitermacht.

Web-Archiv: Schade, daß der Artikel zu Transfair-Kaffee aus Chiapas nicht online verfügbar ist. Ich hätte ihn gerne weitergereicht.

Gruß,

Michael B.

48. Quelldatei 45.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:45

Kalender

Liebe VeranstalterInnen,

Wenn ihr uns per Mail, Fax oder Post Veranstaltungen mitteilt, die wir ankündigen sollen, könnt ihr gleichzeitig Probeexemplare von ak - analyse & kritik und unsere Werbefaltblätter anfordern. Ihr bekommt die entsprechende Menge kostenlos zugeschickt und könnt sie auf der Veranstaltung auslegen. Solltet ihr uns zusätzlich unterstützen wollen, dann wäre natrülich der Verkauf der Zeitung oder eine Spende auf unser Konto eine schöne Sache. Bitte nutzt dieses Angebot hemmungslos!

Staatliche Repression

Die Passauer AntifaschistInnen berichten über bundesweite Hausdurchsuchungen, die das Bundeskriminalamt mit dem Hinweis auf die mögliche Bildung einer kriminellen Vereinung veranlaßt hat. Nach der Veranstaltung gibt es eine Soli-Fete.

Duisburg, 20. März, 17 Uhr (Veranstaltungsbeginn) und 21 Uhr (Party, Eintritt 5 DM), Fabrik Grabenstr. 20, Duisburg.

Kurdische Frauen - widerstehen im Krieg

Diavortrag mit Brigitte Schubert (Dortmund), DFG/VK, Fraueninitiative "Freiheit für Leyla Zana".

Bonn, 22. März, 19.30 Uhr, Schaufenster, Wesselstr. 8

No Subversion?

Linke Medienpraxis in der Diskussion. Eine live-radio-show mit einem aktiv beteiligten Publikum, Wüste-Welle-ModeratorInnen und Andreas Fanizadeh (Berlin, id-verlag und "Die Beute"), autonome a.f.r.i.k.a.-Gruppe (Buch "Kommunikationsguerilla") und radio lauschangriff (freies radio wüste welle tübingen). Anschließend gibt es dann auch noch eine wild-style-disco mit dj melanie aus Hamburg.

Tübingen, 25. März, 20 Uhr, Sudhaus Tübingen, großer Saal, (Eintritt 5/10 DM)

"Eine Welt ohne Visum"

und "Verdatterte Niyazi". Ein zweiteiliges deutsch-türkisches Musikdrama für Groß und Klein gegen die Visumpflicht für Kinder.

Hamburg, 26. März, 20 Uhr, Haus Drei, Im Saal, Hospitalstr. 107, 22767 Hamburg, (Eintritt: 10/12/15 DM)

Harrisburg vor 20 Jahren

heute Biblis? Das HessenBaden Plenum ruft aus Anlaß des 20. Jahrestages des Atomunfalls im amerikanischen AKW Three Mile Island, Harrisburg zu einer Kundgebung vor dem AKW Biblis auf. Am folgenden Montag soll dann ab 6 Uhr morgens eine Demonstration stattfinden. Zu dieser Zeit beginnt die Frühschicht für die Revisionsarbeiter des AKW.

Biblis, 28. März, Kundgebung für die Stillegung aller Atomanlagen, Kontakt: HessenBaden Plenum, Tel: 06151-712365

"Was hätte sein können ...

und nicht geworden ist". Unter diesem Titel stellt Juan Esteller Betrachtungen über Deutschland an. Esteller ist Redakteur der spanischsprachigen Sendungen des Hessischen Rundfunks. Er erinnert an seine Ansprüche an Deutschland nach der Flucht vor Franco und schildert seine Begegnungen mit der deutschen Realität.

Frankfurt, 29 März, 20 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, 60313 Frankfurt, Kontakt: 069-292479, (Eintritt 5/10 DM)

Die literarische Reise

Aus Anlaß ihres 20. Geburtstags hat die Werkstatt 3 zahlreiche Schriftsteller eingeladen, die aus ihren Werken lesen. Hamid Skif (Algerien), Uche Nduka (Nigeria), Keni Nelson (New York), Tracy Splinter (Südafrika), Chris Brown (London) und Michael Hoepfner (Hamburg).

Hamburg, 8. April, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32, Hamburg, (Eintritt 5/8 DM) Tel.: 040-392191

Anti-AKW-Frühjahrskonferenz in Heidelberg

... findet vom 9. - 12. April statt. Dort feiert auch die Anti-Atom-Aktuell das Erscheinen ihrer 100. Ausgabe (herzliche Glückwünsche von der ak-redaktion!!).

Nähere Informationen über den Tagungsort etc. sind zu erfahren bei der BI Lüchow-Dannenberg Tel: 05841-4684

Antisemitismus in der Sowjetunion & Rußland

Arno Lustiger (Autor des "Rotbuch. Stalin und die Juden") und Jean Cremet (Co-Autor von "Jenseits des Nationalismus") stellen ihr neues Buch vor, und das gleich in mehreren Orten:

Hamburg, 15. April, 19.30 Uhr, Hamburg Haus Eimsbüttel, Doormannsweg 12, (Eintritt 3/5 DM),

Köln, 16. April, 20 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchior Str. 3, (Eintritt 3/5 DM),

Bremen, 20 April, Junges Theater, Friesenstr. 16, (Eintritt 3/5 DM),

Berlin, 27. April, Volksbühne, Roter Salon, (Eintritt 5 DM),

Kontakt: Junge Welt, Berlin, Tel:030-536355-0

Das Uran gehört der Regenbogenschlange

Eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel "Das strahlende Gold - Uran" eröffnet das Hamburger Anti-Atom-Büro mit zwei Filmen (Das Uran gehört der Regenbogenschlange und Hände weg von Jabiluka) zum Thema Uranabbau. Anschließend soll/kann diskutiert werden.

Hamburg, 14. April, 20 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32,

16. April, 20 Uhr, Uran - ein Aktionsfeld für Anti-AKW- und Internationalismusgruppen?, Werkstatt 3, Nernstweg 32, Kontakt: Anti-Atom-Büro Hamburg, Tel.: 040-3909222

Avanti, Aventis ...

Chemieriese - dieses Wort stimmt nicht mehr, wenn von Hoechst die Rede ist. Der Konzern stößt seinen Chemiebereich ab und fusioniert mit der französischen Rhone-Poulenc zum weltgrößten Pharmakonzern. "Live-sciences" heißt das Stichwort, Pharma, Ernährung und Agrochemie sind die Tätigkeitsbereiche des neuen Multis mit dem schönen Namen Aventis. Es referiert Ludger Fittkau (Essen) von BioSkop - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften.

Bonn, 20. April, 19.30 Uhr, Ev. Studentengemeinde, Königstr. 88

Festung Europa - Abschottungspolitik der EU

Mit zahlreichen technischen Maßnahmen bis hin zu Personen- und Sachfahndungsystemen (SIS) schafft die EU ein gigantisches Überwachungssystem, um Flüchtlinge abzuhalten. Diese Politik ignoriert systematisch die Ursachen der Migration, diskriminiert und kriminalisiert Menschen, die zur Einwanderung gezwungen werden. Ulla Jelpke, PDS-Bundestagsabgeordnete klärt auf.

Bonn, 20. April, 20 Uhr, Hörsaal VIII, Uni Hauptgebäude, Regina-Pacis-Weg.

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Dieser großartige Vorschlag ist Titel einer Veranstaltungsreihe zur Mobilisierung für die Aktivitäten gegen die Kölner Gipfel im Mai und Juni. Inhaltliche-fachliche Diskussionen wesentlicher Teile der EU sollen auf mehren Veranstaltungen von Bündnis 90/Die Grünen KV Essen geführt werden.

Essen, 19. April, 19.30 Uhr, Europa und seine Grenzen, mit Dominik John (Forschungsgesellschaft Flucht & Migration, Berlin) und Christian Sterzing (MdB, Die Grünen)

11. Mai, 19.30 Uhr, Der Euro ist da (Neoliberalismus oder Euro-Keynesianismus?) mit Prof. Dr. Jörg Huffschmid (Memorandum-Gruppe) und Frieder Otto Wolf (Grüne Europafraktion). Weitere Veranstaltungen folgen. Alle Veranstaltungen finden statt in: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen, Tel: 0201-8344416.

Schlechte Verfassung? 50 Jahre Grundgesetz

Mehrere Vorträge und Diskussionen über den Zustand des Grundgesetzes veranstalten die DGB-Jugend in Essen sowie die Heinrich-Böll-Stiftung und andere Einrichtungen.

Essen, 30. März, 20 Uhr, Notstandsgesetze - Ausnahmezustand mit Verfassungsrang? Referent: Arno Klöne,

20. April, 20 Uhr, Supergrundrecht - innere Sicherheit. Von den Berufsverboten zum großen Lauschangriff, mit Dr. Rolf Gössner. Weitere Veranstaltungen folgen. Das alles findet statt in:

Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen, Tel: 0201-8344416

49. Quelldatei 51.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:51

Braune Zone?

"Brauner Osten" ist der Schwerpunkt einer Doppelnummer der "ostdeutschen Quartalsschrift" telegraph. Angesichts rassistischer Pogrome, Morde und "national befreiter Zonen" setzen sich die AutorInnen mit möglichen Ursachen und Entstehungsbedingungen für faschistische Bewegungen in Ostdeutschland auseinander und suchen nach linken Gegenstrategien. Erklärtes Ziel ist es, sich vom "Oberlehrerton der westdeutschen Mittelklasse" und der stereotypisierten und mitleidigen Betrachtung in westdeutschen Medien abzugrenzen, die auf "fehlende Erfahrungen der Ostdeutschen mit den humanistischen Werten der bürgerlichen Demokratie" verweisen und Rassismus und Rechtsradikalismus als Problem der Ostdeutschen begreifen. In dem Beitrag "Zwischen DDR-Tradition und Ethnisierung" stehen historische und aktuelle Entstehungsbedingungen für rechte Bewegungen im Osten im Mittelpunkt. Malte Daniljuk und Andrej Holm verweisen dort auf eine Studie von Bernd Wagner und die Mitverantwortung der DDR für eine entstehende rechte Jugendbewegung, suchen die Ursachen aber auch in der "Wiedervereinigung" und in fehlenden gesellschaftlichen Alternativen nach der Zerschlagung der '89er Bewegung. Um die Frage "Läßt sich mit linker Repression eine rechte soziale Bewegung stoppen?" geht es in dem Artikel von Achim Detjen. Der Autor ist der Meinung, daß rein repressive Maßnahmen gegen eine entwickelte soziale Bewegung nicht zum gewünschten Ziel führen und nennt als Beispiel die BRD-Repression gegen die Anti-WAA-Wackersdorf- oder Berliner HausbesetzerInnenbewegung. In seinen Augen können repressive Mittel der AntifaschistInnen nur ein Kampf gegen Windmühlen sein: "Die Nazis immer und überall von der Straße und aus ihren Stützpunkten zu prügeln, ist 1998 nichts anderes als ein frommer Wunsch." Nur Bündnisse wie in Rostock und das Aufgreifen sozialpolitischer Fragen könnten den Weg aus der (Selbst-)Marginalisierung der Antifa beschreiben. AntifaschistInnen aus Cottbus, Erfurt und Rostock erzählen in einem fast 20seitigen Interview ihre Erfahrungen mit rechten Jugendstrukturen in den vergangenen Jahren. Schwerpunktthemen des Gesprächs sind Bündnisarbeit, Antifa-Organisation und aktuelle Erfahrungen aus dem letzten Jahr. Weiterhin wird der Umgang der westdeutschen Presse mit dem "Braunen Osten" kritisiert, akzeptierende Jugendarbeit als "Bodenbereiter brauner Strukturen" beschrieben, der faschistischen Vergangenheit in der DDR nachgespürt und die Situation von AusländerInnen in der DDR beschrieben. Am Schluß des Schwerpunkts steht ein Interview mit einem polnischen Antifaschistischen.

telegraph 3/4 1998, 147 Seiten, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin,

telegraph@schliemann.com, http://www.schliemann.com/telegraph

Revolutionäre Rhetorik

Daß der amtierende deutsche Außenminister früher mal Streetfighter war, hat sich herumgesprochen. Im aktuellen Heft der linksradikalen Zeitschrift Die Aktion (Nr. 186/190) ist eine Rede des Genossen Joschka nachzulesen aus der Zeit, als er noch nicht "Deutschlands" Position, sondern bloß die der Gruppe "Revolutionärer Kampf" zu vertreten hatte. Frankfurt, im März 1974, Häuserkampftribunal: Fischer antwortet dem Juso Karsten Voigt, der - ganz ausgewogen - die Gewalt der Polizei und die der Hausbesetzer verurteilt hat. Das sei der "Jargon von Machthabern". Voigt habe mit seinem Beitrag die Alternative aufgezeigt, um die es gehe: "Es ist die Alternative zwischen einem Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt ... oder dem, was als Politrocker diffamiert wird, was in Wirklichkeit heißt: Massenwiderstand gegen die reaktionäre Gewalt zu organisieren." Auf Fischer folgt Cohn-Bendit, der den Jusos ins Gewissen redet: "Entweder seid ihr auf der Seite derer, die foltern, oder auf der Seite derer, die gefoltert werden. Irgendwann wird sich die geschichtliche Entscheidung für euch stellen." Kommentar der Aktion zur Redekunst der Frankfurter Spontis: "Nicht nur im Rückblick knistert zwischen den Sätzen das leere Stroh rhetorischer Selbsthypnose." In weiteren Beiträgen des Heftes geht es u.a. um die französischen Surrealisten und um den 1995 verstorbenen Schriftsteller und Lyriker Christoph Derschau.

Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst; Heft 186/190, Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg; Fon. 040/7213536, Fax. 040/7218399; 96 Seiten, 12 DM

Zehn Jahre Radio Z

Bevor der Nürnberger Alternativsender Radio Z vor zehn Jahren loslegen konnte, mußte die Lizenz erst einmal vor Gericht erstritten werden. Vertreter "gesellschaftlich relevanter Gruppen" im bayerischen Medienrat hatten das Projekt erwartungsgemäß verhindern wollen. Zitat aus der Passauer Neuen Presse vom 6.11.1987: "Gemeinsam mit Dr. Rosenbauer trat der Vertreter der Handwerkskammer, Anton Hinterdobler, der Vertreter der Heimatvertriebenenverbände, Gustl Huber, sowie die beiden CSU-Landtagsabgeordneten Hermann Regensburger und Dr. Gerhard Merkel vehement gegen die Erlaubnis für einen solchen Sender auf. Dr. Merkl: ‚Wenn wir heute sagen, die Zielgruppe Schwule darf senden, dann kommen morgen die Lesben und übermorgen die Fixer.` Und Gustl Huber fragte, ob hier für Schwule auch noch Nachwuchswerbung betrieben werden soll." Auch der Kirchenvertreter im Medienrat war gar nicht zufrieden. Das Thema Kirche komme im Programm von Radio Z fast nicht vor, klagte er; so werde "Kirche aus ihrer Stellung als Vermittler von Glaube und Sinn des Lebens herausgedrängt". Nach einer Serie über schwule S/M-Praktiken schrammte Radio Z nur knapp am Lizenzentzug vorbei und konnte sich wieder voll den internen Querelen widmen. In einem Jubiläumsband wird an die turbulente Geschichte des ersten bayerischen Alternativradios erinnert. Die einzelnen Redaktionen kommen ausführlich zu Wort, und auch Skurrilitäten werden ausführlich gewürdigt.

"Wenn der Sinn nach Umsturz steht - 10 Jahre Radio Z". Bestelladresse: IMEDANA, Rennweg 68, 90489 Nürnberg, Fon./Fax. 0911/534646; 160 Seiten, 14,80 DM (plus 3 DM Versand)

Winnetou tritt ab

Gleich zwei Nummern widmet die ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika) dem Thema Indígenas. Die sogenannten Ureinwohner Lateinamerikas sind nicht nur, wie die verschiedenen Länderberichte belegen, in vielfacher Weise Repression, Vertreibung und Diskriminierung ausgesetzt, sondern ebenso Subjekte politischer Kämpfe um Selbstbestimmung und für "das Recht auf kulturelle Differenz". So wird vom Kampf gegen Staudämme berichtet, die in Kolumbien, Chile, Argentinien und Brasilien ganze Dorfbevölkerungen zur Aufgabe ihres Landes zwingen. Die verschiedenen Erfahrungen mit indigenen Interessensvertretungen werden vor allem im zweiten Heft thematisiert, ebenso wie bündnispolitische Anschlüsse mit anderen sozialen Bewegungen, etwa beim Nationalen Treffen von Indígena- und Landfrauen in Chile. Alle Berichte sprechen in oder zwischen den Zeilen darüberhinaus von der Schwierigkeit, kulturelle Realitäten zu beschreiben, ohne idealisierende Indianermythen aufzuwärmen; interessant in diesem Zusammenhang ist Angelika Vetters Analyse von Klischees in Indianer-Kinderbüchern, die überschrieben ist mit "Winnetou verschwindet in den ewigen Jagdgründen". Na hoffentlich.

ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Heft 222 und 223 (Februar und März 99), Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn. Je Heft 8 DM

50. Noch fehlen 10.000 DM

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:55

ak-Spenden:

Noch fehlen 10.000 DM

Wir haben ein ernstes Problem. Erstmals droht, daß das Spendenziel in Höhe von 40.000 DM für die weitere Erstellung von ak - analyse und kritik nicht erreicht werden könnte. Seit der letzten Ausgabe hat sich auf unserem Spendenkonto nicht mehr viel getan. Zur Zeit können wir noch nicht absehen, welche Konsequenzen diese Stagnation hätte - falls sich die Lücke von 10.000 DM nicht schließen sollte. Wir müssen euch eindringlich bitten: Helft mit eurer Spende die Zukunft dieser Zeitung zu sichern.

Bitte spendet auf das Konto Robert Gatermann,

Konto 464584-204 bei der Postbank Hamburg 200 100 20.

51. Kosovo: Zwischen NATO und Nationalismus ...

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/kos1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:kos1

Bei Erscheinen dieser Ausgabe wird in Rambouillet erneut über eine Lösung für den Kosovo-Konflikt verhandelt. Trotz der Verhandlungen ist es in den vergangenen Wochen wieder zu massiven Kämpfen zwischen der serbischen Armee und der UCK gekommen. Unterdessen bereitet die NATO weiter den Einsatz im Kosovo vor.

Für die Linke im Kosovo sind Alternativen zum Einsatz der NATO kaum vorstellbar. Sicherheitssysteme, die angesichts der Schärfe des Konflikts greifen, gibt es nicht. Diese Position vertritt der linke Publizist Shkelzin Maliqi in einem Interview über die Situation im Kosovo. Außerdem erläutert Maliqi, wie sich die kosovanische Linke immer stärker zu nationalistischen Positionen entwickelt hat und wie angesichts der Unterdrückung durch die Serben eine eigenständige Struktur aufgebaut wurde. Dabei haben sich Konflikte mit der UCK entwickelt: Von den Spendengeldern zum Aufbau der sogenannten Parallelgesellschaft wollte diese auch Waffen kaufen. Seite 25

Der Bundestag hat inzwischen beschlossen, daß bei einem NATO-Einsatz im Kosovo auch die Bundeswehr beteiligt sein soll. Erstmals haben auch die Grünen einem solchen Einsatz zugestimmt. Wir kommentieren das auf Seite 11

52. ArbeitsmigrantInnen in Israel

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/titelgoy.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:titelgoy

Heftige Turbulenzen erfassen seit einiger Zeit die politische Szenerie in Israel. Nicht erst jetzt, im laufenden Wahlkampf, thematisiert die israelische Presse die Handlungsunfähigkeit der Regierung Netanjahu und das Erstarken national-religiöser Kräfte zu Lasten der bisher dominierenden sozialdemokratischen und liberalen Eliten. Die Zersplitterung und verstärkte Ethnisierung des politischen Diskurses in Israel ist nicht zuletzt Ausdruck tiefgreifender Umbrüche, die die israelische Gesellschaft seit Ende der 80er Jahre durchmacht.

Eine bisher wenig beachtete Facette dieser Veränderungen bildet die zunehmende nicht-jüdische Arbeitsmigration nach Israel. Die Einwanderung von Juden ist in Israel mehr oder weniger offizielles Staatsziel und eine der Grundlagen der zionistischen Staatsidee. In dem Maße, wie ab 1993 aber auch die Migration billiger nicht-jüdischer Arbeitskräfte gefördert wurde, wandelt sich Israel zu einem neuen Typus von Einwanderungsgesellschaft: Die meist prekär beschäftigten und auf den deregulierten Arbeitsmärkten diskriminierten nicht-jüdischen MigrantInnen aus Osteuropa, Afrika oder Asien bleiben zunehmend dauerhaft im Land. Das Interesse der israelischen Wirtschaft an billigen ArbeiterInnen ist ungebrochen, ein Ende der nicht-jüdischen Arbeitsmigration nicht in Sicht. Gleichzeitig entsteht in Israel ein neues städtisches Subproletariat.

Damit drohen zunehmende soziale Spannungen und auch rassistische Tendenzen. Doch darüberhinaus gerät mit dieser neuen Arbeitsmigration auch die für die bisherige israelische Gesellschaft zentrale Idee eines jüdischen Staates unter Druck.

Zur sozialen und politischen Brisanz der nicht-jüdischen Arbeitsmigration nach Israel

Seite 21

53. Heraus zum 8. März ...

CD-Datei: daten/aksuche/ak424/titfr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:424:titfr

Der internationale Frauentag ist kaum noch Anlaß für Frauen, auf die Straße zu gehen. Wir brauchen den Feminismus nicht mehr, sagen die einen, weil sie "die Freiheit, die ich meine", erreicht zu haben glauben. Die Frauenbewegung ist gescheitert, sagen die anderen, denn die vollständige Gleichstellung von Frauen ist nirgendwo in Sicht. Gleichstellung ist sowieso die falsche Forderung, und auch das Private ist nicht politisch, meinen wiederum andere. In der Tat: Frauen wissen immer noch nicht, wer sie sind und wo entlang der Weg zur erfüllten Weiblichkeit verläuft. Das aber ist kein Schaden -- im Gegenteil. Denn gerade der Abschied von der Idee des "anderen Geschlechts" hält Möglichkeiten für Theorie und Praxis bereit, die frau nicht leichtfertig zu den Akten legen sollte.

Wir meinen also, daß der Feminismus immer noch kein kalter Kaffee ist - mehr dazu

auf Seite 16

ebensowenig wie die Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung, z.B. von Sexarbeiterinnen

Seite 16